

Herausgeforderte städtische Demokratie

Stadtparlamentsmitglieder in neuen politischen Steuerungsstrukturen

Abhandlung (kumulative Dissertation)
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der
Universität Zürich

vorgelegt von Larissa Plüss Rierola

Angenommen im Herbstsemester 2012
auf Antrag der Promotionskommission:
Prof. Dr. Daniel Kübler (hauptverantwortliche Betreuungsperson)
Prof. Dr. Hubert Heinelt

Zürich, 2013

Verzeichnis der Artikel der kumulativen Dissertation

Artikel 1:

Plüss, Larissa (2012). „Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors.“ *Local Government Studies*, DOI: 10.1080/03003930.2012.670750.

Artikel 2:

Plüss, Larissa (2013a). „Steering, not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behaviour of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts.“ *Urban Affairs Review*, DOI: 10.1177/1078087413501636.

Artikel 3:

Plüss, Larissa (2013b). „Municipal Councillors in Metropolitan Governance: Assessing the Democratic Deficit of New Regionalism in Switzerland.“ *European Urban and Regional Studies*, DOI: 10.1177/0969776412469804.

Artikel 4:

Plüss, Larissa und Marisa Rusch (2012). „Der *Gender Gap* in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern.“ *Swiss Political Science Review* 18(1): 54-77.

Für Christian
und Irina

Zusammenfassung

Die lokale und regionale politische Steuerung ist sowohl in der Schweiz als auch in den meisten anderen europäischen Ländern im Wandel begriffen. Es haben sich über die letzten Jahre und Jahrzehnte neue politische Steuerungsstrukturen herausgebildet, die vermehrt auf freiwilliger, zweckorientierter Kooperation und dem stärkeren Einbezug gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure aufbauen – was in der sozialwissenschaftlichen Literatur unter dem Begriff *Governance* diskutiert wird. Die vorliegende Abhandlung nimmt Bezug auf die aktuelle Debatte zur demokratischen Qualität neuer Governance-Strukturen und analysiert die Auswirkungen solcher lokalen und regionalen Arrangements auf die städtische Demokratie. Als forschungsleitende Thesen stehen sich dabei eine optimistische und eine pessimistische Perspektive zu Governance und Demokratie gegenüber. Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Rolle der lokalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche in der bisherigen wissenschaftlichen Governance-Forschung weitgehend vernachlässigt wurden. Anhand ihrer Wahrnehmung der politischen Vorgänge, ihrem Einfluss in neuen Steuerungsstrukturen sowie ihrem politischen Handeln wird die demokratische Verankerung lokaler und regionaler Governance-Institutionen beurteilt. Die Daten hierzu stammen aus einer umfassenden Befragung der Stadtparlamentsmitglieder in der Schweiz und in weiteren 14 europäischen Ländern aus dem Jahre 2008. Die durchgeführten quantitativen Auswertungen zeigen, dass Governance-Strukturen tatsächlich einen signifikanten Einfluss auf die Wahrnehmung und das Handeln der städtischen Parlamentsmitglieder ausüben. Die Beurteilung dieses Einflusses muss aber je nach politischer Ebene differenziert erfolgen: Während lokale Governance-Institutionen die optimistische Perspektive zu Governance und Demokratie bestätigen, stützen Governance-Arrangements auf regionaler, gemeindeübergreifender Ebene die pessimistische Perspektive und offenbaren signifikante demokratische Defizite. Die Parlamentsmitglieder ihrerseits reagieren auf die gewandelten politischen Steuerungsstrukturen und passen ihr Rollenverhalten und ihre Kommunikationsstrategien dem neuen institutionellen Kontext an.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die städtischen Parlamentsmitglieder in Governance-Strukturen	2
2.1	Der normative Neoinstitutionalismus als übergreifender theoretischer Rahmen	3
2.2	Governance – eine neue Analyseperspektive	4
2.2.1	<i>Das Governance-Konzept</i>	4
2.2.2	<i>Urban Governance</i>	5
2.2.3	<i>Metropolitan Governance</i>	6
2.2.4	<i>Governance in einem neoinstitutionalistischen Rahmen</i>	7
2.2.5	<i>Governance und Demokratie</i>	8
2.3	Städtische Parlamentsmitglieder im Governance-Gefüge	9
3	Methodisches Vorgehen	11
3.1	Datenerhebung	11
3.1.1	<i>Primärdaten: Die Befragung der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder</i>	11
3.1.2	<i>Sekundärdaten</i>	14
3.2	Datenauswertung	14
4	Übersicht über die einzelnen Artikel der Dissertation	15
4.1	Erster Artikel: „Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors“	15
4.2	Zweiter Artikel: „Steering, not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behaviour of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts“	17
4.3	Dritter Artikel: „Municipal Councillors in Metropolitan Governance: Assessing the Democratic Deficit of New Regionalism in Switzerland“	18
4.4	Vierter Artikel: „Der Gender Gap in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern“	19

5	Gesamthafte Schlussfolgerungen	20
6	Fazit	26
7	Bibliographie	27
7.1	Verzeichnis der Artikel der kumulativen Dissertation	27
7.2	Literaturverzeichnis der Synopse	27
7.3	Artikelübergreifendes Literaturverzeichnis	34
Anhang		50
	Anhang 1: Fragebogen zur Befragung der Stadtparlamentsmitglieder in der Schweiz	50
	Anhang 2: Fragebogenvorlage für die Erhebung der Stadtparlamentsmitglieder in fünfzehn europäischen Ländern und Israel	66
	Lebenslauf	83

1 Einleitung

Die Städte und Gemeinden der meisten westeuropäischen Länder waren in den letzten Jahren und Jahrzehnten bedeutenden Veränderungen unterworfen: die politische Steuerung hat sich sowohl auf lokaler Ebene (s. Bekkers et al. 2007; Denters und Rose 2005; Vetter und Kersting 2003) als auch auf regionaler Ebene (s. Kübler und Heinelt 2005a) stark gewandelt. Die Entscheidungsstrukturen und -prozesse sind flacher geworden, bauen verstärkt auf freiwillige Kooperation und Interaktion und umfassen neben staatlichen Akteuren auch Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Ablösung eines eher hierarchischen, bürokratischen Entscheidungsstils durch netzwerkartige, informellere, zweckorientierte Akteursgefüge wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur als *Governance* bezeichnet (s. z.B. Jessop 1994; Kooiman 1993; Pierre 2000; Rhodes 1997; Stoker 1998a) und findet sich sowohl auf kommunaler Ebene – oft in Form von Netzwerken politischer und wirtschaftlicher Repräsentanten, neuen Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung oder Reformen der öffentlichen Verwaltung – als auch auf regionaler Ebene in urbanen Ballungsräumen – in Form von freiwilliger, interkommunaler Zusammenarbeit in Politiknetzwerken. Die Einführung neuer politischer Steuerungsstrukturen zieht Fragen zu ihrer demokratischen Legitimität, ihrer politischen Ausgewogenheit, ihrer Transparenz und zum grundsätzlichen Funktionieren der lokalen Demokratie nach sich, welche erst in den jüngeren wissenschaftlichen Forschungsarbeiten Beachtung fanden (Papadopoulos 2003). Insbesondere die Rolle der lokalen Parlamentsmitglieder – zentrale Akteure im lokalpolitischen Gefüge und direkte Vertreter der lokalen Bevölkerung – wurde bisher weitgehend vernachlässigt (s. Hansen 2005).¹ Die Frage nach dem Einbezug der lokalen Repräsentanten sowie nach möglichen Veränderungen ihres politischen Einflusses und ihres Handelns ist aber insofern relevant, als dass sich dadurch Folgerungen für die Institution der Demokratie als Ganzes, für eventuelle demokratische Einschränkungen und mögliche nötige Anpassungen ableiten lassen.

Die vorliegende Abhandlung widmet sich der Rolle der lokalen Parlamentsmitglieder in neuen Governance-Strukturen und untersucht ihre Wahrnehmung der politischen Vorgänge, Änderungen in ihren Einstellungen und in ihrem politischen Einfluss, ihr Rollenverständnis und Verhalten im politischen Alltag. Dadurch soll an die bestehende Literatur zu Governance und Demo-

¹ Eine wichtige Ausnahme bildet der Artikel von Eva Sørensen (2006), der sich mit der gewandelten Rolle von lokalen Politikerinnen und Politikern in Governance-Netzwerken beschäftigt.

kratie² angeknüpft und eine weitere Einschätzung der demokratischen Qualität von Governance-Institutionen möglich werden. Der Institutionenwandel und seine Auswirkungen auf Einfluss und Rollenorientierungen der Stadtparlamentsmitglieder werden dabei im europäischen Kontext, zum grösseren Teil aber innerhalb der Schweiz untersucht. Der spezielle Fokus auf die schweizerischen Gemeinden und Städte ist im Rahmen der Governance-Diskussion durchaus gerechtfertigt, da breite Erfahrungen mit neuen, verschiedenartigen politischen Steuerungsinstrumenten vorhanden und umfassend dokumentiert sind (Ladner et al. 2000; Steiner und Ladner 2006). Die Einschätzungen, Wahrnehmungen und das Handeln der städtischen Parlamentsmitglieder wurden im Jahr 2008 in einer umfassenden, schweizweiten Umfrage – eingebettet in einem internationalen Forschungsprojekt – für die vorliegende Dissertation erhoben. Die Untersuchung der theoretischen Fragestellung erfolgte in drei Artikeln mit jeweils unterschiedlichem räumlichem Fokus. Ein vierter Artikel widmet sich als thematischer Exkurs dem *Gender Gap* in Schweizer Stadtparlamenten. Die vorliegende Synopse verortet die einzelnen Artikel in einem übergreifenden theoretischen Rahmen, erläutert die Datenerhebung und -auswertung, stellt die Artikel kurz vor und präsentiert im Anschluss artikelübergreifende Schlussfolgerungen.

2 Die städtischen Parlamentsmitglieder in Governance-Strukturen

Wie sich der Wandel von politischen Steuerungsstrukturen auf die Wahrnehmung, den Einfluss und das Verhalten von Parlamentarierinnen und Parlamentariern auswirkt, wird anhand einer neoinstitutionalistischen Argumentation untersucht. Dazu wird im Folgenden der Ansatz des normativen Neoinstitutionalismus² näher erläutert, das Governance-Konzept, seine Anwendung auf verschiedenen staatlichen Ebenen sowie die Frage seiner demokratischen Legitimität präsentiert und eine Verortung der städtischen Parlamentsmitglieder innerhalb neuer Governance-Strukturen vorgenommen.

² Siehe in diesem Zusammenhang Bekkers et al. 2007; Benz 1998; Bogason 2008; Bogason und Musso 2006; Dahl 1994; Edelenbos et al. 2010; Hambleton 2007; Hansen 2005; Heinelt 2004; 2008; Hendriks 2009; Jouve und Booth 2004; Kelleher und Lowery 2004; Klijn und Koppenjan 2002; Klijn und Skelcher 2007; Klok und Denters 2005; Kübler 2005; Kübler und Heinelt 2005a; Kübler und Schwab 2007; Mayntz 1998; Nyholm und Haveri 2009; Papadopoulos 1998; 2003; 2004; Pierre 2000; Scharpf 1993; Skelcher et al. 2011; Sørensen 2006; Sørensen und Torfing 2005; 2007a; 2009; Vetter und Kersting 2003; Widmer und Rüegg 2005; Widmer und Rieder 2007.

2.1 Der normative Neoinstitutionalismus als übergreifender theoretischer Rahmen

Das Handeln von Parlamentsmitgliedern wurde in ersten politikwissenschaftlichen Studien der 1960er und frühen 1970er Jahren oftmals anhand rollentheoretischer Ansätze beschrieben und analysiert (s. z.B. Wahlke et al. 1962). Diese rollentheoretischen Konzepte verschwanden aber mit dem Aufkommen ökonomischer Theorieansätze fast gänzlich aus der politikwissenschaftlichen Literatur – das Verhalten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier wurde nun als rational und von Eigeninteressen geleitet verstanden. Erst 1994 versuchte Searing mit seiner Studie über das britische Parlament „Westminster’s World“ eine erneute Etablierung des Konzepts. Er verankerte dazu das Rollenverhalten im normativen Institutionalismus nach March und Olsen (1984). Andere aktuelle Studien zum parlamentarischen Verhalten (s. u.a. Strøm 1997) nehmen Bezug auf den Rational-Choice-Institutionalismus und definieren die Rolle zwar als Verhaltensstrategie, die aber vom institutionellen Kontext strukturiert wird (Strøm 1997, 157). Grundsätzlich scheint die Rollentheorie aber für die vorliegende Untersuchung nicht sehr fruchtbar. Ohne institutionelle Abstützung ist dieser Theorieansatz nicht verwendbar und eingebettet in einen institutionalistischen Ansatz wird das Rollenkonzept obsolet. Eine vertieftere Auseinandersetzung mit neoinstitutionalistischen Ansätzen hingegen scheint zur Erklärung von Parlamentarierverhalten sehr sinnvoll.

Mit der Wiederentdeckung der Bedeutsamkeit von Institutionen im Hinblick auf soziales Handeln sind in einer Reihe von sozialwissenschaftlichen Disziplinen neue institutionalistische Ansätze entstanden (Kaiser 1999, 190). Diese unterschiedlichen Richtungen stimmen in zahlreichen Annahmen und Definitionen überein. So gehen alle Ansätze davon aus, dass die Rolle von Strukturen zentral ist zur Erklärung individuellen Verhaltens, und dass Institutionen Unsicherheit reduzieren und Regelmässigkeit im menschlichen Verhalten generieren. Die Unterschiede aber liegen in der Definition von Institutionen, der Wandelbarkeit dieser Institutionen, dem Ausmass der Strukturierung von Verhalten und der Art der Präferenzenbildung.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf den normativen Neoinstitutionalismus nach March und Olsen (1984; 1989; 1996), da dieser über einen sehr breiten Institutionenbegriff verfügt und sowohl formale Institutionen, als auch nicht formal festgehaltene Regeln, Normen, Werte und Vorstellungen einbezieht. Die individuellen Präferenzen werden dabei durch den institutionellen Kontext strukturiert, das Verhalten ist regelorientiert und richtet sich danach, was in einer gegebenen Situation als angemessen empfunden wird (March und Olsen 1996). Nach dieser „logic of appropriateness“ geschehen Handlungen zwar bewusst, aber nicht vorsätzlich geplant. Sie richten

sich nach den vorgegebenen Regeln und Routinen und beinhalten stets eine Auslotung der vorliegenden Situation, der eigenen spezifischen Rolle und den bestehenden Vorschriften und Verpflichtungen. Gemäss March und Olsen (1996, 249) handeln politische Akteure nach bekannten, akzeptierten, sozial konstruierten Regeln und Praktiken – ihr Verhalten ist beeinflusst durch ihre Interpretation historischer und aktueller politischer Ereignisse, durch die Wahrnehmung der eigenen Identität, durch vorherrschende Vorstellungen richtiger Verhaltensweisen sowie durch die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend zu handeln.

2.2 Governance – eine neue Analyseperspektive

2.2.1 Das Governance-Konzept

Governance ist ein Begriff, der in der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur häufig und in sehr variablen Bedeutungszusammenhängen auftaucht. Das Governance-Konzept verfügt über unscharfe Umrisse, bezieht sich aber meistens auf Steuerungsstrukturen, die sowohl staatliche wie auch private Akteure umfassen und auf die Lösung gesellschaftlicher Probleme abzielen (Kooiman 2000, 139). Mit Governance werden also zweckorientierte Interaktionen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor bezeichnet, welche die traditionellen Abgrenzungen zwischen Staat und Gesellschaft verschwimmen lassen. Gemäss Pierre (2011, 5) bezieht sich dieses Steuerungskonzept auf Vorhaben, die aus dem Zusammenspiel von staatlichen und privaten Akteuren entstehen und durch eine gemeinsame Mobilisierung von Ressourcen realisiert werden können. *Governance* wird oftmals als gegensätzlich zum Begriff *Government* verwendet, der in diesem Verständnis für die formalen Institutionen des Staates steht, die innerhalb spezifischer administrativer und gesetzlicher Rahmenbedingungen operieren, hierarchisch aufgebaut und demokratisch legitimiert sind (Hambleton 2005, 194). Der viel zitierte Trend „from government to governance“ (s. z.B. Jessop 1994; Kooiman 1993; Pierre 2000; Rhodes 1997; Stoker 1998a) bezeichnet die Ablösung eines hierarchischen Entscheidungsstils, der auf einer bürokratischen Logik basiert, durch einen horizontalen, informelleren Modus kollektiven Entscheidens in Politiknetzwerken. Regierungen sind immer stärker angewiesen auf das Wissen, die Ressourcen und die Unterstützung von Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft – trotzdem bleibt die Relevanz staatlicher Akteure auch in flexiblen, unbeständigeren Governance-Gefügen aufrecht erhalten, wie Pierre (2011, 18) anhand aktueller Reformvorhaben zeigt. Neben dieser eher engen Definition von Governance, die sich klar von hierarchischen Staatsstrukturen abgrenzt, findet sich in der Literatur auch eine umfassendere Definition von Governance, die alle Formen der sozialen Koordina-

tion – wie Hierarchie, Markt oder Netzwerke – einbezieht. Die hierarchische Steuerung stellt dabei eine Governance-Ausprägung unter mehreren dar.

2.2.2 *Urban Governance*

Die Diskussion neuartiger Steuerungsstrukturen und -prozesse, die nicht nur staatliche Akteure umfassen, etablierte sich auch in der Stadtpolitikforschung – als *Urban Governance*. Der empirische Trend zu veränderten Governance-Strukturen auf lokaler Ebene lässt sich anhand zahlreicher Untersuchungen in den meisten westlichen Ländern festmachen (s. u.a. Bekkers et al. 2007; Denters und Rose 2005; Klok und Denters 2005; Vetter und Kersting 2003). Diese Studien zeigen eine klare Verschiebung von hierarchischen Strukturen der Lokalpolitik hin zu neuen Formen von Governance. Dabei können drei unterschiedliche Stossrichtungen dieser Entwicklung identifiziert werden: Es besteht ein breiter Trend zur Einführung von New Public Management-Massnahmen (1), Verhandlungslösungen werden vermehrt in Netzwerken unter Einbezug von privaten Akteuren und Interessengruppen gesucht (2) und die Bürgerinnen und Bürger können mittels neuer Partizipationsverfahren am politischen Prozess stärker teilnehmen (3).

Die breite Literatur zu Reformen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Kickert 2007; Pollitt und Bouckaert 2000) richtet ihren Fokus auf eine ergebnisorientierte politische Steuerung, die sich an den Zielen der Effizienz, der Professionalisierung und des Wettbewerbs in der Bereitstellung öffentlicher Güter orientiert. Marktmechanismen werden auf die Politik übertragen – die Bürger sollen dabei vor allem als Kunden wahrgenommen werden (Heinelt 2008; Pierre 1999, 377–380). Instrumente zur Umsetzung dieser Ziele können unter dem Oberbegriff New Public Management (NPM) zusammengefasst werden. NPM-Modelle zeichnen sich aus durch eine hohe Ziel- und Leistungsorientierung, die Einführung von marktähnlichen Strukturen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, das Setzen eines Schwerpunkts auf vertragsbasierte Kooperation sowie durch eine ausgeprägte Präferenz für spezialisierte, flache Hierarchien (Pollitt 2003, 27–28). In der Schweiz wurden bereits Mitte der 1990er Jahre erste NPM-Reformprojekte identifiziert, die sich dann rasch über das ganze Land ausdehnten. Insgesamt haben 70% der Schweizer Städte Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt, während knapp die Hälfte dieser Gemeinden die Kernelemente von NPM implementierte (Kübler und Ladner 2003, 148–149; Ladner 2001, 8).

Die theoretische Literatur zur Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren in informellen Netzwerken ist breit gefächert und bezeichnet diese Art der Zusammenarbeit als *Public-Private Partnerships* (z.B. Stoker 1998b), als *Urban Regimes* (Stone 1993) oder als eine Ausprägung von *Network Governance* (Sørensen und Torfing 2007b). Es handelt sich dabei um eine eher elitistische Steuerungsform, die auf einer engen Zusammenarbeit zwischen der politischen und der wirt-

schaftlichen Führungsspitze beruht und als übergeordnete Zielsetzung die Stärkung der lokalen Wirtschaft verfolgt (Pierre 1999, 383-385). Auch in der Schweiz ist diese Art von Urban Governance sichtbar und wurde am Beispiel der Stadt Zürich in einer Längsschnittstudie aufgearbeitet (Devecchi 2010).

Die dritte identifizierte Ausprägung von Urban Governance besteht im Aufkommen neuer partizipativer Ansätze (s. z.B. Fung 2004; Heinelt 2008) und bezieht sich auf den verstärkten Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in die politische Entscheidungsfindung. Anhand neuer Instrumente, wie öffentlicher Diskussionen, Bürgerforen, Elternräte oder Quartierprojekte, werden einzelne Bürger, Vereine oder ganze Quartiere in die Entwicklung und Umsetzung von Politikmassnahmen einbezogen. In der Schweiz sind partizipative Instrumente oftmals eng verbunden mit dem traditionellen politischen Prozess, wie van der Heiden und Krummenacher (2011) in ihrer Analyse von 48 deliberativen Planungsprozessen aufzeigen. Partizipative Elemente sind meistens von Politikern initiiert, die dadurch die Legitimität von Politikmassnahmen zu erhöhen gedenken. Dies erleichtert zwar die Implementierung der durch die Bürgerforen getroffenen Entscheide, beinhaltet aber auch die Gefahr einer zu starken Einflussnahme seitens der Politiker (ibid., 239).

2.2.3 *Metropolitan Governance*

Die Diskussion um die geeignetste Organisationsform für die politische Steuerung findet sich auch in Bezug auf städtische Verdichtungsräume und wurde als *Metropolitan Governance Debate* in verschiedenen Disziplinen, wie der Politikwissenschaft, der Regionalökonomie oder der Verwaltungswissenschaft, immer wieder geführt.³ Es standen sich dabei stets zwei Denkschulen gegenüber: die Metropolitan-Reform-Tradition und der Public-Choice-Ansatz. Die Metropolitan-Reform-Schule erachtet die Fragmentierung urbaner Ballungsräume als ineffizient, ineffektiv und undemokratisch hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Güter (z.B. Jones 1942; Studenski 1930; Wood 1958) und befürwortet daher weitgehende institutionelle Reformen, wie die Eingemeindung suburbaner Gemeinden oder die Etablierung einer neuen regionalen Regierungsebene. Die Public-Choice-Schule hingegen betont die Vorteile institutioneller Fragmentierung in Ballungsräumen (z.B. Ostrom et al. 1961; Tiebout 1956). Aufbauend auf der ökonomischen Theorie der Politik argumentieren die Vertreter dieser Denkrichtung, dass Fragmentierung den Wettbewerb zwischen den Gemeinden um Einwohner und Unternehmen erhöht, was zu tieferen Steuern, zu höherer Effizienz in der Erzeugung und Bereitstellung öffentli-

³ Eine Übersicht über die unterschiedlichen Strömungen der *Metropolitan Governance Debate* bieten beispielsweise folgende Texte: Frisken und Norris 2001; Kübler und Heinelt 2005b; Savitch und Vogel 2009.

cher Güter sowie zu einer verstärkten Ausrichtung der Gemeindepolitik an den Wünschen und Nöten der Einwohner führt. Aus der Auseinandersetzung zwischen diesen beiden klassischen Denkschulen entwickelte sich in den 1990er Jahren ein neuer Ansatz, der sich von der eher strukturalistischen Orientierung der früheren Ansätze abwandte. Der so genannte *New Regionalism* ist problem-orientiert und stellt die freiwillige Zusammenarbeit relevanter Akteure – Vertreter unterschiedlicher staatlicher Ebenen sowie privater Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft – in den Vordergrund (z.B. Orfield 1997; Peirce et al. 1993; Rusk 1993; 1995; 1999). In diesem Sinne wird eine umfassende politische Steuerung eines städtischen Ballungsraums mittels freiwilliger Kooperation in flexiblen Netzwerken gewährleistet. Offensichtlich weist der New Regionalism-Ansatz grosse Ähnlichkeit mit dem Governance-Konzept auf (s. Savitch und Vogel 2000): beide theoretischen Ansätze betonen die zweckorientierte Interaktion zwischen öffentlichem und privatem Sektor, das Auflösen der traditionellen Abgrenzungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie die Verschiebung weg von einer rein hierarchischen politischen Steuerung hin zu eher horizontalen, freiwilligen, konsensbasierten Formen der politischen Koordination. In den urbanen Ballungsräumen der Schweiz kann die Entwicklung von Steuerungsformen, die dem Ansatz des New Regionalism entsprechen, sehr schön nachgezeichnet werden (Kübler et al. 2005; Ladner et al. 2000).

2.2.4 Governance in einem neoinstitutionalistischen Rahmen

Das Governance-Konzept – ob es nun auf einer lokalen, einer regionalen oder sogar auf einer internationalen Ebene angewendet wird – stellt einen eher einfachen analytischen Rahmen dar. Es handelt sich nicht um eine weit reichende, umfassende Theorie und wird allzu oft in einer eher technischen Art zur Beschreibung neuer Steuerungsstrukturen benutzt. Der Governance-Ansatz weist eine elementare „ideologische Leere“ auf (Fenger und Bekkers 2007; Frederickson 2005) – der Trend von Government zu Governance wird grundsätzlich als wertneutraler Transfer von Handlungsfähigkeit an gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure wahrgenommen. Solch ein Transfer ist allerdings kein rein technisches Unterfangen und die Regeln, Routinen und Leitlinien von Governance-Arrangements sind alles andere als wertneutral (Lowndes 2009, 95). Die Herausbildung von neuen Governance-Strukturen ist stets gebunden an neue politische Ideen, Werte und Ideologien. So lehnt sich beispielsweise die Implementierung von NPM-Reformen an übergreifende Werte wie Effizienz, Wettbewerb und individuelle Freiheit an. Um also auch die den Governance-Institutionen zu Grunde liegenden Ideologien zu verstehen – und dadurch die Schaffung neuer Steuerungsmodelle sowie das Verhalten der beteiligten Akteure besser fassen zu können – scheint die Einbindung des Governance-Konzepts in einen neoinstitutionalistischen

Rahmen äusserst fruchtbar (s. auch Pierre 1999). Die Perspektive des normativen Neoinstitutionalismus' verschafft dem Governance-Konzept analytische Tiefe und verhindert, dass die normative Dimension verloren geht (Lowndes 2009, 95). Der normative Institutionalismus stellt dabei die nötigen Instrumente bereit, um die Regeln und auch die Werte von Governance-Institutionen zu erfassen und ihre Auswirkungen auf das individuelle Handeln zu untersuchen und zu verstehen (March und Olsen 1984; 1989).

2.2.5 *Governance und Demokratie*

Eng verbunden mit der Etablierung neuer politischer Steuerungsstrukturen ist die Frage nach ihrer Legitimität und ihren Auswirkungen auf die demokratischen Prozesse. Die demokratischen Aspekte von Governance blieben aber in der bisherigen Forschung wenig beachtet und fanden erst in letzter Zeit wissenschaftliche Aufmerksamkeit (Papadopoulos 2003). Dabei zeichnen sich in den neueren Arbeiten abweichende Sichtweisen und Forschungsergebnisse ab: zusammengefasst kann zwischen einer optimistischen und einer pessimistischen Perspektive zu Governance und Demokratie unterschieden werden (s. z.B. Kübler und Schwab 2007; Skelcher et al. 2011). Diese beiden Perspektiven stellen die forschungsleitenden Thesen der vorliegenden Dissertation dar.

Die optimistische Perspektive stützt sich auf das Modell der deliberativen Demokratie (s. Held 2006, 231 ff.) und erachtet die zunehmende Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor als Gewinn für die Gesellschaft und die Demokratie. In dieser Sichtweise liegt der Fokus bei Governance-Strukturen auf ihrer diskursiven Qualität und der deliberativen Entscheidungsfindung in informellen Netzwerken (s. Sørensen und Torfing 2007c, 235). Governance eröffnet also neue Partizipations- und Mobilisierungsmöglichkeiten (Bogason 2008), erzeugt ausgeglichene, breit abgestützte Entscheidungen und fördert die politischen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger (Hendriks 2009, 175). Aus einer optimistischen Perspektive geht mit der Implementierung von neuen Governance-Strukturen nicht notwendigerweise ein Machtverlust der repräsentativen Institutionen einher. Allerdings sehen die Vertreter dieser Sichtweise vor, dass sich die Rolle der Politiker den neuen Gegebenheiten anpassen muss (Hambleton 2007, 165; Hansen 2005; Klijn und Koppenjan 2002; Nyholm und Haveri 2009; Sørensen 2006; Sørensen und Torfing 2009). Politikerinnen und Politiker sollen ein vermehrt strategisches Rollenverhalten übernehmen und den Governance-Institutionen durch *Metagovernance* demokratische Legitimität verschaffen (s. Bogason und Musso 2006; Sørensen 2006; Sørensen und Torfing 2005). Metagovernance bezieht sich in diesem Zusammenhang auf das Festlegen der übergeordneten politischen Ziele (Sørensen 2006) und beinhaltet die Organisation der gesellschaftlichen und politischen Komplexität und Pluralität (Jessop 1998, 42).

Die pessimistische Perspektive bezieht sich auf das Modell der liberalen Demokratie, das eine klare Trennung zwischen Staat und Gesellschaft vorsieht (s. Held 2006, 56 ff.). Die Übertragung von Einfluss und Handlungsmacht an private Akteure innerhalb neuer Steuerungsstrukturen wird daher als Gefahr für die Demokratie und die repräsentativen Institutionen wahrgenommen. Gemäss Dahl (1994) resultiert der Trend zu Governance in einem demokratischen Dilemma, einem Konflikt zwischen der Effektivität des Systems und der Partizipation seiner Bürger. Die pessimistische Perspektive lehnt den verstärkten Einbezug gesellschaftlicher Akteure ab, da die traditionellen Formen der politischen Teilhabe an Einfluss verlieren und die Möglichkeiten, die entscheidungsrelevanten Personen zur Verantwortung zu ziehen, weniger werden (s. Heinelt 2004, 41). Den privaten Vertretern in Governance-Netzwerken fehlt typischerweise die demokratische Legitimität (Mayntz 1998) und die getroffenen Entscheide sind für die parlamentarischen Institutionen schwierig zu überprüfen (Papadopoulos 1998). Pessimistisch betrachtet, sind Governance-Institutionen also charakterisiert durch einen sehr selektiven Einbezug ihrer Akteure, durch die ungleiche Verteilung von Einfluss und Ressourcen innerhalb der Netzwerke sowie durch eine mangelnde Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen (s. Klok und Denters 2005, 47; Papadopoulos 2004). Governance führt daher zu einer Schwächung der Parlamente (Papadopoulos 1998; 2004; Scharpf 1993) – insbesondere bezüglich der Ausarbeitung unterschiedlicher Varianten von Politikmassnahmen und ihrer Diskussion und Selektion (Kübler und Schwab 2007, 480).

2.3 Städtische Parlamentsmitglieder im Governance-Gefüge

Die Implementierung neuer Steuerungsgefässe auf lokaler Ebene sowie die stets zunehmende funktionale Verflechtung auf regionaler Ebene tragen in sich die Etablierung neuer politischer Ideen, Normen und Werte – „die Spielregeln ändern sich“ (Lowndes 2009, 94). Die Herausbildung eines neuen ideologischen Rahmens der politischen Steuerung beeinflusst die Eigenwahrnehmung, den Handlungsspielraum und das als angemessen empfundene Verhalten aller beteiligten Akteure. Die Rolle der Parlamentsmitglieder als zentrale Akteure in der Lokalpolitik wurde in der Governance-Forschung aber bisher vernachlässigt (Hansen 2005, 221). Wie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier den institutionellen Wandel wahrnehmen, wie sie ihr Rollenverhalten den veränderten Bedingungen anpassen und welches Verhalten sie als angemessen empfinden, war bisher nie in einer breit angelegten Studie erhoben worden. Im Schweizer Kontext befassen sie die wenigen vorhandenen Untersuchungen zu dieser Fragestellung nur mit der kantonalen Ebene (Widmer und Rüegg 2005; Widmer und Rieder 2007) oder beziehen sich auf ver-

schiedene Fallstudien (Skelcher et al. 2011). Die Resultate dieser Analysen zeigen, dass sich Schweizer Politiker gegen die Übernahme einer eher strategischen Rolle – wie dies aus einer optimistischen Perspektive zu Governance und Demokratie gefordert wird – verwehren. Gegenstand der vorliegenden Abhandlung sind die Auswirkungen neuer Governance-Institutionen – auf lokaler und auf regionaler Ebene – auf die Identität, den Einfluss und die Rollenorientierung der Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier – basierend auf einer Vollerhebung aller Mitglieder städtischer Parlamente.

Je nach eingenommener Perspektive stellen sich die theoretischen Annahmen zur Sichtweise und zum Handeln der Parlamentsmitglieder anders dar. Aus einer optimistischen Warte wird davon ausgegangen, dass die gewählten Politiker eine positive Sicht auf die neuen Steuerungsstrukturen entwickeln, dass sie die erhöhte diskursive Qualität in den Governance-Netzwerken schätzen und den breiteren Einbezug gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure befürworten. Gemäss den postulierten Hypothesen erleben die Stadtparlamentsmitglieder keinen Machtverlust, sondern sichern sich ihren Handlungsspielraum, indem sie ein strategischeres Rollenverhalten an den Tag legen. Durch den institutionellen Wandel entspricht ihre Eigenwahrnehmung eher einem „Metagovernor“, der die Interaktionen zwischen öffentlichem und privatem Sektor aktiv gestaltet, den Einbezug gesellschaftlicher Gruppen und Personen in die politische Entscheidungsfindung erleichtert und so die Governance-Strukturen demokratisch absichert.⁴ Die pessimistische Perspektive hingegen sieht die Arenen der Governance als abgekoppelt von den parlamentarischen Institutionen (Papadopoulos 2004, 224). Parlamentsmitglieder nehmen daher den Wandel als negativ und problematisch für die lokale Demokratie und die Institution des lokalen Parlaments wahr. Durch ihren Ausschluss aus neu implementierten Governance-Netzwerken sehen sie ihren Einfluss auf die Lokalpolitik im Schwinden begriffen und ihre Rolle als kompetente Vertreter der lokalen Bevölkerung gefährdet. In einer pessimistischen Sichtweise passt sich das Rollenverhalten der Parlamentsmitglieder insofern an, als dass sie sich weniger engagieren oder ihre Kontrollfunktion bezüglich der öffentlichen Verwaltung ausdehnen, da sie dieses Verhalten unter den gegebenen Umständen als angemessen erachten. In der Diskussion und Anwendung der beiden Hypothesengerüste – mit einem entweder optimistischen oder pessimistischen Fokus auf Governance und Demokratie – muss zudem die spezifische Dynamik der untersuchten Ebene mitberücksichtigt werden. Governance-Strukturen auf Ebene des Metropolraums wirken sich voraussichtlich an-

⁴ Diese Art der Metagovernance findet sich in der Literatur auch als „Verwesentlichung“ der Politik (Ladner et al. 2000, 124).

ders auf Identität, Orientierung und Verhalten der Parlamentsmitglieder aus als neue politische Steuerungsmodelle auf lokaler Ebene.

3 Methodisches Vorgehen

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ist das städtische Parlamentsmitglied in unterschiedlichen Governance-Strukturen. Die Untersuchungsanordnung ist dabei empirisch-analytisch ausgerichtet, verfolgt einen quantitativen Ansatz und kombiniert Längs- und Querschnittelemente. Die für die Untersuchung verwendeten Daten stammen aus standardisierten, schriftlichen Befragungen – einerseits aus einer selbst durchgeführten Erhebung der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder und andererseits aus weiteren Sekundärdatenquellen.

3.1 Datenerhebung

3.1.1 Primärdaten: Die Befragung der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder

Im Rahmen der vorliegenden Dissertation entstand eine umfassende Datenbasis von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller Schweizer Städte⁵. Während der ersten Hälfte des Jahres 2008 wurde in einer schweizweiten Vollerhebung allen 4162 Mitgliedern der 84 Stadtparlamente⁶ ein standardisierter, schriftlicher Fragebogen zugesandt. Dieser Fragebogen gliederte sich in unter-

⁵ Gemäss Bundesamt für Statistik werden Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern als Städte definiert. Im Jahre 2008 verfügten von den 119 Schweizer Städten aber nur 85 über ein Parlament – in den 34 weiteren Städten wurden die legislativen Funktionen von der Gemeindeversammlung wahrgenommen.

⁶ Die erhobenen Städte umfassen Aarau, Adliswil, Allschwil, Arbon, Baden, Bellinzona, Bern, Biel/Bienne, Binningen, Bülach, Bulle, Burgdorf, Carouge (GE), Chur, Davos, Delémont, Dietikon, Dübendorf, Ecublens (VD), Emmen, Frauenfeld, Fribourg, Genève, Gossau (SG), Herisau, Horw, Illnau-Effretikon, Kloten, Köniz, Kreuzlingen, Kriens, La Chaux-de-Fonds, La Tour-de-Peilz, Lancy, Langenthal, Lausanne, Le Locle, Liestal, Littau, Locarno, Lugano, Luzern, Lyss, Martigny, Meyrin, Monthey, Montreux, Morges, Münsingen, Muri bei Bern, Neuchâtel, Nyon, Olten, Onex, Opfikon, Ostermundigen, Pratteln, Prilly, Pully, Reinach (BL), Renens (VD), Riehen, Schaffhausen, Schlieren, Sierre, Sion, Spiez, St. Gallen, Steffisburg, Thônex, Thun, Uster, Vernier, Versoix, Vevey, Wädenswil, Wettingen, Wil (SG), Winterthur, Wohlen (AG), Worb, Yverdon-les-Bains, Zug und Zürich.

Das Stadtparlament von Basel wurde wegen seiner Doppelrolle als städtisches und kantonales Parlament aus der Untersuchung ausgeschlossen.

schiedliche Themenblöcke und beinhaltete Fragen zur politischen Laufbahn und der eigenen Person, zur Rolle des Parlaments und zu den Funktionen von Parlamentsmitgliedern sowie den eigenen Einschätzungen der Stadtpolitik.⁷

Die Erhebung war eingebettet in ein internationales Forschungsprojekt, das sich über insgesamt fünfzehn europäische Länder und Israel⁸ erstreckte (s. Egner et al. 2013; Heinelt 2012). Der entstandene internationale Datensatz beinhaltet knapp 12'000 Parlamentsmitglieder aus 800 Gemeinden (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Überblick über den internationalen Datensatz zu den kommunalen Parlamentsmitgliedern in Europa

	<i>Anzahl Parlamentsmitglieder</i>		<i>Anzahl Gemeinden</i>				
	<i>Total</i>	<i>Frauenanteil (%)</i>	<i>10'000-19'999 E.</i>	<i>20'000-49'999 E.</i>	<i>50'000-99'999 E.</i>	<i>≥ 100'000 E.</i>	<i>Total</i>
Belgien	634	27.7	61	34	5	4	104
Deutschland	894	21.7	58	35	9	6	108
England	700	26.4	0	2	17	57	76
Frankreich	720	45.4	69	57	9	1	136
Griechenland	235	16.7	40	24	21	4	89
Israel	147	13.0	32	41	7	15	95
Italien	1'201	13.8	99	65	24	21	209
Kroatien	233	25.9	14	5	4	2	25
Niederlande	1'222	26.7	44	62	14	8	128
Norwegen	1'134	38.5	45	22	5	5	77
Österreich	408	25.6	36	16	3	4	59
Polen	328	19.1	61	37	8	11	117
Schweden	1'346	42.9	17	17	6	3	43
Schweiz	1'540	31.2	55	22	3	4	84
Spanien	520	33.3	51	67	37	30	185
Tschechien	624	24.4	53	34	13	5	105
<i>Total</i>	11'886	29.3	735	540	185	180	1'640

⁷ Der vollständige Fragebogen der Schweizer Erhebung findet sich in Anhang 1, die internationale Fragebogenvorlage ist in Anhang 2 dargestellt.

⁸ Die beteiligten Länder sind Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, die Schweiz, Spanien, Tschechien sowie Israel.

Die Rücklaufquote der Schweizer Befragung beträgt 37%, was 1540 retournierten Fragebögen entspricht. Alle 84 erhobenen Stadtparlamente, die insgesamt in zwanzig Kantonen liegen, sind mit mindestens fünf Personen vertreten. In Tabelle 2 ist der Schweizer Datensatz überblicksartig dargestellt.

Tabelle 2: Überblick über den Datensatz zu den Schweizer Stadtparlamentsmitgliedern

		<i>Deutschsprachige Schweiz</i>		<i>Französischsprachige Schweiz</i>		<i>Italienischsprachige Schweiz</i>		<i>Total (Pers./Gem.)</i>
		<i>Anzahl Personen</i>	<i>Anzahl Gemeinden</i>	<i>Anzahl Personen</i>	<i>Anzahl Gemeinden</i>	<i>Anzahl Personen</i>	<i>Anzahl Gemeinden</i>	
<i>Räumliche Gliederung⁹</i>								
Kernstadt einer Agglomeration	Sample	461	19	282	14	59	3	802 / 36
	Grundges.	967	19	964	14	150	3	2'081 / 36
	in %	47.7	100	29.3	100	39.3	100	38.5 / 100
Agglomerationsgemeinde	Sample	451	30	244	14	0	0	695 / 44
	Grundges.	1'092	30	832	14	0	0	1'924 / 44
	in %	41.3	100	29.3	100	-	-	36.1 / 100
Isolierte Stadt	Sample	34	3	9	1	0	0	43 / 4
	Grundges.	97	3	60	1	0	0	157 / 4
	in %	35.1	100	15.0	100	-	-	27.4 / 100
<i>Total</i>	<i>Sample</i>	946	52	535	29	59	3	1'540 / 84
	<i>Grundges.</i>	2'156	52	1'856	29	150	3	4'162 / 84
	<i>in %</i>	43.9	100	28.8	100	39.3	100	37.0 / 100

Die Repräsentativität des Datensatzes scheint bezüglich der Grundgesamtheit aller Schweizer Stadtparlamentsmitglieder ausreichend gewährleistet. So liegt der Anteil der erfassten Parlamentarierinnen bei 31.2%, was fast der durchschnittlichen Frauenvertretung von 32.2% in den Schweizer Stadtparlamenten entspricht. Hinsichtlich der Sprachregionen besteht eine Übervertretung von Parlamentsmitgliedern aus der Deutschschweiz gegenüber den Vertretern aus der Romandie. 61.4% der Antworten stammen aus der Deutschschweiz (im Vergleich zu 50.8% Deutschschweizer Parlamentsmitgliedern), während nur 34.7% der retournierten Fragebögen aus der franzö-

⁹ Einteilung in städtische und ländliche Gebiete gemäss Bundesamt für Statistik (2008).

sischsprachigen Schweiz kamen (im Vergleich zu 45.6% Parlamentsmitgliedern aus der Romanie). Auch hinsichtlich der räumlichen Gliederung der Schweiz weicht das Sample etwas von der Grundgesamtheit ab: Die Parlamentsmitglieder der isolierten Städte sind im Vergleich zu den Volksvertretern in den Kernstädten der Schweizer Agglomerationen sowie in den anderen Agglomerationsgemeinden weniger stark vertreten (s. Tabelle 2). Bezüglich der Parteienstärke in den städtischen Parlamenten sind die linken und grünen Parteien (SPS, Grüne, PdA/Sol.) im Datensatz etwas überrepräsentiert (40.1% zu 35.9% in der Grundgesamtheit), der bürgerliche Block (FDP, CVP, LPS, SVP) hingegen leicht untervertreten (47.5% zu 53.2% in der Grundgesamtheit).¹⁰

3.1.2 Sekundärdaten

Zur Untersuchung der postulierten theoretischen Zusammenhänge gelangen neben den selbst erhobenen Daten insbesondere zwei weitere sekundäre Datenquellen zur Anwendung. Einerseits handelt es sich hierbei um die gesamtschweizerische Gemeindeschreiberbefragung, die von Andreas Ladner in den Jahren 1988, 1994, 1998 und 2005 durchgeführt wurde (s. Ladner et al. 2000; Steiner und Ladner 2006). Diese flächendeckende Befragung wies jeweils eine sehr gute Rücklaufquote von durchschnittlich 80% auf und dient in der vorliegenden Arbeit insbesondere der Lokalisierung von Governance-Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene sowie ihrer Entwicklung über die Zeit.¹¹ Als zweite sekundäre Datenquelle fungiert das Bundesamt für Statistik, das die benötigten räumlich-strukturellen Angaben zu den untersuchten Städten und Metropolräumen lieferte.

3.2 Datenauswertung

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgt anhand unterschiedlicher Methoden der beschreibenden und der schliessenden Statistik. Die postulierten theoretischen Zusammenhänge wurden nach dem Zusammenfügen der Datensätze mittels einfacher Korrelations- und multipler sowie logistischer Regressionsanalysen überprüft. Die für die Arbeit zentrale Analysemethode aber ist die Mehrebenenanalyse basierend auf der Maximum-Likelihood-Schätzung. Die hierarchische

¹⁰ Quelle: Bundesamt für Statistik (2006, 17ff.).

¹¹ Unter www.andreasladner.ch/gemeindeforschung/fragebogen.htm findet sich die vollständige Dokumentation der Erhebungen.

Datenstruktur der vorliegenden Arbeit, wobei die unabhängige Variable auf der Ebene der Stadt oder der Metropolregion und die abhängige Variable auf der Ebene des Parlamentsmitglieds gemessen wird, eignet sich sehr gut für eine Analyse mit einem Mehrebenenmodell. Die Mehrebenenanalyse stellt eine Erweiterung der Regressionsanalyse dar, bietet aber gegenüber dem üblichen Regressionsmodell einige Vorteile. Das Mehrebenenmodell behält die hierarchische Struktur der Daten bei und erlaubt eine gleichzeitige Auswertung von Einflüssen unterschiedlicher Ebenen. Das Problem der normalen Regressionsanalyse, dass die Vervielfachung der Beobachtungen auf der höheren Modellebene zu fälschlich signifikanten Ergebnissen führt, kann hier nicht auftreten (Hox 2002). Die Mehrebenenanalyse zeigt zudem klar, wie stark das Parlamentarierverhalten auf individuelle und auf institutionelle Faktoren zurückzuführen ist.

4 Übersicht über die einzelnen Artikel der Dissertation

Die einzelnen Artikel der vorliegenden Abhandlung lassen sich im selben, übergreifenden theoretischen Rahmen verorten, gehen aber unterschiedlichen Fragestellungen in unterschiedlichen räumlichen Zusammenhängen nach. Während sich drei der Artikel mit dem Einfluss politischer Steuerungsstrukturen auf den Wirkungsbereich und das Bewusstsein der lokalen Parlamentsmitglieder beschäftigen, widmet sich der vierte Artikel als thematischer Exkurs dem *Gender Gap* in Schweizer Stadtparlamenten. Alle vier Artikel wurden bereits von renommierten politikwissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Die bibliographischen Angaben zu den Artikeln finden sich in Kapitel 7.1.

4.1 Erster Artikel: „Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors“¹²

Situiert in einem europäischen Kontext, untersucht dieser Artikel die Auswirkungen von Urban Governance-Strukturen auf den politischen Einfluss und das Verhalten der lokalen Parlamentsmitglieder. Das Governance-Konzept wird anhand einer Typologie von Pierre (1999) fassbar gemacht, der zwischen vier Urban Governance-Modellen unterscheidet: *Managerial*, *Corporatist*,

¹² Plüss, Larissa (2012). „Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors.“ *Local Government Studies*, DOI: 10.1080/03003930.2012.670750.

Progrowth und *Welfare Governance*. Dabei entsprechen die ersten drei Steuerungsmodelle dem neuen Verständnis von Governance, während sich das Modell der Welfare Governance eher auf eine Government-Logik bezieht. Die formulierten Hypothesen überprüfen nur die pessimistische Perspektive zu Governance und Demokratie und postulieren einen Einflussverlust der Parlamentsmitglieder in neuen Governance-Arenen. Weiter wird angenommen, dass sich infolge des Machtverlusts eine Veränderung der Kommunikationsmuster ergibt und die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre soziale Vernetzung entsprechend dem vorherrschenden Governance-Modell anpassen, um dadurch wieder mehr Einfluss auf die Lokalpolitik zu gewinnen. Die Überprüfung der Hypothesen erfolgt anhand des internationalen Datensatzes in den 15 beteiligten europäischen Ländern¹³.

Die Resultate der quantitativen Analysen bestätigen die theoretischen Annahmen nur teilweise. So muss die Haupthypothese, wonach die Implementierung neuer politischer Steuerungsmodelle die Stellung der Stadtparlamentsmitglieder generell schwächt, zurückgewiesen werden. Die institutionelle Struktur übt zwar einen klaren Einfluss auf das Machtgefühl der Parlamentarier aus – allerdings meist in einem positiven Sinn. Die Implementierung von ergebnisorientierten, marktähnlichen Strukturen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen sowie der stärkere Einbezug gesellschaftlicher Akteure erhöhen den wahrgenommenen politischen Einfluss der befragten Politiker. Anhand der vorliegenden Daten wird also eher die optimistische Perspektive zu Urban Governance und Demokratie gestützt. Die Mehrebenenanalysen zeigen zudem einen hohen Einfluss des nationalen Kontexts: der verwendete Indikator zur lokalen Kapazität (Sellers und Lidström 2007) erklärt einen hohen Anteil des parlamentarischen Einflusses. Der zweite Analyseschritt, der die Kommunikationsstrategien der Parlamentsmitglieder untersucht, bestätigt allerdings die theoretischen Annahmen. So pflegen die befragten Politiker insbesondere die Kontakte zu denjenigen Akteuren, die im vorherrschenden Governance-Modell am einflussreichsten sind. Diese Anpassung ihrer sozialen Beziehungen wiederum erhöht den wahrgenommenen Einfluss der Parlamentsmitglieder in lokalpolitischen Entscheidungsprozessen.

¹³ Die Parlamentsmitglieder in Israel sind nicht Teil dieser Untersuchung, da die festgelegte minimale Rücklaufquote von zehn retournierten Fragebogen pro Parlament in keiner israelischen Stadt erfüllt wurde.

4.2 Zweiter Artikel: „Steering, not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behaviour of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts“¹⁴

Der zweite Artikel beschränkt sich auf die Städte in der Schweiz und untersucht den Einfluss von drei neuen Governance-Typen – der Implementierung von NPM-Massnahmen, der zunehmenden Kooperation von Vertretern von Staat und Wirtschaft in informellen Netzwerken sowie der Einführung neuer Formen der Bürgerbeteiligung – auf den Demokratiebegriff, den politischen Einfluss und das Rollenverhalten der städtischen Parlamentsmitglieder. Dabei werden die theoretischen Annahmen der optimistischen und der pessimistischen Perspektive einander gegenübergestellt. Die abhängigen Variablen werden anhand des Schweizer Parlamentarierdatensatzes operationalisiert, während die Ausprägung der drei Governance-Typen mittels der Daten aus der Gemeindeschreiberbefragung gemessen wird.

Die durchgeführten Mehrebenenanalysen zeigen, dass das veränderte politische Umfeld, die neuen Spielregeln und Routinen, die dahinter stehenden Normen und Werte eine hohe Erklärungskraft aufweisen. Der institutionelle Kontext beeinflusst die Wahrnehmung und das Handeln der Parlamentsmitglieder – und zwar entsprechend der optimistischen Hypothese zu Governance und Demokratie. Die Implementierung neuer Governance-Typen stärkt die Präferenz der befragten Politiker für ein deliberativeres Demokratiemodell und erhöht ihren wahrgenommenen politischen Einfluss. Das Rollenverhalten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier wird hingegen nur durch die Einführung von NPM-Massnahmen signifikant beeinflusst. So erachten die untersuchten Volksvertreter ein strategischeres Rollenverhalten als der neuen Situation besser angepasst, üben dieses Verhalten im politischen Alltag allerdings nicht aus. Dieser Gegensatz resultiert möglicherweise aus der Tatsache, dass sich Metagovernance in der parlamentarischen Praxis nicht auszahlt – weder hinsichtlich der eigenen Wiederwahl, der Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit, noch der Erreichung ideologischer Ziele.

¹⁴ Plüss, Larissa (2013a). „Steering, not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behaviour of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts.“ *Urban Affairs Review*, DOI: 10.1177/1078087413501636.

4.3 Dritter Artikel: „Municipal Councillors in Metropolitan Governance: Assessing the Democratic Deficit of New Regionalism in Switzerland“¹⁵

Der untersuchte institutionelle Wandel findet im dritten Artikel nicht auf lokaler, sondern auf regionaler Ebene – in den städtischen Ballungsräumen der Schweiz – statt. Die politischen Strukturen in Schweizer Metropolräumen zur Organisation und Umsetzung der Bereitstellung öffentlicher Güter zeichnen sich durch freiwillige Kooperation in relativ flexiblen Politiknetzwerken aus und entsprechen damit dem theoretischen Ansatz des New Regionalism. Diese zweckorientierte, interkommunale Zusammenarbeit hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich zugenommen und scheint eine geeignete und breit akzeptierte Antwort auf die Herausforderungen, welche die hohe institutionelle Fragmentierung der Schweizer Agglomerationen mit sich bringt. Die demokratische Legitimität solcher „governanceartiger“ Strukturen und ihre Auswirkungen auf die demokratischen Institutionen blieben in der bisherigen Forschung aber wenig beleuchtet. Anhand der Gemeindeschreiberbefragung, die eine Messung der horizontalen, interkommunalen Verflechtungen möglich macht, und mittels des Parlamentarierdatensatzes, der Aussagen zum politischen Einfluss, dem Einbezug der lokalen Parlamentsmitglieder in regionale Netzwerke sowie ihrem Engagement für die interkommunale Zusammenarbeit macht, soll diese Forschungslücke zumindest hinsichtlich der Rolle der lokalen Parlamente geschlossen werden. Die Untersuchung stützt sich dabei nur auf die pessimistische Perspektive zu Governance und Demokratie, da die lokalen Parlamentsmitglieder im Regelfall nicht Teil der regionalen Entscheidungsfindung sind. Neben dem Einfluss regionaler Steuerungsstrukturen auf den Einfluss und die Mitsprache der lokalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden zudem drei relevante Kontextfaktoren untersucht: die räumliche Struktur, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen im Schweizer Föderalismus sowie die lokale Autonomie.

Die Analyseergebnisse bestätigen die pessimistischen Hypothesen weitgehend: die wachsende horizontale Verflechtung in urbanen Ballungsräumen senkt den generellen politischen Einfluss der lokalen Parlamentsmitglieder sowie ihren Einfluss hinsichtlich der interkommunalen Kooperation. Parlamentarische Institutionen und traditionelle Formen der politischen Teilnahme werden also durch die neuen Governance-Strukturen auf regionaler Ebene geschwächt. Dieses Demokratiedefizit ist zudem ausgeprägter in Kernstädten, bei eher angespannten Beziehungen zwi-

¹⁵ Plüss, Larissa (2013b). „Municipal Councillors in Metropolitan Governance: Assessing the Democratic Deficit of New Regionalism in Switzerland.“ *European Urban and Regional Studies*, DOI: 10.1177/0969776412469804.

schen Gemeinde und Kanton sowie bei abnehmender lokaler Autonomie. Das Argument, dass demokratiethoretische Nachteile solcher Governance-Institutionen durch die Implementierung direktdemokratischer Instrumente in Schweizer Regionalverbänden grösstenteils wettgemacht werden, ist dabei nur bedingt tauglich: schlecht organisierten Interessen ist der Zugang zu regionalen Strukturen trotzdem erschwert und es braucht nach wie vor lokale Repräsentanten, die diejenigen Bürger vertreten, die ihre Interessen nicht selbst verteidigen können.

4.4 Vierter Artikel: „Der Gender Gap in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern“¹⁶

Der vierte Artikel der vorliegenden Abhandlung lässt sich nicht in die Governance-Diskussion einordnen, sondern benutzt den Datensatz der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder, um dem Gender Gap – der Kluft zwischen den Geschlechtern – in den lokalen Parlamenten auf die Spur zu kommen. Gestützt auf feministische Literatur zur politischen Repräsentation und den Ansatz von Pippa Norris zur politischen Rekrutierung (1996; 1997) wird untersucht, wie stark sich strukturelle, städtische Faktoren, individuelle Eigenschaften und die Beschaffenheit des Rekrutierungsprozesses auf den Frauenanteil niederschlagen. Die Beschäftigung mit der Lokalpolitik verspricht dabei weiter reichende Erkenntnisse, da die politischen Karrieren in der Schweiz ihren Anfang in aller Regel auf tiefen staatlichen Ebenen nehmen, um sich dann in der Art eines *Cursus Honorum* (Gruner 1966) auf höheren Ebenen weiterzuentwickeln – der Frauenanteil dabei aber stetig sinkt.

Die durchgeführten statistischen Analysen zeigen einen nur geringen Einfluss von strukturellen Rahmenbedingungen und keinen signifikanten Zusammenhang mit individuellen Charakteristika wie der persönlichen Motivation oder der Karriereplanung. Hingegen übt der politische Rekrutierungsprozess einen signifikanten Einfluss auf die politische Vertretung von Frauen aus. Die Resultate bestätigen somit zumindest teilweise die These von Norris (2004, 184), dass der Rekrutierungsprozess auch in der Schweiz dazu neigt, den Status Quo zu reproduzieren, indem er bisherige und neue Kandidierende begünstigt, die dem Bild des typischen Parlamentsmitglieds – männ-

¹⁶ Plüss, Larissa und Marisa Rusch (2012). „Der Gender Gap in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern.“ *Swiss Political Science Review* 18(1): 54-77.

lich, hoch gebildet und einer hohen sozio-professionellen Schicht zugehörig – am ehesten entsprechen. Frauen werden zudem häufiger als Männer von rein kommunalen Wählergruppen statt von den Lokalsektionen nationaler Parteien rekrutiert. Bei Parlamentarierinnen solcher lokaler Wählergruppen ist in der Folge die Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Rücktritts aus mangelnden zeitlichen Ressourcen signifikant erhöht, da die lokalen Gruppierungen ihren Repräsentanten aufgrund der fehlenden Einbindung in eine übergeordnete Parteiorganisation nicht die nötige Unterstützung bieten können. Es liegt wohl also weniger am mangelnden Angebot an weiblichen Kandidaten, denn an den Auslesekriterien und -mechanismen der Rekrutierung in den grösseren Parteien. So sind also die nationalen Parteien gefragt, anhand geeigneter Massnahmen die Frauenvertretung in den eigenen Reihen zu fördern.

5 Gesamthafte Schlussfolgerungen

Governance-Strukturen haben einen signifikanten Einfluss auf das Bewusstsein und das Verhalten der städtischen Parlamentsmitglieder.

Politische Organisations- und Regelungsstrukturen und die ihnen zugrunde liegenden Normen und Werte prägen Bewusstsein und Verhalten aller beteiligten Personen. Die Empfindungen und Präferenzen politischer Akteure werden strukturiert durch Institutionen; individuelle Handlungen orientieren sich an den jeweils vorgegebenen Regeln und Routinen (March und Olsen 1984; 1989; 1996). Diese Grundannahmen des normativen Neoinstitutionalismus' bestätigen sich in allen Artikeln der vorliegenden Abhandlung. Die Implementierung neuer Governance-Modelle wirkt sich signifikant auf die Wahrnehmung, die Überzeugungen und das Handeln der untersuchten lokalen Parlamentsmitglieder aus. Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich mit unterschiedlichen politischen Steuerungsstrukturen konfrontiert sehen, schätzen ihren eigenen Einfluss unterschiedlich ein, bewerten politische Vorgänge und zentrale Aspekte demokratischer Ordnungen anders und legen ein Rollenverhalten an den Tag, das für den jeweiligen institutionellen Kontext angemessen erscheint. Die Art und Weise der politischen Steuerung zeigt eine klare Wirkung – die Einführung horizontaler, konsensbasierter Kooperationsstrukturen mit starkem Einbezug von Exponenten aus Wirtschaft und Gesellschaft beeinflussen die Weltanschauung und die Eigenwahrnehmung der lokalen Parlamentsmitglieder in der Schweiz, aber auch in weiteren europäischen Ländern. Hohe, signifikante Effekte zeigen sich – sowohl in der Schweiz als auch gesamthafte in den untersuchten europäischen Ländern – bei einem lokalen Governance-Typ, der grundlegende Reformen der öffentlichen Verwaltung im Sinne von New Public Ma-

nagement (NPM) beinhaltet. Die Implementierung solcher Massnahmen verändert den präferierten Demokratiebegriff der Parlamentsmitglieder, ihren wahrgenommenen politischen Einfluss und ihr Rollenverhalten. In der Schweiz zeigt als weiterer lokaler Governance-Typ die Verflechtung zwischen staatlicher und wirtschaftlicher Elite eine signifikante Wirkung auf die untersuchten Repräsentanten. Wenn die europäischen Staaten gesamthaft betrachtet werden, verliert dieses Governance-Modell aber seinen Einfluss. Hingegen lässt sich beim „korporatistischen“ Modell, das auf der Einbindung gesellschaftlicher Organisationen beruht, europaweit eine hohe Erklärungskraft festhalten. Werden nicht nur lokale Steuerungsstrukturen betrachtet, sondern auch neue Kooperationsgefässe auf regionaler Ebene in städtischen Verdichtungsräumen untersucht, zeigen sich ebenso signifikante Zusammenhänge. Die Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit in der Schweiz innerhalb flexibler, freiwilliger Strukturen prägt die Wahrnehmung der individuellen politischen Einflussmöglichkeiten der lokalen Parlamentsmitglieder deutlich.

Die Rolle des institutionellen Kontexts ist zudem auch bei der Analyse der politischen Repräsentation in Schweizer Stadtparlamenten von grosser Wichtigkeit. Es zeigt sich nämlich, dass die Kluft zwischen den Geschlechtern zumindest teilweise dem politischen Rekrutierungsprozess geschuldet ist, der dazu neigt, den Status Quo zu reproduzieren, und dadurch männliche Kandidaten systematisch bevorzugt.

Die Art und Weise dieses Einflusses wird bestimmt durch die staatliche Ebene der Governance-Struktur.

Für die Ansichten, das Verständnis der eigenen Machtposition sowie das entsprechende Rollenverhalten der städtischen Parlamentsmitglieder spielt der räumliche Massstab einer Governance-Struktur offensichtlich eine entscheidende Rolle. Ob es sich um ein lokales Governance-Arrangement oder eine regionale Kooperationsstruktur handelt, macht einen deutlichen Unterschied.

Die Implementierung eines neuen Steuerungsansatzes auf Gemeindeebene wirkt sich ganz im Sinne der optimistischen Sichtweise auf Governance und Demokratie aus. Die Einführung von NPM-Projekten, der verstärkte Einbezug gesellschaftlicher Gruppen sowie eine intensive Zusammenarbeit von staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren werden von den Parlamentsmitgliedern nicht als Gefahr für die Demokratie oder die repräsentativen Institutionen wahrgenommen. Sie fühlen sich offensichtlich nicht aus diesen neuen Steuerungsstrukturen ausgeschlossen und leiden nicht unter einem Verlust ihrer politischen Macht. Es bestätigt sich die optimistische Hypothese, die den deliberativen Ansatz neuerer Steuerungsmodelle als Vorteil für die lokale De-

mokratie erachtet und ihr Augenmerk auf die neuen, vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten richtet. Die Implementierung von Governance-Arrangements führt zu einem höheren politischen Einfluss der Stadtparlamentsmitglieder und stärkt ihre Präferenzen für ein deliberatives Demokratiemodell. Die Befürchtungen von Vertretern einer eher pessimistischen Perspektive hinsichtlich der Transparenz von Governance-Netzwerken und der parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten scheinen aus Sicht der befragten Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht gerechtfertigt. Diese Erkenntnisse betreffen nicht nur auf die Schweizer Parlamentsmitglieder, die aufgrund des eher konsensuellen Politikstils gewohnt sind, sich die politische Macht mit Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft zu teilen, sondern auch die untersuchten Lokalpolitiker in den fünfzehn europäischen Ländern. Urban Governance scheint – aus der Perspektive der Parlamentsmitglieder – effektive, zielorientierte politische Entscheidungsprozesse zu fördern und dabei die demokratische Abstützung nicht zu vernachlässigen.

Regionale Governance-Institutionen im Sinne freiwilliger, zweckorientierter interkommunaler Kooperation hingegen bestätigen die theoretischen Annahmen der pessimistischen Perspektive zu Governance und Demokratie. Die Einrichtung gemeindeübergreifender Governance-Strukturen in den urbanen Räumen der Schweiz – entsprechend dem theoretischen Ansatz des New Regionalism – wirkt sich signifikant negativ auf den generellen politischen Einfluss der kommunalen Parlamentsmitglieder sowie auf ihren spezifischen Einfluss bezüglich der Beziehungen zu anderen Gemeinden aus. Die zunehmende horizontale Verflechtung in urbanen Verdichtungsräumen findet weitgehend ohne die Beteiligung der lokalen Parlamente statt – und diese spüren offensichtlich ihren Einflussverlust. Die demokratische Verankerung der regionalen Steuerung in Schweizer Ballungsräumen geschieht in steigendem Ausmass über direktdemokratische Instrumente, was die Bedenken hinsichtlich der Legitimierung solcher Institutionen mindern könnte. Interessen und Bedürfnisse, die sich aber nur schlecht artikulieren und organisieren lassen, profitieren kaum von diesen Instrumenten und sind in Governance-Institutionen schlechter gestellt als in traditionellen hierarchischen Entscheidungsstrukturen. Eine adäquate und ausgewogene Vertretung der Bevölkerung in Metropolräumen erfordert Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich frühzeitig, stetig und systematisch in die regionalen Entscheidungsprozesse einbringen können. Im Gegensatz zu kommunalen Governance-Strukturen ist also auf regionaler Ebene – ganz im Sinne der pessimistischen Perspektive zu Governance und Demokratie – klarer Handlungsbedarf auszumachen.

Die städtischen Parlamentsmitglieder passen ihr Verhalten an den jeweiligen institutionellen Kontext an.

Die geänderten Regeln und Abläufe in Governance-Strukturen, die damit einhergehende Gesprächskultur, die neuen Konfliktlösungsstrategien sowie die ideologische Abstützung solcher Regelungsstrukturen wirken sich auf das Verhalten der involvierten Akteure aus. Gemäss den Prämissen des normativen Neoinstitutionalismus⁹ handeln Politikerinnen und Politiker so, wie sie es im vorgegebenen institutionellen Kontext für angebracht halten. Tatsächlich zeigen die durchgeführten Untersuchungen, dass sich die kommunalen Parlamentsmitglieder in vielerlei Hinsicht an den neuen Spielregeln orientieren und ihr Rollenverhalten dementsprechend anpassen. In der länderübergreifenden Analyse weisen die unterschiedlichen Governance-Typen mehrheitlich einen klaren, signifikanten Einfluss auf das Kommunikationsverhalten der Parlamentsmitglieder auf. So interagieren die Politikerinnen und Politiker häufiger mit denjenigen Akteuren, die im vorherrschenden Governance-Modell zentrale Positionen innehaben. Ihre Kontakte und Netzwerke haben sich also den neuen Gegebenheiten, den neuen Machtstrukturen angepasst. Im Schweizer Kontext zeigt sich, dass die lokalen Governance-Strukturen ebenfalls einen Wandel in den parlamentarischen Verhaltensmustern hervorrufen: Ganz im Sinne der optimistischen Perspektive zu Governance und Demokratie erachten die Schweizer Stadtparlamentsmitglieder ein verstärkt strategisches, steuerndes Auftreten als eher angebracht in neuen Governance-Gefässen. Insbesondere die Implementierung von NPM-Massnahmen führt zu einer signifikanten Präferenz für die so genannte *Metagovernance*, die eher auf das Festlegen der übergeordneten politischen Ziele als auf das detaillierte Kontrollieren der Regierungstätigkeit fokussiert ist. Allerdings zeigt sich hier ein interessanter Gegensatz zwischen der Einschätzung der Parlamentsmitglieder, welches Verhalten in der vorgegebenen Situation angemessen wäre, und ihrem tatsächlichen Handeln. Metagovernance wird zwar als wichtiger erachtet, im politischen Alltag aber nicht umgesetzt. Es scheint, dass sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihrer Tätigkeit mit stärkeren institutionellen Kräften konfrontiert sehen, die ein strategischeres Rollenverhalten bremsen. So ist es vorstellbar, dass eine stärkere strategische Steuerung in Governance-Netzwerken zwar als wichtig und nötig angesehen wird, ein entsprechendes Rollenverhalten aber als zu weit weg von der Wählerschaft, als zu wenig publikumswirksam oder als zu wenig geeignet zur Verfolgung der eigenen ideologischen Ziele erachtet wird. Auf regionaler Ebene hingegen konnte ein strukturierender Einfluss von Governance-Institutionen auf das Handeln der Parlamentsmitglieder nicht nachgewiesen werden. Die Untersuchung der interkommunalen Zusammenarbeit in städtischen Ballungsräumen der Schweiz ergab keine signifikanten Unterschiede in der Bereitschaft der lokalen Politikerinnen und Politiker, die Kooperation mit anderen Gemeinden zu stär-

ken. Die Annahme, dass die Parlamentsmitglieder aufgrund ihres geringeren politischen Einflusses der stärkeren interkommunalen Verflechtung entgegen treten wollen, muss also fallen gelassen werden.

Räumlich-strukturelle Faktoren spielen ebenfalls eine essentielle Rolle hinsichtlich des Bewusstseins und des Handelns der Parlamentsmitglieder.

Der starke Einfluss des räumlichen Umfelds der städtischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zeigt sich in allen durchgeführten Untersuchungen. So weisen die länderübergreifenden Analysen auf einen erstaunlich hohen Einfluss des nationalen Kontexts hin. Der dabei verwendete Indikator von Sellers und Lidström (2007) misst die lokale Kapazität unterschiedlicher lokalpolitischer Systeme, indem er einerseits die fiskalischen Beziehungen zwischen der Gemeindeebene und höheren staatlichen Ebenen ermittelt und andererseits politisch-administrative Befugnisse und Kapazitäten wie das Ausmass der lokalen Autonomie berücksichtigt. Das berechnete Mehrebenenmodell zeigt einen hohen, signifikanten Effekt dieses Indikators an: Gemeinden, die über hohen Einfluss und weit reichende Autonomie verfügen, weisen auch einflussreichere Parlamentsmitglieder auf. Ein in das Modell integrierter Interaktionsterm weist zudem nach, dass sich die positive Wirkung des nationalen Kontexts noch verstärkt durch die Implementierung von Governance-Modellen, die auf Reformen der öffentlichen Verwaltung beruhen. Innerhalb der Schweiz besitzen insbesondere die Gemeindegrösse, der Gemeindetyp und die Sprachregion eine hohe Erklärungskraft. So zeigt sich, dass die Deutschschweizer Gemeinden in städtischen Ballungsräumen über grundsätzlich einflussreichere Parlamentsmitglieder verfügen, diese sich aber stärker von den interkommunalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlen und deutlich weniger bereit sind, die funktionale Verflechtung in den Agglomerationen noch voranzutreiben. Erklärungen für diese interessante Tatsache liegen nicht in der höheren Dichte von Governance-Netzwerken in der Deutschschweiz – es braucht dazu noch spezifischere, detaillierte Untersuchungen. Die Gemeindegrösse spielt eine eher ambivalente Rolle in den durchgeführten Analysen: sie scheint sich insgesamt leicht hinderlich auf den politischen Einfluss der kommunalen Parlamentsmitglieder auszuwirken und ein kontrollierendes Rollenverhalten gegenüber der öffentlichen Verwaltung etwas zu begünstigen. Parlamentsmitglieder in grösseren Städten müssen sich ihren politischen Einflussbereich mit einer Vielzahl staatlicher und privater Akteure teilen, was die unterschiedliche Wahrnehmung erklären könnte. Hinsichtlich des Gemeindetyps – der Art der Gemeinde, ihren Beziehungen innerhalb des föderalistischen Mehrebenensystems sowie ihrer Autonomie – lässt sich ein signifikanter Effekt auf die Wahrnehmungen der Parlamentsmitglieder in regionalen Governance-Strukturen nachweisen. So bestätigt sich in städtischen Bal-

lungsräumen die pessimistische Hypothese zu Governance und Demokratie in deutlich höherem Masse in Kernstädten, in Gemeinden mit eher konfliktiver Beziehung zum Kanton sowie bei abnehmender lokaler Autonomie. In diesen Gemeinden fühlen sich die kommunalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier signifikant stärker von regionalen Netzwerken ausgeschlossen und weniger an Fragen zur interkommunalen Zusammenarbeit beteiligt. Auch in der Studie zum Frauenanteil in kommunalen Parlamenten zeigen sich signifikante Effekte von räumlich-strukturellen Faktoren. So haben gemäss der durchgeführten linearen Regressionsanalyse die Sprachregion und die räumliche Gemeindetypologie einen klaren Einfluss auf den Gender Gap: Städte in der französischsprachigen Schweiz weisen im Vergleich zur Referenzkategorie der italienischen Schweiz einen sehr hohen Anteil weiblicher Parlamentsmitglieder auf. Des Weiteren ist der Sitzanteil von Parlamentarierinnen in einkommensstarken Gemeinden signifikant höher als in der Referenzkategorie der suburbanen Gemeinden.

Individuelle Charakteristika sind dabei als Erklärungsfaktoren nicht zu vernachlässigen.

Die Annahme, dass die Bildung von Präferenzen, Haltungen und Verhaltensweisen zu einem bedeutenden Teil endogen, innerhalb von strukturierenden Institutionen erfolgt, konnte im Rahmen der vorliegenden Abhandlung bestätigt werden. Individuelle Faktoren sind zwar ebenfalls wichtig in der Erklärung der Wahrnehmungen und des Handelns der untersuchten Parlamentsmitglieder, ihre Erklärungskraft bleibt aber vergleichsweise gering. So zeigen sich gewisse Effekte bei den Faktoren Alter, Bildungsgrad, Geschlecht und Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum. Relativ konstant wirkt dabei die Variable der Bildung: je höher der Abschluss, desto kritischer sehen die Parlamentsmitglieder ihren politischen Einfluss und ihre gestalterischen Möglichkeiten – sowohl im Ländervergleich als auch innerhalb der Schweiz. Weibliche Parlamentsmitglieder sowie Politiker, die sich selbst auf der linken Seite des politischen Spektrums positionieren, zeigen eine klare Präferenz für das Modell der deliberativen Demokratie. Männliche Abgeordnete hingegen und Politiker auf der rechten Seite der Skala sprechen sich für eine liberale Demokratie und eine stärkere Kontrolle der öffentlichen Verwaltung aus. In der Analyse des Gender Gaps in Stadtparlamenten zeigt das Geschlecht allerdings keinen Einfluss auf die Motivationsmuster und die Karriereplanung – die weiblichen und männlichen Repräsentanten sind gleichermassen gewillt, die politische Karriereleiter zu erklimmen und höhere Ämter anzustreben. Es ist allerdings so, dass eine fehlende Parteimitgliedschaft den politischen Aufstieg hemmt. Mitglieder von rein kommunalen Wählergruppen treten öfter vorzeitig von ihrem Amt zurück – und dabei handelt es sich signifikant häufiger um Frauen.

6 Fazit

Die vorliegende Dissertation reiht sich in die aktuelle Debatte zur demokratischen Qualität von Governance-Institutionen ein und untersucht die Auswirkungen neuer Governance-Strukturen auf die städtische Demokratie. Dabei liegt der Fokus auf der Rolle der lokalen Parlamentsmitglieder, welche in der bisherigen wissenschaftlichen Governance-Literatur weitgehend vernachlässigt wurden (s. Hansen 2005). Die durchgeführten quantitativen Auswertungen zeigen, dass der Einfluss neuer politischer Steuerungsmodelle auf die lokale Demokratie differenziert beurteilt werden muss: Städtische Governance-Strukturen wirken sich signifikant anders aus als gemeindeübergreifende, regionale Institutionen. Während Urban Governance die optimistische Perspektive zu Governance und Demokratie stützt, bestätigt sich in den Governance-Institutionen des New Regionalism' die pessimistische Perspektive. Neue Steuerungsmodelle auf städtischer Ebene – insbesondere die Einführung von NPM, der stärkere Einbezug gesellschaftlicher Gruppen sowie eine engere Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren – stellen offensichtlich keine Gefahr für die lokale Demokratie und ihre repräsentativen Institutionen dar. Die lokalen Volksvertreter fühlen sich nicht davon ausgeschlossen und beurteilen ihren eigenen politischen Einfluss sogar oftmals als stärker. In regionalen Governance-Institutionen hingegen fühlen sich die lokalen Parlamentsmitglieder wenig beteiligt und spüren negative Auswirkungen auf ihren politischen Einfluss. New Regionalism scheint also im Gegensatz zu Urban Governance ein Demokratiedefizit aufzuweisen. Diese Feststellung bestätigt sich in mehreren statistischen Modellen, welche in unterschiedlicher Weise die bestehenden Governance-Institutionen operationalisieren. Die Schweiz präsentiert sich dabei als Teil eines europaweiten Trends – die Erkenntnisse aus Schweizer Städten weichen nur geringfügig von den länderübergreifenden Resultaten ab.

7 Bibliographie

7.1 Verzeichnis der Artikel der kumulativen Dissertation

- Plüss, Larissa (2012). „Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors.“ *Local Government Studies*, DOI: 10.1080/03003930.2012.670750.
- Plüss, Larissa und Marisa Rusch (2012). „Der *Gender Gap* in Schweizer Stadtparlamenten. Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern.“ *Swiss Political Science Review* 18(1): 54-77.
- Plüss, Larissa (2013a). „Steering, not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behaviour of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts.“ *Urban Affairs Review*, DOI: 10.1177/1078087413501636.
- Plüss, Larissa (2013b). „Municipal Councillors in Metropolitan Governance: Assessing the Democratic Deficit of New Regionalism in Switzerland.“ *European Urban and Regional Studies*, DOI: 10.1177/0969776412469804.

7.2 Literaturverzeichnis der Synopse

- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.) (2007). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate.
- Benz, Arthur (1998). „Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat.“ In: Greven, Michael (Hrsg.). *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich: 201-222.
- Bogason, Peter (2008). „Institutional Theory and Democracy.“ In: Pierre, Jon, B. Guy Peters und Gerry Stoker (Hrsg.). *Debating Institutionalism*. Manchester: University Press: 22-41
- Bogason, Peter und Juliet A. Musso (2006). „The Democratic Prospects of Network Governance.“ *American Review of Public Administration* 36(1): 3-18.
- Bundesamt für Statistik (2006). *Die Exekutiven und Legislativen der Schweizer Städte*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.

- Bundesamt für Statistik (2008). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Dahl, Robert A. (1994). „A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation.“ *Political Science Quarterly* 109(1): 23-34.
- Denters, Bas und Lawrence E. Rose (Hrsg.) (2005). *Comparing Local Governance. Trends and Developments*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan.
- Devecchi, Lineo (2010). *Governing Zurich 1973-2007. Urbane Regime und Stadtentwicklungspolitik*. Zürich: Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- Edelenbos, Jurian, Bram Steijn und Erik-Hans Klijn (2010). „Does Democratic Anchorage Matter? An Inquiry into the Relation between Democratic Anchorage and Outcome of Dutch Environmental Projects.“ *The American Review of Public Administration* 40(1): 46-63.
- Egner, Björn, David Sweeting und Pieter-Jan Klok (Hrsg.) (2013). *Local Councillors in Europe*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fenger, Menno und Victor Bekkers (2007). „The Governance Concept in Public Administration.“ In: Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate: 13-33.
- Frederickson, H. George (2005). „Whatever Happened to Public Administration? Governance, Governance everywhere.“ In: Ferlie, Ewan, Laurence E. Lynn Jr. und Christopher Pollitt (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Public Management*. Oxford: University Press: 282-304.
- Friskens, Francis und Donald F. Norris (2001). „Regionalism Reconsidered.“ *Journal of Urban Affairs* 23(5): 467-478.
- Fung, Archon (2004). *Empowered Participation: Reinventing Urban Democracy*. Princeton: University Press.
- Gruner, Erich (1966). „Quelques réflexions sur l'élite politique dans la Confédération helvétique depuis 1848.“ *Revue d'histoire économique et sociale* 44: 145-168.
- Hambleton, Robin (2005). „Leading Localities. Rethinking the Agenda.“ In: Haus, Michael, Hubert Heinelt und Murray Stewart (Hrsg.). *Urban Governance and Democracy. Leadership and Community Involvement*. London/New York: Routledge: 190-213.
- Hambleton, Robin (2007). „New Leadership for Democratic Urban Space.“ In: Hambleton, Robin und Jill Simone Gross (Hrsg.). *Governing Cities in a Global Era. Urban Innovation, Competition, and Democratic Reform*. Basingstoke: Palgrave Macmillan: 163-176.

- Hansen, Karin (2005). „Representative Government and Network Governance – In Need of ‘Co-governance’: Lessons from Local Decision Making on Public Schools in Denmark.“ *Scandinavian Political Studies* 28(3): 219-237.
- Heiden, Nico van der und Paul Krummenacher (2011). „Bringing the Backstage to the Front. The Role of Citizen Forums in Local Development Planning in Switzerland.“ In: Torfing, Jacob und Peter Triantafillou (Hrsg.). *Interactive Policy Making, Metagovernance and Democracy*. ECPR Press: Essex: 227-242.
- Heinelt, Hubert (2004). „Governance auf lokaler Ebene.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 29-44.
- Heinelt, Hubert (2008). *Demokratie jenseits des Staates. Partizipatives Regieren und Governance*. Baden-Baden: Nomos.
- Heinelt, Hubert (2012). „Councillors’ Notions of Democracy, and their Role Perception and Behaviour in the Changing Context of Local Democracy.“ *Local Government Studies*, DOI:10.1080/03003930.2012.670746.
- Held, David (2006). *Models of Democracy*. Dritte Auflage. Cambridge: Polity Press.
- Hendriks, Carolyn M. (2009). „Deliberative Governance in the Context of Power.“ *Policy and Society* 28: 173-184.
- Hox, Joop (2002). *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Jessop, Bob (1994). „Post-Fordism and the State.“ In: Amin, Ash (Hrsg.). *Post-Fordism: A Reader*. Oxford: Blackwell: 251-279.
- Jessop, Bob (1998). *The rise of governance and the risk of failure: The case of economic development*. Oxford: Blackwell.
- Jones, Victor (1942). *Metropolitan Government*. Chicago: University of Chicago Press.
- Jouve, Bernard und Philip Booth (Hrsg.) (2004). *Démocraties métropolitaines*. Sainte Foy: Presses de l’Université du Québec.
- Kaiser, André (1999). „Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen“, in: Brodosz, André und Gary S. Schaal (Hrsg.). *Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. Opladen: Leske+Budrich: 189-211.
- Kelleher, Christine und David Lowery (2004). „Political Participation and Metropolitan Institutional Contexts.“ *Urban Affairs Review* 39: 720-757.

- Kickert, Walter (Hrsg.) (2007). *The Study of Public Management in Europe and the US. A Comparative Analysis of National Distinctiveness*. London: Routledge.
- Klijn, Erik-Hans und Chris Skelcher (2007). „Democracy and Governance Networks: Compatible or not?“ *Public Administration* 85(3): 587-608.
- Klijn, Erik-Hans und Joop F. M. Koppenjan (2002). „Rediscovering the Citizen: New Roles for Politicians in Interactive Policy Making.“ In: McLaverty, Peter (Hrsg.). *Public Participation and Innovations in Community Governance*. Aldershot: Ashgate: 141-164.
- Klok, Pieter-Jan und Bas Denters (2005). „Urban Leadership and Community Involvement: An Institutional Analysis.“ In: Haus, Michael, Hubert Heinelt, und Murray Stewart (Hrsg.). *Urban Governance und Democracy: Leadership and Community Involvement*. London: Routledge: 40-64.
- Kooiman, Jan (1993). „Social-Political Governance: Introduction.“ In: Kooiman, Jan (Hrsg.). *Modern Governance. New Government – Society Interactions*. London: Sage: 1-8.
- Kooiman, Jan (2000). „Societal Governance: Levels, Modes, and Orders of Social-Political Interaction.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: University Press: 138-164.
- Kübler, Daniel (2005). *La métropole et le citoyen. Les agglomérations vues par leurs habitants*. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Kübler, Daniel und Andreas Ladner (2003). „Local Government Reform in Switzerland. More For than By – But What about Of?“ In: Kersting, Norbert und Angelika Vetter (Hrsg.). *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich: 137-155.
- Kübler, Daniel und Brigitte Schwab (2007). „New Regionalism in Five Swiss Metropolitan Areas: An Assessment of Inclusiveness, Deliberation and Democratic Accountability.“ *European Journal of Political Research* 46: 473-502.
- Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.) (2005a). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge.
- Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (2005b). „Metropolitan Governance, Democracy and the Dynamics of Place.“ In: Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge: 8-28.

- Kübler, Daniel, Fritz Sager und Brigitte Schwab (2005). „Governing without Government. Metropolitan Governance in Switzerland.“ In: Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge: 169-187.
- Ladner, Andreas (2001). „Gemeindereformen in der Schweiz: Strategien, Gemeinsamkeiten und Auslöser.“ *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7(3): 1-23.
- Ladner, Andreas, Daniel Arn, Ueli Friederich, Reto Steiner und Jürg Wichtermann (2000). *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation*. Bern: Institut für Politikwissenschaft und Institut für Organisation und Personal.
- Lowndes, Vivien (2009). „New Institutionalism and Urban Politics.“ In: Davies, Jonathan S. und David L. Imbroscio (Hrsg.). *Theories of Urban Politics. Second Edition*. London: Sage: 91-105.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1984). „The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life.“ *American Political Science Review* 78(3): 734-749.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1989). *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: The Free Press.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1996). „Institutional Perspectives on Political Institutions.“ *Governance: An International Journal of Policy and Administration* 9(3): 247-264.
- Mayntz, Renate (1998). *New Challenges to Governance Theory*. Florence: Robert Schuman Centre at the European University Institute.
- Norris, Pippa (1996). „Legislative Recruitment.“ In: LeDuc, Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hrsg.). *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks: Sage: 184-216.
- Norris, Pippa (1997). *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*. Cambridge: University Press.
- Norris, Pippa (2004). *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: University Press.
- Nyholm, Inga und Arto Haveri (2009). „Between Government and Governance – Local Solutions for Reconciling Representative Government and Network Governance.“ *Local Government Studies* 35(1): 109-124.
- Orfield, Myron (1997). *Metropolitics: A Regional Agenda for Community and Stability*. Washington, DC: Brookings Institution and Cambridge, MA: The Lincoln Institute of Land Policy.

- Ostrom, Vincent, Charles M. Tiebout und Robert Warren (1961). „The Organization of Government in Metropolitan Areas: A Theoretical Inquiry.“ *American Political Science Review* 55: 831-842.
- Papadopoulos, Yannis (1998). *Démocratie directe*. Paris: Economica.
- Papadopoulos, Yannis (2003). „Cooperative Forms of Governance: Problems of Democratic Accountability in Complex Environments.“ *European Journal of Political Research* 42: 473-501.
- Papadopoulos, Yannis (2004). „Governance und Demokratie.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 213-237.
- Peirce, Neal R., Curtis W. Johnson und John Stuart Hall (1993). *Citistates: How Urban America Can Prosper in a Competitive World*. Washington, DC: Seven Locks Press.
- Pierre, Jon (1999). „Models of Urban Governance – The Institutional Dimension of Urban Politics.“ *Urban Affairs Review* 34(3): 372-396.
- Pierre, Jon (Hrsg.) (2000). *Debating Governance. Authority, Steering and Democracy*. Oxford: University Press.
- Pierre, Jon (2011). *The Politics of Urban Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pollitt, Christopher (2003). *The Essential Public Manager*. Buckingham: Open University Press.
- Pollitt, Christopher und Geert Bouckaert (2000). *Public Management Reform: An International Comparison*. Oxford: University Press.
- Rhodes, Roderick A.W. (1997). *Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham: Open University Press.
- Rusk, David (1993). *Cities Without Suburbs*. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.
- Rusk, David (1995). *Cities Without Suburbs*. 2nd edition. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.
- Rusk, David (1999). *Inside Game, Outside Game. Winning Strategies for Saving Urban America*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Savitch, Hank und Ronald K. Vogel (2000). „Paths to New Regionalism.“ *State and Local Government Review* 32: 158-168.

- Savitch, Hank und Ronald K. Vogel (2009). „Regionalism and Urban Politics.“ In: Davies, Jonathan S. und David L. Imbroscio (Hrsg.). *Theories of Urban Politics. Second Edition*. London: Sage: 106-124.
- Scharpf, Fritz W. (1993). „Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat.“ In: Czada, Roland und Manfred G. Schmidt (Hrsg.). *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 25-50.
- Searing, Donald (1994). *Westminster's World*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sellers, Jefferey M. und Anders Lidström (2007). „Decentralisation, Local Government, and the Welfare State.“ *Governance* 20(4): 609-632.
- Skelcher, Chris, Erik-Hans Klijn, Daniel Kübler, Eva Sørensen und Helen Sullivan (2011). „Explaining the Democratic Anchorage of Governance Networks. Evidence from Four European Countries.“ *Administrative Theory and Praxis* 33(1): 7-38.
- Sørensen, Eva (2006). „Metagovernance. The Changing Role of Politicians in Processes of Democratic Governance.“ *American Review of Public Administration* 36(1): 98-114.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2005). „The Democratic Anchorage of Governance Networks.“ *Scandinavian Political Studies* 28(3): 195-218.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.) (2007a). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2007b). „Introduction: Governance Network Research: Towards a Second Generation.“ In: Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan: 1-21.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2007c). „Theoretical Approaches to Democratic Network Governance.“ In: Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan: 233-246.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2009). „Making Governance Networks Effective and Democratic through Metagovernance.“ *Public Administration* 87(2): 234-258.
- Steiner, Reto und Andreas Ladner (2006). „Die Schweizer Gemeinden im Fokus – Ergebnisse der Gemeindebefragung 2005.“ In: Glatthard, Alexander und Ulrich Isch (Hrsg.). *Perspektiven für Gemeindefinanzen*. Bern: ESG: 8-34.
- Stoker, Gerry (1998a). „Governance as Theory: Five Propositions.“ *International Social Science Journal* 50: 17-28.

- Stoker, Gerry (1998b). „Public-Private Partnerships and Urban Governance.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Partnerships in Urban Governance: European and American Experience*. London: Macmillan: 34-51.
- Stone, Clarence N. (1993). „Urban Regimes and the Capacity to Govern: A Political Economy Approach.“ *Journal of Urban Affairs* 15(1): 1-28.
- Strøm, Kaare (1997). „Rules, Reasons and Routines: Legislative Roles in Parliamentary Democracies.“ In: Müller, Wolfgang C. und Thomas Saalfeld (Hrsg.). *Members of Parliament in Western Europe. Roles and Behaviour*. London: Frank Cass: 155-174.
- Studenski, Paul (1930). *The Government of Metropolitan Areas in the United States*. New York: National Municipal League.
- Tiebout, Charles M. (1956). „A Pure Theory of Local Expenditures.“ *Journal of Political Economy* 44: 416-424.
- Vetter, Angelika und Norbert Kersting (2003). „Reforming Local Government. Heading for Efficiency and Democracy.“ In: Kersting, Norbert und Angelika Vetter (Hrsg.). *Reforming Local Government in Europe. Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich: 333-349.
- Wahlke, John C., Heinz Eulau, William Buchanan und Leroy C. Ferguson (1962). *The Legislative System. Explorations in Legislative Behaviour*. New York: Wiley.
- Widmer, Thomas und Erwin Rüegg (2005). „Konsequenzen von Staatsformen für die demokratische Steuerungsfähigkeit. Vergleichende Analysen zu vier Schweizer Kantonen.“ *Politische Vierteljahresschrift* 46: 86-109.
- Widmer, Thomas und Stefan Rieder (2007). *Kantone im Wandel. Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen*. Bern: Haupt.
- Wood, Robert C. (1958). „Metropolitan Government 1975: An Extrapolation of Trends. The New Metropolis: Green Belts, Grass Roots or Gargantua?“ *American Political Science Review* 52: 108-122.

7.3 Artikelübergreifendes Literaturverzeichnis

- Andrew, Caroline und Michael Goldsmith (1998). „From local government to local governance – and beyond?“ *International Political Science Review* 19(2): 101-17.

- Arn, Daniel und Ueli Friederich (1994). *Gemeindeverbindungen in der Agglomeration*. Zürich: NFT Stadt und Verkehr.
- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (2000). *Sozialer Wandel und Geschlecht: Zur Gleichstellungsfrage in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Ballmer-Cao, Thanh-Huyen und Ruth Wenger (1989). *L'Elite Politique Féminine en Suisse. Die politische Frauenelite in der Schweiz*. Zürich: Seismo.
- Bang, Henrik P. und Eva Sørensen (1999). „The Everyday Maker: A New Challenge to Democratic Governance.“ *Administrative Theory & Praxis* 21(3): 325-341.
- Beauregard, Robert A. (2006). „Book review: New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood.“ *Urban Affairs Review* 41: 416-418.
- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.) (2007a). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate.
- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (2007b). „Governance and the Democratic Deficit: Introduction.“ In: Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate: 3-11.
- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (2007c). „Governance and the Democratic Deficit: An Evaluation.“ In: Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate: 295-312.
- Benz, Arthur (1998). „Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat.“ In: Greven, Michael (Hrsg.). *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich: 201-222.
- Benz, Arthur (2004a). „Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 1-28.
- Benz, Arthur (2004b). „Multilevel Governance – Governance in Mehrebenensystemen.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 125-146.
- Bevir, Mark (2009). *Key Concepts in Governance*. London: Sage.

- Bogason, Peter (2008). „Institutional Theory and Democracy.“ In: Pierre, Jon, B. Guy Peters und Gerry Stoker (Hrsg.). *Debating Institutionalism*. Manchester: University Press: 22-41
- Bogason, Peter und Juliet A. Musso (2006). „The Democratic Prospects of Network Governance.“ *American Review of Public Administration* 36(1): 3-18.
- Brenner, Neil (1999). „Globalisation as Reterritorialisation: The Re-scaling of Urban Governance in the European Union.“ *Urban Studies* 36(3): 431-451.
- Brenner, Neil (2004). *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Bundesamt für Statistik (2005). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2006). *Die Exekutiven und Legislativen der Schweizer Städte*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2008). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2009). *Nomenklaturen – Schweizer Berufsnomenklatur 2000 (SBN 2000)*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bützer, Michael (2005). „Direkte Demokratie in Schweizer Gemeinden: Institutioneller Ursprung und politische Praxis im Vergleich.“ In: Tschannen, Pierre (Hrsg.). *La démocratie comme idée directrice de l'ordre juridique suisse*. Zürich: Schulthess: 33-52.
- Caul Kittilson, Miki (1999). „Women's Representation in Parliament: The Role of Political Parties.“ *Party Politics* 5(1): 79-98.
- Caul Kittilson, Miki (2006). *Challenging Parties, Challenging Parliaments. Women and Elected Office in Western Europe*. Columbus: Ohio State University Press.
- Celis, Karen, Sarah Childs, Johanna Kantola und Mona Lena Krook (2008). „Rethinking Women's Substantive Representation.“ *Representation* 44(2): 99-110.
- Childs, Sarah und Mona Lena Krook (2006). „Should feminists give up on critical mass? A contingent 'yes'.“ *Politics and Gender* 2(4): 522-530.
- Clarke, Michael und John Stewart (1992). *Citizens and Local Democracy: Empowerment: A Theme for the 1990s*. Luton: Local Government Management Board.

- Dahl, Robert A. (1994). „A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation.“ *Political Science Quarterly* 109(1): 23-34.
- Denters, Bas und Lawrence E. Rose (2005a). „Towards Local Governance?“ In: Denters, Bas und Lawrence E. Rose (Hrsg.). *Comparing Local Governance. Trends and Developments*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan: 246-262.
- Denters, Bas und Lawrence E. Rose (Hrsg.) (2005b). *Comparing Local Governance. Trends and Developments*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan.
- Devecchi, Lino (2010). *Governing Zurich 1973-2007. Urbane Regime und Stadtentwicklungspolitik*. Zürich: Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- Dubuis, Claudia (mit Philippe Gottraux und Gabriel Bender) (2003). *Les femmes et l'engagement politique local. Une enquête dans le district de Martigny*. Sion: Hochschule Wallis, Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2).
- Edelenbos, Jurian, Bram Steijn und Erik-Hans Klijn (2010). „Does Democratic Anchorage Matter? An Inquiry into the Relation between Democratic Anchorage and Outcome of Dutch Environmental Projects.“ *The American Review of Public Administration* 40(1): 46-63.
- Egner, Björn, David Sweeting und Pieter-Jan Klok (Hrsg.) (2013). *Local Councillors in Europe*. Wiesbaden: Springer VS.
- Eulau, Heinz und Kenneth Prewitt (1973). *Labyrinths of democracy: Adaptations, linkages, representation, and policies in urban politics*. Indianapolis, NY: Bobbs-Merrill.
- Eldersveld, Samuel J., Lars Strömberg und Wim Derksen (1995). *Local Elites in Western Democracies: A Comparative Analysis of Urban Political Leaders in the U.S., Sweden, and the Netherlands*. Boulder: Westview Press.
- Fenger, Menno und Victor Bekkers (2007). „The Governance Concept in Public Administration.“ In: Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards und Menno Fenger (Hrsg.). *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate: 13-33.
- Fox, Richard L. und Jennifer L. Lawless (2005). „To Run or Not to Run for Office: Explaining Nascent Political Ambition.“ *American Journal of Political Science* 49(3): 642-659.
- Frederickson, H. George (2005). „Whatever Happened to Public Administration? Governance, Governance everywhere.“ In: Ferlie, Ewan, Laurence E. Lynn Jr. und Christopher Pollitt (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Public Management*. Oxford: University Press: 282-304.

- Friskén, Francis und Donald F. Norris (2001). „Regionalism Reconsidered.“ *Journal of Urban Affairs* 23(5): 467-478.
- Fung, Archon (2004). *Empowered Participation: Reinventing Urban Democracy*. Princeton: University Press.
- Geser, Hans (2002). „Die Gemeinden in der Schweiz.“ In: Klöti, Ulrich, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Yannis Papadopoulos (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la Politique Suisse*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung: 421-468.
- Gruner, Erich (1966). „Quelques réflexions sur l'élite politique dans la Confédération helvétique depuis 1848.“ *Revue d'histoire économique et sociale* 44: 145-168.
- Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Häfelin, Ulrich und Walter Haller (2001). *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*. Fünfte Auflage. Zürich: Schulthess.
- Hähni, Simone (2006). *Die Nomination - eine Frauenfrage? Eine genderfokussierte Untersuchung der National- und Kantons- beziehungsweise Grossratsnominationsprozesse der Kantone Zürich und Graubünden anhand des Rekrutierungsmodells von Pippa Norris*. Zürich: Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- Hambleton, Robin (2005). „Leading Localities. Rethinking the Agenda.“ In: Haus, Michael, Hubert Heinelt und Murray Stewart (Hrsg.). *Urban Governance and Democracy. Leadership and Community Involvement*. London/New York: Routledge: 190-213.
- Hambleton, Robin (2007). „New Leadership for Democratic Urban Space.“ In: Hambleton, Robin und Jill Simone Gross (Hrsg.). *Governing Cities in a Global Era. Urban Innovation, Competition, and Democratic Reform*. Basingstoke: Palgrave Macmillan: 163-176.
- Hansen, Karin (2005). „Representative Government and Network Governance – In Need of ‘Co-governance’: Lessons from Local Decision Making on Public Schools in Denmark.“ *Scandinavian Political Studies* 28(3): 219-237.
- Head, Brian W. (2007). „Community Engagement: Participation on Whose Terms?“ *Australian Journal of Political Science* 42(3): 441-454.
- Heiden, Nico van der und Paul Krummenacher (2011). „Bringing the Backstage to the Front. The Role of Citizen Forums in Local Development Planning in Switzerland.“ In: Torfing, Jacob und Peter Triantafillou (Hrsg.). *Interactive Policy Making, Metagovernance and Democracy*. ECPR Press: Essex: 227-242.

- Heinelt, Hubert (2004). „Governance auf lokaler Ebene.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 29-44.
- Heinelt, Hubert (2008). *Demokratie jenseits des Staates. Partizipatives Regieren und Governance*. Baden-Baden: Nomos.
- Heinelt, Hubert (2012). „Councillors’ Notions of Democracy, and their Role Perception and Behaviour in the Changing Context of Local Democracy.“ *Local Government Studies*, DOI:10.1080/03003930.2012.670746.
- Heinelt, Hubert und Daniel Kübler (2005). „Conclusions.“ In: Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge: 188-201.
- Held, David (2006). *Models of Democracy*. Dritte Auflage. Cambridge: Polity Press.
- Hendriks, Carolyn M. (2009). „Deliberative Governance in the Context of Power.“ *Policy and Society* 28: 173-184.
- Herzog, Dietrich (1975). *Politische Karriere: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hesse, Joachim Jens (Hrsg.) (1978). *Politikverflechtung im föderativen Staat: Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*. Baden-Baden: Nomos.
- Hesse, Joachim Jens und Laurence J. Sharpe (1991). „Local Government in International Perspective: Some Comparative Observations.“ In: Hesse, Joachim Jens (Hrsg.). *Local Government and Urban Affairs in International Perspective*. Baden-Baden: Nomos: 603-621.
- Hoecker, Beate (1995). *Politische Partizipation von Frauen: Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske+Budrich.
- Hoffmann-Martinot, Vincent und Jefferey Sellers (Hrsg.) (2005). *Metropolitanization and Political Change*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hofmann-Conrad, Silvia, Sina Bardill Arn, Silke Redolfi und Katharina Belser (2004). *Politische Partizipation von Frauen in der Gemeindepolitik Graubündens*. Zürich/Chur: Rüegger.
- Hox, Joop (2002). *Multilevel Analysis. Techniques and Applications*. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- Jessop, Bob (1994). „Post-Fordism and the State.“ In: Amin, Ash (Hrsg.). *Post-Fordism: A Reader*. Oxford: Blackwell: 251-279.

- Jessop, Bob (1998). *The rise of governance and the risk of failure: The case of economic development*. Oxford: Blackwell.
- John, Peter (2001). *Local Governance in Western Europe*. London: Sage.
- Jones, Victor (1942). *Metropolitan Government*. Chicago: University of Chicago Press.
- Jouve, Bernard und Philip Booth (Hrsg.) (2004). *Démocraties métropolitaines*. Sainte Foy: Presses de l'Université du Québec.
- Kaiser, André (1999). „Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen.“ In: Brodosz, André und Gary S. Schaal (Hrsg.). *Politische Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. Opladen: Leske+Budrich: 189-211.
- Keating, Michael (2001). „Governing Cities and Regions: Territorial Restructuring in a Global Age.“ In: Scott, Allen J. (Hrsg.). *Global City-Regions: Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press: 371-390.
- Kelleher, Christine und David Lowery (2004). „Political Participation and Metropolitan Institutional Contexts.“ *Urban Affairs Review* 39: 720-757.
- Kenworthy, Lane und Melissa Malami (1999). „Gender Inequality in Political Representation: A Worldwide Comparative Analysis.“ *Social Forces* 78(1): 235-268.
- Kersting, Norbert und Angelika Vetter (2003). *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich.
- Kickert, Walter (Hrsg.) (2007). *The Study of Public Management in Europe and the US. A Comparative Analysis of National Distinctiveness*. London: Routledge.
- Klijn, Erik-Hans und Chris Skelcher (2007). „Democracy and Governance Networks: Compatible or not?“ *Public Administration* 85(3): 587-608.
- Klijn, Erik-Hans und Joop F. M. Koppenjan (2002). „Rediscovering the Citizen: New Roles for Politicians in Interactive Policy Making.“ In: McLaverty, Peter (Hrsg.). *Public Participation and Innovations in Community Governance*. Aldershot: Ashgate: 141-164.
- Klok, Pieter-Jan und Bas Denters (2005). „Urban Leadership and Community Involvement: An Institutional Analysis.“ In: Haus, Michael, Hubert Heinelt, und Murray Stewart (Hrsg.). *Urban Governance und Democracy: Leadership and Community Involvement*. London: Routledge: 40-64.
- Kooiman, Jan (1993). „Social-Political Governance: Introduction.“ In: Kooiman, Jan (Hrsg.). *Modern Governance. New Government – Society Interactions*. London: Sage: 1-8.

- Kooiman, Jan (2000). „Societal Governance: Levels, Modes, and Orders of Social-Political Interaction.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: University Press: 138-164.
- Krook, Mona Lena (2010). „Studying Political Representation: A Comparative-Gendered Approach.“ *Perspectives on Politics* 8(1): 233-240.
- Kübler, Daniel (2005). *La métropole et le citoyen. Les agglomérations vues par leurs habitants*. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes.
- Kübler, Daniel und Andreas Ladner (2003). „Local Government Reform in Switzerland. More For than By – But What about Of?“ In: Kersting, Norbert und Angelika Vetter (Hrsg.). *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich: 137-155.
- Kübler, Daniel und Brigitte Schwab (2007). „New Regionalism in Five Swiss Metropolitan Areas: An Assessment of Inclusiveness, Deliberation and Democratic Accountability.“ *European Journal of Political Research* 46: 473-502.
- Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.) (2005a). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge.
- Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (2005b). „Metropolitan Governance, Democracy and the Dynamics of Place.“ In: Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge: 8-28.
- Kübler, Daniel und Urs Scheuss (2005). „Metropolitanization and Political Change in Switzerland.“ In: Hoffmann-Martinot, Vincent und Jeffery Sellers (Hrsg.). *Metropolitanization and Political Change*. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften: 211-230.
- Kübler, Daniel, Fritz Sager und Brigitte Schwab (2005). „Governing without Government. Metropolitan Governance in Switzerland.“ In: Kübler, Daniel und Hubert Heinelt (Hrsg.). *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge: 169-187.
- Kübler, Daniel, Walter Schenkel und Jean-Philippe Leresche (2003). „Bright Lights, Big Cities? Metropolisation, Intergovernmental Relations, and the New Federal Urban Policy in Switzerland.“ *Swiss Political Science Review* 9(1): 261-282.
- Kymlicka, W. (1995). *Multicultural Citizenship*. Oxford: University Press.

- Ladner, Andreas (1997). „Die Schweizer Lokalparteien – Eckpfeiler der politischen Stabilität.“ *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 23(1): 165-193.
- Ladner, Andreas (2001). „Gemeindereformen in der Schweiz: Strategien, Gemeinsamkeiten und Auslöser.“ *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7(3): 1-23.
- Ladner, Andreas (2002). „Size and Direct Democracy at the Local Level: The Case of Switzerland.“ *Environment and Planning C: Government and Policy* 20: 813-828.
- Ladner, Andreas (2005). „Switzerland: Reforming Small Autonomous Municipalities.“ In: Denters, Bas und Lawrence E. Rose (Hrsg.). *Comparing Local Governance. Trends and Developments*. Houndmills: Palgrave Macmillan: 139-154.
- Ladner, Andreas und Reto Steiner (2003). „Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Konvergenz oder Divergenz?“ *Swiss Political Science Review* 9(1): 233-259.
- Ladner, Andreas, Daniel Arn, Ueli Friederich, Reto Steiner und Jürg Wichtermann (2000). *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation*. Bern: Institut für Politikwissenschaft und Institut für Organisation und Personal.
- Lazarus, Jeffrey (2008). „Why Do Experienced Challengers Do Better than Amateurs?“ *Political Behaviour* 30: 185-189.
- Le Galès, Patrick (2006). „New State Space in Western Europe?“ *International Journal of Urban and Regional Research* 30(3): 717-721.
- Lijphart, Arend (1984). *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lovenduski, Joni (2005). *Feminizing Politics*. Cambridge: Polity Press.
- Lowndes, Vivien (2009). „New Institutionalism and Urban Politics.“ In: Davies, Jonathan S. und David L. Imbroscio (Hrsg.). *Theories of Urban Politics. Second Edition*. London: Sage: 91-105.
- Mansbridge, Jane (1999). „Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent “Yes”.“ *The Journal of Politics* 61(3): 628-657.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1984). „The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life.“ *American Political Science Review* 78(3): 734-749.

- March, James G. und Johan P. Olsen (1989). *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: The Free Press.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1996). „Institutional Perspectives on Political Institutions.“ *Governance: An International Journal of Policy and Administration* 9(3): 247-264.
- Mateo Diaz, Mercedes (2005). *Representing Women? Female Legislators in West European Parliaments*. Colchester: ECPR Press.
- Mayntz, Renate (1998). *New Challenges to Governance Theory*. Florence: Robert Schuman Centre at the European University Institute.
- Mayntz, Renate (2004). „Governance im modernen Staat.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 65-76.
- Molotch, Harvey L. (1976). „The city as a growth machine.“ *American Journal of Sociology* 82: 309-355.
- Moyser, George und Geraint Parry (1986). „Councillors, citizens and agendas: Aspects of local decision-making in Britain.“ In: Mabileau, Albert, George Moyser, Geraint Parry und Patrick Quantin (Hrsg.). *Local Politics and Participation in Britain and France*. Cambridge: University Press: 160-162.
- Norris, Pippa (1996). „Legislative Recruitment.“ In: LeDuc, Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hrsg.). *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks: Sage: 184-216.
- Norris, Pippa (1997). *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*. Cambridge: University Press.
- Norris, Pippa (2004). *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: University Press.
- Nyholm, Inga und Arto Haveri (2009). „Between Government and Governance – Local Solutions for Reconciling Representative Government and Network Governance.“ *Local Government Studies* 35(1): 109-124.
- Offe, Claus (2008). „Governance – ‘Empty signifier’ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?“ In: Folke Schuppert, Gunnar und Michael Zürn (Hrsg.). *Governance in einer sich wandelnden Welt*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 61-76.
- Orfield, Myron (1997). *Metropolitics: A Regional Agenda for Community and Stability*. Washington, DC: Brookings Institution and Cambridge, MA: The Lincoln Institute of Land Policy.

- Osborne, David und Ted Gaebler (1992). *Reinventing Government: How the Entrepreneurial Spirit Is Transforming the Public Sector*. New York: Plume.
- Ostrom, Vincent, Charles M. Tiebout und Robert Warren (1961). „The Organization of Government in Metropolitan Areas: A Theoretical Inquiry.“ *American Political Science Review* 55: 831-842.
- Papadopoulos, Yannis (1998). *Démocratie directe*. Paris: Economica.
- Papadopoulos, Yannis (2003). „Cooperative Forms of Governance: Problems of Democratic Accountability in Complex Environments.“ *European Journal of Political Research* 42: 473-501.
- Papadopoulos, Yannis (2004). „Governance und Demokratie.“ In: Benz, Arthur (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 213-237.
- Parini, Lorena und Bianka Roiron (2008). *Femmes et Hommes au Grand Conseil Genevois et au Conseil Municipal de la Ville de Genève 1961-2007*. Genf: Faculté des Sciences Économiques et Sociales, Études Genre.
- Patzelt, Werner J. (1999). „Recruitment and Retention in Western European Parliaments.“ *Legislative Studies Quarterly* 24(2): 239-279.
- Peirce, Neal R., Curtis W. Johnson und John Stuart Hall (1993). *Citistates: How Urban America Can Prosper in a Competitive World*. Washington, DC: Seven Locks Press.
- Peters, B. Guy (1996). „Political institutions, old and new.“ In: Parkinson, Michael, Bernard Foley und Dennis Judd (Hrsg.). *A new handbook of political science*. Oxford: University Press: 1-8.
- Phillips, Anne (1995). *The Politics of Presence*. Oxford: University Press.
- Phillips, Anne (1999). *Which Equalities Matter?* Cambridge: Polity Press.
- Pierre, Jon (1999). „Models of Urban Governance – The Institutional Dimension of Urban Politics.“ *Urban Affairs Review* 34(3): 372-396.
- Pierre, Jon (2000a). „Introduction: Understanding Governance.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Debating Governance. Authority, Steering and Democracy*. Oxford: University Press: 1-10.
- Pierre, Jon (2000b). „Conclusions: Governance beyond State Strength.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Debating Governance. Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: University Press: 241-246.
- Pierre, Jon (Hrsg.) (2000c). *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: University Press.

- Pierre, Jon (2011). *The Politics of Urban Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pierre, Jon und B. Guy Peters (2000). *Governance, Politics and the State*. Basingstoke: Macmillan.
- Pilotti, Andrea, André Mach und Oscar Mazzoleni (2010). „Les parlementaires suisses entre démocratisation et professionnalisation, 1910-2000.“ *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 16(2): 211-245.
- Pitkin, Hanna (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley: University of California.
- Pollitt, Christopher (2003). *The Essential Public Manager*. Buckingham: Open University Press.
- Pollitt, Christopher und Geert Bouckaert (2000). *Public Management Reform: An International Comparison*. Oxford: University Press.
- Prewitt, Kenneth (1970). *The Recruitment of Political Leaders: A Study of Citizen-Politicians*. Indianapolis: Bobbs-Merrill Company Inc.
- Putnam, Robert D. (1976). *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Ramirez Perez, Antonia, Clemente J. Navarro Yanez and Terry N. Clark (2008). „Mayors and Local Governing Coalitions in Democratic Countries: A Cross-National Comparison.“ *Local Government Studies* 34(2): 147-178.
- Rao, Nirmala (1998). „Representation in Local Politics. A Reconsideration and some New Evidence.“ *Political Studies* 46: 19-35.
- Rhodes, Roderick A.W. (1997). *Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham: Open University Press.
- Riker, William H. (1982). *Liberalism against Populism. A Confrontation Between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice*. San Francisco CA: W.H. Freeman.
- Rühli, Lukas (2012). *Gemeindeautonomie zwischen Illusion und Realität. Gemeindestrukturen und Gemeindestrukturpolitik der Kantone*. Zürich: Avenir Suisse.
- Rusch, Marisa (2009). *Gleich und doch nicht gleich? Frauen und Männer zwischen legaler Gleichberechtigung und politischer Praxis: Eine genderfokussierte Untersuchung der Schweizer Stadtparlamente und deren Mitglieder*. Zürich: Lizentiatsarbeit der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
- Rusk, David (1993). *Cities Without Suburbs*. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.
- Rusk, David (1995). *Cities Without Suburbs*. 2nd edition. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.

- Rusk, David (1999). *Inside Game, Outside Game. Winning Strategies for Saving Urban America*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Sassen, Saskia (1991). *The Global City*. Princeton: Princeton University Press.
- Saunders, Kyle L., Alan I. Abramovitz und Jonathan Williamson (2005). „A New Kind of Balancing Act: Electoral Certainty and Ticket-Splitting in the 1996 and 2000 Elections.“ *Political Research Quarterly* 58(1): 69-78.
- Savitch, Hank und Ronald K. Vogel (2000). „Paths to New Regionalism.“ *State and Local Government Review* 32: 158-168.
- Savitch, Hank und Ronald K. Vogel (2009). „Regionalism and Urban Politics.“ In: Davies, Jonathan S. und David L. Imbroscio (Hrsg.). *Theories of Urban Politics. Second Edition*. London: Sage: 106-124.
- Scharpf, Fritz W. (1993). „Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat.“ In: Czada, Roland und Manfred G. Schmidt (Hrsg.). *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 25-50.
- Scharpf, Fritz W. (1994). *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (1998). „Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie“, in: Greven, Michael (Hrsg.). *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich: 81-103.
- Schweizerischer Städteverband (Hrsg.) (2007). *Statistik der Schweizer Städte 2007. Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes. 68. Ausgabe*. Bern: Schweizerischer Städteverband.
- Schweizerischer Städteverband (Hrsg.) (2010). *Statistik der Schweizer Städte 2010. Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes. 71. Ausgabe*. Bern: Schweizerischer Städteverband.
- Scott, Allen J. (Hrsg.) (2001). *Global City-Regions: Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press.
- Searing, Donald (1994). *Westminster's World*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Sellers, Jefferey M. und Anders Lidström (2007). „Decentralisation, Local Government, and the Welfare State.“ *Governance* 20(4): 609-632.
- Sharpe, Laurence J. (1962). „Elected representatives in local government.“ *British Journal of Sociology* 13: 189-208.

- Skelcher, Chris, Erik-Hans Klijn, Daniel Kübler, Eva Sørensen und Helen Sullivan (2011). „Explaining the Democratic Anchorage of Governance Networks. Evidence from Four European Countries.“ *Administrative Theory and Praxis* 33(1): 7-38.
- Somerville, Peter (2005). „Community Governance and Democracy.“ *Policy & Politics* 33(1): 117-144.
- Sørensen, Eva (2006). „Metagovernance. The Changing Role of Politicians in Processes of Democratic Governance.“ *American Review of Public Administration* 36(1): 98-114.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2005). „The Democratic Anchorage of Governance Networks.“ *Scandinavian Political Studies* 28(3): 195-218.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.) (2007a). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2007b). „Introduction: Governance Network Research: Towards a Second Generation.“ In: Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan: 1-21.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2007c). „Theoretical Approaches to Governance Network Dynamics.“ In: Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan: 25-42.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2007d). „Theoretical Approaches to Democratic Network Governance.“ In: Sørensen, Eva und Jacob Torfing (Hrsg.). *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan: 233-246.
- Sørensen, Eva und Jacob Torfing (2009). „Making Governance Networks Effective and Democratic through Metagovernance.“ *Public Administration* 87(2): 234-258.
- Sørensen, Eva und Peter Triantafillou (Hrsg.) (2009). *The Politics of Self-Governance*. Farnham: Ashgate.
- Stämpfli, Regula (1994). *Von der Qual der Wahl zur Erfolgswahl: Literaturstudie und Massnahmenkatalog*. Basel: Büro für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft und beratende Kommission für Frauenfragen des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft.
- Steiner, Reto (2000). *New Public Management in den Schweizer Gemeinden*. Hervorgegangen aus dem Forschungsprojekt „Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation.“ www.iop.unibe.ch (Stand: November 2008).

- Steiner, Reto und Andreas Ladner (2006). „Die Schweizer Gemeinden im Fokus – Ergebnisse der Gemeindebefragung 2005.“ In: Glatthard, Alexander und Ulrich Isch (Hrsg.). *Perspektiven für Gemeindefinanzen*. Bern: ESG: 8-34.
- Steyvers, Kristof und Herwig Reynaert (2006). „‘From the Few are Chosen the Few ...’ On the Social Background of European Mayors.“ In: Bäck, Henry, Hubert Heinelt und Annick Magnier (Hrsg.). *The European Mayor: Political Leaders in the Changing Context of Local Democracy*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 43-73.
- Stoker, Gerry (1998a). „Governance as Theory: Five Propositions.“ *International Social Science Journal* 50: 17-28.
- Stoker, Gerry (1998b). „Public-Private Partnerships and Urban Governance.“ In: Pierre, Jon (Hrsg.). *Partnerships in Urban Governance: European and American Experience*. London: Macmillan: 34-51.
- Stone, Clarence N. (1993). „Urban Regimes and the Capacity to Govern: A Political Economy Approach.“ *Journal of Urban Affairs* 15(1): 1-28.
- Strøm, Kaare (1997). „Rules, Reasons and Routines: Legislative Roles in Parliamentary Democracies.“ In: Müller, Wolfgang C. und Thomas Saalfeld (Hrsg.). *Members of Parliament in Western Europe. Roles and Behaviour*. London: Frank Cass: 155-174.
- Studenski, Paul (1930). *The Government of Metropolitan Areas in the United States*. New York: National Municipal League.
- Tiebout, Charles M. (1956). „A Pure Theory of Local Expenditures.“ *Journal of Political Economy* 44: 416-424.
- Vetter, Angelika und Norbert Kersting (2003). „Reforming Local Government. Heading for Efficiency and Democracy.“ In: Kersting, Norbert und Angelika Vetter (Hrsg.). *Reforming Local Government in Europe. Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich: 333-349.
- Wahlke, John C., Heinz Eulau, William Buchanan und Leroy C. Ferguson (1962). *The Legislative System. Explorations in Legislative Behaviour*. New York: Wiley.
- Waylen, Georgina (2007). *Engendering Transitions: Women’s Mobilization, Institutions, and Gender Outcomes*. Oxford: University Press.

- Widmer, Thomas und Erwin Rüegg (2005). „Konsequenzen von Staatsformen für die demokratische Steuerungsfähigkeit. Vergleichende Analysen zu vier Schweizer Kantonen.“ *Politische Vierteljahresschrift* 46: 86-109.
- Widmer, Thomas und Stefan Rieder (2007). *Kantone im Wandel. Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen*. Bern: Haupt.
- Wiesendahl, Elmar (2004). „Elitenrekrutierung in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sich in den Parteien durch?“ In: Gabriel, Oscar W., Beate Neuss und Günther Rüther (Hrsg.). *Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft*. Düsseldorf: Droste: 124-141.
- Wood, Robert C. (1958). „Metropolitan Government 1975: An Extrapolation of Trends. The New Metropolis: Green Belts, Grass Roots or Gargantua?“ *American Political Science Review* 52: 108-122.
- Young, Iris Marion (1997). „Deferring Group Representation.“ In: Shapiro, Ian und Will Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity and Group Rights: Nomos XXXIX*. New York: University Press: 349-376.
- Young, Iris Marion (2000). *Inclusion and Democracy*. Oxford: University Press.

Anhang

Anhang 1: Fragebogen zur Befragung der Stadtparlamentsmitglieder in der Schweiz



Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft

Seilergraben 53
CH-8001 Zürich
Schweiz
Tel. +41 44 634 38 41
Fax +41 44 634 49 25
daniel.kuebler@ipz.uzh.ch
www.ipz.unizh.ch

Prof. Dr. Daniel Kübler
Assistenzprofessor

Befragung von ParlamentarierInnen in europäischen Städten

Sehr geehrte Damen und Herren

In zahlreichen europäischen Staaten wird zur Zeit eine Befragung von kommunalen Parlamentariern durchgeführt. In der Schweiz ist der Lehrstuhl für Schweizer Politik der Universität Zürich unter der Leitung von Prof. Dr. Daniel Kübler an diesem Vorhaben beteiligt.

Dieser Fragebogen wird an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Schweizer Städte mit mehr als 10'000 Einwohnern verschickt.

Ziel der Befragung ist es, Daten sowohl zum politischen Werdegang von Parlamentariern als auch zu ihren Erfahrungen und Zielen im Hinblick auf die Arbeit im Rat, Verwaltungsmodernisierung und demokratische Beteiligungsformen zu erheben und international vergleichend zu untersuchen.

Wir bitten Sie, das Vorhaben zu unterstützen und uns den ausgefüllten Fragebogen bis Ende Juni 2008 im beiliegenden Umschlag zurückzusenden. Das Ausfüllen des Fragebogens erfordert knapp eine halbe Stunde. Damit tragen Sie dazu bei, dass aktuelle Daten verfügbar werden, um vergleichend die Rolle von Parlamentariern sowie deren Einschätzungen aktueller kommunalpolitischer Veränderungen analysieren zu können.

Die im Rahmen dieser Befragung erhobenen Daten dienen ausschliesslich wissenschaftlichen Zwecken, werden nur in anonymisierter Form verwendet und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei Fragen oder Unklarheiten können Sie uns sehr gerne kontaktieren.

Vielen Dank im Voraus und
mit freundlichen Grüssen

Prof. Dr. Daniel Kübler

PS: Im Fragebogen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht zwischen der männlichen und weiblichen Form unterschieden. Mit der männlichen Form ist somit auch immer die weibliche Form gemeint.

A. Angaben zu Ihrer Person

1 Parlamentsmitglied der Stadt:

2
278 **Alter:** **Jahre**

3 **Geschlecht:** 1 ☐ männlich 2 ☐ weiblich
279

4 **Wie viele Jahre leben Sie schon in Ihrer Gemeinde?**
280 **Jahre**

5 **Wo wurden Sie und Ihre Eltern geboren?**

	der Schweiz	einem anderen Land	... und zwar in:
289 Ich wurde geboren in	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	290
291 Meine Mutter wurde geboren in	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	292
293 Mein Vater wurde geboren in	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	294

6 **Kommen Sie aus einer „politischen Familie“, d.h. hatten in den letzten beiden Generationen enge Verwandte politische Ämter inne?**

282 1 ☐ **Ja** 0 ☐ **Nein**

7 **Welches ist Ihre höchste Ausbildung, die Sie mit einem Diplom abgeschlossen haben?**

281 1 <input type="checkbox"/> obligatorische Schulzeit	7 <input type="checkbox"/> Maturitätsschule (Gymnasium / Seminar)
2 <input type="checkbox"/> Werkjahr, Hauswirtschaftsschule	8 <input type="checkbox"/> höhere Berufsausbildung (Meisterdiplom, eidg. Fachausweis oder gleichwertig)
3 <input type="checkbox"/> Berufslehre bis 3 Jahre	9 <input type="checkbox"/> höhere Fachschule (z.B. Krankenpflegeschule)
4 <input type="checkbox"/> Berufslehre mehr als 3 Jahre	10 <input type="checkbox"/> Fachhochschule, Technikum
5 <input type="checkbox"/> Berufsmatura	11 <input type="checkbox"/> Universität, Hochschule, ETH
6 <input type="checkbox"/> Diplommittelschule, Handelsdiplom	

8 **Welchen Beruf übten Sie aus, bevor Sie zum ersten Mal ins Parlament gewählt wurden?**

283

9 **Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?**

284 (nur angeben, falls anderer Beruf als bei Frage 8)

10 Welchen Erwerbsstatus haben Sie momentan inne?

285 1 ☐ angestellt 2 ☐ selbstständig 3 ☐ nicht erwerbstätig

11 Falls Sie selbstständig sind, wie viele Angestellte beschäftigen Sie zur Zeit?

285a Angestellte

12 Falls Sie angestellt sind, sind Sie im öffentlichen oder privaten Sektor beschäftigt?

	öffentlicher Sektor	privater Sektor (einschliesslich gemeinnützige Organisationen)	im öffentlichen und privaten Sektor (einschliesslich Public-Private-Partnership)
286	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>

13 Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?

301 Person(en) über 12 Jahren und Person(en) unter 12 Jahren.
302

14 Haben Sie Unterstützung bei der Hausarbeit oder bei Pflege- und Erziehungsaufgaben (Ehe- oder Lebenspartner ausgenommen)?

	Ja	Nein
303 Verwandte (z.B. Eltern)	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
304 Haushalts- / Putzhilfe, "Au-Pair", u.Ä.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
305 Dienstleistungsunternehmen	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

15 Haben Sie (abgesehen von eigenen Kindern) Verantwortung für die Pflege von Personen aufgrund von Krankheit, Alter oder Behinderung?

306 1 ☐ Ja 0 ☐ Nein

B. Angaben zur Ihrer politischen Laufbahn

16 Seit wie vielen Jahren sind Sie insgesamt schon Mitglied des Parlaments?

64 Seit Jahren.

17 Sind Sie gegenwärtig Mitglied einer Partei?

235 0 ☐ Nein 1 ☐ Ja Welcher?

236

18 Wann traten Sie zum ersten Mal einer Partei bei?

237 **Jahr:** **Welcher?**

238

0 ☐ Ich war noch nie Mitglied einer Partei.

19 Haben Sie oder hatten Sie eine Funktion innerhalb Ihrer Partei (von Ihrem Mandat abgesehen)?

		ja, momentan	ja, früher	nein, nie	trifft auf mich nicht zu (bin kein Parteimitglied / gibt keine solche Organisation in unser Partei)
239	in Ihrer Stadtpartei	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
240a	in der Kantonalpartei	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
240b	in der Bundespartei	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

20 Ich wurde gewählt als Kandidat...

- 65 1 ☐ ... einer Liste einer nationalen Partei (d.h. einer Partei, die momentan im Nationalrat vertreten ist).
 2 ☐ ... einer kommunalen Wählergruppe.
 3 ☐ ... als unabhängiger Kandidat.

21 Wie wurden Sie zum Kandidaten, als Sie das erste Mal nominiert wurden?

- 67 1 ☐ Ich habe mich selbst vorgeschlagen.
 2 ☐ Ich wurde von anderen (z.B. anderen Mitgliedern meiner Partei) gebeten, zu kandidieren.

22 Haben Sie einen Sitz im Parlament aufgrund von Kumulieren und Panaschieren erhalten (d.h. wurden Sie von den Wählern innerhalb der Liste nach oben gerückt)?

- 244 1 ☐ Ja 0 ☐ Nein

23 Als Sie zum ersten Mal für das Parlament kandidierten, wie wichtig waren die folgenden Beweggründe?

		äusserst wichtig	sehr wichtig	bedingt wichtig	weniger wichtig	un- wichtig
257	allgemeines politisches Interesse	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
258	Möglichkeit, den Interessen der Gruppe zu dienen, die ich vertrate	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
259	Möglichkeit zu lernen, wie das politische System funktioniert	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
260	meiner Partei zu dienen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
261	Möglichkeit, die Verwaltung zu kontrollieren	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
262	die Aufwandsentschädigung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
263	soziale Kontakte	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
264	Als Parlamentsmitglied wird mir mit Hochachtung begegnet.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
265	Möglichkeit, eine politische Karriere zu beginnen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
266	Möglichkeit, bestimmte Themen zu beeinflussen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
267	Ich habe es als Bürgerpflicht betrachtet, mich kommunalpolitisch zu engagieren.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
268	andere Gründe (bitte benennen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
269	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

24 Wie gross war die Unterstützung Ihrer Kandidatur bei der letzten Parlamentswahl durch folgende Gruppen?

		sehr gross	gross	mittel	niedrig	keine	Institution nicht vorhanden
245	nationale Organe Ihrer Partei (z.B. der Vorstand)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
246	nationaler Parteiflügel	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
247	Stadtpartei	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
248	nationale Politiker	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
249	bekannte lokale Persönlichkeiten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
250	Gewerkschaften	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
251	lokale Wirtschaftsvertreter	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
252	Frauenorganisationen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
253	lokale Medien	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
254	Kirche(n)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
255	lokale Verbände und Vereine	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
256	Organisation ethnischer Minderheiten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

25 Haben oder hatten Sie eines der folgenden Ämter inne?

		ja, momentan	ja, früher	nein, nie
199	Kantons- oder National- bzw. Ständerat	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
200	Regierungs- oder Bundesrat	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
201	Parlamentsmitglied in einer anderen Gemeinde	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
202	Mitglied der Exekutive in einer anderen Gemeinde	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
203	Amt auf Ebene Bezirk / Kreis	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
203a	Mitglied einer anderen Lokalbehörde (z.B. Schulpflege)	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
204	Mitglied in einem Kirchenrat	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
205	Vorstandsmitglied einer Anstalt des öffentlichen Rechts oder einer gemeindeeigenen Stiftung	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
208	Chefbeamter der Stadtverwaltung	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
209	Parlamentspräsident	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
210	Mitglied der Exekutive Ihrer Gemeinde	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
213	Mitglied eines kommunalen Zweckverbandes	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

26 Sind oder waren Sie Mitglied in folgenden Organisationen?

			war nie Mitglied	ja, momentan		nicht mehr, aber früher	
				gewählte oder ernannte Position	nur Mitglied	gewählte oder ernannte Position	nur Mitglied
214	215	Gewerkschaften	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
216	217	Wirtschaftsverbände	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
218	219	gemeinnützige Organisation	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
220	221	Sportverein	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
222	223	Frauenorganisation	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
224	225	Umweltschutzorganisation	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
226	227	Organisation ethnischer Minderheiten	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
228	229	religiöse Organisation / Kirche(n)	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
230	231	Quartierverein	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
232	233	andere Organisation bitte benennen:	0 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
234						

27 Wo würden Sie sich im „Rechts-Links-Spektrum“ einordnen?

Links Rechts

153 ☐0 ☐1 ☐2 ☐3 ☐4 ☐5 ☐6 ☐7 ☐8 ☐9 ☐10

C. Angaben zur Rolle des Parlaments und der Kommissionen

28 Welchen Einfluss hat das Parlament in Ihrer Gemeinde in Bezug auf die folgenden Aufgaben?

	sehr hohen Einfluss	hohen Einfluss	etwas Einfluss	wenig Einfluss	keinen Einfluss	Aufgabe spielt in Gemeinde keine Rolle
1 Verwaltungsabläufe definieren	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
2 Finanzplanung und -kontrolle	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
3 Stadtplanung (Raumplanung)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
4 Wirtschaftsförderung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
5 Umweltschutz	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
6 Stadtentwicklung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
7 Beziehungen zu anderen Gemeinden	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
8 Organisation des Service Public	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
9 Ernennung / Wahl leitender Angestellter der Verwaltung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

29 Bestehen in Ihrem Parlament ständige Kommissionen?

9a 1 ☐ Ja 0 ☐ Nein *Bei Antwort „Nein“ -> Weiter zu Kapitel D (vier Fragen überspringen).*

30 Falls in Ihrem Parlament ständige Kommissionen bestehen – sind Sie Mitglied einer solchen Kommission?

206 2 ☐ Ja, momentan 1 ☐ Ja, früher 0 ☐ Nein, nie

31 Falls in Ihrem Parlament ständige Kommissionen bestehen – sind Sie Präsident einer solchen Kommission?

207 2 ☐ Ja, momentan 1 ☐ Ja, früher 0 ☐ Nein, nie

32 Falls in Ihrem Parlament ständige Kommissionen bestehen – wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

	stimme nachdrücklich zu	stimme zu	unentschieden	stimme nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu
9b Die ständigen Kommissionen bewirken eine Qualitätssteigerung der politischen Diskussionen im Rat.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
9c Durch die ständigen Kommissionen wird vermehrt sachpolitisch entschieden und weniger entlang der Parteilinien.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
9d Durch die ständigen Kommissionen gehen Möglichkeiten zur persönlichen Profilierung verloren.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

33 Wer erfüllt in Ihrer Gemeinde die nachfolgenden Funktionen – das Parlament oder seine Kommissionen?

	ausschliesslich die Kommis- sionen	überwiegend die Kommis- sionen	beide zu gleichen Teilen	überwie- gend das Parlament	ausschliess- lich das Parlament	keiner der beiden
10 Interessen der Einwohner vertreten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
11 Partizipation der Bürger fördern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
12 Vertiefte Diskussionen über bestimmte politische Themen ermöglichen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
13 Interessen der Parteien vertreten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
14 Arbeit von einzelnen Teilen der Stadtverwaltung überwachen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
15 Strategische politische Entscheidungen treffen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
16 Alltägliche Einzelentscheidungen treffen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
17 Politikern Raum für Spezialisierung bieten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
18 Neue Politikinhalte vorschlagen oder entwickeln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

D. Angaben zu Ihrer Funktion als Parlamentsmitglied

34 Wie wichtig sind die folgenden Aufgaben für Sie als Mitglied des Parlaments?

	sehr wichtig	wichtig	etwas wichtig	weniger wichtig	un- wichtig
68 die Festlegung zentraler Ziele kommunaler Aktivitäten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
69 die Kontrolle kommunaler Aktivitäten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
70 die Vertretung der Forderungen und Anliegen der lokalen Gemeinschaft	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
71 die Debatte über lokale Angelegenheiten öffentlich machen, bevor Ent- scheidungen getroffen werden	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
72 den Bürgern die Entscheidungen des Parlaments vermitteln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
73 das Programm meiner Partei / Wählergruppe umsetzen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
74 die Verwaltung stützen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
75 bei Konflikten in der Gemeinde vermitteln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
75a die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden stärken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
76 die Sichtweise und die Interessen von Minderheiten fördern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
77 die Sichtweise und die Interessen von Frauen fördern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

35 Erhalten Sie genügend Informationen von Ihrer Verwaltung, um Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Parlaments nachgehen zu können?

78 völlig ausreichend ausreichend weder ausreichend noch unzureichend unzureichend völlig unzureichend

 5 ☐ 4 ☐ 3 ☐ 2 ☐ 1 ☐

36 Erhalten Sie als Mitglied des Parlaments eine Aufwandsentschädigung?

79 Ja 1 ☐ Nein 0 ☐

37 Falls Sie eine Aufwandsentschädigung bekommen: Halten Sie diese – vor dem Hintergrund der mit dem Mandat verbundenen Verantwortung – für angemessen oder nicht?

80 nicht angemessen 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6 ☐ 7 ☐ angemessen

38 Wieviel Zeit verbringen Sie mit den nachfolgenden Aktivitäten?

<i>Parlamentarische Tätigkeiten</i>		durchschnittliche Anzahl von Stunden pro Monat
81	Sitzungen des Parlaments und der Kommissionen
82	Sitzungen der Parlamentsfraktion
83	(andere) Parteiveranstaltungen und -aktivitäten
84	öffentliche Debatten, Treffen mit Bürgern, usw.
85	Treffen mit Mitgliedern der Stadtverwaltung
86	Informationsbesuche bei kommunalen Einrichtungen
87	Schreibtischarbeit / Aktenstudium zur Vorbereitung der Parlamentssitzungen
88	Andere wichtige Aktivitäten als Parlamentsmitglied (bitte angeben)
89
<i>Tätigkeiten neben Ihrem Mandat</i>		durchschnittliche Anzahl von Stunden pro Monat
287	Erwerbstätigkeit
288	unbezahlte Hausarbeit sowie Pflege- und Erziehungsaufgaben

39 Wie wichtig ist es für Sie, als Mitglied des Parlaments, die Interessen zu vertreten ...

	äusserst wichtig	sehr wichtig	bedingt wichtig	weniger wichtig	unwichtig
108 der gesamten Gemeinde	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
109 von (einer) ethnischen Minderheit(en)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
110 von Frauen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
113 der lokalen Wirtschaft	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
114 von Bauern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
115 von religiösen Gruppen / Kirche(n)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
116 von bestimmten kommunalen Verwaltungseinheiten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
117 von durchsetzungsschwachen Bürgern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
118 eines bestimmten Stadt-/ Ortsteils	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

40 Wie oft haben Sie Kontakt mit ...

	mehrmals wöchentlich	mehrmals monatlich	mehrmals jährlich	selten / nie	Institution nicht vorhanden
90 dem Stadtpräsidenten	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
90a weiteren Mitgliedern der städtischen Exekutive	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
91 den Chefbeamten der Stadtverwaltung	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
92 den Kommissionspräsidenten	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
93 dem Parlamentspräsidenten	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
94 den Mitgliedern Ihrer Parlamentsfraktion	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
95 den Mitgliedern anderer Parlamentsfraktionen	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
96 dem Präsidenten Ihrer lokalen Parteiorganisation	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
97 dem Stadtschreiber / Vorsteher der Stadtkanzlei	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
98 den Mitgliedern der Stadtverwaltung	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
99 Gewerkschaftsvertretern	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
100 wichtigen Vertretern von Vereinen	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
101 Frauenorganisationen	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
102 Organisationen ethnischer Minderheiten	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
103 Vertretern der Kantons- und Bundesregierung	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
104 Vertretern lokaler Dienststellen anderer öffentlicher Einrichtungen (z.B. dem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum)	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
105 lokalen Wirtschaftsvertretern	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
106 Journalisten	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
107 einzelnen Bürgern bei der Wahrnehmung Ihrer Rolle als Parlamentsmitglied	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

41 Wie würden Sie – nach Ihrer Erfahrung – Ihren persönlichen Beitrag in Bezug auf die folgenden Aufgaben beschreiben?

	sehr gross	gross	mittel	niedrig	kein Beitrag
180 die Festlegung zentraler Ziele kommunaler Aktivitäten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
181 die Kontrolle kommunaler Aktivitäten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
182 die Vertretung der Forderungen und Anliegen der lokalen Gemeinschaft	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
183 die Debatte über lokale Angelegenheiten öffentlich machen, bevor Entscheidungen getroffen werden	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
184 den Bürgern die Entscheidungen des Parlaments vermitteln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
185 das Programm meiner Partei / Wählergruppe umsetzen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
186 die Verwaltung stützen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
187 bei Konflikten in der Gemeinde vermitteln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
187a die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden stärken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
188 die Sichtweise und die Interessen von Minderheiten fördern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
189 die Sichtweise und die Interessen von Frauen fördern	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

42 Was planen Sie nach Ihrer jetzigen Amtszeit als Parlamentsmitglied?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Alternativen aus:

- 270
- 1 ☐ Ich würde gerne als Parlamentsmitglied weiterarbeiten.
- 2 ☐ Ich würde meine politische Karriere gerne fortsetzen – und zwar in einem höheren Amt auf kommunaler Ebene.
- 3 ☐ Ich würde meine politische Karriere gerne fortsetzen – und zwar in einem höheren Amt auf Kantons- oder Bundesebene.
- 4 ☐ Ich würde die Politik gerne verlassen.

43 Falls Sie die Politik verlassen möchten – warum?

		Ja	Nein
271	Ich will mich auf meinen Beruf konzentrieren.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
272	Ich möchte für einen Verein arbeiten.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
273	Ich habe meine Pflicht als Bürger getan.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
274	Ich denke, dass die politische Arbeit im Verhältnis zu Familie und/oder Beruf zu zeitaufwendig ist.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
275	Es mangelt an Einfluss (eigener Einfluss, Einfluss meiner Partei oder Einfluss der kommunalen Ebene).	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
276	Ich bin zu alt.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
277	Ich werde aus meiner Gemeinde wegziehen.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

E. Eigene Einschätzungen zur Stadtpolitik

44 Geben Sie bitte anhand Ihrer Erfahrung als Parlamentarier und unabhängig von formalen Verfahrensregeln an, wie einflussreich die folgenden Akteure in der Kommunalpolitik Ihrer Stadt sind.

	sehr hoher Einfluss	hoher Einfluss	etwas Einfluss	wenig Einfluss	kein Einfluss	Institution nicht vorhanden
26 Stadtpräsident	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
26a Parlament	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
26b Exekutive als Ganzes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
29 Chefbeamte der Stadtverwaltung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
26c Stimmberechtigte	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

45 Geben Sie bitte an, wie einflussreich die folgenden weiteren Personen und Institutionen in der Kommunalpolitik Ihrer Stadt sind.

	sehr hoher Einfluss	hoher Einfluss	etwas Einfluss	wenig Einfluss	kein Einfluss	Institution nicht vorhanden
27 Parlamentspräsident	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
28 Kommissionspräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
30 einzelne Parlamentsmitglieder	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
31 ich selbst	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
32 Mitglieder der Stadtverwaltung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
33 Stadtschreiber / Vorsteher der Stadtkanzlei	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
34 professionelle Berater / Experten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
35 ortsansässige Mitglieder von kantonalen und nationalen Räten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
36 Gewerkschaftspräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
37 Journalisten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
38 lokale Wirtschaftsvertreter	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
39 nationale und internationale Firmen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
40 Kirche(n)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
42 lokale politische Bewegungen (Bürgerinitiativen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
43 Quartiervereine	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
41 weitere Vereine	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
41a interkommunale Zweckverbände	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
44 nationale Parteipräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
45 Parlamentsfraktionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
46 lokale Parteiorganisationen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
47 Kantons- und Bundesregierung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

- 46 Eine Firma plant ein Projekt in Ihrer Gemeinde und erwartet aber, dass das Parlament das Projekt nicht genehmigen wird. Um das Parlament positiv zu beeinflussen: Wie wichtig wäre es für die Firma, die folgenden Akteure auf ihrer Seite zu haben?**

	sehr wichtig	wichtig	mittel	wenig wichtig	nicht wichtig	Institution nicht vorhanden
48 die Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
49 einen oder mehrere Kommissionspräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
50 den Stadtpräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
50a die städtische Exekutive als Ganzes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
51 die Chefbeamten der Stadtverwaltung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
52 die Mitglieder der Stadtverwaltung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
53 professionelle Berater / Experten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
54 lokale Wirtschaftsvertreter	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
55 die lokale Industrie- und Handelskammer	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
56 ortsansässige Mitglieder von kantonalen und nationalen Räten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
57 Gewerkschaftsvertreter	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
58 Journalisten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
59 die Kirche(n)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
60 Vereine	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
61 lokale politische Bewegungen (Bürgerinitiativen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
62 Kantons- und Bundesregierung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
63 andere:	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

- 47 Wenn bei Abstimmungen im Parlament die persönliche Meinung eines Mitglieds nicht mit derjenigen seiner Fraktion oder seiner Wähler übereinstimmt, wie sollte sich dieses Mitglied verhalten?**

- 119 1 ☐ Das Mitglied sollte seiner eigenen Meinung entsprechend abstimmen.
 2 ☐ Das Mitglied sollte wie seine Fraktion abstimmen.
 3 ☐ Das Mitglied sollte entsprechend der Meinung seiner Wähler abstimmen.

- 48 Treffen folgende Aussagen auf Ihre Partei zu?**

	stimme nachdrücklich zu	stimme zu	unentschieden	stimme nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu	Institution(en) nicht vorhanden
241 Die lokale Parteiorganisation besitzt grossen Einfluss auf Entscheidungen der Parlamentsfraktion.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
242 Die Parlamentsfraktion besitzt grossen Einfluss auf die Entscheidungen der lokalen Parteiorganisation.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
243 Der Fraktionsvorsitzende informiert in der Regel die Fraktion, wenn Entscheidungen anstehen und versucht, Unterstützung innerhalb der Fraktion zu erhalten.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

49 Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach die folgenden Ziele für Ihre Gemeinde?

	äußerst wichtig	sehr wichtig	bedingt wichtig	weniger wichtig	unwichtig
120 Ansiedlung von wirtschaftlichen Aktivitäten in der Stadt	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
121 Schaffung hoch qualifizierter Arbeitsplätze	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
121a Präsentation einer ausgeglichenen Rechnung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
121b Gewährleistung eines attraktiven Steuerfusses	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
122 Erneuerung des Stadtzentrums	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
123 Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und -dienstleistungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
124 Verbesserung der städtebaulichen Qualität der Stadt	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
125 Erweiterung des Freizeit- und Kulturangebots	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
126 Erweiterung des Wohnungsangebots	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
127 Erhaltung des traditionellen Zusammenhalts der lokalen Gemeinschaft	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
128 Betonung von Verschiedenheit und Toleranz der lokalen Gemeinschaft	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
129 Erhöhung des Niveaus des Service Public	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
130 Massnahmen gegen Umweltverschmutzung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
131 Imageverbesserung der Stadt (nach aussen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
132 Ansiedlung neuer Einwohner	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
133 Ansiedlung wohlhabenderer Einwohner	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
134 Die Stellung von Frauen in der Gemeinde stärken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
135 Massnahmen gegen Ausgrenzung und Armut	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
136 Andere (bitte benennen):	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
137					

50 Es gibt unterschiedliche Vorstellungen davon, wie lokale Demokratie funktionieren sollte. Bitte geben Sie an, wie stark Sie folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme nachdrücklich zu	stimme zu	unentschieden	stimme nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu
154 Die Einwohner sollten aktiv und direkt an wichtigen kommunalen Entscheidungen teilhaben können.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
155 Die Einwohner sollten die Möglichkeit haben, ihre Sichtweisen darzulegen, bevor wichtige kommunale Entscheidungen von den gewählten Repräsentanten (dem Parlament) getroffen werden.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
156 Abgesehen vom Wählen sollten Bürger nicht die Möglichkeit haben, lokale Politik zu beeinflussen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
157 Parlamentsentscheidungen sollten die Mehrheitsmeinung der Einwohner widerspiegeln.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
158 Politische Repräsentanten sollten entscheiden, wie sie es für richtig halten – unabhängig von der Meinung der lokalen Bevölkerung.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
159 Lokale Führungspersönlichkeiten sollten versuchen, Konsens und gemeinsame Werte unter den Bürgern und Gruppen herzustellen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
160 Die Ergebnisse der kommunalen Wahlen sollten für die kommunale Politik der wichtigste Faktor sein.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

51 Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

		stimme nach- drücklich zu	stimme zu	unent- schie- den	stimme nicht zu	stimme ganz und gar nicht zu
138	Parteien bieten den Bürgern die geeignetste Form, sich zu beteiligen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
139	Eine wichtige Aufgabe eines Parlamentsmitglieds ist es, die Interessen derer zu vertreten, die sonst nicht ausreichend repräsentiert sind.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
140	Lokale Referenden führen zu einer höheren Qualität öffentlicher Debatten.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
141	Wettbewerb zwischen Dienstleistungsanbietern fördert die Wahlmöglichkeiten der Bürger zwischen öffentlichen Dienstleistungen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
142	Dezentralisierung kommunaler Aufgabenerfüllung ist nötig, um Bürger an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
143	Public-Private-Partnerships sind für Problemlösungen effektiver als die öffentliche Verwaltung und Vertretungsorgane (Parlamentsgremien).	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
144	Politische Entscheidungen sollten nicht nur durch gewählte Gremien, sondern nach Verhandlungen mit Betroffenen getroffen werden.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
145	Weibliche Parlamentsmitglieder können Interessen von Frauen besser vertreten als Männer.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
146	Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollten sich so weit wie möglich an politisch definierte Ziele halten.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
147	Weibliche Parlamentsmitglieder arbeiten im Rat oft zusammen, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in Parteien oder Wählergruppen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
148	Die führenden Parlamentsmitglieder besitzen hohe Integrität. Es ist nicht möglich, eine Entscheidung zu beeinflussen, indem man Parlamentsmitgliedern Vorteile in Aussicht stellt.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
149	Kommunalpolitiker sollten Ziele definieren und Politikergebnisse kontrollieren, aber nie in die Aufgabenerfüllung der Verwaltung eingreifen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
150	Die Notwendigkeit von Veränderungen und einer Reorganisation der kommunalen Ebene wird stark übertrieben.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
151	Auslagerung und Privatisierung bringen den Gemeinden nur geringe Vorteile.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
152	Männliche und weibliche Parlamentsmitglieder betonen in der lokalen Politik unterschiedliche Fragen.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

52 Wie schätzen Sie die Wirksamkeit folgender Instrumente ein, um herauszufinden, was die Bürger denken?

		sehr effektiv	effektiv	mässig effektiv	nicht effektiv genug	nicht effektiv	Instrument nicht vorhanden
161	Wahlen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
162	Parteiversammlungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
163	Petitionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
164	Bürgerworkshops	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
165	öffentliche Veranstaltungen und Debatten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
166	Zufriedenheitsumfragen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
167	Rechtliche Rekursmöglichkeiten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
168	Volksabstimmungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
169	Konsultation von Vertretern lokaler Dienststellen anderer öffentlicher Einrichtungen (z.B. das regionale Arbeitsvermittlungszentrum)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
170	Konsultation von Bürgergruppierungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

53 Für wie effektiv halten Sie die Nutzung der folgenden parlamentarischen Instrumente hinsichtlich ihrer möglichen Einflussnahme auf die Tätigkeit der städtischen Exekutive?

		sehr effektiv	effektiv	mässig effektiv	nicht effektiv genug	nicht effektiv	Instrument nicht vorhanden
171	Fraktionserklärungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
172	Einfache Anfragen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
173	Interpellationen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
174	Dringliche Interpellationen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
175	Postulate	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
176	Motionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
177	Resolutionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
178	Einsetzung von Untersuchungskommissionen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
179	Behördenreferendum	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

54 Im Folgenden sind einige Massnahmen aufgelistet, die in verschiedenen europäischen Ländern auf kommunaler Ebene umgesetzt wurden. Halten Sie die folgenden Massnahmen für wünschenswert, unabhängig davon, ob diese Massnahmen in Ihrer Gemeinde bereits existieren?

		in hohem Masse erwünscht	erwünscht	weder erwünscht noch unerwünscht	unerwünscht	in hohem Masse unerwünscht
190	konsultative Referenden	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
191	Volksabstimmungen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
192	regelmässige Umfragen, um die öffentliche Meinung zu ermitteln	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
193	Direktwahl des Stadtpräsidenten	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
194	Beteiligungsverfahren, die es ermöglichen, dass Bürger über bestimmte lokale Themen diskutieren und mitentscheiden können	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
195	Verlagerung von Verantwortlichkeiten auf Stadtteilebenen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
196	Veranstaltungen, in deren Rahmen Bürger über Planungen der Stadt informiert werden und Kritik bzw. Unterstützung äussern können	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
197	Verlagerung der Aufsicht über öffentliche Dienstleistungen auf Bürgerräte (z.B. Elternräte in Schulen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
198	Reduzierung der Anzahl der Parlamentsmitglieder	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

**Falls Sie über die Ergebnisse dieser Befragung informiert werden möchten,
wenden Sie sich bitte per Email an pluess@ipz.uzh.ch.**

Anhang 2: Fragebogenvorlage für die Erhebung der Stadtparlamentsmitglieder in fünfzehn europäischen Ländern und Israel

A Questions about the council and actors in the local democracy

1 Which influence has the Council in your municipality concerning the following tasks?

		Very high in- fluence	High influence	Some in- fluence	Little influence	No in- fluence	Not an activity for the muni- cipality
1	Defining administrative procedures	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
2	Financial programming/evaluation	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
3	Urban planning	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
4	Industrial and economic development	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
5	Environment protection	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
6	Strategic planning	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
7	Relations with other local authorities	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
8	Organisation of collective services	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
9	Appoint local chief executives	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

Q2 not to be asked in systems where it is irrelevant for instance because there are no committees

2 Who is in your municipality mainly serving the following functions - the committees or the council?

		Only the committees	Mostly the committees	Both, to equal extent	Mostly the council	Only the council	Neither of them
10	To represent the interests of local people	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
11	To enable the participation of people other than politicians in deliberations	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
12	To allow in-depth discussion of particular issues	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
13	To represent the interests of parties	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
14	To oversee the work of a department	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
15	To make strategic policy decisions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
16	To make day-to-day management decisions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
17	To allow politicians to develop specialisms	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
18	To propose or develop new policies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

3 Please indicate the political balance of your council:

- 19
- 20 1 ☐ A single party with an overall majority *Please state which party:*
- 21 2 ☐ A single party without an overall majority *Please state which party:*
- 22 3 ☐ A coalition *Please describe:*
- 23 4 ☐ Other *Please describe:*

Q4 not to be asked in systems where this aspect is irrelevant

4 If your municipality is governed by a coalition, how would you characterise the agreement?

- 24 There is a distribution of posts 1 ☐ Yes 0 ☐ No
- 25 There is an agreement on policies 1 ☐ Yes 0 ☐ No

5 On the basis of your experience as a local councillor in this City, and independently of the formal procedures, please indicate how influential each of the following actors are over the Local Authority activities.

		Very high influence	High influence	Some in- fluence	Little influence	No in- fluence	Not relevant
26	The Mayor	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
27	The President of the Council	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
28	The Presidents of Council Committees	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
29	The Executive board	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
30	Single councillors	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
31	Myself	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
32	The Heads of Departments in the Municipality	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
33	The Municipal Chief Executive Officer	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
34	Professional Consultants/Experts	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
35	Local MPs or Ministers	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
36	Local trade unions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
37	Journalists	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
38	Local businessmen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
39	National and international firms	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
40	The Church	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
41	Local (voluntary) associations	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
42	Local single issue groups	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
43	Quarter decentralised institutional bodies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
44	Party leaders	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
45	The party groups in the council	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
46	Party organisations	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
47	Region and upper levels of government	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

6 If a firm wants to enforce a project in the locality and expects that the council will not approve of the project, what actors would it have to win over to its side in order to influence the council?

	Yes	No
48 The leaders of the party groups in the council	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
49 The leader of one or more committees	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
50 The Mayor	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
51 The Members of the executive body	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
52 The Heads of Departments in the Municipality	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
53 Professional Consultants/ Experts	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
54 Local businessmen, shop-owners, etc.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
55 Local Chambers of commerce	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
56 Local MPs or Ministers	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
57 Local trade unions	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
58 Journalists	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
59 The Church	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
60 Local (voluntary) associations	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
61 Local single issue groups	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
62 Region/Upper levels of Government	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
63 Other	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

B Questions about your role as councillor

7 For how many years have you been a councillor in total?

64 For years

8 Were you elected as a candidate

- 65 1 ☐ of a list of a national party. *Please state which party:* 66
- 2 ☐ of a local list
- 3 ☐ as an individual or independent candidate

9 How did you become a candidate the first time you were nominated?

- 67 1 ☐ I proposed myself
- 2 ☐ I was asked by others

10 In your experience as a councillor, how important are the following tasks for you as a councillor:

		Very great	Great	Moderate	Little	None
68	Defining the main goals of the municipal activity	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
69	Controlling the municipal activity	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
70	Representing the requests and issues emerging from the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
71	Publicising the debate on local issues before decisions are taken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
72	Explaining decisions of the council to the citizens	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
73	Implementing the program of my political party/movement	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
74	Reinforcing the executive	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
75	In mediating conflicts in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
76	Promoting the views and interests of minorities in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
77	Promoting the views and interests of women in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

11 Do you get a satisfying amount of information from the municipal administration to perform your job as a councillor?

	Fully satisfying	Satisfying	Neither satisfying nor unsatisfying	Mainly unsatisfying	Fully unsatisfying
78	5 <input type="checkbox"/>	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>

12 Do you receive an allowance as a councillor?

79 Yes 1 ☐ No 0 ☐

13 Considering the corresponding responsibilities, do you think your allowance as a councillor is adequate or not?

80 Not Adequate 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6 ☐ 7 ☐ Adequate

14 How much time do you spend in the following activities?Average number of
hours per month

81	Council and committee meetings
82	Meetings with the party's council group
83	Other party meetings and activities
84	Public debates, meetings with citizens et c
85	Meetings with administrative staff
86	Field visits to municipal institutions
87	Desk work preparing your activity in the Council
88	Other important activity as councillor,
89	- please specify.....	

15 How frequently do you have contact with the following individuals or groups?

	A few times a week	A few times a month	A few times a year	(Almost) never
90 The mayor	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
91 Members of the executive board	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
92 Committee Leaders	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
93 The President of the council	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
94 Members of my party group	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
95 Members of other party groups	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
96 The leaders of my own local party organisation	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
97 The Municipality Chief Executive Officer	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
98 Civil servants in the municipality	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
99 Union representatives	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
100 Leading actors from voluntary associations	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
101 Women organisations	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
102 Organisations of ethnic minorities	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
103 Representatives of upper levels of government	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
104 Representatives of public agencies at the local level	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
105 Private business representatives	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
106 Journalists	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
107 Individual citizens in your role as a councillor	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

16 How important is it for you as a local councillor to represent the following groups or interests?		Of utmost importance	Of great importance	Of moderate importance	Of little importance	Not import- ant at all
108	The whole locality	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
109	Ethnic minority(ies)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
110	Women	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
111	Workers	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
112	The middle class	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
113	Local business groups	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
114	Farmers	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
115	Religious group/the Church	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
116	Some particular local government service	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
117	Less resourceful citizens	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
118	A particular geographic part of the locality	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

17 If there should be a conflict between a member's own opinion, the opinion of the party group in the council or the opinion of the voters, how should, in your opinion, a member of the council vote?	
119	1 <input type="checkbox"/> Vote according to his/her own conviction
	2 <input type="checkbox"/> Vote according to the opinion of the party group
	3 <input type="checkbox"/> Vote according to the opinion of the voters

C Questions about your view on local democracy and local policy

18 How important are in your opinion the following goals for your local authority		Of utmost import- ance	Of great import- ance	Of mod- erate imp- ortance	Of little import- ance	Not important at all
120	To attract economic activities in the city	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
121	To develop highly qualified activities	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
122	To regenerate or rebuild the city-centre	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
123	To improve infrastructures and services for mobility	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
124	To improve the aesthetics of the city	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
125	To develop leisure services and cultural offer	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
126	To develop housing offer	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
127	To defend the traditional cohesion of the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
128	To emphasise diversity and tolerance in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
129	To improve the level of services and well-being in the city	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
130	To reduce pollution	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
131	To improve the external image of the city	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
132	To attract new population	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
133	To attract a wealthier population	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
134	To improve the position of women in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
135	To fight against marginality and poverty	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
136	Other	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
137	- please specify.....					

19 How much do you agree or disagree with the following statements?

		Strongly agree	Agree	Neither agree nor disagree	Disagree	Strongly disagree
138	Political parties are the most suitable arena for citizen participation	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
139	An important task of a councillor is to defend the interests of under-represented groups	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
140	Local referenda lead to high quality of public debate	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
141	Competition between service providers facilitates citizen choice in public services	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
142	Decentralisation of local government is necessary to involve citizens in public affairs	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
143	Public-private partnerships are more effective in solving problems than public administration and representative bodies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
144	Political decisions should not only be taken by representative bodies but be negotiated together with the concerned local actors	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
145	Female representatives can better than men look out for women's interests	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
146	Local bureaucrats should as far as possible stick to politically defined goals.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
147	Women councillors often cooperate in the council, irrespective of party membership	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
148	The integrity of the leading councillors is high and it is not possible to get a favourable decision by offering benefits to the councillors.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
149	Politicians should only define objectives and control outputs, and never intervene into the task fulfilment of local administration.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
150	The need for changes and reorganisation of the local government sector has been greatly exaggerated.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
151	There are few benefits from contracting out or privatising services in the municipality	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
152	Male and female councillors put forward different questions in local politics	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

20 There is often talk about a left-right dimension in [Swedish] politics. Where would you place yourself on a left-right dimension?

[illegible]

21 People have different ideas about how local democracy should function. Please indicate how important for local democracy you feel the following requirements are:

		Of utmost import- ance	Of great import- ance	Of moderate import- ance	Of little import- ance	Not important at all
154	Residents should participate actively and directly in making important local decisions.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
155	Residents should have the opportunity to make their views known before important local decisions are made by elected representatives.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
156	Apart from voting, citizens should not be given the opportunity to influence local government policies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
157	Council decisions should reflect a majority opinion among the residents.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
158	Political representatives should make what they think are the right decisions, independent of the current views of local people.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
159	Local politicians should try to generate consensus and shared values among local citizens/groups.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
160	The results of local elections should be the most important factor in determining municipal policies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

22 How effective are the following instruments in letting local politicians know public opinion irrespective of whether such reforms have been introduced in your own country or municipality?

		Very effective	Effective	Moderately effective	Not suffi- ciently effective	Not effective
161	Voting	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
162	Party meetings	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
163	Petitions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
164	Citizens juries	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
165	Public meetings	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
166	Satisfaction surveys	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
167	Complaints schemes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
168	Referenda	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
169	Consultation with local agencies	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
170	Consultation with community groups	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

23 How effective do you consider the use made by the council and the councillors of the instruments available to them **OPTIONAL/CONTEXTUALISE**

		Very effective	Effective	Moderately effective	Not sufficiently effective	Not effective
171	Questions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
172	Interpellation	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
173	Motion (Declaration of agreement with decision of Municipality)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
174	Resolution	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
175	Agenda	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
176	Inquiry right	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
177	Information right	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
178	Scrutiny	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
179	Local referenda	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

24 In your experience as a councillor, how would you define your contribution regarding the following tasks?

		Very great	Great	Moderate	Little	None
180	Defining the main goals of the municipal activity	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
181	Controlling the municipal activity	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
182	Representing the requests and issues emerging from the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
183	Publicising the debate on local issues before decisions are taken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
184	Explaining decisions of the council to the citizens	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
185	Implementing the program of my political party/movement	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
186	Reinforcing the executive	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
187	In mediating conflicts in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
188	Promoting the views and interests of minorities in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
189	Promoting the views and interests of women in the local society	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

25 Below you find a number of reforms that have been introduced in municipalities in different European countries. Irrespective of whether such reforms have been introduced in your own country or municipality how desirable or undesirable do you consider the following reforms:		Highly desirable	Desirable	Neither desirable nor undesirable	Un-desirable	Highly undesirable
190	An advisory (non-binding) referendum	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
191	A decisive (binding) referendum	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
192	Frequent surveys to monitor local public opinion	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
193	Direct elections of mayors	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
194	Co-decision procedures, where –citizens can discuss and make binding decisions on certain local issues.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
195	Devolution of responsibilities to neighbourhood organizations	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
196	Citizen consultation procedure, where citizens are informed about and can support or criticize municipal proposals	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
197	Transferring the powers of scrutiny over municipal services to user boards	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
198	Reducing the number of members of the Council	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

D Questions concerning your political career and and your party

26 Do you presently hold any of the following elective or executive offices? Have you previously held any of these offices? CONTEXTUALISE!

		Yes, today	Not now, but before	No, Never
199	Member of Parliament	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
200	Minister	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
201	Councillor in another municipality	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
202	Mayor in another municipality	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
203	Member of regional (or provincial) executive board	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
204	Parish council	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
205	Member of board of council-owned joint stock company or foundation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
206	Member of a council committee	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
207	President of a council committee	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
208	Member of the executive board	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
209	President of the council	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
210	Delegate of the mayor	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
211	Regional councillor	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
212	Provincial councillor	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
213	Member of a co-operative body of Local Authorities	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

27 Are you, or have you previously been, a member or holding a position in the following types of organisations?

			At present		Not now, but before		Never been a member
			Elected or appointed position	Only member	Elected or appointed position	Only member	
214	215	Trade union	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
216	217	Business/professional association	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
218	219	Humanitarian organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
220	221	Sport/athletic organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
222	223	Women organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
224	225	Environmental organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
226	227	Ethnic minority organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
228	229	Religious organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
230	231	Neighbourhood organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
232	233	Other organisation	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
		– please specify:					
234						

28 Are you presently a party member?

235 0 ☐ No 1 ☐ Yes, Please specify which party: 236

29 When did you first become a party member:

237 Year:..... Please specify which party party..... 238

0 ☐ I have never belonged to any party

30 Do you presently have, or have you previously had, a position (board member et c) in your party's organisation (beside the party's council group)?

	Yes, presently	Yes, previously	No, never	Not applicable. My party does not have such an organisation or I'm not a member of a party
239 In the local party organisation	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
240 Upper level party organisations	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

31 What is your opinion on the following statements about your party?

	Agree totally	Partly agree	Neither agree nor disagree	Partly disagree	Disagree totally	Not applicable
241 The local party organisation has much influence over the decisions of the party's council group	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
242 The party's council group has much influence over the decisions of the local party	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>
243 The leader of the party group usually informs and seeks the support of the party group when decisions are taken	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>	99 <input type="checkbox"/>

32 Have you got a seat in the council due to the preferential voting system, i.e. although you have not been placed in higher positions of your party or local list? NOT ASKED IN SYSTEMS NOT COMBINING LIST VOTING AND PREFERENTIAL VOTING

244 1 ☐ Yes 0 ☐ No

33 As a candidate in the last election, to what extent did you have the support of the following groups:

		Very great	Great	Some	Little	Not at all
245	National organ(s) of your party	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
246	Your party wing/fraction	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
247	Your party at the local level	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
248	National politician(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
249	Local prestigious person(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
250	Trade union(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
251	Local business group(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
252	Women organisation(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
253	Local media	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
254	The church	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
255	Local (voluntary) association(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
256	Ethnic group(s)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

34 When you first accepted to become a candidate, how important were the following reasons?

Please indicate the importance of each motive.

		Of utmost importance	Of great importance	Of moderate importance	Of little importance	Not important at all
257	General interest in politics	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
258	Possibility to highlight the needs of the group I represent	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
259	It is a chance to learn how the political system functions	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
260	As a councillor I can do a good job for the party I represent	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
261	It is an opportunity to control the administration	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
262	The allowances tempted me to become a councillor	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
263	As a councillor I have the opportunity to make social contacts	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
264	As a councillor I will be held in high esteem	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
265	It is an opportunity to enter into a political career	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
266	As a councillor I have the opportunity to influence specific issues	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
267	It is a citizen duty to engage oneself in municipal affairs	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
268	Other reasons (specify)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
269					

35 For the time being, what are you planning to do at the end of the present mandate?*Please select one of the following alternatives*

- 270 1 ☐ I would like to continue as a councillor
- 2 ☐ I would like to continue my political career in a higher political office at the local level
- 3 ☐ I would like to continue my political career in a higher political office at the regional or national level
- 4 ☐ I would like to quit politics

36 If you want to quit politics, could you please state why?

		Yes	No
271	I want to concentrate on my profession	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
272	I want to work for a voluntary organisation	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
273	I have done my citizen duty	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
274	I think political work is too time-consuming in relation to family or occupation	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
275	I lack influence (of myself, my party or municipalities in general)	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
276	I am too old	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
277	I will move from the municipality	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

E Questions about your background**37**

278

How old are you?years**38**

279

Are you male or female? 1 ☐ Male 2 ☐ Female**39**

280

For how many years have you lived in your municipality?years**40**

281

What is your highest completed education?

- 1 ☐ Elementary school
- 2 ☐ Secondary school or equivalent
- 3 ☐ University / college or equivalent.

41

282

In the two last generations, were any of your close relatives elected for a political function?1 ☐ Yes 0 ☐ No

42 To which occupational category did you belong before your first mandate as a councillor? And to which occupational category do you belong today?

	Before	Now
Professional politician (or the like, e.g. cabinet or party function)	1 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>
Civil servant	2 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>
Business manager	3 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>
Teacher	4 <input type="checkbox"/>	4 <input type="checkbox"/>
Liberal profession (e.g. lawyer, doctor)	5 <input type="checkbox"/>	5 <input type="checkbox"/>
Engineer (or the like, e.g. computer specialist, technician)	6 <input type="checkbox"/>	6 <input type="checkbox"/>
Clerk	7 <input type="checkbox"/>	7 <input type="checkbox"/>
Shopkeeper (or the like, e.g. salesman)	8 <input type="checkbox"/>	8 <input type="checkbox"/>
Labourer	9 <input type="checkbox"/>	9 <input type="checkbox"/>
Farmer or fisher	10 <input type="checkbox"/>	10 <input type="checkbox"/>
Student	11 <input type="checkbox"/>	11 <input type="checkbox"/>
Retired	12 <input type="checkbox"/>	12 <input type="checkbox"/>
Housewife/-man	13 <input type="checkbox"/>	13 <input type="checkbox"/>
Other, please specify.....	14 <input type="checkbox"/>	14 <input type="checkbox"/>

43 In your present occupation are you

1 ☐ An employee 2 ☐ Self-employed 3 ☐ Unemployed/student/retired

44 If you are an employee – Are you employed by a public sector organisation or by a private firm?

Public sector	Private firm/Voluntary organisation	Employed in both public and private sector	Neither/Not employed
3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

45 How much time do you spend on the following activities per week?

Gainful employmenthours/week

Unpaid care and household workhours/week

46 Where were you and your parents born?

	[Netherlands]	Another country	Specify which country:
I was born in:	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	290.....
My mother was born in:	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	292.....
My father was born in:	1 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	294.....

47 To what extent do you feel that you belong to the following groups in society?

		To a high degree	To some degree	Neither high nor low degree	To a low degree	Not at all
295	The working classes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
296	The middle classes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
297	The upper classes	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
298	The [Dutch] people	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
299	A religious group	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
300	An ethnic minority group	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

48 How many persons live in your household?

301persons older than 12 years and under-aged children (under the age of 12)
302

49 Do you have any help with handling the household /care work, except from your husband/wife/partner?

		Yes	No
303	Relatives (for ex grandparents)	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
304	Nanny/au pair or equivalent	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
305	Service Company	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

50 Do you, apart from your own children, have any care responsibilities for other persons due to illness, age, handicap or else?

306 1 ☐ Yes 0 ☐ No

51 Thank you for taking time to answer the questionnaire. If you have any more comments about the questionnaire or the issues raised in it, please feel free to write them down:

307
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Thank you!

Lebenslauf**LARISSA PLÜSS RIEROLA**

Eisweiherstrasse 103

8400 Winterthur

PERSÖNLICHE DATEN

Geburtsdatum	18. Oktober 1980
Zivilstand	verheiratet mit Christian Rierola, eine Tochter (2011)
Heimatort	Winterthur (ZH)

AUSBILDUNG

Feb. 2008 - Sept. 2012	Doktoratsstudium in Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, Universität Zürich
Okt. 2000 - Juni 2006	Lizentiatsstudium in Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre, Universität Zürich
1993 - Jan. 2000	Gymnasium Rychenberg, Winterthur, Maturtypus D
1987 - 1993	Primarschule in Winterthur

WEITERBILDUNG

Juli 2009	„Logit and Probit Models“, zweiwöchiger Kurs an der „Essex Summer School in Social Science Data Analysis and Collection“, Universität Essex
Juni 2009	„Challenges to Local Government“, zehntägiger Euroloc Summer School-Kurs, Universität Lausanne
August 2008	„Multilevel Analysis“, zweiwöchiger Kurs an der „Summer School in Methods and Techniques“, Universität Ljubljana

BERUFSERFAHRUNG

April 2013 - zur Zeit	Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin, <i>synergo</i> Mobilität – Politik – Raum GmbH, Zürich
Jan. - Juli 2013	Projektleiterin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich
Sept. 2006 - Dez. 2012	Wissenschaftliche Assistentin und Projektmitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich
Nov. 2008 - Nov. 2009	Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin, Syntagma GmbH
Mai 2004 - Sept. 2007	Projektassistentin Verkehrsplanung, S-ce Simon – consulting experts, Zürich
April 2004 - Feb. 2005	Hilfsassistentin, Institut für Wirtschaftsforschung, ETH Zürich
Nov. 2003 - März 2004	Praktikantin, Abteilung Politische Planung und Koordination, Staatskanzlei des Kantons Zürich

Urban Governance and its Impact on the Role Perception and Behaviour of European City Councillors

LARISSA PLÜSS

Institute of Political Science, University of Zurich, Switzerland

ABSTRACT *The trend towards new forms of political steering at the local level is a matter of fact that has been demonstrated in numerous studies. Thereby, the development is not one-dimensional, but produces a variety of different types of urban governance. Presumably, the empiric trend towards new forms of political steering changes the political power structure and the roles of relevant actors in local politics. The present article assesses the implications of different models of urban governance on the significance and the behaviour of the city councillors. Drawing on the MAELG survey on European city councillors, the hypothesis of whether the political relevance of the city council is lower under new forms of governance due to the inclusion of private actors and a new allocation of functions and political roles is tested. Furthermore, it is assumed that municipal councillors consequently display specific communication patterns and network strategies to enhance or restore their influence in local politics. The results of the multilevel analyses are only partly in line with the theoretic assumptions. The main hypothesis that the implementation of new urban steering modes generally weakens the councillors' position of power must be rejected. Different kinds of urban governance arrangements have unequal effects on the political relevance of the city councillors, and new steering instruments often strengthen the influence of the municipal council. Apparently, the institutional organisation of urban governance matters to a large extent. Regarding networking activities, the councillors evidently adapt their communication strategies to the present urban governance model. The empirical findings corroborate the hypothesis that municipal councillors pursue specific network strategies according to the prevailing governance context by expanding their ties with the respective key players. Furthermore, the frequency of communication has a positive impact on the significance of the council in local politics. City councillors who are in close contact with relevant local actors clearly feel more influential in local decision-making processes.*

KEY WORDS: Urban governance, local democracy, European city councillors

Correspondence Address: Larissa Plüss, Institut für Politikwissenschaft, Affolternstrasse 56, 8050 Zürich, Switzerland. E-mail: pluess@ipz.uzh.ch

ISSN 0300-3930 Print/1743-9388 Online © 2012 Taylor & Francis
<http://dx.doi.org/10.1080/03003930.2012.670750>

1. Introduction

According to Kooiman (1993, p. 4), the state as a single actor is not able to face the dynamic and complex problems of our times. It needs the knowledge, the resources, and the support of private actors. Consequently, most western countries have witnessed the development of new forms of political steering recently, often framed as a shift “from government to governance” (see e.g., Denters and Rose 2005, Pierre 2000, Rhodes 1997, Vetter and Kersting 2003). At the local level, different changes have been identified, such as the implementation of new public management, the emergence of governance networks including private and public actors, and the adoption of new modes of citizen participation. In the recent debate on urban governance, the focus lies on the emergence of these new steering modes, on their organisational aspects, and on the policy outcomes. Nevertheless, how urban governance affects the power structure in local politics and the roles of relevant actors is often neglected. In this article, I take up this question by focussing on the role perception, the significance and the behaviour of city councillors. This issue is crucial to the functioning of local democracy and is relevant since several authors presume a lower influence of representative bodies under new forms of governance (see e.g., Benz 1998, Papadopoulos 2004, Sørensen 2006).

In my article, I conceptualise and measure new forms of urban governance by applying a typology by Pierre (1999), distinguishing between four different models of urban governance: managerial, corporatist, progrowth and welfare governance. These governance models describe different systems of values, norms, beliefs and practices. The differing institutional arrangements can be seen as clusters of factors that explain changes in policy outcomes, state–society relations and government capabilities (Peters 1996). The trend to urban governance and the development of a specific type of governance and a specific value system change the role and importance of the relevant actors in local politics. Relying on new institutionalist reasoning, I explore the impact of these governance models on the perceptions and the behaviour of European city councillors. Therefore, as a first step, I focus on the perceived significance of the councillors and test the assumption that the municipal council has lower influence under new forms of governance. Since new governing modes involve the emergence of new players as well as the implementation of new objectives and mechanisms of the policy process, I hypothesise that municipal councillors consequently experience less influence in local politics. Secondly, the councillors’ behaviour is studied. I try to assess whether municipal councillors display different networking activities and communication patterns depending on the specific urban governance model. The underlying assumption postulates that city councillors pursue specific network strategies to enhance or restore their own influence in local politics, thereby considering the prevailing governance context.

The analysis uses a cross-sectional approach drawing on the MAELG survey (see Heinelt 2012). Since variables are specified at the city level on the one hand – to measure the models of urban governance – and at the individual level on the other hand – to capture the role perception and behaviour of the councillors – multilevel analyses are applied. Besides the different urban governance contexts, personal characteristics and attitudes are also included in the analysis as independent variables. Furthermore, the national context as an explanatory factor is considered by applying a typology of local government systems by Sellers and Lidström (2007).

In the second section, the concept of urban governance and the different governance models are described. Furthermore, the section provides the measurement of these models of urban governance. In the third section, the impact of urban governance on the councillors' perceived significance and on their network strategies is assessed. Finally, the conclusions are set out in section 4.

2. Urban governance as an institutional framework

2.1 The concept of urban governance

The concept of *governance* has been used frequently in recent debates in the social sciences, but often with different meanings and implications. It does not have well-defined parameters – every author employs it differently (see Benz 2004, Fenger and Bekkers 2007, pp.: 13–33, Kooiman 1993, pp. 35–48, Pierre 2000, Rhodes 1997). Due to the imprecise significance of this theoretic concept, it is difficult to capture. The vast literature reveals both a narrow and a comprehensive definition of governance. The narrow definition clearly distinguishes governance from government. Governance refers in this perspective to new steering modes such as networks and markets with a close collaboration between public and private actors, in contrast to hierarchical decision-making in bureaucratic structures. On the other hand, the comprehensive definition of the concept includes all steering modes, such as hierarchy, market, or networks, equally. In this perspective, hierarchical steering by public actors is regarded as one form among other modes of governance.

The trend towards governance is caused by external changes that can be subsumed under the term *globalisation* (Andrew and Goldsmith 1998, p. 101 f.). In the local context, Brenner (1999) speaks of a *re-scaling downwards*, a displacement of tasks and responsibilities from the level of the nation state to the local level. This shift particularly affects larger municipalities and greater urban areas. Consequently, contemporary cities have profoundly changed. They now operate increasingly as urban nodes within global economic, political and societal networks – as *global cities* (Sassen 1991). This development causes a continuous urbanisation and enhances competition between the different urban areas. To improve their strategic position in

international competition, city governments often aim for closer cooperation with economic elites (John 2001, p. 10–11).

At the local level, the empirical trend towards changing structures of governance is demonstrated in numerous studies (see, e.g. Bekkers *et al.* 2007, Denters and Rose 2005, Klok and Denters 2005, Vetter and Kersting 2003). These studies show an explicit shift from hierarchical structures to new forms of urban governance. Three main changes are identified: (1) a general trend towards the implementation of new public management measures, (2) an increasing number of political decisions made in policy networks that include private actors, and (3) a stronger involvement of the citizens in political processes through new modes of participation. Thus, the empirical evidence shows a shift towards an increasing variety of political steering modes. What mode of urban governance is produced depends on the different social, political and economic contexts in the municipality.

2.2 Models of urban governance

Different models of urban governance describe different systems of values, norms, beliefs, and practices. These value systems produce different urban policy choices and outcomes (Pierre 1999, p. 375). From a new institutionalist point of view, the institutional organisation of urban governance reflects values and interests typical of the local community. The different institutional arrangements of the different governance models can be seen as clusters of factors that explain changes in policy outcomes, state–society exchange processes, and government capabilities (Peters 1996). Each model of urban governance has its key actors, its particular objectives and instruments, and each produces different outcomes. The trend to urban governance and the development of a specific type of governance and a specific value system change the role and importance of the relevant actors in local politics. The focus in this article is on the significance and the role perception of city councillors in different urban governance contexts.

To allow for comparative analyses, the large variety of urban governance arrangements needs to be reduced to some general models. Therefore, I rely on a typology by Jon Pierre (1999) that distinguishes between four models of urban governance: managerial, corporatist, progrowth and welfare governance.¹ These models are each identified by four variables: the composition of key participants, the overarching objectives, the main instruments and the most common outcomes (Pierre 1999, p. 377). Naturally, cities are not always clearly allocated to one model, but support different and changing forms of urban governance.

Managerial governance relates to the implementation of market-based concepts that are normally summarised under the heading of New Public Management (NPM). In broad terms, NPM draws on neoliberal and managerial theories to attempt to make the public sector more efficient by rolling back and reorganising the state through privatisation and

marketisation (Bevir 2009, p. 141 f.). The focus is on costs, competition, efficiency, and professional management. The implementation of NPM involves business management thinking, managerial values, and an emphasis on output-oriented legitimacy of political authority (see Scharpf 1998). According to Pierre (1999, p. 380), key players in managerial governance are experts and managers aiming at enhancing the efficiency of public service production and delivery. Thereby, managerial governance only accords a minimal role to elected officials. Presumably, the significance of elected councillors is lower in this model of urban governance. NPM reform elements generally reduce the influence of representative bodies, since exercising the budget function and the controlling function is restricted by global budgets or privatised divisions.

Corporatist governance as a second governance model draws upon the idea of participatory local democracy manifested in interest representation (Pierre 1999, p. 381). It “portrays local government as a political and democratic system for the inclusion of social groups and organised interests in the urban political process” (ibid., p. 381). Key participants are interest organisations and associations. The main objective of corporatist governance is ensuring that the interests of the involved organisations shape urban services and policies (ibid., p. 382). This governance model provides a participatory approach, but raises the problem of selective inclusion of actors by frequently targeting only particular groups (Papadopoulos 2004). Corporatist governance is often initiated by the government. City executives and administrations integrate citizen groups in decision-making processes to reinforce their course of action. Within these processes, the local representative body is rarely systematically involved. Thus, it is supposable that corporatist governance weakens the importance of city councillors and consequently changes their role perceptions.

As a third model of urban governance, *progrowth governance* is a regime-like arrangement between the wielders of state power and the wielders of market power who share the overarching goal of boosting the local economy (Pierre 1999, p. 383 f.). Such collaboration rests on shared interests in economic growth and competitiveness between city hall and the local business elite (Molotch 1976). This mode of urban governance is therefore characterised by close public–private interaction in formal or informal networks. Key participants in progrowth governance include local business actors and senior elected officials – it is clearly an elitist governance model (Pierre 1999, p. 385). Ordinary councillors are not included in those networks. Several authors show that the increasing presence of networks between state and business actors results in a loss of power of representative bodies (see, e.g., Benz 1998, Papadopoulos 2004, Sørensen 2006). In section 3.1, I will investigate whether the importance of city councillors is indeed weakening with progrowth governance arrangements.

The fourth and last type of urban governance, *welfare governance*, refers to cities with a very limited growth in the local economy. The main influx of

capital comes through the welfare system, which makes these cities especially dependent on the state (Pierre 1999, p. 386). According to Pierre (*ibid.*), this type of governance is common in former industrial cities in Western Europe, for instance. Dealing with high unemployment and frustration with corporate strategies, these welfare cities are heavily dependent on governmental spending. Consequently, the crucial actors in welfare governance are local government officials and state (national) officials and bureaucrats (*ibid.*, p. 387). The main objective in the short term is to secure the inflow of governmental funds to sustain the local economy, but the long-term objectives are rather unclear (*ibid.*). The role and significance of the city councillors in welfare governance are not easy to assess. While I assume that the other three models of urban governance – managerial, corporatist, and progrowth governance – lower the councillors' influence on local politics and weaken their position of power, the role of municipal councils in welfare governance is ambiguous. State actors and elected local politicians generally possess high influence on politics, since private actors are not relevant in welfare cities. On the other hand, their scope of action is considerably limited due to their strong dependency on higher echelons of government. Consequently, the actual importance of city councillors in welfare governance needs to be empirically tested.

2.3 Measuring urban governance

The different models of urban governance are measured according to how the city councillors perceive the distribution of power in local politics. The perceived significance of the key actors in each model of urban governance serves as an indicator for the development and existence of the respective governance model. Thus, the stated influence of professional consultants and experts is an indicator for the development of a managerial governance model, while the perceived importance of local associations and single issue groups depicts the prevalence of corporatist governance. Drawing on a limited dataset that comprises only the perceptions of councillors, it is not feasible to inquire into the overall objectives, instruments, or policy outcomes of a particular governance model. As an approximation, I measure the perceived influence of the likely key actors in local politics.² Thereby, the councillors' estimations are aggregated at the city level. To picture the distribution of power in each city as accurately as possible, all municipalities with fewer than 10 councillors answering the survey need to be excluded from the dataset. The statistical analyses in this article therefore draw on a limited dataset with 421 municipalities and 7,022 city councillors in 15 countries.³ Furthermore, additive indexes have been constructed to capture the influence of different key participants of the four governance types. However, one highly relevant actor in local politics is not included in the analytic model: the mayor. Since the influence of this local leader is assumed to remain quite stable in all considered models of governance – or at least not to vary much across the different institutional

arrangements – the perceived relevance of the mayor is not integrated into the measurement of the governance models. Table 1 illustrates the four models of urban governance, their main characteristics, and the chosen indicators.

3. Analysing the impact of urban governance

3.1 The impact of urban governance on the significance of the city council

As a first step in the analysis, I look into the question of what impact the different models of urban governance actually have on the significance of the city council. Again, I rely on the perception of the councillors – how highly they estimate their own influence in local politics. This primary dependent

Table 1. Description and measurement of the four models of urban governance

Models	Key actors	Objectives	Significance of councillors	Indicators
Managerial governance	Experts and managers	Enhancing the efficiency of service production and delivery	Significance is presumably shrinking	Variable measuring the perceived significance of professional consultants and experts
Corporatist governance	Interest organisations and associations	Ensuring the involvement of interest organisations	Significance is presumably shrinking	Index capturing the perceived significance of local (voluntary) associations and local single-issue groups
Progrowth governance	Local business actors and senior elected officials	Boosting the local economy	Significance is presumably shrinking	Index capturing the perceived significance of local businessmen, national and international firms
Welfare governance	Local government officials and national officials and bureaucrats	Securing the inflow of governmental funds	Impact on the councillors' significance is not predictable	Index capturing the perceived significance of the heads of departments, the municipal chief executive officer, and upper levels of government

variable is an index of two items⁴: the perceived influence of the councillors themselves and the perceived influence of ordinary, single councillors in general. By combining these two items, I try to capture the influence of average council members and to operationalise the theoretic concept on a wider base. Furthermore, the two items seem to measure the same dimension since they correlate to a high degree.⁵ Using this index, I can demonstrate the varying importance of municipal councillors under different forms and levels of urban governance.

Table 2 presents the results of a multilevel analysis measuring the impact of each mode of urban governance on the significance of the city councillors in Europe. The model is based on maximum likelihood estimation. Multilevel analysis as a specific form of regression analysis has the advantage that it is able to capture the hierarchical data structure with independent variables at the city level and the dependent variable at the individual level. The multilevel model keeps this hierarchical structure and

Table 2. Multilevel model on the significance of the European city councillors

Independent variables <i>Fixed part</i>	Coefficients (standard error)			
	Model 1 (intercept-only)	Model 2	Model 3	Model 4
University or college degree		−0.059* (0.035)	−0.050 (0.036)	− 0.052 (0.036)
Positive attitude towards PPPs		0.029* (0.016)	0.028* (0.016)	0.028* (0.016)
Managerial governance			0.336** (0.091)	0.465** (0.099)
Corporatist governance			0.445** (0.039)	0.414** (0.040)
Progrowth governance			−0.042 (0.034)	− 0.025 (0.033)
Welfare governance			−0.045* (0.026)	− 0.028 (0.026)
Local capacity (Sellers/Lidström)			0.407** (0.067)	0.410** (0.068)
Managerial gov. x Local capacity				0.729** (0.275)
Intercept	3.623** (0.028)	3.659** (0.035)	3.607** (0.033)	3.650** (0.036)
<i>Random part</i>				
Variance (intercept)	0.212 (0.024)	0.212 (0.024)	0.128 (0.019)	0.108 (0.020)
Variance (residual)	1.832 (0.032)	1.838 (0.033)	1.785 (0.033)	1.785 (0.033)
Variance (slope)				1.536 (0.987)
Co-variance				0.106 (0.129)
N	6813	6688	6282	6282
Wald χ^2		6.15*	154.53**	167.32**

*p < 0.1; **p < 0.01

allows for simultaneous evaluation of factors at different levels. Besides the main independent variables – the different models of urban governance – factors at the individual level such as personal characteristics and attitudes are also included in the analysis. Furthermore, the national context is considered as well in applying a typology on local government systems developed by Sellers and Lidström (2007). This typology distinguishes between different local government systems by measuring local government capacities. The indicator captures on the one hand the fiscal relationships between local and higher-level governments and on the other hand the politico-administrative dimensions of local capacity such as the constitutional protections on local autonomy (Sellers and Lidström, p. 616 ff.). This country-specific variable enters the analyses at the city level, since the number of countries is too small to allow for a separate level in the model.

A multilevel analysis can be calculated in consecutive steps to integrate variables at different levels one after another (see, e.g., Hox 2002). Model 1 does not yet include any independent variable and serves as indicator for the significance of the different levels. Looking at the residual variance and the variance of the intercept, the *intraclass correlation* can be established that indicates the percentage of the variance of the dependent variable that is explained by factors at the city level and not by individual characteristics. The calculated intraclass correlation of 10.4% indicates that it is appropriate to perform a multilevel analysis. Model 2 includes the individual variables while model 3 adds explanatory factors at the city level. Finally, model 4 integrates interaction terms into the model. These so-called *cross-level interactions* measure the impact of an independent variable at the higher level on the relationship between the dependent variable and another explanatory factor.

From different individual factors such as socio-demographic aspects, personal characteristics, and attitudes, only two variables were selected and integrated in the multilevel model: the level of education and the attitude towards public–private partnerships. It seems plausible that the latter affects the councillors' perception of their influence in different governance settings. Thus, by integrating this variable into the model, I control for personal values. Likewise, considering the variable 'college or university degree', I control for possible effects of the educational level of municipal councillors. But as the table shows, the considered individual variables possess little explanatory power. The fact that a councillor has a university or college degree lowers the perceived significance of city councillors, while a positive attitude towards public-private partnerships enhances the councillors' influence. Both resulting coefficients take significant, but comparably low, values. The factors at the city level, however, indicate mostly strong and significant results. Corporatist governance, for instance, has a high, positive impact on the influence of the council as the local representative body. The regression analysis shows an outstandingly strong and significant causal relationship with a coefficient of 0.414. Managerial governance arrangements also strengthen the councillors'

perception of power considerably. On the other hand, progrowth governance does not have a significant effect on the influence of the council. Welfare governance affects the perceived influence of the councillors negatively, but shows a very low coefficient on a nearly insufficient level of significance. Thus, the main assumption that the implementation of new urban steering modes weakens the councillors' position of power is not corroborated. Different types of urban governance arrangements have unequal effects on the political influence of the city councillors. The trend towards NPM reforms, to networks with private actors, and to a stronger involvement of citizens in political processes changes the role and the importance of city councillors in different ways. The hypothesis that councillors are systematically excluded from new governance modes and that they therefore exert less influence must be rejected. With a higher level of managerial governance in which experts and managers play key roles, councillors even feel more influential. The stronger inclusion of social groups and organised interests in corporatist governance also shows significantly positive effects on the influence of the local council. On the other hand, a stronger presence of welfare governance corresponds to a lower extent of power perceived by the councillors. Apparently, the councillors' scope of action is slightly limited by the strong dependency on upper-level government.

Obviously, the institutional organisation of urban governance matters. In each governance model, we find different roles for relevant political actors, and the influence of city councillors changes depending on the governance setting.

Another striking outcome is the strong impact of local capacity on the councillors' significance. With a coefficient of 0.410⁶, the typology by Sellers and Lidström (2007) possesses high explanatory power regarding the council's influence on local politics⁷. One additional step of fiscal and politico-administrative capacity corresponds to a more pronounced perception of power by a factor of 0.410. A strong local government with high administrative and fiscal capacities to implement policies naturally involves weighty councillors. Furthermore, the integrated interaction term with managerial governance shows a significant coefficient of 0.729. This result points to the fact that the causal relationship between an increased implementation of market-based concepts in managerial governance and the councillors' position of power is slightly positive with low local capacity, but becomes even more positive with a high level of local capacity. Apparently, managerial governance arrangements particularly strengthen the councillors' perception of power with a rising amount of local capacity. If a municipality enjoys high fiscal and political autonomy, the councillors feel even more influential with a higher level of managerial values and instruments.

3.2 The impact of urban governance on councillors' network strategies

The analysis conducted so far reveals that local governance arrangements have a clear impact on the role and the importance of city councillors.

However, the hypothesis that new modes of urban governance in general marginalise elected politicians and consequently weaken representative democracy is not corroborated. As a second step, the behaviour of the city councillors is investigated. Thereby, I will analyse whether the councillors display different networking activities depending on the specific urban governance model. Do councillors adapt their communication patterns in a changing context of local democracy? Do the existing networks at the city level shape the contacts that are being established by individual local councillors? The underlying assumption postulates that city councillors pursue specific network strategies to enhance or restore their own influence in local politics. Presumably, these strategies are adapted depending on the prevailing urban governance context.

To measure the networking activities of the councillors, I rely on the MAELG questionnaire using a variable that captures the frequency of contact with different relevant actors in local politics. Based on this item, four indexes are composed: *administration contact* (frequency of contact with the municipality chief executive officer and civil servants), *executive contact* (frequency of contact with the mayor and members of the executive board), *civic contact* (frequency of contact with leading actors from voluntary associations) and *business contact* (frequency of contact with private business representatives)⁸. Table 3 shows the results of the four linear regression analyses detecting the impact of the different models of urban governance on the councillors' network strategies. The observations are weighted according to the country share in the sample.

The regression table clearly illustrates that municipal councillors use different network strategies depending on the prevailing urban governance model. Regarding the councillors' contacts and their networking activities, the urban governance context does make a difference.

Managerial governance lowers the frequency of communication overall. The implementation of NPM and the reorganisation of the public sector through privatisation and marketisation assign a new role to the city

Table 3. Regression models on different networking variables (weighted linear regression analyses)

Independent variables	Standardised coefficients			
	Administration contact	Executive contact	Civic contact	Business contact
Managerial governance	−0.095**	−0.149**	−0.047**	−0.075**
Corporatist governance	0.011	0.074**	0.149**	−0.027*
Progrowth governance	−0.119**	−0.127**	−0.088**	0.003
Welfare governance	0.232**	0.240**	0.118**	0.097**
<i>N</i>	6573	6520	6711	6640
<i>R</i> ²	0.068	0.081	0.038	0.012

p* < 0.1; *p* < 0.01.

council. The business management literature expects councillors to assume a more strategic role. They should limit themselves to formulating the overall political goals and desist from controlling every aspect of the policy process. If municipal councillors indeed adapt to the managerial value system and focus on a rather strategic, metagoverning role, the daily contacts to other relevant local actors may decline. The diminishing networking activities displayed in the regression table support this assumption.

Within the *corporatist governance* arrangement, councillors expand their networks with the local executive and with civic actors. Since these actors are the key participants of corporatist governance, the councillors' network strategies obviously serve to enhance their own influence in local politics. Thus, the communication pattern of the surveyed councillors is fairly in line with the postulated assumption.

In the model of *progrowth governance*, the city councillors obviously communicate less frequently with state and civic actors, while the communication with business actors is not significantly affected. This observation also follows the assumed logic that the councillors extend their networking activities regarding the dominant players in the prevailing model of governance. Although the observed city councillors are not actually trying to expand their ties with the local business elite, they clearly reduce their contacts to other actors in local politics.

Welfare governance, the last model under scrutiny, leads to a higher frequency of communication with all surveyed actors. Councillors extend their networking activities regarding public and private actors, but most prominently with the local executive and the public administration. By definition, welfare cities are very dependent on the state and on governmental spending. Consequently, local government and bureaucrats are crucial actors at the local level in this type of governance. Close networks with public officials and the executive authority are therefore highly relevant to city councillors.

3.3 *The impact of councillors' network strategies on the significance of the city council in different urban governance contexts*

The empirical evidence shows varying network strategies depending on the specific urban governance model. Obviously, city councillors adapt their communication patterns to the prevailing context of local democracy. It seems that councillors do indeed establish contact with those persons that the individual governance model identifies as key actors. Thus, the findings corroborate the hypothesis that city councillors pursue specific network strategies to enhance or restore their own influence in local politics.

These empirical results highlight new research questions. Focussing again on the councillors' importance in local politics, the role of the individual network strategies is of particular interest. How do the networking activities affect the surveyed councillors' perception of their own power? Do

municipal councillors feel more influential if their networks are denser or if they interact with specific actors? Furthermore, it seems plausible that these assumed causal relationships vary according to the urban governance context. Therefore, I will analyse whether the different models of urban governance determine how the councillors' communication patterns influence their perceived importance.

To test these research questions empirically, again, a multilevel analysis is the most appropriate approach. A hierarchical model allows integrating independent variables at different levels and measuring cross-level interactions. By combining these interaction terms, the impact of urban governance on the relationship between network strategies and the council's significance can be properly traced. The basic model corresponds to the multilevel regression in table 2 using the significance of the city councillors as the dependent variable. The explanatory factors at the individual level include the different contact patterns, while the independent variables at the city level comprise the four models of urban governance.

The regression table shows mostly strong and significant coefficients. All contact patterns have a positive impact on the council's importance in local

Table 4. Multilevel model II on the significance of the European city councillors

Independent variables	Coefficients (standard error)		
	Model 1 (intercept-only)	Model 2	Model 3
<i>Fixed part</i>			
Administration contact		0.087** (0.015)	0.094** (0.015)
Executive contact		0.223** (0.016)	0.225** (0.016)
Civic contact		0.113** (0.025)	0.098** (0.025)
Business contact		0.063** (0.024)	0.074** (0.024)
Managerial governance			0.313** (0.094)
Corporatist governance			0.298** (0.039)
Progrowth governance			0.053 (0.037)
Welfare governance			-0.121** (0.027)
Intercept	3.623** (0.028)	3.604** (0.031)	3.573** (0.028)
<i>Random part</i>			
Variance (intercept)	0.212 (0.024)	0.284 (0.029)	0.192 (0.023)
Variance (residual)	1.832 (0.032)	1.545 (0.029)	1.549 (0.029)
N	6813	6061	6061
Wald χ^2		767.16**	866.05**

*p < 0.1; **p < 0.01.

politics. The more frequently councillors communicate with relevant local actors, the higher they perceive the council's influence to be. It seems very plausible that councillors who possess good networking skills have a larger say in local decision-making processes. In particular, networking with the local executive reveals the strongest impact. As we have already seen in the previous multilevel analysis, the explanatory factors at the city level also possess explanatory power. The institutional organisation of urban governance matters in terms of the council's importance in local politics. While corporatist governance and managerial governance arrangements strengthen the perceived relevance of the city councillors, a higher level of welfare governance lowers the councillors' influence in local politics due to the strong dependence on upper-level government.

However, the integration of interaction terms in the analysis does not produce any significant results. Obviously, local governance arrangements do not influence the relationships between networking activities and the councillors' perceived significance. Consequently, councillors adapt their contact patterns to the prevailing governance model, but the effect of these patterns on their political influence does not vary for different types of urban governance.

4. Conclusion

The trend towards new forms of political steering at the local level is a matter of fact that has been demonstrated in numerous studies (see, e.g., Bekkers et al. 2007, Denters and Rose 2005, Klok and Denters 2005, Vetter and Kersting 2003). Thereby, the development is not one-dimensional, but produces a variety of different types of urban governance. In the present article, I rely on a typology by Pierre (1999) to classify the surveyed European cities into four governance models: managerial, corporatist, progrowth and welfare governance. The research focus therefore lies on the role of the city council within the changing context of local democracy. I explored the impact of the different governance models on the perceived importance of European city councillors and on their behaviour. This approach seems relevant since the issue of political power and influence is often neglected in the debate on urban governance. As a theoretic starting point of the analysis, I assumed that the political relevance of city councillors is lower under new forms of governance due to the inclusion of private actors and a new allocation of functions and political roles. Furthermore, I stated the hypothesis that councillors consequently display specific communication patterns and network strategies to enhance or restore their influence in local politics.

The results of the conducted analyses are only partly in line with the theoretic assumptions. The main hypothesis that the implementation of new urban steering modes generally weakens the councillors' position of power is not corroborated. Different types of urban governance arrangements

have unequal effects on the political influence of city councillors. The assumption that councillors are systematically excluded from new governance modes and that they therefore exert less influence must be rejected. New steering modes often provoke contrary results: With a higher level of managerial governance or a stronger inclusion of civic actors, councillors feel even more influential. Thus, the often-cited shift from government to governance does not necessarily imply a transfer of power from the municipal council to other persons such as professional consultants, local businesspeople, or civic actors. As the results indicate, the trend towards changing structures of governance – implementation of new public management, decision-making in policy networks, and a stronger involvement of citizens – does not pose a threat to representative democracy or to the institution of the municipal council. However, the conducted analyses are based upon the perceptions of the municipal councillors and should therefore be interpreted with caution.

Another interesting finding is the strong positive impact of local capacity on the councillors' significance. This indicator captures the fiscal and politico-administrative dimensions of local capacity per country and is based on a typology by Sellers and Lidström (2007). Obviously, a strong local government with high administrative and fiscal capacities involves weighty councillors. Consequently, the national context remains a powerful factor in explaining different aspects of urban politics.

Regarding the councillors' communication strategies, the empirical evidence shows that municipal councillors employ varying networking activities depending on the specific urban governance model. Obviously, councillors do indeed expand their contacts with those whom the prevailing governance model identifies as key actors. Therefore, the findings corroborate the hypothesis that municipal councillors pursue specific network strategies to enhance their influence. Regarding the councillors' communication patterns, the urban governance context does make a clear difference. Furthermore, the frequency of communication has a positive impact on the council's importance in local politics. The more frequently councillors communicate with relevant local actors, the higher they perceive the council's influence. However, these positive relationships do not vary for different local governance contexts. Therefore, the institutional organisation of urban governance does not have the assumed impact. For instance, the effect of networking on the councillors' significance is not stronger in urban settings that assign a less prominent role to city councillors, such as welfare governance.

Notes

- 1 Presumably, the governance context is highly dependent on the size of the municipality. For instance, progrowth governance settings are more likely to occur in larger cities, while the welfare governance model is frequently found in smaller municipalities as well. However, the

dataset on municipal councillors used only incorporates municipalities with more than 10,000 inhabitants, which are classified as cities in most participating countries. Consequently, the present article only focuses on governance arrangements at the city level.

- 2 To answer the question of whether the perceptions of the city councillors regarding the distribution of power in local politics are an adequate indicator for measuring the prevalent model of urban governance, the Swiss case has been studied as an example in more detail. In all Swiss cities, data regarding the distribution of power are available, stemming from surveys on the city mayors, the city councillors, and the municipal chief executive officers. An analysis of these different data sources showed that the councillors' perceptions correspond to the statements of the other surveyed actors to a considerable extent. In referring to other European countries, one may conclude that the perceptions of the city councillors are not contrary to the actual distribution of power in local politics.
- 3 Unfortunately, no Israeli municipality fulfils the condition regarding the minimal response rate. Therefore, this country is not represented in the conducted analyses.
- 4 The used items are: "On the basis of your experience as a local councillor in this city, and independently of the formal procedures, please indicate how influential each of the following actors is over the local authority activities: Myself/Single councillors."
- 5 The creation of the index seems legitimate because the correlation of the two items indicates a statistically significant linear relationship with a value of $r=0.490$ (Pearson correlation coefficient).
- 6 The standardised coefficient still amounts to 0.145.
- 7 Unfortunately, the dataset by Sellers and Lidström (2007) only includes 12 out of 16 countries captured in the MAELG survey. The Czech Republic, Poland, Croatia, and Israel are missing. Therefore, the number of observations decreases to 6,282 cases.
- 8 Unfortunately, no item in the questionnaire captures the frequency of contact with professional consultants or experts. That communication pattern would have been of interest in the context of managerial governance.

References

- Andrew, C., and Goldsmith, M., 1998 From local government to local governance – and beyond? *International Political Science Review*, 19(2): 101–17.
- Benz, A., 2004. Einleitung: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: A. Benz, ed. *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 1–28.
- Benz, A., 1998 Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat In: M. Greven, ed. *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich, 201–22.
- Bekkers, V., Dijkstra, A.E. and Fenger, M., 2007. Governance and the democratic deficit: an evaluation. In: V. Bekkers, G. Dijkstra, A. Edwards and M. Fenger, eds. *Governance and the democratic deficit*. Aldershot: Ashgate, 295–312.
- Bevir, M., 2009. *Key concepts in governance*. London: Sage.
- Brenner, N., 1999. Globalisation as reterritorialisation: the re-scaling of urban governance in the European Union. *Urban Studies*, 36(3), 431–51.
- Denters, B., and Rose, L.E., 2005. Towards local governance? In: B. Denters and L.E. Rose, eds. *Comparing local governance. Trends and developments*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, 246–62.
- Fenger, M., and Bekkers, V., 2007. The governance concept in public administration. In: V. Bekkers, G. Dijkstra, A. Edwards and M. Fenger, eds. *Governance and the democratic deficit*. Aldershot: Ashgate, 13–33.
- Hox, J., 2002. *Multilevel analysis. Techniques and applications*. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum Associates.
- John, P., 2001. *Local governance in Western Europe*. London: Sage.

- Klok, P.-J. and Denters, B., 2005. Urban leadership and community involvement: an institutional analysis. In: M. Haus, H. Heinelt and M. Stewart, eds. *Urban governance and democracy. Leadership and community involvement*. London: Routledge, 40–64.
- Kooiman, J., 1993. Social-political governance: introduction. In: J. Kooiman, ed. *Modern governance. New government – society interactions*. London: Sage, 1–8.
- Molotch, H.L., 1976. The city as a growth machine *American Journal of Sociology*, 82, 309–55.
- Papadopoulos, Y., 2004. Governance und Demokratie. In: A. Benz, ed. *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 213–37.
- Peters, B.G., 1996. Political institutions, old and new. In: M. Parkinson, F. Bernard and J. Dennis, eds. *A new handbook of political science*. Oxford: University Press, 1–8.
- Pierre, J., 1999. Models of urban governance – the institutional dimension of urban politics. *Urban Affairs Review*, 34(3), 372–96.
- Pierre, J. 2000. Introduction: understanding governance. In: J. Pierre, ed. *Debating governance. Authority, steering and democracy*. Oxford: University Press, 1–10.
- Rhodes, R.A.W., 1997. *Understanding governance. Policy networks, governance, reflexivity and accountability*. Buckingham: Open University Press.
- Sassen, S., 1991. *The global city*. Princeton: Princeton University Press.
- Scharpf, F.W., 1998. Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. In: M. Greven, ed. *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich, 81–103.
- Sellers, J.M. and Lidström, A., 2007. Decentralisation, local government, and the welfare state. *Governance*, 20(4), 609–32.
- Sørensen, E., 2006. Metagovernance. The changing role of politicians in processes of democratic governance. *American Review of Public Administration*, 36(1), 98–114.
- Vetter, A. and Kersting, N., 2003. Reforming local government. Heading for efficiency and democracy. In: N. Kersting and A. Vetter, eds. *Reforming local government in Europe. Closing the gap between democracy and efficiency*. Opladen: Leske+Budrich, 333–49.

Steering, Not Rowing? An Analysis of the Political Influence, the Role Perceptions, and the Behavior of Swiss City Councillors in Different Urban Governance Contexts

Urban Affairs Review

XX(X) 1–31

© The Author(s) 2013

Reprints and permissions:

sagepub.com/journalsPermissions.nav

DOI: 10.1177/1078087413501636

uar.sagepub.com



Larissa Plüss¹

Abstract

In today's cities, councillors see themselves increasingly confronted with new forms of political steering focusing more on interaction than on hierarchical decision making and blurring the lines between the public and private spheres. By embedding the concept of governance in a new institutionalist framework, the article investigates the implications of new models of urban governance on the identity, the notion of democracy, the perceptions, and the role behavior of city councillors. It tests two rival hypotheses—an optimistic versus a pessimistic perspective on governance and democracy—and thereby draws on multilevel analyses of a comprehensive survey of all city councillors in Switzerland.

Keywords

urban governance, local democracy, city councillors

¹University of Zurich, Zurich, Switzerland

Corresponding Author:

Larissa Plüss, Department of Political Science, University of Zurich, Affolternstrasse 56,
Zurich 8050, Switzerland.

Email: pluess@ipz.uzh.ch

Introduction

The cities and municipalities in the Western world have witnessed profound transformations in recent years and decades. The emergence of new forms of governing affected local policy making and the very nature of local democracy. The oft-cited shift toward a more horizontal style of decision making, toward closer cooperation between state and civic actors in policy networks and informal arrangements—generally framed as *governance* (Benz 2004; Kooiman 1993; Pierre 2000b; Rhodes 1997; Stoker 1998a)—is observed in most industrialized countries (Bekkers et al. 2007a; Denters and Rose 2005; Kersting and Vetter 2003). Deconstructing this international phenomenon reveals three different major aspects: a spreading of administrative reforms under the heading of New Public Management (NPM); increased collaboration between public actors and representatives from the local business world, local associations, or interest groups in informal networks; and the introduction of new forms of citizen participation. Switzerland serves as a valid example of the identified trend toward new steering mechanisms at the local level: Swiss municipalities experienced a broad wave of NPM reforms starting in the mid-1990s, the already frequent interactions between public and private actors have been intensified, and the involvement of citizens in local decision-making processes is increasing—despite the provision of already elaborate direct democratic instruments. Furthermore, with the regularly recurring Swiss municipality survey (Ladner et al. 2000; Steiner and Ladner 2006) that covers all Swiss communes, we possess detailed information about the implementation of new governing modes.

Until recently, governance research was nearly exclusively preoccupied with functional arguments, while issues of democratic legitimacy were not given sufficient attention (Papadopoulos 2003). Now, there is increased sensitivity to democratic aspects in the governance debate. While studying the democratic legitimacy of new governance models, however, different scholars arrive at different conclusions. Summarizing the arguments that have been put forward, we can distinguish between a pessimistic and an optimistic perspective on governance and democracy (e.g., Kübler and Schwab 2007; Skelcher et al. 2011). The pessimistic perspective draws on liberal democratic theory and regards governing arrangements rooted in rather informal interactions as a challenge or even a threat to representative institutions and local democracy. Scholars of this line of reasoning place emphasis on the missing electoral accountability and the selective inclusion of private actors (Mayntz 1998; Papadopoulos 1998), as well as on the decreased transparency of policy decisions (Papadopoulos 2004). The role and position of elected councils are thereby weakening. However, in an optimistic perspective, the

focus lies on the deliberative side of governance. Steering mechanisms based on trust, cooperation, and informal interaction are considered a benefit for local democracy because they provide new channels of participation and mobilization (Bogason 2008) and produce more publicly oriented outcomes and improved civic skills (Hendriks 2009). Elected politicians are thereby expected to define the overall political objectives (Sørensen 2006) and ensure the democratic functioning of governance through metagovernance (see Bogason and Musso 2006; Nyholm and Haveri 2009; Sørensen 2006). Within the dispute of these two perspectives, my analysis focuses on the person of the city councillor. The implementation of new governance models and the associated change of the ideological and organizational context shape the perceptions of city councillors regarding their own political influence, their notion of democracy, and their image of appropriate behavior (March and Olsen 1989, 1996). But how are the councillors' perceptions and role behavior evolving within new models of governance—in accordance with a pessimistic or rather an optimistic perspective on governance and democracy? Do local councillors increasingly tend to a liberal understanding of democracy? Do they experience a declining political influence and take counteractive measures? Or do councillors view new modes of governance according to the perspective of deliberative democracy and perceive themselves as metagovernors of the developing networks and partnerships? Do local councillors therefore endorse a new role behavior drawing on the managerialist doctrine that politicians should rather steer than row (Osborne and Gaebler 1992)? In the scholarly debate on urban governance, the very relevant issue of the role and cognition of municipal councillors has unfortunately not yet drawn proper attention (see Hansen 2005).¹ In Switzerland, previous research targeted higher state levels (Widmer and Rieder 2007; Widmer and Rüegg 2005) or drew on different case studies (Skelcher et al. 2011) while finding that elected politicians in Switzerland do not confine themselves to the role of metagovernors. In my article, I rely on comprehensive primary data—on a survey conducted in 2008 that involved all Swiss city councillors.² Combining the different data sources allows an investigation of the impact of new governance models on the councillors' influence, their perceptions, and their role behavior on a broad scale. Should I thereby arrive at different conclusions than previous analyses, my insights into the mind-set of politicians under urban governance could be considered relevant for other national contexts as well.

The following theoretical section "City Councillors in Urban Governance" provides an overview of the debate on governance, discusses the two rivaling perspectives on governance and democracy, and generates hypotheses on the role of city councillors in urban governance. Section "Urban Governance and

City Councillors in Switzerland” outlines the local political context in Switzerland, describes the data records, and operationalizes the introduced concepts. Section “The Impact of Urban Governance on Swiss City Councillors” provides quantitative multilevel analyses measuring the impact of different models of urban governance on the notion of democracy, the political influence, and the role behavior of Swiss city councillors. Finally, section “Conclusion” presents and discusses the results.

City Councillors in Urban Governance

Councillors are crucial actors in every city’s politics, but they have often been neglected in the ongoing debate on new, more horizontal forms of decision making (Hansen 2005). Important studies on councillors at the local level often investigate and discuss different aspects of the theoretical concept of political representation (e.g., Eldersveld, Strömberg, and Derksen 1995; Eulau and Prewitt 1973; Rao 1998; Sharpe 1962). In my article, the focus is on the role, the perceptions, and the behavior of city councillors within urban governance. Seen from a new institutionalist perspective, councillors act “on the basis of a logic of appropriateness associated with roles, routines, rights, obligations, standard operating procedures and practices” (March and Olsen 1996, p. 249). Institutions do not determine individual values and preferences, but these are neither exogenous nor stable, but rather shaped by the institutional context (March and Olsen 1989). The behavior of councillors is consequently influenced by their interpretation of political history and recent political events, by the perception of their identity, by dominant images of appropriate behavior, as well as by their own capability for appropriate political action (see March and Olsen 1996).³ With the implementation of new models of urban governance, the “rules of the game” are changing (Lowndes 2009, p. 94). In the following, I will analyze if and how different styles of governance affect the world of the city councillors in Switzerland.

Governance in a New Institutional View

Over the past 30 years, the analytical concept of *governance* gained more and more importance in academic debates in the social sciences. Governance does not have a well-defined outline, but it is generally considered “arrangements in which public as well as private actors aim at solving societal problems or create societal opportunities” (Kooiman 2000, p. 139). So, governance refers to interactions between the public and private sectors, to collaborations to achieve common goals. Thereby, the traditional demarcations between state and civil society are becoming blurred. According to Pierre (2011),

governance “looks at the interplay between state and society and the extent to which collective projects can be achieved through a joint public and private mobilization of resources” (p. 5). *Governance* is often used as opposed to the term *government*, which stands for the formal institutions of the state that make decisions within specific administrative and legal frameworks backed up by the legitimate hierarchical power of the state (Hambleton 2005). The widely commented shift from government to governance (e.g., Jessop 1994; Kooiman 1993; Pierre 2000b; Rhodes 1997; Stoker 1998a) emphasizes the shifting away from hierarchical, bureaucratic decision making by the state toward more horizontal, cooperative, and informal modes of coordination. In the most pronounced versions of the argument, this shift is seen as “hollowing out the state”—for instance, in Rhodes’ (1997) model of “governing without government” or in the approach of self-governance (Sørensen and Triantafyllou 2009). However, according to Pierre (2011), these models are not in line with actual reforms: It seems that governments remain very much at the center of governance. But governments are increasingly dependent on representatives from civil society and their resources, because no single actor—public or private—has the knowledge, information, and action potential to solve today’s complex problems and dominate unilaterally (Kooiman 2000). As a further analytical characteristic, the use of the term *governance* oscillates between structures and processes (Offe 2008). While governance sometimes refers to institutions, to governing structures (Mayntz 2004), it is also often used as a dynamic concept focusing on the process of steering and coordinating (see Pierre and Peters 2000).

Governance is more of a simple analytical framework than an elaborate theory, and it suffers from a fundamental “ideological emptiness” (Fenger and Bekkers 2007; Frederickson 2005). Scholars often use the concept in a rather technical way—The shift from government to governance is perceived as a value-neutral transfer of problem-solving capacity to civic actors. This transfer is, however, not a purely technocratic exercise, and the overarching rules of governance are far from neutral (Lowndes 2009). The emergence of new governing modes is always related to new ideas, political values, and ideologies. The implementation of NPM reforms, for instance, is clearly interrelated to such values as efficiency, competition, and individual freedom. So, to understand the hidden ideologies, to grasp the creation of new governance institutions, and to analyze the behavior of important actors within governance, it seems very promising to apply a new institutionalist approach (e.g., Pierre 1999). Embedded in new institutionalist thinking, the governance concept benefits from its analytical profundity. A normative institutionalist perspective ensures that the normative dimension to urban politics is not lost (Lowndes 2009), and it provides tools to analyze and

understand better how the rules and routines of governance arenas as well as the corresponding values and norms shape and guide individual behavior (March and Olsen 1984, 1989).

Governance research is often geared to different models or modes of steering. These typologies distinguish between different governance types with respect to the inclusion of key actors or to the governing style—for instance, hierarchy, market, network, and community (Pierre and Peters 2000), or governance at a distance, multilevel governance, market governance, network governance, and societal self-governance (Bekkers et al. 2007b). Following partly Pierre's (2011) reasoning,⁴ I define three models of urban governance: managerial, pro-growth, and community governance. *Managerial governance* draws on the broad literature on reforms of public administration (e.g., Kickert 2007; Pollitt and Bouckaert 2000). It focuses on output-oriented steering; the overarching political values include choice and competition in public services as well as efficiency and professional management in public administration. The overall goal of managerial governance is to create a market-like exchange between the producers of urban services and the citizens who are mainly perceived as customers (Heinelt 2008; Pierre 1999). The instruments needed to achieve this objective can be summarized under the heading of NPM. NPM reforms involve a much wider deployment of market-type mechanisms for the delivery of public services, a shift toward measurement and quantification, an emphasis on consumer orientation and contract-like relationships, and a preference for more specialized "flat" structures (Pollitt 2003, pp. 27-28). Key actors in managerial governance are the managers of organizations producing and delivering services—Professional participation is clearly more important than the involvement of political elites (Pierre 1999). *Pro-growth governance* builds on new approaches targeting the collaboration between politics and business that have for instance been labeled public-private partnerships (e.g., Stoker 1998b) or urban regimes (Stone 1993). It therefore stands for a steering model relying on close interactions between the political elite and the local business world to boost the local economy (Pierre 1999). Overarching values include the common interest in local economic development, a privileged position for private capital in urban politics, and a somewhat elitist understanding of governing. Instruments to enable economic growth range from tax incentives and fiscal policies to urban planning, infrastructural development, and measures to increase the quality of life. Key participants in pro-growth governance are the local business elite as well as senior elected officials sharing an interest in boosting the local economy (Pierre 1999). *Community governance* eventually bases upon new participatory approaches (e.g., Fung 2004; Heinelt 2008) and refers to the involvement of civic actors in political decision making and implementation. Clarke and Stewart (1992) used this term to describe the empowering of

the public as “community” that involves “the right to participate in and wherever possible determine issues affecting the community through direct control and through such institutions as neighbourhood forums or community councils” (p. 7). So, the emphasis in the community governance model is on participatory decision-making and problem-solving strategies that involve the citizens, associations, and neighborhoods concerned. Possible instruments include for instance public conversations, participatory budgeting, citizen juries and panels, surveys, and organizations such as parents’ associations. Under community governance, the community functions as the crucial key player in the decision-making process (Somerville 2005).

Governance and Democracy: Two Perspectives

The shift toward new governing styles and the implementation of a specific governance model are accompanied by the inclusion or exclusion of different actors, by a certain distribution of political power, and alterations in the local decision making and implementation. As March and Olsen (1984) stated, “The organisation of political life makes a difference” (p. 747). The design of political institutions shapes political democracy (March and Olsen 1984) and it is not only formal organizations that matter. Informal conventions, partnerships, and networks are equally important in influencing individual identities, preferences, and behavior (Lowndes 2009)—and thereby affecting the nature of democracy. Regarding the specific interdependencies between governance and democracy, we can distinguish between a rather pessimistic perspective and a more optimistic view in the scholarly debate (e.g., Kübler and Heinelt 2005; Kübler and Schwab 2007⁵; Skelcher et al. 2011). These two perspectives rely on different models of democracy theory and are therefore guided by different assumptions about the implications of governance on the form and functioning of democracy.

The *pessimistic perspective* is based on liberal democratic theory, which draws a clear distinction between the political system and its environment (see Held 2006). So, the transfer of political influence and action potential to private actors within the context of new governing models is perceived as a threat to democracy and its representative institutions. The shift to governance results in a “democratic dilemma,” a conflict between “system effectiveness” and “citizen participation” (Dahl 1994). Citizen participation and democratic institutions are constrained because traditional forms of participation and democratic accountability are becoming less relevant (see Heinelt 2004). Private actors within governance arrangements typically lack elective legitimacy (Mayntz 1998) and the policy decisions taken are difficult for representative bodies to control (Papadopoulos 1998). In the pessimistic perspective, the newly implemented governance arenas are characterized by

a selective inclusion of actors, unequal positions and resources of involved actors, and a lack of transparency in policy processes (see Klok and Denters 2005; Papadopoulos 2004). So, in an aggregative way of understanding democratic institutions, governance reduces democratic accountability and leads to a weakening of elected councils (Papadopoulos 1998, 2004; Scharpf 1993). This disenfranchisement relates particularly to the elaboration of policy alternatives as well as to the selection of policy options (Kübler and Schwab 2007).

The *optimistic perspective* on governance and democracy draws on the deliberative model of democracy (see Held 2006)—an advancement of republican democratic theory inspired by Habermas's (1992) discourse theory. In this perspective, the increasing cooperation between public and private sectors within service agreements, informal networks, or neighborhood forums is perceived as a benefit for society and local democracy. Emphasis is thereby placed on the discursive quality of interactions and on reasoned deliberation directed toward identification of the common good (see Sørensen and Torfing 2007a). So, governance opens up new channels of participation and mobilization (Bogason 2008) and fosters deliberative decision making (Kübler and Schwab 2007). According to the proponents of deliberative democracy, its benefits consist of "informed rational decisions, fairer, more publicly oriented outcomes, and improved civic skills" (Hendriks 2009, p. 175). In the optimistic perspective, the representative institutions do not necessarily lose importance—The role of the elected council, however, requires a modification (Hambleton 2007; Hansen 2005; Klijn and Koppenjan 2002; Sørensen 2006; Sørensen and Torfing 2009). With the shift to governance, politicians are expected to take on a more strategic role and ensure the democratic functioning of governance through metagovernance (see Bogason and Musso 2006; Nyholm and Haveri 2009; Sørensen 2006). In this regard, metagovernance relates to defining the overall political objectives (Sørensen 2006) and "involves the management of complexity and plurality" (Jessop 1998, p. 42). So, newly emerged governance arrangements can be democratically anchored in elected councillors (Sørensen and Torfing 2005).

The Role of City Councillors in Urban Governance

The dispute between the two perspectives on governance and democracy is now taken a step further and is being applied to the person of the city councillor. The trend toward governance implies the rise of new ideas, norms, and political values. This emergence of a new overarching institutional framework influences the notion of what is appropriate behavior. Governance as networks, partnerships, or contracts affects the identities, perceptions, capacities, and routines of the actors involved (Sørensen and Torfing 2007b).

Thereby, it may consequently change the behavioral patterns of these actors due to a modified perception of their own identity, a different image of appropriate behavior, or changing capabilities for appropriate action. But *how* are the roles and perceptions of political players affected and *what* behavior is regarded as appropriate in the new institutional context? In my analysis, I try to further develop the two rivaling perspectives on governance and democracy and apply them to the mind-set and the environment of the city councillors.

Seen from a *pessimistic perspective*, councillors regard the institutional change as negative and problematic for local democracy. The blurring of boundaries between state and society is perceived as a threat to democratic accountability and to the institution of the city council. So, councillors increasingly endorse a liberal understanding of democracy, which clearly distinguishes between public and private sectors. From a pessimistic stance, the shift to new forms of urban governance clearly involves a loss of power of the city council (Papadopoulos 1998, 2004). So, councillors perceive their position as less influential—their identity as sovereign rulers is weakening. Consequently, the notion of normatively appropriate behavior changes. The translation of the overarching rules of governance into actual behavior always happens through constructive interpretation (March and Olsen 1996). In a pessimistic perspective, city councillors try to counteract the ongoing political shifting, which is perceived as a danger to local democracy, to the transparency of decision making, and to political equality. So, they extend their controlling activities regarding the public administration to enhance the position of the council—regarding this behavior as normatively appropriate in the given situation.

In an *optimistic perspective*, city councillors develop a positive view on newly implemented governance models. They acknowledge the benefits of these additional participatory channels, the increasing discursive quality of interactions, and the inclusion of a wider range of actors into political decision making and implementation. With the shift to urban governance, councillors therefore adopt a rather deliberative notion of democracy. Furthermore, they do not experience a transfer of political power from representative institutions to private actors, but still perceive themselves as influential actors in a rather deliberative democracy. The overarching political values and ideologies of governance affect the councillors' perception of their role, their identity, and their image of appropriate behavior. In line with several scholars (e.g., Bogason and Musso 2006; Hansen 2005; Klijn and Koppenjan 2002; Nyholm and Haveri 2009; Sørensen 2006; Sørensen and Torfing 2009), they regard a more strategic role in defining the overall political objectives and metagoverning the developing networks and partnerships as appropriate behavior. Due to the institutional change, the councillors'

		Impact on the councillors' perceptions and behavior		
		<i>Preferred model of democracy</i>	<i>Political influence of the council</i>	<i>Role perception and role behavior</i>
Urban governance	<i>In a pessimistic perspective</i>	Liberal democracy	Lower	Controlling the public administration
	<i>In an optimistic perspective</i>	Deliberative democracy	Constant or higher	Metagoverning governance arenas

Figure 1. Theoretical framework: Effects of urban governance on city councillors' perceptions and behavior.

identity corresponds to a greater extent to the image of a metagovernor managing deliberative decision making in public–private interactions, enabling the inclusion of civic actors, and ensuring the democratic functioning of governance.

So, my theoretical framework comprehends two superordinate rivaling hypotheses—the pessimistic and the optimistic views on governance and democracy—and for each hypothesis, three subhypotheses referring to the councillors' perceptions and behavior in new governance contexts. Figure 1 summarizes the assumed effects of urban governance on the councillors' notion of democracy, their influence, and their role perception and behavior—according to the two subordinate theoretical perspectives.

Do new political steering models prepare the way for a changed identity and modified role behavior of elected politicians? How do councillors interpret governance arrangements, and how are the effects on local democracy conceived? According to which perspective—pessimistic or optimistic—do councillors act or do we have to reject both hypotheses? And do the assumed effects differ depending on the prevailing model of governance? Answers to these questions are highly relevant for the scholarly debate on governance and for the further development of local steering models, as they promise deeper insight into the mind-set of local politicians, potentially unintended consequences of the expanded interplay between state and society, and the changing nature of local democracy.

Urban Governance and City Councillors in Switzerland

The Swiss city councils find themselves traditionally in a position between a strong government, due to the presidential form of local government,⁶ and a strong public, due to elaborate direct democratic rights. But local governance has changed profoundly in recent decades: NPM reforms spread throughout the country, the cooperation between state and private actors has intensified, and city governments began introducing new forms of citizen participation in decision-making processes. Thus far, the implications of these new governing models on the identity, the perceptions, and the behavior of Swiss city councillors have never been assessed on a large scale. Previous research only targeted a higher state level, the cantons (Widmer and Rieder 2007; Widmer and Rüegg 2005), or was based upon different case studies (Skelcher et al. 2011). The results of these studies indicate that elected politicians in Switzerland are rather reluctant to adopt metagoverning role behavior. In the following section, I will shortly present the local democratic system in Switzerland, operationalize the different models of urban governance, and give an overview on the Swiss councillor survey and the variables used in the following analyses.

Swiss Local Democracy

The Swiss polity is a federalist three-tier system composed of the national state (the Confederation), 26 federated states (cantons), and around 2,600 municipalities.⁷ The communes, the lowest level of the political system, enjoy considerable autonomy, which mainly consists of the right of local self-administration and the right to enact own legal norms (Häfelin and Haller 2001). The degree of autonomy is dependent on cantonal legislation, but in either case it involves levying local taxes. The communes generate 46% of their revenues with taxes and 24% with local fees and charges. Transfers from higher political levels are comparatively low, with only 18% being transferred down, which is the lowest fraction throughout Europe (Ladner 2002; Steiner 2000). So, local governments in Switzerland are highly dependent on tax revenues from the general public and local businesses.

As the most significant feature of Swiss municipalities is their small size (Ladner 2002), cities⁸ account for only 5.2% of all municipalities. Thus, two-thirds of the Swiss cities appoint a local council, while in one-third of the cities, the legislative function is served by the assembly of local citizens.⁹

Compared with other local territories or higher levels of government, the position of cities is not especially strong. Despite the increasing economic power of urban areas and the introduction of a new federal agglomeration policy aiming at strengthening horizontal and vertical cooperation in city regions, the key players in Swiss federalism still remain the cantons—as in other federalist countries (Kübler, Schenkel, and Leresche 2003).

Models of Urban Governance

To measure my theoretically specified models of urban governance—managerial, pro-growth, and community governance—I draw on the regularly recurring Swiss municipality survey (Ladner et al. 2000; Steiner and Ladner 2006), more precisely on the polls conducted in the years 1998 and 2005. These surveys covered all Swiss communes; they were addressed to the municipal chief executive officers and achieved a very high response rate of approximately 80%. The questionnaire approaches numerous aspects regarding organization and financial means of the administration, crucial actors in local politics, form and functioning of local democracy, as well as the implementation of reforms and new models of governing.¹⁰

Managerial governance strives for competition in public services and efficiency in public administration. It understands the production of public services as a market-like exchange between producers and consumers (Heinelt 2008; Pierre 1999) and places an emphasis on professional management. Managerial governance is therefore measured by the extent of the following NPM key instruments that Swiss cities implemented until 2005: the division of strategic and operational tasks, the delegation of operational tasks to the administration, and the introduction of global budgets, product definitions, performance agreements, and controlling. The implementation of NPM in Switzerland started in the middle of the 1990s and spread throughout the country. About 70% of the cities gained experience in that field, while nearly half of them implemented key elements of NPM (Kübler and Ladner 2003; Ladner 2001). It was mainly members of the local executive, the mayor, or the public administration who initiated NPM (Steiner 2000). So, NPM reforms primarily grew inside the administrative system of a city, while parties and their representatives in the council played a minor role in initiating such reforms. The Swiss version of NPM reserves an important strategic role for democratically elected bodies (Kübler and Ladner 2003), but if and how councillors consequently adapted their role behavior remains an open question so far.

Pro-growth governance relates to close interaction between the political and the business elite sharing the interest of boosting the local economy

(Pierre 1999). In the present article, it is operationalized through the estimated influence of private enterprises and local commerce on local politics. According to Ladner (2005), networking activities between the city executive and business representatives have always been quite common in Swiss local politics. As the municipalities are strongly dependent on tax revenues, they are thus dependent on good relations with the local business world. But with increasing competition between cities due to the globalization of economic relations, cooperation between local governments and economic elites has become even closer and more pronounced (see John 2001). In Switzerland, the trend toward closer cooperation between political and economic elites has been demonstrated in a longitudinal analysis of the city of Zurich (Devecchi 2012).¹¹

Community governance stands for a stronger participation of civic actors in political decision making and implementation; it focuses on problem-solving strategies that involve the citizens, associations, and neighborhoods concerned. The indicators to capture community governance include the following measures: the extension of the instruments of initiative and referendum, the organization of information events for the public, and the inclusion of citizens in the planning of community projects. Thereby, the more informal instruments—information events and participatory urban planning—are more frequent in Switzerland: they have been introduced in 45% of all cities (information events), respectively in 42% of the cities (participatory urban planning). The reason for such initiatives presumably corresponds to Heads's (2007) findings, according to which "the most common reason stated for encouraging civic participation practices is that the public sector will gain 'better informed' decision-making, through facilitating deeper involvement by stakeholders" (p. 447). In Switzerland, participatory instruments have a close connection with the traditional political process, as van der Heiden and Krummenacher (2011) showed in their analysis of 48 deliberative planning processes. Participatory elements are mostly initiated by politicians—often with the intent to increase the legitimacy of policy decisions—which not only facilitates the implementation of the decisions taken by such citizen forums but also increases at the same time the risk that the participatory process is biased by the politicians' goals (van der Heiden and Krummenacher 2011).

Swiss City Councillors Under Scrutiny

The councillors' political influence, their preferred notion of democracy, and the different role perceptions and role behavior were surveyed in 2008 in a comprehensive inquiry¹² covering all 4,162 city councillors in Switzerland.

A detailed description of the survey is provided in Table A1 of appendix. So, for the first time in Switzerland, we can directly measure the impact of new models of governance on the environment and the mind-set of city councillors.

As the first dependent variable, we take a closer look at the *councillors' preference for a certain model of democracy*. Depending on whether a single city councillor regards the shift from government to governance as either positive or negative, he or she will presumably develop a different notion of democracy. We thereby distinguish between the model of liberal democracy, which clearly separates the state from society, and the model of deliberative democracy, which emphasizes the benefits of new possibilities of participation and the rising discursive quality in governance. A preference for liberal democracy is measured according to the councillors' agreement with statements that stress equal political participation by all citizens, the high importance of elections, and the preference of local policies to a prior aggregation of individual preferences.¹³ The preference for the model of deliberative democracy is captured by the councillors' agreement with statements emphasizing an active and direct participation of citizens, a consultation of citizens prior to taking policy decisions, and an involvement in policy negotiations of all actors concerned. Furthermore, it is measured according to the degree of support for hypothetic reforms, such as citizen consultation procedures and codecision procedures, where citizens can discuss and make binding decisions on certain local issues. Without considering the mode and character of urban governance, Swiss city councillors generally show a slight preference for the deliberative notion of democracy. On average, they score 12.8 out of 19 on the scale of deliberative democracy, while on the scale of liberal democracy, they reach 6.3 out of 12.

The second dependent variable is the *political influence of the city council*, which is measured with a question regarding the influence of different actors over the local authority activities. In comparison with other state and private actors, the councillors rank themselves fourth. They allocate most influence in local politics to the mayor, the local executive as a whole, and the heads of the public administration. So, it seems that at the local level in Switzerland, we find a particularly strong government and an influential public administration that shape local politics considerably.

Finally, the *councillors' role perception and role behavior* are operationalized. Thereby, I distinguish between a controlling role that is linked to a pessimistic perspective on urban governance and a metagoverning role that is an expression of a rather optimistic view on governance and democracy. Role perception and role behavior are measured through the perceived importance of the tasks of "controlling the municipal activity" and "defining the main

goals of the municipal activity,” as well as through the councillors’ actual contribution regarding these tasks. Independent of the prevailing governance model, Swiss councillors consider the controlling task and the goal-setting role predominantly of great or very great importance (72.7% and 77.4%, respectively). Regarding their actual role behavior, the average values are somewhat lower; 39.0% of city councillors define their contribution with respect to the controlling activity as great or very great, while 40.1% perceive their contribution regarding the metagoverning role behavior as great or very great.

The Impact of Urban Governance on Swiss City Councillors

Swiss city councillors are situated in different governance contexts and are therefore exposed to specific values, norms, rules, and routines. In the following sections, I will analyze if and how the organization of local politics shapes the councillors’ notion of democracy, their identity, and their role perception and behavior—and how much explanatory power is thereby assigned to individual attributes. To capture the potential influence of governance arrangements at the city level as well as of control variables at the individual level and city level, I apply multilevel models based on maximum likelihood estimation. At the city level, city size is integrated as a control variable because in several studies it turned out to be a significant factor regarding local politics in Switzerland (e.g., Ladner 2002; Ladner and Steiner 2003).¹⁴ Regarding individual characteristics, Heinelt (2012) showed that sex, age, and political orientation make a significant impact on councillors’ notion of democracy throughout numerous European countries. Besides these three individual features, I also include the councillors’ education level in the estimated models.¹⁵

First Dependent Variable: Councillors’ Notion of Democracy

The results of the multilevel analysis in Table 1 show that the implementation of new governance models leads to a significant preference of the city councillors for the model of deliberative democracy. This outcome only applies to managerial and pro-growth governance, though. So, for these two governance models, the optimistic hypothesis is corroborated—Councillors develop a positive understanding of the stronger involvement of the private sector in political decision making, they acknowledge the benefits of a wider political participation in informal networks, and they support the emphasis on discourse and reasoned deliberation. Individual preferences for a certain

Table 1. Multilevel Model on the Impact of Urban Governance on the Swiss City Councillors.

Independent Variables	Coefficients (SE)					
	First Dependent Variable: Notion of Democracy		Second Dependent Variable: Political Influence		Third Dependent Variable: Role Perception and Behavior	
	Preference for Liberal Democracy	Preference for Deliberative Democracy	Political Influence of the Council	Role Perception: Controlling	Role Perception: Metagoverning	Role Behavior: Controlling
Fixed Part						
Age	0.015*** (0.004)	0.005 (0.007)	0.000 (0.002)	0.001 (0.002)	-0.000 (0.002)	0.006*** (0.002)
Education	-0.138*** (0.019)	-0.020 (0.031)	-0.031*** (0.008)	-0.012 (0.009)	0.006 (0.010)	-0.013 (0.010)
Left-right self-placement	0.137*** (0.020)	-0.342*** (0.033)	-0.005 (0.009)	0.031*** (0.010)	-0.007 (0.010)	0.042*** (0.011)
Sex (female)	0.186 (0.116)	0.636*** (0.188)	0.045 (0.050)	-0.111*** (0.055)	0.085 (0.057)	-0.105* (0.058)
City size	-0.057 (0.090)	-0.200 (0.135)	-0.097*** (0.046)	0.015 (0.029)	-0.088 (0.054)	0.076* (0.044)
Managerial governance	-0.036 (0.037)	0.143*** (0.056)	0.043*** (0.018)	0.021 (0.013)	0.092*** (0.022)	-0.034* (0.018)
Pro-growth governance	-0.021 (0.034)	0.109*** (0.052)	0.036*** (0.017)	0.014 (0.012)	-0.002 (0.020)	-0.002 (0.017)
Community governance	-0.134 (0.180)	0.005 (0.274)	0.080 (0.089)	0.048 (0.067)	-0.087 (0.104)	-0.011 (0.088)
Preference for liberal democracy			0.022 (0.013)	0.031** (0.015)	0.060*** (0.015)	0.060*** (0.015)
Preference for deliberative democracy			0.005 (0.008)		0.047*** (0.009)	0.009 (0.010)
Political influence of the council				0.113*** (0.034)	0.260*** (0.036)	0.145*** (0.035)
Intercept	6.293*** (0.164)	12.647*** (0.251)	2.362*** (0.156)	2.378*** (0.138)	1.831*** (0.174)	1.533*** (0.151)
Random part						
Variance city level	0.114 (0.055)	0.210 (0.128)	0.038 (0.013)	0.000 (0.007)	0.054 (0.018)	0.025 (0.012)
Variance individual level	2.744 (0.122)	7.239 (0.324)	0.491 (0.022)	0.626 (0.028)	0.632 (0.029)	0.665 (0.030)
<i>n</i>	1,074	1,061	1,040	1,055	1,040	1,047
Wald χ^2	138.12***	165.05***	36.85***	51.47***	124.09***	84.20***

p* < .1. *p* < .05. ****p* < .01.

model of democracy are therefore not invariant, but rather affected by the overarching institutional framework, and by the emerging political values and rules. However, the pessimistic hypothesis postulating that the shift to urban governance is perceived as a threat to democratic accountability and councillors therefore tend to a liberal understanding of democracy needs to be rejected. The analysis does not provide significant results in any governance model. Swiss city councillors are obviously not worried about the blurring of boundaries between state and society, but approve the initiated path with their thinking.

The control variables at the individual level also make a significant impact on the councillors' notion of democracy. Age reinforces the preference for a liberal model of democracy, while education has a negative effect on the liberal attitude. Unsurprisingly, political orientation also plays a role: The stronger the councillors place themselves at the right side of the left–right scale, the higher their preference is for the liberal model and the weaker their engagement with deliberative democracy. Finally, women clearly favor a deliberative understanding of local democracy. These results are in line with Heinelt's (2012) work, which studied municipal councils in 15 European countries and found that older councillors, male councillors in general, and right-wing politicians prefer the representative model of democracy, while women in municipal councils and left-wing politicians favor participatory democracy.

Second Dependent Variable: The Political Influence of the City Council

The results of the second analytical step match the previous outcomes (see Table 1). Again, the councillors' perceptions are in accordance with the optimistic perspective on governance and democracy—They do not experience a loss of power of the city council. Despite the emergence of new governance models, the political influence of city councils in Switzerland seems unaffected or even to be increasing a little. Thereby, the effects do not differ depending on the prevailing model of governance. So, the councillors' identity as sovereign rulers is not weakening, they do not feel excluded from important decision-making processes, or restricted to rubber-stamping policy decisions made elsewhere. Swiss city councillors still regard themselves as influential and important actors in today's urban governance.

The explanatory power of the tested control variables remains marginal; only the education level and the size of the city have some influence on the perceived political power of the council. Both factors have a negative impact on the council's influence in local politics. Furthermore, the additionally integrated preferences for a certain model of democracy—liberal or deliberative—do not achieve a significant effect. The perceived political

influence of the municipal council is obviously not dependent on the councillors' notion of democracy.

Third Dependent Variable: Councillors' Role Perception and Role Behavior

Alterations in the political organization of a city shape the behavioral patterns of the involved actors through a different image of appropriate behavior or changing capabilities for appropriate action. The results show that the implementation of new governance models has significant implications for the councillors' role perceptions. These perceptions are influenced and constrained by the institutional frame as well as by individual factors—but according to which theoretical perspective? As in the previous two analytical steps, the pessimistic hypothesis needs to be rejected. The assumption that councillors try to counteract the ongoing shift to governance by extending their controlling activities regarding public administration cannot be sustained. Swiss city councillors neither regard the controlling role as appropriate behavior nor actually exercise this role behavior in a changing context of urban governance. With regard to the optimistic perspective on governance and democracy, the results are somewhat ambivalent. In the managerial governance model, the optimistic hypothesis is corroborated with respect to the councillors' perception of appropriate behavior. In cities with a strong emphasis on NPM, councillors have adapted to the predominant managerial values—They see their role as defining the long-term objectives of the public service. With an increased shift to managerial governance, the councillors' identity corresponds to a greater extent to the image of a metagovernor managing the achievement of political goals. However, this finding does not apply to actual role *behavior*. Swiss city councillors perceive the metagoverning role as appropriate under the prevailing circumstances, but they do not perform their role accordingly. The trend to managerial governance has no significant influence on the councillors' actual behavior. Furthermore, the models of pro-growth governance and community governance leave the role perception and role behavior of Swiss city politicians unaffected—They do not have a significant impact on the dependent variables. So, whether the political influence of economic elites is increasing or the participation of civic actors in local decision making is broadened, councillors do not see the necessity to adapt their role behavior.

Regarding individual characteristics, we find a significant influence of age, political attitude, and sex on the councillors' role perception and behavior. Older councillors more highly consider their actual contribution to the metagoverning role behavior than younger representatives. Male councillors and right-wing politicians attribute greater importance to the controlling task and

perform this role more frequently as well. An individual preference for liberal democracy strengthens the controlling role perception and behavior—as we would have supposed. Consequently, a preference for deliberative democracy corresponds to a more pronounced metagoverning role perception. The councillors' estimation of their political influence positively correlates with both behavioral patterns. Furthermore, the size of the city enhances the councillors' controlling role behavior. So, what city councillors regard as appropriate behavior is clearly structured by the institutional organization of local politics, by their personal characteristics, and by their individual political values.

Conclusion

The trend toward urban governance in Swiss cities has an obvious influence on the councillors' mind-set. The new political values related to governance, such as the augmented involvement of private stakeholders and more horizontal decision making based on cooperation, mutual trust, and reasoned deliberation, form an overarching ideological framework under which the city councillors operate. Derived from this framework, governance models formulate objectives, instruments needed to achieve these goals, and specify the participating key players. City councillors find themselves in a changing political environment with new standard operating procedures, practices, roles, and routines. As the results of the multilevel analyses have shown, the new rules of the game clearly affect the councillors' identity, their notion of democracy, and what they perceive as appropriate role behavior. The institutional context matters—and it does so in line with the optimistic perspective on governance and democracy. In the scholarly debate, we can distinguish between an optimistic perspective, which draws on the deliberative side of governance and emphasizes the benefits of the changed ideologies, and a pessimistic perspective focusing on the lack of democratic accountability and legitimacy, selective inclusion of actors, and the missing transparency in governance networks. On the basis of the conducted analyses, the pessimistic hypothesis needs to be rejected. Obviously, Swiss city councillors do not perceive new forms of urban governance as a danger to local democracy, the transparency of decision making, and political equality. They do not tend more strongly toward liberal democracy, do not experience a shrinking of the council's influence, and consequently do not extend their controlling activities regarding public administration. The optimistic hypothesis, however, is clearly quite powerful in explaining the councillors' perceptions and behavior. The emergence of urban governance—or more precisely of the models of managerial governance and pro-growth governance—enhances the city councillors' preference for deliberative democracy and increases the perceived political influence of the council. Managerial governance even

changes the perceptions of adequate role behavior. Following the dominant political values in managerial governance, local representatives regard it as appropriate to take on a more strategic role, define the overall political objectives, and manage the new governance arenas. Apparently, the Swiss city councillors have adapted to the managerial logic of governance—They see their role in steering, not rowing. However, the model of community governance does not make an impact on the councillors. It may be explained with the fact that Swiss citizens already have a large say in politics and the newly implemented participatory reforms only comprise minor improvements.

Does the empiric evidence now allow for the conclusion that the position and the responsibility of Swiss councillors have profoundly changed with the shift to urban governance? Are party politics in today's municipal councils subordinated, and have local politicians become managers? Have we entered a "postpolitical" era in urban governance (see Pierre 2000a, p. 243)? Interestingly, we can see a contradiction between the councillors' role perceptions and their actual role behavior. Councillors recite the agenda of managerial governance, but do not act accordingly. They regard metagoverning behavior as appropriate in their position, but do not contribute actively to this role behavior. These findings are in line with Skelcher et al. (2011), who concluded from several case studies that in Switzerland "elected politicians have proved quite reluctant to embrace the new role of metagovernors foreseen by public management reforms" (p. 23). However, it is not an easy task to provide explanations for the prevailing contradiction between role perception and role behavior. One could, for instance, argue that councillors have indeed adopted a new self-conception as strategic metagovernors, but lack the capability for appropriate political action. This assumption, however, does not seem very plausible, because the vast majority of all cities that introduced NPM reforms also established strategic instruments for the council such as global budgets or motions relating to budget or performance. It could also be conceivable that the councillors' statements came about through a social desirability bias: They maybe answered the question on the importance of certain behavioral patterns according to the dominant image of appropriate behavior. Unfortunately, this possibility is not verifiable. Finally, it seems most likely to me that Swiss councillors effectively regard the strategic goal-setting behavior as quite appropriate in the given institutional context, but that they are confronted with other important institutional forces in practice—such as their belonging to a political party, the demands of the electorate with regard to certain policies, and the pressure regarding their reelection. The role of a network manager is not very transparent to the voters and it does not serve to achieve ideological objectives. So, it is probably not very rewarding for city councillors—neither regarding their political career nor with respect to their personal ideological ideas—to strive toward strategically steering local politics and democratically anchoring governance arenas. In

practice, it is certainly more appropriate to submit initiatives in the council on popular issues, current problems, or innovative policies. Although councillors perceive metagovernance as an appropriate task in managerial governance, it is unrealistic to call for an increased managerial engagement. We are obviously not entering a “postpolitical” era in Swiss local politics: City councillors still pursue party politics, worry about details in political decision making, and engage in ideological debates inside the council.

Are these empirical findings relevant beyond the Swiss context and can the conclusions be generalized despite the various peculiarities of the Swiss political system? Elected politicians in consensual democracies (Lijphart 1999) are used to sharing power with representatives from the business world or civil society. So, it does not come as a total surprise that city councillors in Switzerland behave in accordance with the optimistic hypothesis on governance and democracy. It is, however, astonishing that councillors display an obvious contradiction between their role perception and their role behavior. This ambivalent attitude regarding the metagoverning role concept can be considered relevant beyond the Swiss context and should be taken into account in future research on urban governance.

Appendix

Table A1. Description of the Swiss City Councillor Survey 2008.

Conducted by	Department of Political Science of the University of Zurich, chair for research on democracy and public governance (Prof. Dr. Daniel Kübler)
Survey method	Full population survey
Survey instrument	Standardized, written questionnaire in German, French, and Italian
Sections of the questionnaire	(1) Personal details and background, (2) political career, (3) assessment of the role of the council and the committees, (4) own role as member of the council, and (5) own view on local politics and democracy
Survey population	All 4,162 city councillors in the 84 councils in Swiss municipalities with more than 10,000 inhabitants (The council of Basel is not included in the survey due to its double role as a communal and cantonal council)
Data collection period	December 17, 2007 to June 30, 2008
Mode of dispatch	The questionnaires were sent in parcels to the council offices and distributed in the next council meeting
Data entry period	April 1, 2008 to July 31, 2008
Response rate	37% (1,540 questionnaires)
Representativeness	Every council is represented with at least five councillors. Concerning other characteristics like age, sex, and linguistic region, the data reflect the surveyed population

Table A2. Table of Operationalization.

Concept	Question	Indicators (Items of the Questionnaires)	Scale	Survey/Source
Independent variables				
Managerial governance	"Which of the following NPM measures were implemented in your municipality in the last 10 years?"	Index capturing the following elements of NPM reforms: <ul style="list-style-type: none"> • Division of strategic and operational tasks • Delegation of operational tasks to the administration • Global budgets • Product definitions • Performance agreements • Controlling 	0-6	Swiss Municipality Survey 1998 and 2005
Pro-growth governance	"According to your personal opinion, how strong is the influence of the following organizations, groups of people, and committees on the local politics in your municipality?"	Index capturing the influence of the following actors: <ul style="list-style-type: none"> • Private enterprises • Local commerce 	0-10	Swiss Municipality Survey 2005
Community governance	"Have the participation possibilities of the citizen been extended in the last 10 years?"	Index capturing the following elements of participatory reforms: <ul style="list-style-type: none"> • Extending the instruments of initiative and referendum • Organizing information events for the public • Involving the citizens in the planning of community projects 	0-1	Swiss Municipality Survey 2005
Dependent variables				
Preference for liberal democracy	"People have different ideas about how local democracy should function. Please indicate how important for local democracy you feel the following requirements are."	Index capturing the following statements: <ul style="list-style-type: none"> • Apart from voting, citizens should not be given the opportunity to influence local government policies • Council decisions should reflect a majority opinion among the residents • The results of local elections should be the most important factor in determining municipal policies 	0-12	Swiss City Councillor Survey 2008

(continued)

Table A2. (continued)

Concept	Question	Indicators (Items of the Questionnaires)	Scale	Survey/Source
Preference for deliberative democracy	<p>"People have different ideas about how local democracy should function. Please indicate how important for local democracy you feel the following requirements are." (1)</p> <p>"How much do you agree or disagree with the following statements?" (2)</p> <p>"Below you find a number of reforms that have been introduced in municipalities in different European countries. Irrespective of whether such reforms have been introduced in your own country or municipality, how desirable or undesirable do you consider the following reforms?" (3)</p>	<p>Index capturing the following statements:</p> <ul style="list-style-type: none"> Residents should participate actively and directly in making important local decisions. (1) Residents should have the opportunity to make their views known before important local decisions are made by elected representatives. (1) Political decisions should not only be taken by representative bodies but be negotiated together with the concerned local actors. (2) Codecision procedures, where citizens can discuss and make binding decisions on certain local issues. (3) Citizen consultation procedure, where citizens are informed about and can support or criticize municipal proposals. (3) 	0-19	Swiss City Councillor Survey 2008
Political influence of the city council	"On the basis of your experience as a local councillor and independently of the formal procedures, please indicate how influential each of the following actors is over the local authority's activities."	<ul style="list-style-type: none"> The city council 	0-4	Swiss City Councillor Survey 2008
Councillors' role perception: controlling	"In your experience as a councillor, how important are the following tasks for you as a councillor?"	<ul style="list-style-type: none"> Controlling the municipal activity 	0-4	Swiss City Councillor Survey 2008
Councillors' role perception: metagovernance	"In your experience as a councillor, how important are the following tasks for you as a councillor?"	<ul style="list-style-type: none"> Defining the main goals of the municipal activity 	0-4	Swiss City Councillor Survey 2008

(continued)

Table A2. (continued)

Concept	Question	Indicators (Items of the Questionnaires)	Scale	Survey/Source
Councillors' role behavior: controlling	"In your experience as a councillor, how would you define your contribution regarding the following tasks?"	<ul style="list-style-type: none"> Controlling the municipal activity 	0-4	Swiss City Councillor Survey 2008
Councillors' role behavior: metagovernance	"In your experience as a councillor, how would you define your contribution regarding the following tasks?"	<ul style="list-style-type: none"> Defining the main goals of the municipal activity 	0-4	Swiss City Councillor Survey 2008
Control variables				
City size		Number of inhabitants (in December 31, 2006), logarithmized		Swiss Federal Statistical Office
Age	"How old are you?"		20-87 (centered)	Swiss City Councillor Survey 2008
Education	"What is your highest completed level of education?"		0-10	Swiss City Councillor Survey 2008
Left-right self-placement	"There is often talking about a left-right dimension in Swiss politics. Where would you place yourself on a left-right dimension? 0 (left)–10 (right)."		0-10	Swiss City Councillor Survey 2008
Sex (female)	"Are you male or female?"		0-1	Swiss City Councillor Survey 2008

Note: NPM = New Public Management.

Declaration of Conflicting Interests

The author(s) declared no potential conflicts of interest with respect to the research, authorship, and/or publication of this article.

Funding

The author(s) received no financial support for the research, authorship, and/or publication of this article.

Notes

1. An important exemption is the article by Eva Sørensen (2006), which analyzes the changing role of local politicians in network governance.
2. A detailed description of the survey is provided in Table A1 of appendix.

3. When the action of councillors was first studied from a political science perspective in the 1960s and the 1970s, role theory was often used to describe and analyze the behavior of these politicians (e.g., Wahlke et al. 1962). In 1994, Searing used the role concept again and applied it to study the different legislative roles in the British House of Commons.
4. Pierre (1999, 2011) distinguished between four models of urban governance: managerial governance, corporatist governance, pro-growth governance, and welfare governance.
5. Kübler and Schwab (2007) analyzed different types of metropolitan governance in Switzerland and tested thereby an optimistic and a pessimistic hypothesis with regard to the implications of new regionalism on democracy. The conducted case studies, however, do not clearly support either the pessimistic or the optimistic view. The results imply that the question of democracy is probably less dependent on the types of metropolitan governance than on other—not yet identified—factors (Kübler and Schwab 2007).
6. The Swiss system of government consists of a combination of presidential and parliamentary elements (Lijphart 1999). At the local level, the presidential form of government clearly outweighs the parliamentary form because the executive is directly elected by the people. The only exemption is the canton of Neuchâtel, where it is left to the communes whether the executive is elected by the local council or directly by the people.
7. *Source.* Swiss Federal Statistical Office (January 2010).
8. According to the Swiss Federal Statistical Office, a city is a municipality with more than 10,000 inhabitants.
9. Cantonal traditions determine whether a municipality has the assembly model or the council model. Generally, local councils are predominant in the French-speaking part of the country, while the assembly model is found in most of the communes in the German-speaking cantons (Kübler and Ladner 2003).
10. The operationalization of the theoretical concepts is illustrated in detail in Table A2 of appendix.
11. However, Ramirez Perez, Yanez, and Clark (2008) have compared local governing coalitions in 11 countries and have come to the conclusion that Swiss communes in a comparative view do rarely belong to the category of the “pro-growth coalition,” but that they can mainly be assigned to the category of the “integrative coalition,” which is more strongly oriented toward welfare-type policies, provides strong local management capacities, and regards the commune as an autonomous political entity.
12. The Swiss councillor survey was conducted by the Department of Political Science of the University of Zurich and is part of a larger European study on municipal councillors in 16 countries (“Municipal Assemblies in European Local Governance”) (Egner, Sweeting, and Klok 2013).
13. The operationalization of the theoretical concepts is illustrated in detail in Table A2 of appendix.
14. The linguistic regions in Switzerland also play an important role regarding the diffusion of governance reforms. However, this variable is not included in the

analyses because it is too closely related to the three defined governance models. The linguistic regions also play an important role in the understanding of democracy: While the French- and Italian-speaking communes adhere to the French concept of the state and attach importance to representative institutions, the German-speaking municipalities stand in the German legal traditions and attach more importance to direct democratic measures and high local autonomy (Bützer 2005).

15. The exact measurement of all used control variables is provided in Table A2 of appendix.

References

- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards, and Menno Fenger. 2007a. *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate.
- Bekkers, Victor, Geske Dijkstra, Arthur Edwards, and Menno Fenger. 2007b. "Governance and the Democratic Deficit: Introduction." In *Governance and the Democratic Deficit*, edited by Victor Bekkers, Geske Dijkstra, Arthur Edwards, and Menno Fenger, 3–11. Aldershot: Ashgate.
- Benz, Arthur. 2004. "Einleitung: Governance—Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?" [Introduction: Governance—Vogue expression or useful concept of the social sciences?]. In *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*, edited by Arthur Benz, 1–28. Wiesbaden, Germany: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bogason, Peter. 2008. "Institutional Theory and Democracy." In *Debating Institutionalism*, edited by Jon Pierre, B. Guy Peters, and Gerry Stoker, 22–41. Manchester: Manchester Univ. Press.
- Bogason, Peter, and Juliet A. Musso. 2006. "The Democratic Prospects of Network Governance." *American Review of Public Administration* 36 (1): 3–18.
- Bützer, Michael. 2005. "Direkte Demokratie in Schweizer Gemeinden: Institutioneller Ursprung und politische Praxis im Vergleich" [Direct Democracy in Swiss Municipalities: Institutional Origin and Political Practices]. In *La démocratie comme idée directrice de l'ordre juridique suisse*, edited by Pierre Tschannen, 33–52. Zürich, Switzerland: Schulthess.
- Clarke, Michael, and John Stewart. 1992. *Citizens and Local Democracy: Empowerment: A Theme for the 1990s*. Luton, UK: Local Government Management Board.
- Dahl, Robert A. 1994. "A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation." *Political Science Quarterly* 109 (1): 23–34.
- Denters, Bas, and Lawrence E. Rose. 2005. *Comparing Local Governance. Trends and Developments*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Devecchi, Lineo. 2012. "Von politischen Grabenkämpfen zur kooperativen Planung" [From political trench warfare to cooperative planning]. *disP—The Planning Review* 48 (4): 45–55.
- Egner, Björn, David Sweeting, and Pieter-Jan Klok, eds. 2013. *Local Councillors in Europe*. Wiesbaden, Germany: Springer VS.

- Eldersveld, Samuel J., Lars Strömberg, and Wim Derksen. 1995. *Local Elites in Western Democracies: A Comparative Analysis of Urban Political Leaders in the U.S., Sweden, and The Netherlands*. Boulder: Westview Press.
- Eulau, Heinz, and Kenneth Prewitt. 1973. *Labyrinths of Democracy: Adaptations, Linkages, Representation, and Policies in Urban Politics*. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Fenger, Menno, and Victor Bekkers. 2007. "The Governance Concept in Public Administration." In *Governance and the Democratic Deficit*, edited by Victor Bekkers, Geske Dijkstra, Arthur Edwards, and Menno Fenger, 13–33. Aldershot: Ashgate.
- Frederickson, H. George. 2005. "Whatever Happened to Public Administration? Governance, Governance Everywhere." In *The Oxford Handbook of Public Management*, edited by Ewan Ferlie, Laurence E. Lynn Jr., and Christopher Pollitt, 282–304. New York: Oxford Univ. Press.
- Fung, Archon. 2004. *Empowered Participation: Reinventing Urban Democracy*. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität und Geltung* [Between facts and norms]. Frankfurt, Germany: Suhrkamp.
- Häfelin, Ulrich, and Walter Haller. 2001. *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*. 5th ed. Zürich, Switzerland: Schulthess.
- Hambleton, Robin. 2005. "Leading Localities: Rethinking the Agenda." In *Urban Governance and Democracy: Leadership and Community Involvement*, edited by Michael Haus, Hubert Heinelt, and Murray Stewart, 190–213. London: Routledge.
- Hambleton, Robin. 2007. "New Leadership for Democratic Urban Space." In *Governing Cities in a Global Era: Urban Innovation, Competition, and Democratic Reform*, edited by Robin Hambleton and Jill Simone Gross, 163–76. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hansen, Karin. 2005. "Representative Government and Network Governance—In Need of 'Co-governance': Lessons from Local Decision Making on Public Schools in Denmark." *Scandinavian Political Studies* 28 (3): 219–37.
- Head, Brian W. 2007. "Community Engagement: Participation on Whose Terms?" *Australian Journal of Political Science* 42 (3): 441–54.
- Heinelt, Hubert. 2004. "Governance auf lokaler Ebene" [Governance at the local level]. In *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*, edited by Arthur Benz, 29–44. Wiesbaden, Germany: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heinelt, Hubert. 2008. *Demokratie jenseits des Staates. Partizipatives Regieren und Governance* [Democracy beyond the state. Participatory government and governance]. Baden-Baden, Germany: Nomos.
- Heinelt, Hubert. 2012. "Councillors' Notions of Democracy, and Their Role Perception and Behaviour in the Changing Context of Local Democracy." *Local Government Studies*. Published electronically April 12. doi:10.1080/03003930.2012.670746.
- Held, David. 2006. *Models of Democracy*. 3rd ed. Cambridge: Polity Press.
- Hendriks, Carolyn M. 2009. "Deliberative Governance in the Context of Power." *Policy and Society* 28:173–84.

- Jessop, Bob. 1994. "Post-fordism and the State." In *Post-fordism: A Reader*, edited by Ash Amin, 251–79. Oxford: Blackwell.
- Jessop, Bob. 1998. *The Rise of Governance and the Risk of Failure: The Case of Economic Development*. Oxford: Basil Blackwell.
- John, Peter. 2001. *Local Governance in Western Europe*. London: Sage.
- Kersting, Norbert, and Angelika Vetter. 2003. *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen, Germany: Leske+Budrich.
- Kickert, Walter, ed. 2007. *The Study of Public Management in Europe and the US: A Comparative Analysis of National Distinctiveness*. London: Routledge.
- Klijn, Erik-Hans, and Joop F. M. Koppenjan. 2002. "Rediscovering the Citizen: New Roles for Politicians in Interactive Policy Making." In *Public Participation and Innovations in Community Governance*, edited by Peter McLaverty, 141–64. Aldershot: Ashgate.
- Klok, Pieter-Jan, and Bas Denters. 2005. "Urban Leadership and Community Involvement: An Institutional Analysis." In *Urban Governance and Democracy: Leadership and Community Involvement*, edited by Michael Haus, Hubert Heinelt, and Murray Stewart, 40–64. London: Routledge.
- Kooiman, Jan. 1993. "Social-Political Governance: Introduction." In *Modern Governance: New Government-Society Interactions*, edited by Jan Kooiman, 1–8. London: Sage.
- Kooiman, Jan. 2000. "Societal Governance: Levels, Modes, and Orders of Social-Political Interaction." In *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*, edited by Jon Pierre, 138–64. New York: Oxford Univ. Press.
- Kübler, Daniel, and Hubert Heinelt. 2005. "Metropolitan Governance, Democracy and the Dynamics of Place." In *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*, edited by Daniel Kübler and Hubert Heinelt, 8–28. London: Routledge.
- Kübler, Daniel, and Andreas Ladner. 2003. "Local Government Reform in Switzerland. More for than by—But What about of?" In *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*, edited by Norbert Kersting and Angelika Vetter, 137–55. Opladen, Germany: Leske+Budrich.
- Kübler, Daniel, Walter Schenkel, and Jean-Philippe Leresche. 2003. "Bright Lights, Big Cities? Metropolisation, Intergovernmental Relations, and the New Federal Urban Policy in Switzerland." *Swiss Political Science Review* 9 (1): 261–82.
- Kübler, Daniel, and Brigitte Schwab. 2007. "New Regionalism in Five Swiss Metropolitan Areas: An Assessment of Inclusiveness, Deliberation and Democratic Accountability." *European Journal of Political Research* 46:473–502.
- Ladner, Andreas. 2001. "Gemeindereformen in der Schweiz: Strategien, Gemeinsamkeiten und Auslöser" [Local government reforms in Switzerland: Strategies, similarities and triggers]. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 7 (3): 1–23.
- Ladner, Andreas. 2002. "Size and Direct Democracy at the Local Level: The Case of Switzerland." *Environment and Planning C: Government and Policy* 20:813–28.

- Ladner, Andreas. 2005. "Switzerland: Reforming Small Autonomous Municipalities." In *Comparing Local Governance: Trends and Developments*, edited by Bas Denders and Lawrence E. Rose, 139–54. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Ladner, Andreas, Daniel Arn, Ueli Friederich, Reto Steiner, and Jürg Wichter mann. 2000. *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation* [Local government reforms between authority and legitimation]. Bern, Switzerland: Institut für Politikwissenschaft und Institut für Organisation und Personal.
- Ladner, Andreas, and Reto Steiner. 2003. "Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Konvergenz oder Divergenz?" [Swiss municipalities in change: Convergency or divergency?] *Swiss Political Science Review* 9 (1): 233–59.
- Lijphart, Arend. 1999. *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven: Yale Univ. Press.
- Lowndes, Vivien. 2009. "New Institutionalism and Urban Politics." In *Theories of Urban Politics*, edited by Jonathan S. Davies and David L. Imbroscio, 2nd ed., 91–105. London: Sage.
- March, James G., and Johan P. Olsen. 1984. "The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life." *American Political Science Review* 78 (3): 734–49.
- March, James G., and Johan P. Olsen. 1989. *Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics*. New York: The Free Press.
- March, James G., and Johan P. Olsen. 1996. "Institutional Perspectives on Political Institutions." *Governance: An International Journal of Policy and Administration* 9 (3): 247–64.
- Mayntz, Renate. 1998. *New Challenges to Governance Theory*. Florence, Italy: Robert Schuman Centre at the European University Institute.
- Mayntz, Renate. 2004. "Governance im modernen Staat" [Governance in the modern state]. In *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*, edited by Arthur Benz, 65–76. Wiesbaden, Germany: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nyholm, Inga, and Arto Haveri. 2009. "Between Government and Governance: Local Solutions for Reconciling Representative Government and Network Governance." *Local Government Studies* 35 (1): 109–24.
- Offe, Claus. 2008. "Governance—'Empty Signifier' oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?" [Governance—"empty signifier" or research programme of the social sciences?]. In *Governance in einer sich wandelnden Welt*, edited by Gunnar Folke Schuppert and Michael Zürn, 61–76. Wiesbaden, Germany: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Osborne, David, and Ted Gaebler. 1992. *Reinventing Government: How the Entrepreneurial Spirit Is Transforming the Public Sector*. New York: Plume.
- Papadopoulos, Yannis. 1998. *Démocratie directe* [Direct democracy]. Paris: Economica.
- Papadopoulos, Yannis. 2003. "Cooperative Forms of Governance: Problems of Democratic Accountability in Complex Environments." *European Journal of Political Research* 42:473–501.
- Papadopoulos, Yannis. 2004. "Governance und Demokratie" [Governance and democracy]. In *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*, edited by Arthur Benz, 215–37. Wiesbaden, Germany: Verlag für Sozialwissenschaften.

- Pierre, Jon. 1999. "Models of Urban Governance: The Institutional Dimension of Urban Politics." *Urban Affairs Review* 34 (3): 372–96.
- Pierre, Jon. 2000a. "Conclusions: Governance beyond State Strength." In *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*, edited by Jon Pierre, 241–46. New York: Oxford Univ. Press.
- Pierre, Jon, ed. 2000b. *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. New York: Oxford Univ. Press.
- Pierre, Jon. 2011. *The Politics of Urban Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Pierre, Jon, and B. Guy Peters. 2000. *Governance, Politics and the State*. Basingstoke: Macmillan.
- Pollitt, Christopher. 2003. *The Essential Public Manager*. Buckingham: Open Univ. Press.
- Pollitt, Christopher, and Geert Bouckaert. 2000. *Public Management Reform: An International Comparison*. New York: Oxford Univ. Press.
- Ramirez Perez, Antonia, Clemente J. Navarro Yanez, and Terry N. Clark. 2008. "Mayors and Local Governing Coalitions in Democratic Countries: A Cross-national Comparison." *Local Government Studies* 34 (2): 147–78.
- Rao, Nirmala. 1998. "Representation in Local Politics: A Reconsideration and Some New Evidence." *Political Studies* 46:19–35.
- Rhodes, Roderick A. W. 1997. *Understanding Governance: Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham: Open Univ. Press.
- Scharpf, Fritz W. 1993. "Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat" [Essay on democracy in the negotiating state]. In *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*, edited by Roland Czada and Manfred G. Schmidt, 25–50. Opladen, Germany: Westdeutscher Verlag.
- Searing, Donald. 1994. *Westminster's World*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press.
- Sharpe, Laurence J. 1962. "Elected Representatives in Local Government." *British Journal of Sociology* 13:189–208.
- Skelcher, Chris, Erik-Hans Klijn, Daniel Kübler, Eva Sørensen, and Helen Sullivan. 2011. "Explaining the Democratic Anchorage of Governance Networks: Evidence from Four European Countries." *Administrative Theory & Praxis* 33 (1): 7–38.
- Somerville, Peter. 2005. "Community Governance and Democracy." *Policy & Politics* 33 (1): 117–44.
- Sørensen, Eva. 2006. "Metagovernance: The Changing Role of Politicians in Processes of Democratic Governance." *American Review of Public Administration* 36 (1): 98–114.
- Sørensen, Eva, and Jacob Torfing. 2005. "The Democratic Anchorage of Governance Networks." *Scandinavian Political Studies* 28 (3): 195–218.
- Sørensen, Eva, and Jacob Torfing. 2007a. "Theoretical Approaches to Democratic Network Governance." In *Theories of Democratic Network Governance*, edited by Eva Sørensen and Jacob Torfing, 233–46. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Sørensen, Eva, and Jacob Torfing. 2007b. "Theoretical Approaches to Governance Network Dynamics." In *Theories of Democratic Network Governance*, edited by Eva Sørensen and Jacob Torfing, 25–42. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Sørensen, Eva, and Jacob Torfing. 2009. "Making Governance Networks Effective and Democratic through Metagovernance." *Public Administration* 87 (2): 234–58.
- Sørensen, Eva, and Peter Triantafyllou, eds. 2009. *The Politics of Self-governance*. Farnham, UK: Ashgate.
- Steiner, Reto. 2000. *New Public Management in den Schweizer Gemeinden*. Based on the Research Project "Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation." www.iop.unibe.ch (accessed November 2008).
- Steiner, Reto, and Andreas Ladner. 2006. "Die Schweizer Gemeinden im Fokus—Ergebnisse der Gemeindebefragung 2005" [The Swiss municipalities under scrutiny—Results of the Swiss Municipality Survey 2005]. In *Perspektiven für Gemeindefinanzen*, edited by Alexander Glatthard and Ulrich Isch, 8–34. Bern, Switzerland: ESG.
- Stoker, Gerry. 1998a. "Governance as Theory: Five Propositions." *International Social Science Journal* 50:17–28.
- Stoker, Gerry. 1998b. "Public-Private Partnerships and Urban Governance." In *Partnerships in Urban Governance: European and American Experience*, edited by Jon Pierre, 34–51. London: Macmillan.
- Stone, Clarence N. 1993. "Urban Regimes and the Capacity to Govern: A Political Economy Approach." *Journal of Urban Affairs* 15 (1): 1–28.
- van der Heiden, Nico, and Paul Krummenacher. 2011. "Bringing the Backstage to the Front: The Role of Citizen Forums in Local Development Planning in Switzerland." In *Interactive Policy Making, Metagovernance and Democracy*, edited by Jacob Torfing and Peter Triantafyllou, 227–42. Essex: ECPR Press.
- Wahlke, John C., Heinz Eulau, William Buchanan, and Leroy C. Ferguson. 1962. *The Legislative System: Explorations in Legislative Behaviour*. New York: Wiley.
- Widmer, Thomas, and Stefan Rieder. 2007. "Kantone im Wandel. Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen" [Cantons in change. Reform activities of the Swiss cantons between 1990 and 1999: Causes, configurations and consequences]. Bern, Switzerland: Haupt.
- Widmer, Thomas, and Erwin Rüegg. 2005. "Konsequenzen von Staatsformen für die demokratische Steuerungsfähigkeit. Vergleichende Analysen zu vier Schweizer Kantonen" [Consequences of Different Systems of Government on the Democratic Steering Capacity. Comparative Analyses of Four Swiss Cantons]. *Politische Vierteljahresschrift* 46:86–109.

Author Biography

Larissa Plüss is a research fellow and Ph.D. candidate at the Department of Political Science at the University of Zurich. Her research interests include urban politics, local democracy, and metropolitan governance. Her recent work has considered the impact of urban governance on the role perception and behavior of European city councillors and will be published in *Local Government Studies*, as well as the influence and role of municipal councillors in metropolitan governance, which will be published in *European Urban and Regional Studies*.



Municipal councillors in metropolitan governance: Assessing the democratic deficit of new regionalism in Switzerland

European Urban and Regional Studies
0(0) 1–24

© The Author(s) 2013

Reprints and permission:

sagepub.co.uk/journalsPermissions.nav

DOI: 10.1177/0969776412469804

eur.sagepub.com



Larissa Plüss

University of Zurich, Switzerland

Abstract

Metropolitan decision-making in flexible policy networks based on voluntary cooperation is present in most industrialised countries and a widely debated topic in governance research. The research focus primarily lies on the ability of metropolitan governance networks to organise area-wide public service provision efficiently and effectively – as opposed to hierarchical, bureaucratic policy-making. However, the inherent lack of input-orientated democratic legitimacy in governance institutions has only recently come to the forefront of research. In the present article, the democratic deficit of metropolitan governance is investigated with respect to the role of the municipal councillors and their inclusion in such institutions. The objects of study are local councillors in Swiss metropolitan areas, where regional cooperation is traditionally organised in functional associations that correspond to the flexible, informal logic of governance networks. The impact of metropolitan governance on the councillors' political influence and on their behavioural patterns is assessed on the basis of large-scale survey data and comprehensive multilevel analyses accounting for the multilevel system of Swiss federalism.

Keywords

Local democracy, metropolitan governance, municipal councillors, new regionalism

Introduction

New governing arrangements that transcend the traditional hierarchical state structures have emerged in most industrialised countries (Bekkers et al., 2007; Denters and Rose, 2005; Kersting and Vetter, 2003). In metropolitan areas, where the combination of institutional fragmentation and increasing functional integration often leads to a high degree of interlocking politics ('Politikverflechtung', see Hesse, 1978; Scharpf, 1994), governance networks – incorporating different state levels as well as private and semi-private actors – are particularly prominent in organising

the provision of public services. In the previous scholarly debate on metropolitan governance, emphasis was thereby primarily placed on economic arguments regarding an effective and efficient provision of area-wide public service (Kübler and Heinelt, 2005: 11). Questions of inclusiveness, transparency

Corresponding author:

Larissa Plüss, Department for Political Science, University of Zurich, Affolternstrasse 56, CH-8050 Zurich, Switzerland.

Email: pluess@ipz.uzh.ch

and democratic accountability, on the other hand, have only recently been added to the research agenda, although there is cause for serious concern with respect to the functioning of metropolitan policy networks because decisions in network-based governance are often produced in the absence of the input side of the political system (see Benz, 2004; Kübler and Schwab, 2007; Papadopoulos, 1998, 2003, 2004). Research on the democratic aspects of metropolitan governance mostly targets the possibilities of participation and articulation of the civil society – the very relevant question of the role of municipal councillors as representatives of the metropolitan population has unfortunately not yet drawn proper attention (Hansen, 2005).¹

Therefore, as one of the first studies, the present article investigates the role of municipal councillors in metropolitan decision-making on a large scale. For this purpose, I rely on comprehensive primary data – from a survey conducted in 2008 that involved all municipal councillors in Switzerland.² This broad data collection provides a profound insight into the mindset, the perceptions and the behavioural patterns of local councillors and allows for analysing questions such as ‘Do municipal councillors feel excluded from metropolitan policy-making?’, ‘Does the implementation of regional governance networks lead to a general loss of the councillors’ political influence?’ and ‘How is the councillors’ commitment to controlling and influencing inter-communal decision-making thereby changing?’ Subsequently, thorough analyses of these subjective perceptions result in a preliminary estimation of the democratic drawbacks of metropolitan policy networks.

Metropolitan areas in Switzerland serve as valid objects of study, since their governing structures conform quite well to the fluid and flexible networks of new regionalism. In the highly institutionally fragmented and socially segregated metropolitan areas of this federalist country, voluntary policy-orientated cooperation often seems the only effective solution and is widely implemented (Kübler et al., 2005; Ladner et al., 2000). To measure the scope of new regionalist arrangements, I draw on the regularly recurring Swiss municipality survey (Ladner et al., 2000; Steiner and Ladner, 2006),

which covers all Swiss communes and surveys, inter alia, the degree and duration of inter-communal cooperation. The combination of the two data sources – the Swiss councillor study and the Swiss municipality survey – allows a close assessment of the democratic deficit of new regionalism with respect to the role of the municipal councillors.

Previous research in Swiss metropolitan areas showed that inter-communal cooperation does not necessarily pose a threat to democratic structures and processes (see Kübler et al., 2005; Kübler and Schwab, 2007; Skelcher et al., 2011). The democratic drawbacks of Swiss new regionalism are often regarded as not alarming and as compensated through the strength of existing democratic institutions such as direct democracy, the strong position of Swiss municipalities and the increasing inclusion of civil society actors. As in most countries of the North and Middle European type (Hesse and Sharpe, 1991), metropolitan governance seems to rely on relatively clear structures of accountability and is widely perceived as an appropriate institution (Heinelt and Kübler, 2005: 194–195). If the present analysis of the direct, subjective statements of the Swiss municipal councillors – which has not been conducted before on such a large scale – would reach a different conclusion, the results would certainly be of importance beyond the Swiss context and the question of the democratic legitimacy of metropolitan governance would have to be raised anew.

The following section provides an overview of the debate on metropolitan governance, discusses two rival perspectives on governance and democracy, makes theoretical assumptions about the councillors’ perceptions and behaviour in new regionalism, and states further relevant contextual factors. Following this, in the next section, the intergovernmental relations in Switzerland are outlined and the theoretical concepts are operationalised. In the penultimate section I will perform quantitative multilevel analyses measuring the impact of new regionalist institutions on the councillors’ cognition and action – in general and while taking account of relevant contextual factors. The final section presents and discusses the results.

Municipal councillors in metropolitan governance

The metropolitan governance debate

How to best organise institutionally fragmented metropolitan areas has been a long-running debate in political science, regional economics and public management research.³ Beginning in the early 1900s, the *metropolitan reform tradition* – also referred to as the *metropolitan government school* – perceived the fragmentation of metropolises as inefficient, ineffective and undemocratic regarding the provision of public services (see, for example, Jones, 1942; Studenski, 1930; Wood, 1958). They regarded the metropolis as a single economic and social community divided into numerous smaller municipalities. To achieve efficiency, effectiveness and democracy in area-wide service provision, metropolitan reformers argued for institutional consolidation – either through annexation of suburban communes by centre-cities or by the creation of metropolitan governments.

In the 1950s and 1960s, the *public choice school* arose and emphasised the benefits of institutional fragmentation in metropolitan areas (e.g. Ostrom et al., 1961; Tiebout, 1956). Relying on the market as the organising principle, advocates of the public choice perspective demonstrate that local government fragmentation raises competition for residents and businesses, which leads to lower taxes, higher efficiency in service provision and increased responsiveness towards the citizens. In the second half of the twentieth century, the dispute between these two schools of thought dominated the metropolitan governance debate.

In the 1990s, a new approach emerged that abandoned the structuralist orientation of earlier approaches. *New regionalism* is problem-orientated and focuses on the interaction of spatially relevant actors – state actors from various territorial levels, private actors from the business world and civil society, and nongovernmental organisations (see, for example, Orfield, 1997; Peirce et al., 1993; Rusk, 1993, 1995, 1999). New regionalists argue that area-wide governance is achieved through cooperative arrangements, through flexible networks that define and organise the provision of public services.

The emergence of new regionalist thinking is closely related to the widely commented upon ‘shift from government to governance’ (see, for example, Jessop, 1994; Kooiman, 1993; Pierre, 2000; Rhodes, 1997; Stoker, 1998). According to Pierre (2011: 5), governance ‘looks at the interplay between state and society and the extent to which collective projects can be achieved through a joint public and private mobilization of resources’. So, like the new regionalist approach, governance refers to interactions between the public and private sector, to collaborations in order to achieve common goals, while the traditional demarcations between state and civil society become blurred. Both theoretical frameworks emphasise the shifting away from hierarchical, bureaucratic decision-making by the state towards more horizontal, cooperative and informal modes of coordination.

Over time, new regionalism has been extended and recast into a broader theoretical framework labelled *rescaling* or *reterritorialisation* (Savitch and Vogel, 2009: 115). According to the scholars of this new approach, territory and politics are being rescaled in the wake of modern capitalism and intensified levels of globalisation (Brenner, 2004; Keating, 2001; Scott, 2001). Owing to a shift from the national to the regional level and a restructuring process within metropolitan cities, new governance arrangements for metropolitan areas are created (Hoffmann-Martinot and Sellers, 2005). However, critics of the rescaling approach mention the strong tendency towards economic determinism (Beauregard, 2006) and the absence of politics (Le Galès, 2006).

Since metropolitan governance in Switzerland corresponds very well to a new regionalist understanding of political steering, the analyses in this article are embedded in new regionalist thinking and focus on the role of municipal councillors in metropolitan decision-making. To date, democratic aspects of metropolitan governance have not been at the forefront of the scholarly debate.⁴ Metropolitan governance research has so far mainly focused on economic arguments and centred on questions of efficiency and effectiveness in service provision as well as of the competitiveness of metropolises on a global scale (Kübler and Heinelt, 2005: 11).

New regionalism and democracy

While studying the implications of cooperative forms of governance on the nature of democracy, scholars arrived at different results that may be assigned to two opposite lines of reasoning: an optimistic and a pessimistic perspective on governance and democracy (e.g. Kübler and Schwab, 2007;⁵ Skelcher et al., 2011).

The *optimistic perspective* draws on the deliberative model of democracy (Held, 2006: 231 ff.) and perceives increasing cooperation between public and private sectors in terms of flexible networks as a benefit for society and local democracy. Emphasis is placed on the discursive quality of interactions and on reasoned deliberation directed towards identification of the common good (Sørensen and Torfing, 2007: 235). In an optimistic perspective, governance opens up new channels of participation and mobilisation (Bogason, 2008) and fosters deliberative decision-making (Kübler and Schwab, 2007: 479). Consequently, it can be argued that metropolitan governance based on cooperative arrangements equally strengthens the position and increases the influence of civil society actors in metropolitan decision-making (Kübler and Heinelt, 2005: 15).

With respect to municipal councillors in new regionalism, however, the optimistic perspective on governance and democracy has little to offer. Regarding the democratic aspects of governance, the deliberative approach is mainly directed towards the inclusion of civic actors. Elected councillors on the other hand are expected to modify their behaviour to take on a more strategic role and ensure the democratic functioning of governance through metagovernance (see Bogason and Musso, 2006; Nyholm and Haveri, 2009; Sørensen, 2006).⁶ However, as municipal councillors play only a marginal role on the metropolitan scale (Papadopoulos, 2003: 479) and are mostly excluded from the functional networks, the demand for strategic goal-setting role behaviour seems rather unrealistic in this governance context.

The present article therefore draws on the *pessimistic perspective* on governance and democracy, which is based on liberal democratic theory and, consequently, clearly distinguishes between the political system and its environment (Held, 2006: 56 ff.).

Political representatives thereby occupy a significant position in expressing the people's wants and wishes. At the local level, the council is the central forum for the articulation of needs and demands and provides an appropriate stage for the pursuit of discussion and criticism (see Held, 2006: 87). From a pessimistic perspective, the emergence of new governing models is perceived as a threat to democracy and its representative institutions. Citizen participation and democratic institutions are constrained since traditional forms of participation and democratic accountability are becoming less relevant (Heinelt, 2004: 41). Policy networks at the metropolitan level that define and organise area-wide provision of public services are characterised by strong representation of executive bureaucracies and nongovernmental organisations – and by the exclusion of parliamentary arenas (Papadopoulos, 2003). Municipal councillors are mostly not part of metropolitan decision-making. The elaboration of policy alternatives, as well as the selection of policy options that take place within new regionalist networks, are often not accessible to the legal representatives of the people (see Kübler and Schwab, 2007: 480).⁷ Furthermore, these policy processes lack transparency and are difficult to control by representative bodies (Benz, 2004; Papadopoulos, 1998, 2004). Consequently, from a pessimistic perspective, new regionalism reduces democratic legitimacy.

According to Papadopoulos (2003: 481–482), a deficit in terms of democratic legitimacy may be conceptually divided into problems of responsiveness and problems of accountability. While responsiveness is more and substance – if elected politicians respond to the people's demands – accountability is about process, and the availability of formal channels to control and eventually punish office holders (Riker, 1982). However, responsiveness and accountability are closely related: governance networks – characterised by non-transparent negotiations, the inclusion of actors who are not democratically legitimised and the exclusion of elected local councils – pose obvious problems regarding democratic accountability, and consequently raise problems in terms of responsiveness. The presence of new regionalist structures hinders the citizenry from attributing responsibility for certain policy decisions and

holding these persons accountable. Members of the policy networks are therefore less anxious to respond to the people's wishes and to justify their actions.

Municipal councillors in new regionalism

As March and Olsen (1984: 747) stated, 'the organisation of political life makes a difference'. The implementation of metropolitan governance networks has a clear impact on decision-making and implementation in every involved municipality; it shapes and constrains the perceptions and the behaviour of the actors concerned. Seen from a new institutionalist perspective, municipal councillors act 'on the basis of a logic of appropriateness associated with roles, routines, rights, obligations, standard operating procedures and practices' (March and Olsen, 1996: 249). Their action is consequently influenced by their interpretation of political history and recent political events, by the perception of their identity, by dominant images of appropriate behaviour and by their own capability for appropriate political action (March and Olsen, 1996). With the emergence of new regionalist structures, the 'rules of the game' are changing (Lowndes, 2009: 94). These institutions affect the nature of local democracy, the role and position of every relevant actor – and change, thereby, the world of the municipal councillors.

The present article investigates how new regionalist institutions shape the perceptions and behavioural patterns of local councillors. I assume that the councillors' actions are changing because of a modified perception of their own identity and a different image of appropriate behaviour, as well as changing capabilities for appropriate action. Since my focus lies on parliamentary arenas which are presumably not part of metropolitan decision-making, I adopt the pessimistic perspective on governance and democracy. I postulate the hypothesis that the implementation of new regionalism leads to a weakening of elected councils (see Papadopoulos, 1998, 2004; Scharpf, 1993). Presumably, municipal councillors perceive their influence on local politics as being lower, since their role is reduced to 'rubber-stamp' policies elaborated at the metropolitan level. I further hypothesise that the councillors' perceived influence

on the relations with other municipalities is lower in new regionalism, since they lack the appropriate instruments and action capability. As a third hypothesis, I postulate that new regionalist institutions decrease the councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities, because municipal councillors do not regard this task as appropriate role behaviour considering their position – mainly being excluded from metropolitan decision-making processes.

Relevant contextual factors

While analysing the impact of new regionalist cooperation schemes on the perceptions and the behavioural patterns of municipal councillors, it seems necessary to consider different contextual factors that presumably play an important role in multilevel governance. In the following quantitative models, I take account of three relevant contextual factors: the spatial structure, the relations within multilevel governance, and the level of local autonomy.

Metropolitan areas are heterogeneous territories that include varying types of municipalities. The *spatial structure* presumably makes an impact on the relation between new regionalism and the councillors' behaviour, because the political, social and economic conditions with which the councillors are confronted differ substantially – especially between the core city and suburban municipalities. Regarding the political orientation, Kübler and Scheuss (2005) have shown that within Swiss metropolitan areas a threefold spatial-political cleavage emerges. In core cities, ideological preferences are to the left and mostly in favour of classic unionist leftism and protectionism. In the poor suburbs we find preferences that relate to national conservatism and authoritarianism, while the low-density and middle-class suburbs tend towards right-wing liberalism.

Besides the differences in political attitudes between core cities and the related communes, the new regionalist cooperation schemes in Swiss metropolitan areas are usually implemented so that the core city cannot dominate decision-making processes (Kübler et al., 2005: 174). Core cities are explicitly put at a disadvantage in terms of power and influence – to be regarded as an acceptable partner

for cooperation by the rest of the metropolitan area – although they often provide most of the necessary administrative and financial resources. Therefore, since metropolitan core cities see themselves as surrounded by national-conservative and liberal-conservative communes and are consequently overruled in the emerging cooperation networks, I assume that the pessimistic hypothesis appears much more pronounced in these cities. Councillors in core cities probably perceive their political influence and their influence on the relations with other municipalities as being much lower in new regionalism and they are presumably even less committed to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities.

As a second contextual factor, the *relations within multilevel governance* also seem decisive regarding the perceptions and behaviour of municipal councillors in new regionalism. In Swiss federalism, higher state levels are important in shaping incentive structures for horizontal and vertical cooperation in metropolitan areas (Kübler et al., 2005: 175). With increasing urbanisation, the cantons concerned have extended their political influence and regulation density regarding policy issues that are relevant at a metropolitan scale. This development has often led to significant conflicts between the local and the cantonal level, mostly between cities and their cantons (Kübler et al., 2003: 269). Altering the allocation of competencies probably involves municipal

councillors assuming different perceptions of their role and their political influence. I therefore expect the pessimistic hypothesis to become apparent more strongly in municipalities where the quality of cooperation with the canton has worsened over time.

Swiss municipalities enjoy considerable autonomy, which is composed mainly of the rights of local self-administration, to enact own legal norms and to levy local taxes (Häfelin and Haller, 2001: 278). The *level of autonomy* thereby depends on cantonal legislation. During the last years and decades, the communes' autonomy has come under considerable strain, as many mainly operational tasks have been delegated to them – within the context of cantonal attempts to disentangle the allocation of tasks to cantonal and communal levels – and the dependency on higher state levels has increased (Ladner et al., 2000: 47). Especially in metropolitan areas, owing to the increased interventions of the cantonal authorities, the municipalities' financial and legal room for manoeuvre has been reduced (Kübler et al., 2005: 173). A decrease in local autonomy probably reinforces the weakening of municipal councils; I therefore assume that a declining level of autonomy additionally fuels the negative impact of new regionalist arrangements on the councillors' perceived influence and their subsequent actions.

Figure 1 displays the assumed effects of new regionalist institutions on the perceptions and the

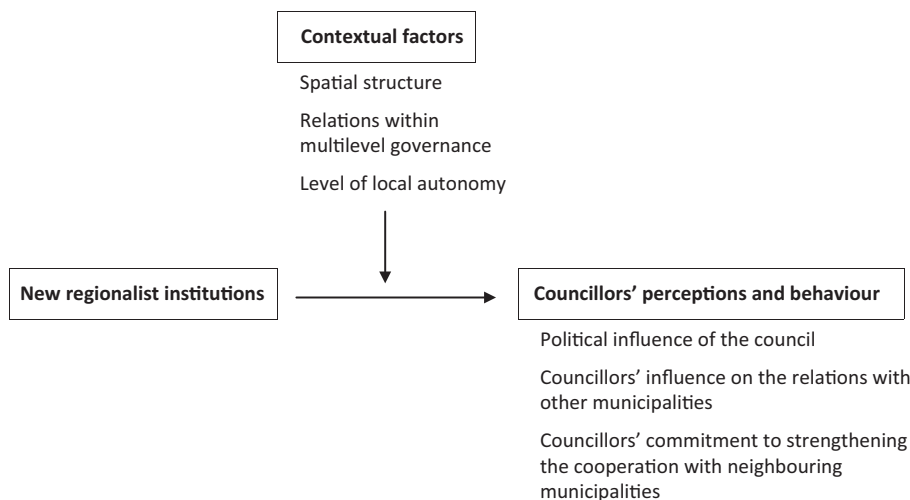


Figure 1. Overview of the theoretical framework.

behaviour of city councillors as well as the impact of the three considered contextual factors in a comprehensive framework.

Metropolitan governance and municipal councillors in Switzerland

Intergovernmental relations and new regionalism in Switzerland

The Swiss polity is a federalist three-tier system, composed of the national state (the Confederation), 26 federated states (cantons) and around 2600 municipalities.⁸ Intergovernmental relations in Switzerland are characterised by a traditionally strong position of the cantons – implementation of federal policies is left to cantons and communes, whereby the cantons act as intermediaries between the Confederation and communes (Kübler and Ladner, 2003: 141). Swiss policy-making is therefore dependent on extensive cooperation between all three state levels, which has led to a high degree of interlocking politics ('Politikverflechtung', see Hesse, 1978; Scharpf, 1994). This phenomenon is especially prominent in metropolitan areas, where we have high institutional fragmentation in conjunction with increasing functional integration.

Since territorial reforms in Swiss metropolitan areas are rather infrequent,⁹ the only path to achieve area-wide governance is therefore by way of voluntarism (Kübler et al., 2005: 173). A survey conducted in the early 1990s found more than two dozen policy-orientated cooperation mechanisms in each metropolitan area (Arn and Friederich, 1994).¹⁰ During the 1990s, the level of inter-communal cooperation steeply increased in urban areas as a result of rising urbanisation (Ladner et al., 2000). Regional cooperation in metropolitan areas is traditionally organised as a functional association ('Zweckverband'), an organisation under public law (Kübler and Ladner, 2003: 146). However, a wide range of other legal forms can be found: legal entities, associations under private law, cooperatives, joint-stock companies as well as public- and private-law foundations (Kübler et al., 2003: 270).

Regarding the democratic foundations of inter-communal cooperation, most mechanisms provide

only for including a representation of the executives of the member communes. There is little or no direct participation of citizens or any involvement of local councils. If communal councils are involved, it mostly happens through a final approval of policy decisions elaborated in metropolitan cooperation arrangements (see Kübler and Schwab, 2007). Exceptions include the establishment of an institutional level between the canton and the communes in the agglomeration of Fribourg and the introduction of direct democratic rights for referenda and initiative into regional coordination schemes in the cantons of Berne and Lucerne. However, in general, metropolitan governance in Switzerland conforms quite neatly to the principles of new regionalism. Voluntary policy-orientated cooperation often seems the only effective solution in the highly institutionally fragmented and socially segregated metropolitan areas.

The independent variable of the present analysis is the *level of inter-communal cooperation* found in the surveyed municipalities. I therefore draw on the regularly recurring Swiss municipality survey (Ladner et al., 2000; Steiner and Ladner, 2006); more precisely, on the poll conducted in the year 2005. This survey covered all Swiss communes; the questionnaires were addressed to the municipal chief executive officers and achieved a very high response rate of approximately 80 per cent. The questionnaire approaches numerous aspects regarding the organisation and financial means of the administration, crucial actors in local politics, the form and functioning of local democracy, and the implementation of reforms and new models of governing. The level of inter-communal cooperation is operationalised according to its duration in the following policy fields: cultural institutions and social welfare; land use planning and transport; promotion of economic development; energy, water supply and waste disposal; tasks of the police, civil defence, fire brigade and environmental protection; services of the public administration; and tasks of the municipal authorities.¹¹ An index has been created wherein these seven policy fields enter with the same weight – to this end, I calculated the average duration of cooperation of different functional associations in each policy field.

The subjects of this study are municipalities which have over 10,000 inhabitants and appoint a communal council. Since the most significant

feature of Swiss municipalities is their small size (Ladner, 2002: 814), these larger communes account for only 5.2 per cent of all municipalities. And only two-thirds of these communes appoint a local council, while in one-third the legislative function is served by the assembly of local citizens.¹² The data show that in the 84 municipalities under scrutiny, cooperation in the policy field of energy, water supply and waste disposal is most frequent with an average previous duration of five years (in the year 2005). Inter-communal cooperation is lowest with respect to tasks of the municipal authorities: in this field nearly 90 per cent of the respective municipalities do not have relations with other communes. However, the particular levels of cooperation in the different policy fields correspond to each other – if a municipality has close ties with its neighbouring communes in a certain area, it most likely collaborates in other domains as well.

Besides the main independent variable, we take into account three different contextual factors which presumably shape the influence of inter-communal cooperation on the local councillors' perceptions and behaviour substantially. The first contextual factor, *the spatial structure*, is operationalised as a dummy variable opposing core cities of metropolitan areas to suburban communes. The prevailing spatial–political cleavages in metropolitan areas have been reduced to this single contradiction, since I assume that most differences regarding the impact of new regionalism on councillors' behavioural patterns are to be found between left-wing core cities being disadvantaged in inter-communal cooperation and their surrounding national–conservative and liberal–conservative communes. This factor is measured by drawing on the classification of the Swiss Federal Statistical Office. Focusing only on larger municipalities with over 10,000 inhabitants and a local council, the data set contains 40 core cities – including core cities of metropolitan areas as well as isolated cities – and 44 suburban municipalities.

The second contextual factor, *the relations within multilevel governance*, is operationalised on the basis of the Swiss municipality survey, using the polls from 1998 and 2005. It therefore draws on the municipal chief executive officers' estimations of the quality of the relationship between municipality

and canton. Taking into account two different points in time, I can capture the transformation of the relationship and, finally, create a dummy variable that distinguishes between an improved cooperation with the canton on the one hand and an unchanged or worse quality of the relationship on the other hand. The data revealed that 20 municipalities experienced an improvement in the quality of the relationship from 1998 to 2005, while in 35 municipalities the cooperation with the canton has remained unchanged or has even worsened. The remaining 29 municipalities, however, did not report the quality of the relationship with the canton.

The third contextual factor is the *level of local autonomy* and is again measured with the Swiss municipality survey, but using only the poll from 2005. This variable refers to the question of whether the level of local autonomy has increased or decreased in the last 10 years. Since I assume that a decrease in local autonomy reinforces the weakening of municipal councils, I have created a dummy variable opposing municipalities with a declining level of autonomy to communes that do not experience an alteration in autonomy or witness an increase in autonomy. As the data show, there are 26 municipalities where the level of autonomy has remained constant or has even increased, while 31 communes feature a decreasing level of local autonomy. For the remaining 27 municipalities, again there are no data available regarding the estimated level of local autonomy.

These three contextual factors are inter-related. Conflicts between the local and the cantonal level are especially accentuated in core cities and the municipal autonomy has been reduced mainly through the increased interventions of the cantonal authorities in urban policies. However, the three theoretical concepts are far from coincident. They measure different phenomena and are worth investigating individually. Furthermore, multicollinearity stays at a sufficiently low level to include all three factors in the quantitative analyses.

Swiss municipal councillors under scrutiny

The councillors' political influence and behavioural patterns were surveyed in 2008 in a comprehensive

enquiry¹³ covering all councillors in Swiss municipalities with over 10,000 inhabitants. A detailed description of the survey is provided in Appendix 1. For the first time in Switzerland, we can directly measure the impact of new regionalist institutions on the environment and the mindset of municipal councillors.

The first dependent variable is the *political influence of the council*, which is measured with a question regarding the influence of different actors over the local authority activities.¹⁴ In comparison to other state and private actors, the councillors rank themselves fourth. They allocate most influence in local politics to the mayor, the local executive as a whole, and the heads of the public administration. It seems that at the local level in Switzerland, we find a particularly strong government and an influential public administration that shape local politics considerably.

As a second dependent variable, the *councillors' influence on the relations with other municipalities* is introduced. This item is part of a question investigating the councillors' influence on different tasks within the scope of the municipal council. The answers show that councillors perceive their influence on inter-communal relations in general as being rather low. Only 19.7 per cent regard their influence as high or very high, 32.96 per cent declare they have some influence, and 47.35 per cent state that their influence on inter-communal cooperation is small or even non-existent.

The third dependent variable, the *councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities*, is an index composed of two factors: how important local councillors regard the task of strengthening the inter-communal cooperation and their actual contribution to it. A total of 37.61 per cent of Swiss municipal councillors consider their duty of strengthening new regionalism of great or very great importance, 30.14 per cent regard the importance of this task as moderate, while 32.25 per cent attach little or no importance to it. The responses are rather balanced. Regarding the councillors' own contribution, the average values are somewhat lower. Only 17.34 per cent of all surveyed councillors make a great or very great contribution to strengthening regional cooperation, 27.47 per cent

contribute moderately and 55.2 per cent have little or no share in strengthening the cooperation with neighbouring municipalities.

The impact of inter-communal cooperation on Swiss municipal councillors

Testing the pessimistic perspective on governance and democracy

Alterations in the political organisation of municipal decision-making and implementation presumably shape the influence and the behavioural patterns of local councillors through a different image of appropriate behaviour or changing capabilities for appropriate action. Drawing on the pessimistic hypothesis on governance and democracy, I assume that the implementation of new regionalist institutions leads to a weakening of the councillors' influence in general and with respect to the relations with other municipalities, as well as to a decrease in their commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities. In the following statistical analyses, the postulated hypotheses are tested while different control variables are additionally incorporated. To take into account the hierarchical structure of the data, I apply multilevel models based on maximum likelihood estimation. At the municipal level, the size of the municipality is integrated as a control variable, because in several studies it turned out to be a significant factor regarding local politics in Switzerland (e.g. Ladner, 2002; Ladner and Steiner, 2003). Furthermore, I account for the linguistic regions in Switzerland being a decisive factor with respect to the role and position of municipal councillors.^{15,16} Regarding individual characteristics, Heinelt (2012) showed that sex, age and political orientation make a significant impact on the councillors' perceptions throughout numerous European countries. In addition to these three individual features, I also include the councillors' level of education in the estimated models.¹⁷

The results of the calculated models in Table 1 show a significant – though small – negative influence of new regionalist institutions on the general

Table 1. Multilevel models on the impact of new regionalism on the Swiss municipal councillors

Independent variable	Coefficients (standard error)		
Fixed part	Political influence of the council	Councillors' influence on the relations with other municipalities	Councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities
Age	0.002 (0.002)	-0.001 (0.003)	0.013** (0.006)
Education	-0.027*** (0.010)	-0.048*** (0.013)	-0.155*** (0.025)
Left-right self-placement	-0.003 (0.010)	0.005 (0.014)	-0.012 (0.026)
Sex (female)	0.102* (0.057)	0.072 (0.077)	-0.043 (0.148)
Size of municipality	-0.041 (0.046)	0.057 (0.069)	0.065 (0.139)
Linguistic region (German-speaking part)	0.232*** (0.081)	-0.339*** (0.123)	-0.610** (0.247)
Level of inter-communal cooperation	-0.022* (0.012)	-0.039** (0.018)	0.019 (0.035)
Intercept	2.488*** (0.073)	1.823*** (0.110)	3.913*** (0.219)
Random part			
Variance municipal level	0.016 (0.011)	0.046 (0.021)	0.202 (0.086)
Variance individual level	0.462 (0.025)	0.841 (0.045)	3.005 (0.164)
Number of councillors	724	726	714
Number of municipalities	42	42	42
Wald χ^2	28.83***	28.14***	51.97***

* $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$.

political influence of the council and on the councillors' influence on the relations with other municipalities. The pessimistic hypothesis is provisionally corroborated with respect to the first two dependent variables. The implementation of regional cooperation arrangements leads to a small decrease in the councillors' perceived influence because of their exclusion from metropolitan decision-making. Municipal councillors experience a loss of power with an increase in interlocking politics in urban areas. Therefore, worries about the democratic quality of metropolitan policy networks seem justified in the Swiss context. However, the third hypothesis must be rejected. The councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities remains unaffected by the level of inter-communal cooperation.

The explanatory power of the control variables is quite divergent: while the factors at the individual level show rather little influence, the impact of the linguistic region is remarkable. Throughout the three models, the level of education has a significant negative impact on the councillors' influence and their

behavioural patterns. Age has a positive influence on the councillors' commitment to strengthening the inter-communal cooperation and women perceive the political influence of the council as higher than their male colleagues. Remarkably, the political orientation does not play a role regarding the councillors' perceptions, nor does the size of the municipality. The effect of the linguistic region, however, is considerably high and not at all uniform. Being a councillor in a German-speaking municipality raises the perceived influence of the council in general, while the specific influence on regional cooperation and on the councillors' corresponding commitment are significantly reduced. Obviously, municipal councillors in metropolitan areas in the German-speaking part feel more strongly excluded from metropolitan policy networks and suffer more from the ongoing shift towards a governing style based on deliberation and negotiation. This effect neither results from a higher prevalence of new regionalist networks in the German-speaking part, nor does it emerge from a correlation between the linguistic region and the size of the municipalities. However, one possible

explanation lies in the fact that in the French-speaking and Italian-speaking parts of the country, the model of representative democracy is of higher significance than in the German-speaking part. A different understanding of the role of a local councillor may lead to an unequal inclusion of municipal assemblies into regional networks. This assumption, however, needs further investigation.

The intervening influence of relevant contextual factors

The analysis is now taken a step further—the specified multilevel models are tested with respect to three contextual factors which are expected to prove relevant on a metropolitan scale: the spatial structure, the relations within multilevel governance and the level of local autonomy. For each contextual

factor, the assumed impact of the level of inter-communal cooperation on the councillors' influence and behaviour is calculated while additionally taking in account the control variables specified in the previous subsection. The resulting multilevel models are provided in Appendix 3.¹⁸ Furthermore, Figures 2 to 4 display the bivariate relation between the concentration of new regionalist arrangements and the dependent individual-related variables for each contextual factor. Thereby, the level of significance derived from the corresponding multilevel models is indicated in the respective graphs.

Figure 2 looks at the intervening influence of the spatial structure and shows remarkable results. The influence of new regionalist institutions on the cognition of municipal councillors varies according to the type of municipality. The graphs in Figure 2 display largely divergent relations, which are in line

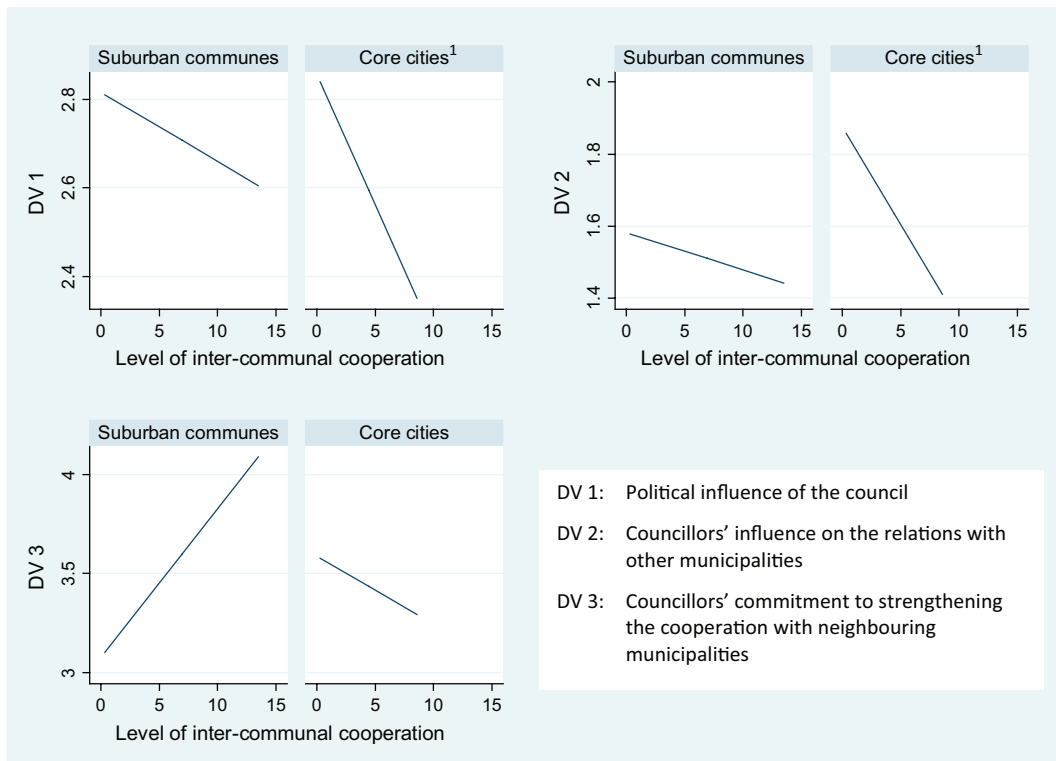


Figure 2. The intervening influence of the spatial structure.

¹⁸The corresponding multilevel model in Appendix 3 shows a significant effect of the level of inter-communal cooperation on the dependent individual-related variable of at least $p < 0.1$.

with the theoretical assumptions postulating a more pronounced negative correlation in core cities. While taking into account the various control factors, the quantitative analyses indicate two significant results: in the core cities sample, we see a considerable effect on the first two dependent variables – the general political influence of the council as well as the councillors' influence on the relations with other municipalities. Therefore, the scope of inter-communal cooperation reduces the political influence of municipal councillors, especially in core cities. Presumably because of the comparatively inferior position of core cities in metropolitan decision-making and the prevailing spatial-political cleavage, the councillors concerned feel even more powerless with a higher level of new regionalist arrangements. Furthermore, local politicians in large core cities have possibly more to lose in terms of financial competencies

and policy-related room for manoeuvre. Thus, the assumed intervening influence of the spatial structure is mostly corroborated.

The intervening influence of the second contextual factor – the relations within multilevel governance – seems to be even more pronounced (see Figure 3). The impact of metropolitan governance institutions on the councillors' perceptions differs considerably according to the quality of cooperation with the canton. More precisely, the estimated models reveal a significant effect on the first two dependent variables in the sample of municipalities where the cooperation with the canton has remained unchanged or has even worsened over the years. Therefore, the conflicts that arose between the local and the cantonal level – mostly as a result of more frequent and far-reaching cantonal interventions in metropolitan policy issues – made municipal

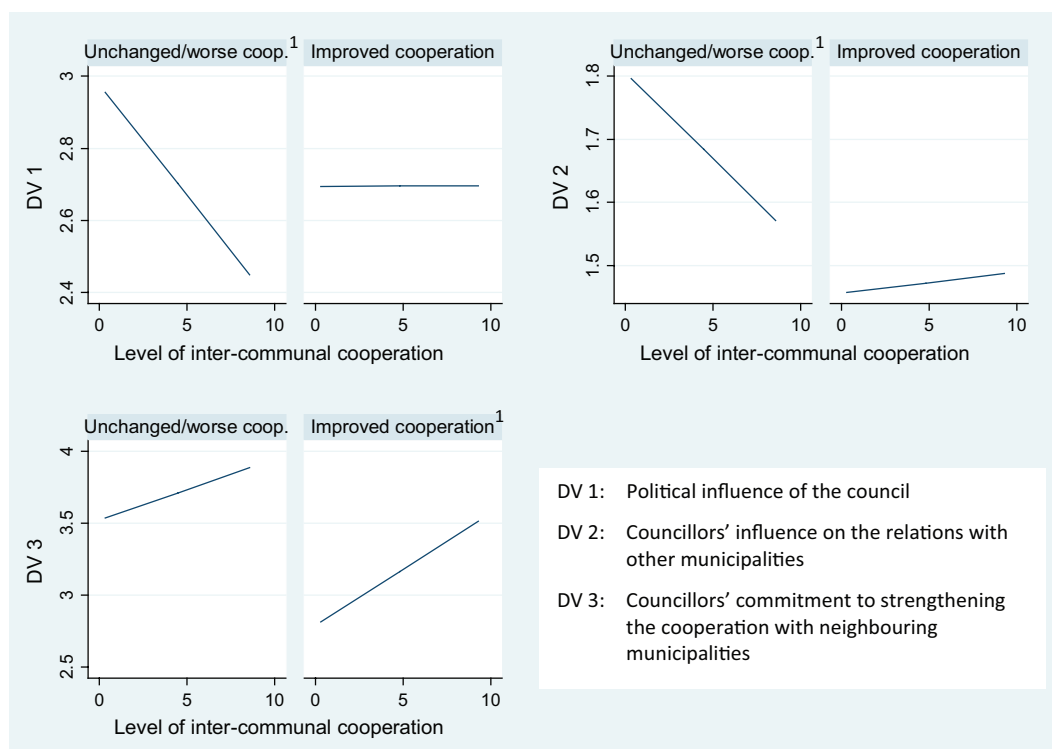


Figure 3. The intervening influence of the relations within multilevel governance.

¹The corresponding multilevel model in Appendix 3 shows a significant effect of the level of inter-communal cooperation on the dependent individual-related variable of at least $p < 0.1$.

councillors in highly intertwined metropolises feel even more powerless. In municipalities where the cooperation with the canton has improved over time, the level of inter-communal cooperation does not make an impact on the councillors' perceptions. Furthermore, the influence of new regionalist institutions on the councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities is significantly positive – but only in communes where the cooperation with the canton has improved over the years. Consequently, my theoretical assumptions are largely proved insofar as the pessimistic hypothesis on governance and democracy is more apparent where communes find themselves in rather tense relations within multilevel governance. If the quality of cooperation with the canton has remained unchanged or worsened, local councillors perceive their general political influence and their specific

influence regarding the cooperation with other municipalities as decreasing along with a growing implementation of metropolitan governance networks. On the other hand, in municipalities with improved intergovernmental cooperation, new regionalist institutions do not have a negative influence on the councillors' cognition, but rather strengthen the councillors' commitment to expand regional decision-making.

The third contextual factor, the level of local autonomy, also proves very relevant in questions relating to the democratic quality of metropolitan decision-making (see Figure 4).¹⁹ A reduction in local autonomy leads to a significantly stronger negative relationship between the scope of inter-communal cooperation and the political influence of municipal councillors. More precisely, the councillors' general influence as well as their specific influence regarding

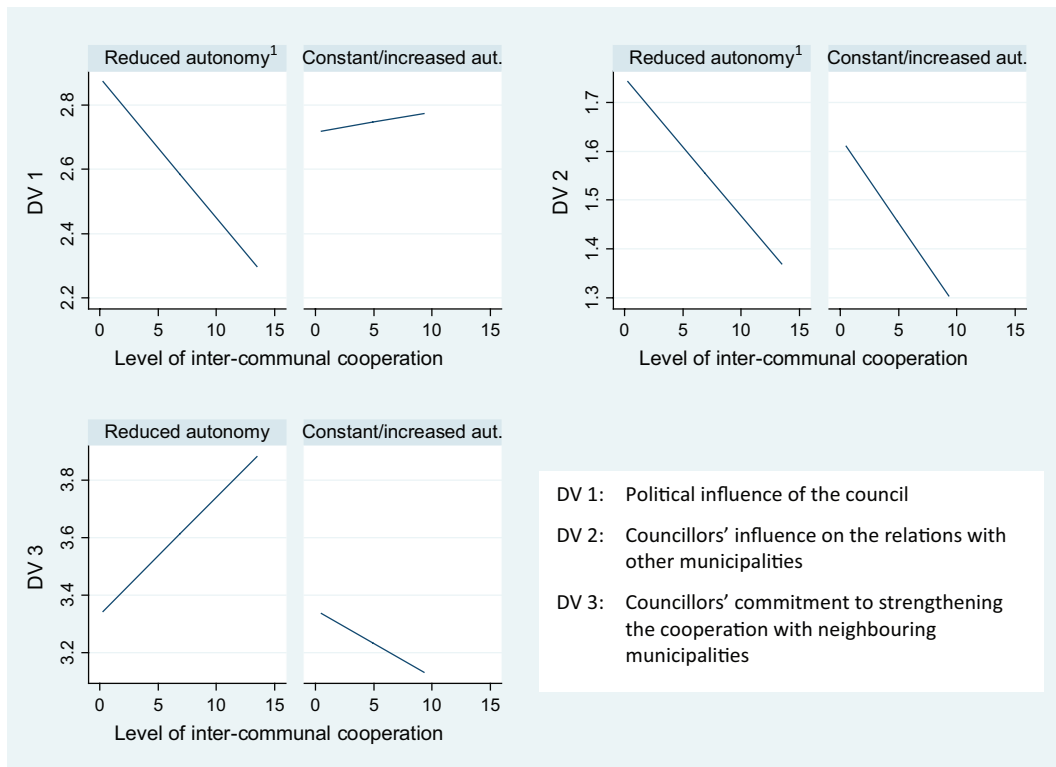


Figure 4. The intervening influence of the level of local autonomy.

¹⁹The corresponding multilevel model in Appendix 3 shows a significant effect of the level of inter-communal cooperation on the dependent individual-related variable of at least $p < 0.1$.

the relations with other municipalities clearly decrease when local competencies are shifted to a metropolitan level. Otherwise, if local autonomy has remained constant or even increased, the effect of inter-communal cooperation on the councillors' perceptions and behaviour is not significant. Thus, my theoretical assumptions are corroborated in many respects: a decrease in a municipality's financial and legal room for manoeuvre fuels the negative impact of new regionalist arrangements and reinforces the weakening of the municipal council.

A comparison among the three contextual factors under scrutiny reveals that the second factor, which addresses the relations within multilevel governance, possesses the highest explanatory power. It shows an intervening influence with respect to the relationship of the independent variable and all three dependent variables. However, the analysis of each contextual factor does, in a certain respect, confirm the theoretical assumptions. The pessimistic hypothesis on governance and democracy is especially prominent in core cities, in municipalities with a constant or worsened cooperation with the canton, and in communes with reduced local autonomy.

Conclusion

New regionalism in Swiss metropolitan areas is a suitable and widely accepted answer to the challenges posed by high institutional fragmentation, divided responsibilities among the different state levels, highly autonomous communes and strong cantons. Since territorial reforms in Swiss federalism are rather unlikely and rare, voluntary policy-orientated cooperation mostly seems an adequate possibility for efficiently and effectively providing area-wide public services. The democratic legitimacy of new regionalist institutions, however, is up for debate. While previous research in Swiss metropolises mainly established an optimistic view on this topic (see Kübler et al., 2005; Kübler and Schwab, 2007; Skelcher et al., 2011), the analyses conducted in the present article, which investigate the democratic deficit of metropolitan governance with respect to the political influence of municipal councillors and their inclusion into such institutions, support the

pessimistic perspective. Along with a growing amount of regional policy networks, local councillors perceive their general political influence and their influence regarding inter-communal cooperation as being reduced. Parliamentary institutions and traditional forms of participation are becoming less relevant in today's metropolitan decision-making.

The detected democratic deficit appears to be especially pronounced in core cities, which are – according to the theoretical assumptions – systematically disadvantaged in new regionalist cooperation schemes in terms of power and with regard to the differences in political attitudes between core city and suburban communes. Furthermore, the pessimistic hypothesis is more prominent in municipalities, where the relations within multilevel governance remained constant or became even worse over time, as well as in communes with decreasing local autonomy. These results can be related to an extension of cantonal regulation in urban areas and a reduction in the municipalities' financial and legal room for manoeuvre, which additionally puts local councillors in a worse position in highly intertwined metropolitan areas. There are thus significant contextual variables that should be taken into account in the debate on metropolitan governance and democracy.

How alarming are these findings with respect to the democratic quality of metropolitan decision-making? Does voluntary inter-communal cooperation pose a significant threat to existing democratic structures and is its democratic legitimacy therefore considerably reduced? Evidently, if the political power of municipal councils decreases, policy-making suffers from reduced input-orientated legitimacy (see Scharpf, 1998). The citizenry is less represented and is constrained in attributing the responsibility for certain policy decisions and, consequently, holding these persons accountable. However, it is argued in the theoretical debate that the democratic drawbacks of Swiss new regionalism are considerably outweighed by the existing direct democratic instruments and their increasing inclusion into new regionalist cooperation schemes (Kübler et al., 2005: 183).

It seems that direct democracy rather than representative institutions constitutes the future focal point of democratic policy-making at the metropolitan level. In certain urban areas in the cantons of

Berne, Fribourg and Lausanne, we already find referenda and popular initiatives at the regional level. Although the implementation of such instruments represents democratic progress in metropolitan governance, their sheer existence does not reveal anything about their effective use. Referenda and initiatives are mostly used by well-organised interests with sufficient financial resources – and, according to Benz (2004), the access for poorly organised interests is even more difficult in governance institutions than in traditional governmental decision-making structures. Therefore, in addition to direct democratic instruments, we need political representatives at the metropolitan level who act in place of citizens incapable of defending their interests themselves. To achieve adequate representation of the metropolitan citizenry, we could therefore revisit the creation of metropolitan governments or postulate a more profound and earlier inclusion of local councils into the elaboration of policy alternatives at the metropolitan level.

Are these empirical findings relevant beyond the Swiss context and can the conclusions be generalised despite the various peculiarities of the Swiss political system? According to Lijphart (1984: 78ff.), the presidential form of government – which we find at the local level in Switzerland²⁰ – provides the legislative arena with significantly greater influence and power than the parliamentary form of government. Moreover, elected politicians in consensual democracies such as Switzerland (Lijphart, 1999) are used to sharing power with representatives from the business world or civil society. So, if Swiss local councillors experience new regionalist institutions as reducing their political influence and challenging local democracy, politicians in other democratic systems and with different forms of government must be even more sensitive to such restrictions. Furthermore, in most other countries, we do not find the possibility of implementing direct democratic measures at the metropolitan level, which, to some extent, potentially diminishes the negative impact of inter-communal cooperation. Therefore, since new regionalist institutions in Swiss metropolitan areas are clearly weakening the municipal councils – despite the presidential system of government, the consensual patterns of democracy and the direct democratic instruments

– the provided insights into the mindsets of local councillors can certainly be considered relevant for other national contexts as well.

Notes

1. An important exception is the article by Eva Sørensen (2006), which analyses the changing role of local politicians in network governance.
2. A detailed description of the survey is provided in Appendix 1.
3. For an overview of the different arguments see Frisken and Norris, 2001; Kübler and Heinelt, 2005; Savitch and Vogel, 2009.
4. Exceptions are Jouve and Booth, 2004; Kelleher and Lowery, 2004; Kübler, 2005; Kübler and Schwab, 2007.
5. Kübler and Schwab (2007) analysed different types of metropolitan governance in Switzerland and tested an optimistic and a pessimistic hypothesis with regard to the implications of new regionalism on democracy. The conducted case studies, however, do not clearly support either the pessimistic or the optimistic view. The results imply that the question of democracy is probably less dependent on the types of metropolitan governance than on other – not yet identified – factors (Kübler and Schwab, 2007: 497).
6. Previous research, however, shows that the claim for metagovernance does not entirely match with the councillors' daily routine. Sørensen (2006) proves that the new metagoverning role of Danish councillors is interpreted in a very narrow way, which marginalizes politicians and consequently weakens representative democracy. Similar research studies in Switzerland targeted only a higher state level, the cantons (Widmer and Rieder, 2007; Widmer and Rüegg, 2005), or were based upon different case studies (Kübler and Schwab, 2007; Skelcher et al., 2011). The results of these studies indicate that elected politicians in Switzerland are rather reluctant to adopt metagoverning role behaviour.
7. In their comprehensive research study, Kübler and Schwab (2007) demonstrate that the inclusion of local councillors in new regionalist institutions in Switzerland varies according to the type of cooperation scheme. In *multi-tiered government schemes*, local councils are most often involved in a final approval of the policy decisions elaborated at the metropolitan level. In *linked functions governance schemes*, however, there is usually an autonomous intergovernmental body whose members are not accountable to the local councils. Finally, in *complex network governance*

schemes, local councillors are either involved in the approval of policy decisions or entirely excluded from the decision-making process. Unfortunately, the data of the present article are not suitable to assign the surveyed inter-communal cooperation arrangements to different types of governance schemes.

8. Source: Swiss Federal Statistical Office (January 2010).
9. Owing to the comparably high autonomy of Swiss municipalities, amalgamations have usually been a quite infrequent reform strategy. However, since several cantons established instruments and incentives to promote municipal mergers, some substantial territorial transformations have taken place. Between the years 2000 and 2010, 312 municipalities have ceased to exist (Swiss Federal Statistical Office). Although these consolidation processes are not common in metropolitan areas, they mostly occur in rural and structurally weak areas (Rühli, 2012).
10. This survey analysed 16 large and mid-sized metropolitan areas and found, in total, 444 mechanisms of purpose-orientated inter-communal cooperation (Arn and Friederich, 1994).
11. The operationalisation of the theoretical concepts is illustrated in detail in Appendix 2.
12. Cantonal traditions determine whether a municipality has the assembly model or the council model. Generally, local councils are predominant in the French-speaking part of the country, while the assembly model is found in most of the communes in the German-speaking cantons (Kübler and Ladner, 2003: 143).
13. The Swiss councillor survey was conducted by the Department for Political Science of the University of Zurich and is part of a larger European study on municipal councillors in 16 countries ('Municipal Assemblies in European Local Governance') (Egner et al., 2013).
14. The operationalisation of the theoretical concepts is illustrated in detail in Appendix 2.
15. According to Ladner (2002: 816), representative democracy in terms of municipal councils is more widespread and of higher significance in the French-speaking part of Switzerland.
16. Since the number of cases is insufficient in the Italian-speaking part, only one dummy variable, which represents the German-speaking part of Switzerland, is included in the models.
17. The exact measurement of all used control variables is provided in Appendix 2.
18. Owing to the comparatively low number of cases, it is not possible to introduce the contextual factors as cross-level interaction terms into the models.
19. Thereby, the level of local autonomy in a municipality is not statistically dependent on the level of inter-communal cooperation.
20. The Swiss system of government consists of a combination of presidential and parliamentary elements (Lijphart, 1999: 119). At the local level, the presidential form of government clearly outweighs the parliamentary form since the executive is directly elected by the people. The only exemption is the canton of Neuchâtel, where it is left to the communes whether the executive is elected by the local council or directly by the people.

References

- Arn D and Friederich U (1994) *Gemeindeverbindungen in der Agglomeration*. Zürich: NFT Stadt und Verkehr.
- Beauregard RA (2006) Book review: new state spaces: urban governance and the rescaling of statehood. *Urban Affairs Review* 41: 416–418.
- Bekkers V, Dijkstra G, Edwards A, et al. (2007) *Governance and the Democratic Deficit*. Aldershot: Ashgate.
- Benz A (2004) Multilevel governance – governance in Mehrebenensystemen. In: Benz A (ed.) *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 125–146.
- Bogason P (2008) Institutional theory and democracy. In: Pierre J, Peters BG and Stoker G (eds) *Debating Institutionalism*. Manchester: University Press, pp. 22–41.
- Bogason P and Musso JA (2006) The democratic prospects of network governance. *American Review of Public Administration* 36(1): 3–18.
- Brenner N (2004) *New State Spaces: Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Denters B and Rose LE (2005) *Comparing Local Governance: Trends and Developments*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Egner B, Sweeting D and Klok PJ (eds) (2013) *Local Councillors in Europe* (forthcoming). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friskén F and Norris DF (2001) Regionalism reconsidered. *Journal of Urban Affairs* 23(5): 467–478.
- Häfelin U and Haller W (2001) *Schweizerisches Bundesstaatsrecht*. 5th ed. Zürich: Schulthess.
- Hansen K (2005) Representative government and network governance – in need of 'Co-governance': lessons from

- local decision making on public schools in Denmark. *Scandinavian Political Studies* 28(3): 219–237.
- Heinelt H (2004) Governance auf lokaler Ebene. In: Benz A (ed.) *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 29–44.
- Heinelt H (2012) Councillors' notions of democracy, and their role perception and behaviour in the changing context of local democracy. *Local Government Studies*. DOI: 10.1080/03003930.2012.670746.
- Heinelt H and Kübler D (2005) Conclusions. In: Kübler D and Heinelt H (eds) *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge, pp. 188–201.
- Held D (2006) *Models of Democracy*. 3rd ed. Cambridge: Polity Press.
- Hesse JJ (ed.) (1978) *Politikverflechtung im föderativen Staat: Studien zum Planungs- und Finanzierungsverbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden*. Baden-Baden: Nomos.
- Hesse JJ and Sharpe LJ (1991) Local government in international perspective: some comparative observations. In: Hesse JJ (ed.) *Local Government and Urban Affairs in International Perspective*. Baden-Baden: Nomos, pp. 603–621.
- Hoffmann-Martinot V and Sellers J (eds) (2005) *Metropolitanization and Political Change*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Jessop B (1994) Post-fordism and the state. In: Amin A (ed.) *Post-Fordism: A Reader*. Oxford: Blackwell, pp. 251–279.
- Jones V (1942) *Metropolitan Government*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Jouve B and Booth P (eds) (2004) *Démocraties métropolitaines*. Sainte Foy, QC: Presses de l'Université du Québec.
- Keating M (2001) Governing cities and regions: territorial restructuring in a global age. In: Scott AJ (ed.) *Global City-Regions: Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press, pp. 371–390.
- Kelleher C and Lowery D (2004) Political participation and metropolitan institutional contexts. *Urban Affairs Review* 39: 720–757.
- Kersting N and Vetter A (2003) *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich.
- Kooiman J (1993) Social-political governance: introduction. In: Kooiman J (ed.) *Modern Governance: New Government—Society Interactions*. London: SAGE, pp. 1–8.
- Kübler D (2005) *La métropole et le citoyen. Les agglomérations vues par leurs habitants*. Lausanne: Presses Polytechniques et Universitaires Romandes.
- Kübler D and Heinelt H (2005) Metropolitan governance, democracy and the dynamics of place. In: Kübler D and Heinelt H (eds) *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge, pp. 8–28.
- Kübler D and Ladner A (2003) Local government reform in Switzerland. More for than by – but what about of? In: Kersting N and Vetter A (eds) *Reforming Local Government in Europe: Closing the Gap between Democracy and Efficiency*. Opladen: Leske+Budrich, pp. 137–155.
- Kübler D and Scheuss U (2005) Metropolitanization and political change in Switzerland. In: Hoffmann-Martinot V and Sellers J (eds) *Metropolitanization and Political Change*. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 211–230.
- Kübler D and Schwab B (2007) New regionalism in five Swiss metropolitan areas: an assessment of inclusiveness, deliberation and democratic accountability. *European Journal of Political Research* 46: 473–502.
- Kübler D, Sager F and Schwab B (2005) Governing without government. Metropolitan governance in Switzerland. In: Kübler D and Heinelt H (eds) *Metropolitan Governance: Capacity, Democracy and the Dynamics of Place*. London/New York: Routledge, pp. 169–187.
- Kübler D, Schenkel W and Leresche JP (2003) Bright lights, big cities? Metropolisation, intergovernmental relations, and the new federal urban policy in Switzerland. *Swiss Political Science Review* 9(1): 261–282.
- Ladner A (2002) Size and direct democracy at the local level: the case of Switzerland. *Environment and Planning C: Government and Policy* 20: 813–828.
- Ladner A and Steiner R (2003) Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Konvergenz oder Divergenz? *Swiss Political Science Review* 9(1): 233–259.
- Ladner A, Arn D, Friederich U, et al. (2000) *Gemeindereformen zwischen Handlungsfähigkeit und Legitimation*. Bern: Institut für Politikwissenschaft und Institut für Organisation und Personal.

- Le Galès P (2006) New state space in Western Europe? *International Journal of Urban and Regional Research* 30(3): 717–721.
- Lijphart A (1984) *Democracies: Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven, CT/London: Yale University Press.
- Lijphart A (1999) *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Lowndes V (2009) New institutionalism and urban politics. In: Davies JS and Imbroscio DL (eds) *Theories of Urban Politics*. 2nd ed. London: SAGE, pp. 91–105.
- March JG and Olsen JP (1984) The new institutionalism: organizational factors in political life. *American Political Science Review* 78(3): 734–749.
- March JG and Olsen JP (1996) Institutional perspectives on political institutions. *Governance: An International Journal of Policy and Administration* 9(3): 247–264.
- Nyholm I and Haveri A (2009) Between government and governance – local solutions for reconciling representative government and network governance. *Local Government Studies* 35(1): 109–124.
- Orfield M (1997) *Metropolitics: A Regional Agenda for Community and Stability*. Washington, DC/Cambridge, MA: Brookings Institution/The Lincoln Institute of Land Policy.
- Ostrom V, Tiebout CM and Warren R (1961) The organization of government in metropolitan areas: a theoretical inquiry. *American Political Science Review* 55: 831–842.
- Papadopoulos Y (1998) *Démocratie Directe*. Paris: Economica.
- Papadopoulos Y (2003) Cooperative forms of governance: problems of democratic accountability in complex environments. *European Journal of Political Research* 42: 473–501.
- Papadopoulos Y (2004) Governance und Demokratie. In: Benz A (ed.) *Governance—Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 215–237.
- Peirce N, Johnson C and Hall JS (1993) *Citistates: How Urban America Can Prosper in a Competitive World*. Washington, DC: Seven Locks Press.
- Pierre J (ed.) (2000) *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford: University Press.
- Pierre J (2011) *The Politics of Urban Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rhodes RAW (1997) *Understanding Governance: Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham: Open University Press.
- Riker WH (1982) *Liberalism against Populism: A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice*. San Francisco, CA: W.H. Freeman.
- Rühli L (2012) *Gemeindeautonomie zwischen Illusion und Realität. Gemeindestrukturen und Gemeindestrukturen der Kantone*. Zürich: Avenir Suisse.
- Rusk D (1993) *Cities without Suburbs*. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.
- Rusk D (1995) *Cities without Suburbs*. 2nd ed. Washington, DC: The Woodrow Wilson Center Press.
- Rusk D (1999) *Inside Game, Outside Game: Winning Strategies for Saving Urban America*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- Savitch H and Vogel RK (2009) Regionalism and urban politics. In: Davies JS and Imbroscio DL (eds) *Theories of Urban Politics*. 2nd ed. London: SAGE, pp. 106–124.
- Scharpf FW (1993) Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat. In: Czada R and Schmidt MG (eds) *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag, pp. 25–50.
- Scharpf FW (1994) *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scharpf FW (1998) Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie. In: Greven M (ed.) *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen: Leske+Budrich, pp. 81–103.
- Scott AJ (ed.) (2001) *Global City-Regions: Trends, Theory, Policy*. Oxford: Oxford University Press.
- Skelcher C, Klijn EH, Kübler D, et al. (2011) Explaining the democratic anchorage of governance networks: evidence from four European countries. *Administrative Theory and Praxis* 33(1): 7–38.
- Sørensen E (2006) Metagovernance: the changing role of politicians in processes of democratic governance. *American Review of Public Administration* 36(1): 98–114.
- Sørensen E and Torfing J (2007) Theoretical approaches to democratic network governance. In: Sørensen E and Torfing J (eds) *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave-Macmillan, pp. 233–246.

- Steiner R and Ladner A (2006) Die Schweizer Gemeinden im Fokus – Ergebnisse der Gemeindebefragung 2005. In: Glatthard A and Isch U (eds) *Perspektiven für Gemeindefinanzen*. Bern: ESG, pp. 8–34.
- Stoker G (1998) Governance as theory: five propositions. *International Social Science Journal* 50: 17–28.
- Studenski P (1930) *The Government of Metropolitan Areas in the United States*. New York: National Municipal League.
- Tiebout CM (1956) A pure theory of local expenditures. *Journal of Political Economy* 44: 416–424.
- Widmer T and Rieder S (2007) *Kantone im Wandel. Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen*. Bern: Haupt.
- Widmer T and Rüegg E (2005) Konsequenzen von Staatsformen für die demokratische Steuerungsfähigkeit. Vergleichende Analysen zu vier Schweizer Kantonen. *Politische Vierteljahresschrift* 46: 86–109.
- Wood RC (1958) Metropolitan government 1975: an extrapolation of trends. The new metropolis: green belts, grass roots or gargantua? *American Political Science Review* 52: 108–122.

Appendix I

Description of the Swiss city councillor survey 2008

Conducted by	Department for Political Science of the University of Zurich, Chair for Research on Democracy and Public Governance (Prof. Dr. Daniel Kübler)
Survey method	Full population survey
Survey instrument	Standardised, written questionnaire in German, French and Italian
Sections of the questionnaire	(1) Personal details and background, (2) political career, (3) assessment of the role of the council and the committees, (4) own role as member of the council and (5) own view on local politics and democracy
Survey population	All 4162 city councillors in the 84 councils in Swiss municipalities with over 10,000 inhabitants (the council of Basel is not included in the survey because of its double role as a communal and cantonal council)
Data collection period	17 December 2007 to 30 June 2008
Mode of dispatch	The questionnaires were sent in parcels to the council offices and distributed in the next council meeting
Data entry period	1 April 2008 to 31 July 2008
Response rate	37 per cent (1540 questionnaires)
Representation	Every council is represented by at least five councillors. Concerning other characteristics such as age, sex and linguistic region, the data reflect the surveyed population

Appendix 2

Table of operationalisation

Concept	Question	Indicators (items of the questionnaires)	Scale	Survey/source
Independent variable				
Level of inter-communal cooperation	<p>'Which tasks do you perform in cooperation with other municipalities – and since when?'</p> <p>Scale: no cooperation=0; cooperation for a period shorter than five years=1; cooperation for a period longer than five years=2</p>	<p>Index capturing the inter-communal cooperation in the following policy fields:</p> <p>Cultural institutions and social welfare</p> <p>Land use planning and transport</p> <p>Promotion of economic development</p> <p>Energy, water supply and waste disposal</p> <p>Tasks of the police, civil defence, fire brigade and environmental protection</p> <p>Services of the public administration</p> <p>Tasks of the municipal authorities</p>	0–14	Swiss Municipality Survey 2005
Dependent variables				
Political influence of the council	<p>'On the basis of your experience as a local councillor and independently of the formal procedures, please indicate how influential each of the following actors is over the local authority's activities.'</p>	The city council	0–4	Swiss City Councillor Survey 2008
Councillors' influence on the relations with other municipalities	<p>'Which influence has the council in your municipality concerning the following tasks?'</p>	Relations with other municipalities	0–4	Swiss City Councillor Survey 2008
Councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities	<p>'In your experience as a councillor, how important are the following tasks for you as a councillor?'</p> <p>'In your experience as a councillor, how would you define your contribution regarding the following tasks?'</p>	<p>Index capturing the two statements:</p> <p>Strengthening the cooperation with neighbouring municipalities</p>	0–8	Swiss City Councillor Survey 2008
Contextual factors				
Spatial structure		Dummy variable (core city=1; suburban communes=0)	0–1	Swiss Federal Statistical Office

Appendix 2 (Continued)

Concept	Question	Indicators (items of the questionnaires)	Scale	Survey/source
Relations within multilevel governance	'From the point of view of your municipality, how is the cooperation with the canton?'	Dummy variable (improved cooperation with the canton=1; unchanged or worse cooperation with the canton=0)	0–1	Swiss Municipality Survey 1998 and 2005
Level of local autonomy	'Has the level of local autonomy rather increased or decreased in the last 10 years?'	Dummy variable (constant or increased autonomy=1; reduced autonomy=0)	0–1	Swiss Municipality Survey 2005
Control variables				
Size of municipality		Number of inhabitants (at 31 December 2006), logarithmised		Swiss Federal Statistical Office
Linguistic region (German-speaking part)		Dummy variable (Municipalities in the German-speaking part=1; municipalities in other linguistic regions=0)	0–1	Swiss Federal Statistical Office
Age	'How old are you?'		20–87 (cent.)	Swiss City Councillor Survey 2008
Education	'What is your highest completed level of education?'		0–10	Swiss City Councillor Survey 2008
Left–right self-placement	'There is often talking about a left–right dimension in Swiss politics. Where would you place yourself on a left–right dimension? 0 (left) to 10 (right)'		0–10	Swiss City Councillor Survey 2008
Sex (female)	'Are you male or female?'		0–1	Swiss City Councillor Survey 2008

Appendix 3

Multilevel models taking into account relevant contextual factors

Table A3.1. Multilevel models of the political influence of the council (first dependent variable)

Independent variables	Coefficients (standard error)					
Fixed part	Spatial structure (first contextual factor)		Relations within multilevel governance (second contextual factor)		Level of local autonomy (third contextual factor)	
	Model 1: Core cities	Model 2: Suburban communes	Model 3: Unchanged or worse cooperation with the canton	Model 4: Improved cooperation with the canton	Model 5: Reduced autonomy	Model 6: Constant or increased autonomy (linear regression)
Age	0.004 (0.003)	-0.001 (0.003)	0.003 (0.003)	-0.001 (0.003)	0.002 (0.003)	0.000 (0.004)
Education	-0.045*** (0.015)	-0.013 (0.013)	-0.030** (0.013)	-0.022 (0.016)	-0.030** (0.012)	-0.011 (0.018)
Left-right self-placement	-0.006 (0.015)	-0.003 (0.014)	-0.021 (0.013)	0.025 (0.017)	-0.004 (0.012)	0.008 (0.019)
Sex (female)	0.143* (0.085)	0.038 (0.078)	0.139* (0.076)	0.032 (0.090)	0.116 (0.072)	0.062 (0.102)
Size of municipality	0.025 (0.058)	-0.055 (0.188)	-0.003 (0.061)	-0.038 (0.132)	-0.024 (0.054)	0.068 (0.169)
Linguistic region (German-speaking part)	0.334*** (0.110)	0.082 (0.123)	0.169 (0.107)	0.260 (0.213)	0.112 (0.091)	1.031*** (0.203)
Level of inter-communal cooperation	-0.045** (0.020)	-0.011 (0.016)	-0.042** (0.019)	-0.003 (0.036)	-0.038*** (0.014)	0.010 (0.019)
Intercept	2.357*** (0.102)	2.647*** (0.150)	2.559*** (0.093)	2.441*** (0.205)	2.599*** (0.081)	1.771*** (0.177)
Random part						
Variance municipal level	0.014 (0.014)	0.017 (0.017)	0.007 (-)	0.072 (0.041)	0.011 (0.014)	- (-)
Variance individual level	0.481 (0.037)	0.438 (0.034)	0.466 (-)	0.340 (0.036)	0.490 (0.033)	- (-)
Number of councillors	366	358	412	267	470	203
Number of municipalities	19	23	23	17	25	15
Wald χ^2	34.57***	2.51	29.06***	7.22	20.32***	5.02*** (F-test) 0.1527 (R ²)

* $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$.

Table A3.2. Multilevel models of the councillors' influence on the relations with other municipalities (second dependent variable)

Independent variables	Coefficients (standard error)					
Fixed part	Spatial structure (first contextual factor)		Relations within multilevel governance (second contextual factor)		Level of local autonomy (third contextual factor)	
	Model 1: Core cities	Model 2: Suburban communes	Model 3: Unchanged or worse cooperation with the canton	Model 4: Improved cooperation with the canton	Model 5: Reduced autonomy	Model 6: Constant or increased autonomy
Age	-0.003 (0.004)	0.001 (0.004)	-0.001 (0.004)	-0.001 (0.005)	-0.001 (0.004)	-0.002 (0.005)
Education	-0.060*** (0.020)	-0.040** (0.017)	-0.058*** (0.018)	-0.025 (0.022)	-0.049*** (0.016)	-0.030 (0.026)
Left-right self-placement	0.006 (0.020)	0.008 (0.019)	-0.023 (0.019)	0.046** (0.023)	-0.013 (0.017)	0.042 (0.026)
Sex (female)	0.222** (0.111)	-0.096 (0.109)	0.054 (0.104)	0.008 (0.124)	0.016 (0.097)	0.038 (0.142)
Size of municipality	0.084 (0.090)	-0.259 (0.237)	0.018 (0.101)	0.120 (0.128)	0.073 (0.098)	-0.233 (0.247)
Linguistic region (German speaking part)	-0.118 (0.170)	-0.585*** (0.152)	-0.437** (0.172)	-0.231 (0.221)	-0.399** (0.162)	0.113 (0.303)
Level of inter-communal cooperation	-0.050* (0.031)	-0.032 (0.020)	-0.065** (0.029)	0.018 (0.037)	-0.043* (0.024)	-0.029 (0.028)
Intercept	1.643*** (0.156)	1.895*** (0.187)	1.986*** (0.151)	1.660*** (0.212)	1.887*** (0.144)	1.252*** (0.267)
Random part						
Variance municipal level	0.050 (0.034)	0.017 (0.024)	0.034 (0.025)	0.051 (0.040)	0.069 (0.035)	0.007 (0.025)
Variance individual level	0.839 (0.063)	0.845 (0.066)	0.892 (0.063)	0.755 (0.068)	0.878 (0.059)	0.701 (0.074)
Number of councillors	371	355	417	264	473	200
Number of municipalities	19	23	23	17	25	15
Wald χ^2	18.61***	25.82***	24.05***	7.46	17.97**	8.48

* $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$.

Table A3.3. Multilevel models of the councillors' commitment to strengthening the cooperation with neighbouring municipalities (third dependent variable)

Independent variables	Coefficients (standard error)					
	Spatial structure (first contextual factor)		Relations within multilevel governance (second contextual factor)		Level of local autonomy (third contextual factor)	
Fixed part	Model 1: Core cities	Model 2: Suburban communes	Model 3: Unchanged or worse cooperation with the canton	Model 4: Improved cooperation with the canton	Model 5: Reduced autonomy	Model 6: Constant or increased autonomy
Age	0.022** (0.009)	0.005 (0.008)	0.018** (0.008)	0.007 (0.009)	0.014* (0.007)	0.011 (0.010)
Education	-0.177*** (0.040)	-0.141*** (0.032)	-0.158*** (0.034)	-0.140*** (0.041)	-0.149*** (0.031)	-0.157*** (0.051)
Left-right self-placement	-0.020 (0.040)	-0.001 (0.035)	-0.056 (0.035)	0.072 (0.044)	-0.042 (0.032)	0.074 (0.051)
Sex (female)	0.174 (0.222)	-0.297 (0.199)	-0.009 (0.200)	0.007 (0.241)	0.007 (0.186)	0.081 (0.280)
Size of municipality	0.126 (0.179)	-0.210 (0.496)	0.051 (0.222)	0.177 (0.183)	0.134 (0.174)	-0.461 (0.669)
Linguistic region (German-speaking part)	-0.106 (0.340)	-1.249*** (0.327)	-0.701* (0.378)	-0.493 (0.343)	-0.808*** (0.289)	0.311 (0.805)
Level of inter-communal cooperation	0.000 (0.061)	0.036 (0.042)	0.001 (0.063)	0.118** (0.056)	0.014 (0.043)	0.009 (0.079)
Intercept	3.540*** (0.310)	4.342*** (0.400)	4.198*** (0.332)	3.564*** (0.328)	4.044*** (0.257)	2.772*** (0.701)
Random part						
Variance municipal level	0.198 (0.138)	0.130 (0.104)	0.215 (0.130)	0.039 (0.094)	0.196 (0.108)	0.246 (0.190)
Variance individual level	3.217 (0.246)	2.776 (0.217)	3.152 (0.228)	2.886 (0.262)	3.192 (0.215)	2.652 (0.280)
Number of councillors	363	351	407	262	466	198
Number of municipalities	19	23	23	17	25	15
Wald χ^2	27.20***	42.08***	35.93***	21.49***	38.06***	17.30**

* $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$.

Der *Gender Gap* in Schweizer Stadtparlamenten

Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Stadtparlamentsmitgliedern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung und ihren politischen Karrieremustern

LARISSA PLÜSS UND MARISA RUSCH
Universität Zürich

Zusammenfassung: *In der wissenschaftlichen Forschung zur politischen Repräsentation von Frauen in der Schweiz blieb die lokale Ebene bisher weitgehend ausgeklammert. Da die Karrieren der Schweizer Politikerinnen und Politiker ihren Anfang aber in den meisten Fällen auf tiefen staatlichen Ebenen nehmen und der Frauenanteil nach oben hin sinkt, verspricht eine eingehende Beschäftigung mit der Lokalpolitik Erkenntnisse zur politischen Repräsentation von Frauen, die über den lokalen Kontext hinausreichen. Der vorliegende Beitrag analysiert die Ursachen des Gender Gaps in den Schweizer Stadtparlamenten und stützt sich dabei auf eine flächendeckende Erhebung der städtischen Parlamentsmitglieder aus dem Jahre 2008. Die durchgeführten statistischen Analysen zeigen, dass neben strukturellen, städtischen Rahmenbedingungen der politische Rekrutierungsprozess einen signifikanten Einfluss auf die politische Vertretung von Frauen ausübt. Zudem sind bei den weiblichen Parlamentsmitgliedern häufiger externe Faktoren für einen geplanten vorzeitigen Rücktritt aus der Politik verantwortlich, was den sinkenden Frauenanteil auf höheren Staatsebenen teilweise erklären könnte. Insbesondere die häufigere Mitgliedschaft der Stadtparlamentarierinnen in rein lokalen Wählergruppen scheint ihre Aufstiegschancen auf der politischen Karriereleiter zu senken.*

KEYWORDS: Political Representation, Swiss City Councillors, Gender Gap, Political Recruitment

Politische Repräsentation – der *Gender Gap* in lokalen Parlamenten¹

Der theoretische Diskurs zum Konzept der politischen Repräsentation ist in der politikwissenschaftlichen Disziplin etabliert und hat eine grosse Fülle an Literatur hervorgebracht. Wissenschaftliche Forschung zur politischen Repräsentation von Frauen ist dem breiten Feld der *Gender Studies*² zuzurechnen und beschäftigt sich mit Fragen zur Untervertretung von Frauen in politischen Ämtern sowie mit den Auswirkungen einer stärkeren oder schwächeren weiblichen Präsenz in der Politik auf demokratische Prozesse und auf die

¹ Die Autorinnen möchten sich bei den anonymen Gutachtern und den Herausgebern der SPSR für ihre äusserst hilfreichen Anmerkungen und insbesondere für die nützlichen Literaturhinweise bedanken.

² Die *Gender Studies* stellen ein heterogenes Forschungsfeld dar, das sich mit der wissenschaftlichen Analyse der Erzeugung, Relevanz, Geschichte und Praxis der Geschlechterdifferenz beschäftigt. Der Begriff *gender* steht dabei im Mittelpunkt der theoretischen Debatte und bezeichnet das sozio-kulturelle Geschlecht einer Person im Unterschied zu ihrem biologischen Geschlecht (englisch: *sex*). Mit der begrifflichen Trennung von *gender* und *sex* wird die Untersuchung von konstruierten Geschlechteridentitäten erst ermöglicht.

Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler (vgl. Krook 2010: 233). Vergleichende Studien zur politischen Teilhabe von Frauen stützen sich dabei hauptsächlich auf Ländervergleiche und richten ihren Fokus auf die deskriptive Repräsentation (ebd.: 234).³ So zeigt die aktuelle Forschung auf, dass insbesondere die Ausgestaltung des Wahlsystems ein zentraler Faktor für den Frauenanteil in politischen Ämtern darstellt (s. z.B. Norris 2004). Proporzwahlsysteme begünstigen die Nomination und Wahl von Frauen und sind zudem häufiger assoziiert mit der Einführung von frauenbezogenen Quotenregelungen.

Innerhalb des schweizerischen Kontextes sind seit den 1980er Jahren ebenfalls verschiedene Publikationen zur politischen Repräsentation von Frauen entstanden (s. z.B. Ballmer-Cao/Wenger 1989; Hähni 2006; Parini/Roiron 2008; Stämpfli 1994) – diese Beiträge beschäftigen sich aber überwiegend mit der nationalen und der kantonalen Ebene. Die unterste Staatsebene bleibt in den politikwissenschaftlichen Studien stets ausgeklammert, obwohl eine eingehende Betrachtung der lokalen Politikerinnen und Politiker äusserst viel versprechend wäre – insbesondere in einem föderalen Staat wie der Schweiz. Pilotti et al. (2010) haben nämlich gezeigt, dass die von Gruner (1966) eingeführte Idee des *cursus honorum* der Schweizer Parlamentsmitglieder nichts an Aktualität eingebüsst hat. Dieses Konzept bezeichnet die verschiedenen, aufeinander folgenden Etappen einer politischen Karriere. Die Politikerinnen und Politiker arbeiten sich in einer so genannten “Ochsentour” nach oben, wobei sie sich erst nach der Ausübung eines politischen Amtes auf kommunaler und anschliessend auf kantonaler Ebene zur Wahl in die Bundesversammlung stellen. Gemäss Pilotti et al. (2010: 232) haben im Jahr 2000 45% der nationalen Parlamentsmitglieder einen *cursus honorum* absolviert – seit 1910 hat sich dieser Anteil nur um wenige Prozentpunkte verringert. Der Anteil der Parlamentsmitglieder, die vorher entweder ein Mandat auf kommunaler oder auf kantonaler Ebene inne hatten, beläuft sich im Jahr 2000 auf 87.1% (ebd.: 234). Im internationalen Vergleich sind diese Zahlen ausserordentlich hoch, was für die Wichtigkeit einer starken lokalen Verankerung der Mitglieder der Schweizer Bundesversammlung spricht. Um Fragen der politischen Repräsentation in der Schweiz zu untersuchen, würde sich also eine Beschäftigung mit der lokalen Ebene geradezu anbieten. Es ist anzunehmen, dass in den Städten und Gemeinden wichtige Einflussfaktoren bestehen, die politische Karrieren begünstigen oder behindern können. Da ein Mandat auf kommunaler Ebene oftmals die Basis für eine politische Laufbahn bildet (SSV 2007: 105), scheint eine vertiefte Auseinandersetzung mit den lokalen Parlamentsmitgliedern unabdingbar. Diese Zielsetzung verfolgt der vorliegende Artikel.

Seit der Annahme des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf nationaler Ebene im Jahr 1971 ist der Frauenanteil in den Legislativorganen kontinuierlich angestiegen. Ende 2009 beträgt die durchschnittliche Frauenvertretung in den städtischen Parlamenten 32.2% und liegt damit über dem Wert in kantonalen Parlamenten (25%), im National- sowie im Ständerat (28.5% bzw. 21.7%) (SSV 2010: 105). Trotz der klar steigenden Tendenz sind die Frauen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil immer noch unterrepräsentiert. Ob diese Tatsache als problematisch für die schweizerische Demokratie erachtet wird, hängt vom Verständnis des Konzepts der Repräsentation ab. Nach Hanna Pitkin (1967) ist politische Repräsentation “the activity of making citizens’ voices, opinions, and perspectives present in the public policy making processes”. Dabei kann Repräsentation auf unterschiedliche Weise legitimiert sein: formalistisch über demokratische Prozesse, symbolisch durch den

³ Eine gewichtige Ausnahme stellt dabei der Beitrag von Mercedes Mateo Diaz (2005) dar. Im Rahmen einer Längsschnittstudie zu allen Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten stellt sie einen kritischen Vergleich von deskriptiver und substanzieller Repräsentation an.

Grad an Akzeptanz in der Bevölkerung, deskriptiv durch genaue Abbildung der Repräsentierten sowie substanziell über *policy outcomes*. Feministische Theorien orientieren sich meistens am Konzept der deskriptiven Repräsentation und gehen davon aus, dass die Präsenz weiblicher Mandatsträgerinnen für die Artikulation weiblicher Interessen unerlässlich ist. Deskriptive Repräsentation wird als notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung zur Erlangung von substanzieller Repräsentation erachtet (s. Lovenduski 2005; Phillips 1995, 1999). Die meisten normativen Theoretiker weisen diese Verbindung aber zurück und argumentieren, dass Ähnlichkeit mit den Repräsentierten noch nichts über das Verhalten der Repräsentanten aussagt (s. z.B. Kymlicka 1995; Young 1997). In der Tat zeigt die aktuelle Genderforschung, dass es keine "kritische Masse"⁴ gibt – eine reine Erhöhung des Frauenanteils schlägt sich nicht automatisch in entsprechenden *policies* nieder (vgl. Celis et al. 2008: 102). Trotzdem gibt es gewichtige Argumente dafür, dass Frauen und Männer in ähnlichem Umfang in Legislativorganen vertreten sein sollten. Phillips (1995: 53–55) geht davon aus, dass Frauen ihre Geschlechtsgenossinnen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit substanziell vertreten als Männer. Obwohl Frauen eine überaus heterogene Gruppe darstellen, teilen sie nämlich gewisse gemeinsame Erfahrungen (ebd.: 52–56). Diese Erfahrungen erzeugen zwar nicht notwendigerweise gemeinsame Überzeugungen und Interessen. Der Anspruch auf eine verhältnismässige Repräsentation legitimiert sich aber bereits dadurch, dass der bestehende Ausschluss von Frauen hinterfragt und das Einbringen unterschiedlicher Fragen und Anliegen ermöglicht werden (ebd.: 55). Nach Mansbridge (1999) ist die substanzielle Repräsentation von bestimmten Bevölkerungsgruppen insbesondere in zwei Fällen von ihrer deskriptiven Repräsentation abhängig: in Situationen von gegenseitigem Misstrauen sowie bei Bestehen von *uncrystallized interests* – falls sich also Interessen und Präferenzen bezüglich neuerer politischer Themen noch nicht gefestigt haben. Zu guter Letzt geht es bei der deskriptiven Repräsentation von Frauen ganz grundsätzlich um Gerechtigkeit – unabhängig von den tatsächlich realisierten *policy outcomes*. Phillips (1995: 53) argumentiert, dass sich bei Bestehen von gleicher Sachkenntnis und Leistungsfähigkeit die Parlamentssitze gleichmässig zwischen den Geschlechtern verteilen müssten. Da eine solche Aufteilung bisher nicht stattgefunden hat, ist anzunehmen, dass nach wie vor strukturelle Hürden bestehen, die es auszuräumen gilt. Die folgenden Analysen geben Aufschluss über einige Hindernisse, mit denen Politikerinnen in der Schweiz konfrontiert sind.

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Analyse des *Gender Gaps* – der Kluft zwischen den Geschlechtern – in den lokalen Parlamenten und stützt sich auf eine flächendeckende Befragung aller Schweizer Stadtparlamentsmitglieder aus dem Jahre 2008. Der Artikel greift dabei teilweise auf die Ergebnisse der Lizentiatsarbeit von Marisa Rusch (2009) zurück. Um den *Gender Gap* umfassend zu betrachten, gelangen sowohl strukturelle Erklärungsfaktoren auf Stadtebene als auch individuelle Variablen zur Anwendung. Als erster Analyseschritt wird die Erklärungskraft von städtischen Rahmenbedingungen hinsichtlich des Frauenanteils im städtischen Parlament untersucht. Dabei kann aufgezeigt werden, wie sich beispielsweise die Stadtgrösse, die Sprachregion, die Dauer seit Einführung des Frauenstimmrechts oder das ausserfamiliäre Kinderbetreuungsangebot auf die Frauenvertretung auswirken. In weiteren Analyseschritten liegt der Fokus auf der individuellen Ebene – die Unterschiede zwischen Frauen und Männern hinsichtlich ihrer politischen Rekrutierung, der politischen Laufbahn sowie der Planung ihrer politischen Karriere stehen hier im Mittelpunkt. Gestützt auf den theoretischen Ansatz zur politischen Rekrutierung nach Pippa Norris

⁴ Gemäss Childs und Krook (2006) sind stattdessen eher "critical actors" von Bedeutung, die sich aktiv für weibliche Anliegen einsetzen.

(1997) werden die männlichen und weiblichen Rekrutierungs- und Karrieremuster auf lokaler Ebene untersucht und verglichen. Da die typische politische Karriere in der Schweiz ihren Anfang auf der kommunalen Ebene nimmt und sich der *Gender Gap* auf höheren Staatsebenen vergrössert, sind insbesondere die Gründe für einen frühen Ausstieg von Frauen äusserst relevant für die Diskussion der politischen Repräsentation. Anhand statistischer Analysen kann gezeigt werden, dass Frauen im lokalen Rekrutierungsprozess über höheres politisches Kapital verfügen müssen als die männlichen Aspiranten, um für eine Kandidatur als Parlamentsmitglied nominiert zu werden. Es bestätigt sich die These von Norris (2004: 184), dass der politische Rekrutierungsprozess dazu neigt, den Status Quo zu reproduzieren und dabei Männer systematisch bevorzugt. Frauen werden zudem häufiger von kommunalen Wählergruppen⁵ rekrutiert, die keiner nationalen Partei angehören. Im Folgenden kann der Beweis erbracht werden, dass dies den städtischen Parlamentarierinnen den Aufstieg auf der politischen Karriereleiter erschwert und einen vorzeitigen Rücktritt aus Mangel an Ressourcen und Unterstützung wahrscheinlicher macht.

Die Mitglieder von Schweizer Stadtparlamenten

Die durchgeführte Erhebung der Stadtparlamentsmitglieder

Die vorliegende Analyse stützt sich auf eine umfassende Datenbasis von Parlamentsmitgliedern der Schweizer Städte.⁶ Während der ersten Hälfte des Jahres 2008 wurde im Rahmen einer schweizweiten Vollerhebung allen 4162 Mitgliedern der 84 Stadtparlamente⁷ ein standardisierter, schriftlicher Fragebogen zugesandt. Dieser Fragebogen gliederte sich in unterschiedliche Themenblöcke und beinhaltete Fragen zur politischen Laufbahn und der eigenen Person, zur Rolle des Parlaments und zu den Funktionen von Parlamentsmitgliedern sowie den eigenen Einschätzungen der Stadtpolitik. Die erhobenen Daten ermöglichen relativ umfassende Aussagen zur Rekrutierung und zu den Karrieremustern von männlichen und weiblichen Stadtparlamentsmitgliedern. Eine vollständige Abbildung des Rekrutierungsprozesses sowie eine ausführliche Darstellung der bisherigen und der geplanten politischen Laufbahn sind damit allerdings nicht durchführbar.⁸ Die Erhebung wurde vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich durchgeführt und war eingebettet in ein internationales Forschungsprojekt, das sich über insgesamt fünfzehn europäische Länder und Israel erstreckte. Der entstandene internationale Datensatz beinhaltet knapp 12'000 Parlamentsmitglieder aus 800 Städten.

Die Rücklaufquote der Schweizer Befragung beträgt 37%, was 1540 retournierten Fragebögen entspricht. Alle 84 erhobenen Stadtparlamente, die insgesamt in zwanzig Kantonen liegen, sind mit mindestens fünf Personen vertreten. Die Repräsentativität des Datensatzes scheint bezüglich der Grundgesamtheit aller Schweizer Stadtparlamentsmitglieder ausreichend gewährleistet. So liegt der Anteil der erfassten Parlamentarierinnen bei 31.2%, was

⁵ Mit dem Begriff "kommunale Wählergruppe" wird ein Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger bezeichnet – eine Vereinigung, die zu kommunalen Wahlen antritt, ohne den Status einer politischen Partei zu haben.

⁶ Gemäss Bundesamt für Statistik werden Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern als Städte definiert.

⁷ Das Stadtparlament von Basel wurde wegen seiner Doppelrolle als städtisches und kantonales Parlament aus der Untersuchung ausgeschlossen.

⁸ Leider beinhaltete der Fragebogen auch keinerlei Fragen zu den finanziellen Verhältnissen der Stadtparlamentsmitglieder.

fast der durchschnittlichen Frauenvertretung von 32.2% in den Schweizer Stadtparlamenten entspricht. Hinsichtlich der Sprachregionen besteht eine Übervertretung von Parlamentsmitgliedern aus der Deutschschweiz gegenüber den Vertretern aus der Romandie. 61.4% der Antworten stammen aus der Deutschschweiz (im Vergleich zu 50.8% Deutschschweizer Parlamentsmitgliedern), während nur 34.7% der in die französischsprachige Schweiz versandten Fragebögen retourniert wurden (im Vergleich zu 45.6% Parlamentsmitgliedern aus der Romandie). Bezüglich der Parteienstärke in den städtischen Parlamenten sind die linken und grünen Parteien (SPS, Grüne, PdA/Sol.) im Datensatz etwas überrepräsentiert (40.1% zu 35.9% in der Grundgesamtheit), der bürgerliche Block (FDP, CVP, LPS, SVP) hingegen leicht untervertreten (47.5% zu 53.2% in der Grundgesamtheit)⁹.

Das typische Schweizer Stadtparlamentsmitglied

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem soziografischen Profil von politischen Eliten kann auf eine lange Tradition zurückblicken (s. z.B. Herzog 1975; Putnam 1976). Neuere Studien zu Parlamentsmitgliedern fokussieren dabei hauptsächlich auf zwei aktuelle Entwicklungen in Legislativorganen: den Prozess der Demokratisierung – die Offenheit des Rekrutierungsprozesses für verschiedene soziale Gruppen – und den Prozess der Professionalisierung des Amtes (vgl. Pilotti et al. 2010: 211–12). Für die Schweizer Bundesversammlung wurden diese Prozesse von Pilotti et al. (2010) über das letzte Jahrhundert hinweg erhoben und analysiert. Auf der lokalen Ebene hingegen bestehen keine wissenschaftlichen Studien zum soziodemografischen Profil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Mit den erhobenen Daten zu den Schweizer Stadtparlamentsmitgliedern werden nun erstmals Aussagen zu ihren persönlichen Eigenschaften und Einstellungen sowie zur Zusammensetzung der städtischen Parlamente möglich.

Das typische Schweizer Stadtparlamentsmitglied ist demnach ein Mann mittleren Alters, der über einen hohen Bildungsabschluss verfügt, einer hohen sozio-professionellen Schicht angehört und seit langem in seiner Stadt wohnhaft ist. Gut zwei Drittel der Parlamentsmitglieder sind Männer. Das Durchschnittsalter liegt bei 47.7 Jahren, wobei eine grosse Streuung von 20 bis 87 Jahren auszumachen ist. 38.3% der erhobenen Repräsentanten verfügen über einen Hochschulabschluss, weitere 20.1% haben eine höhere Fachschule abgeschlossen und 13.1% besitzen eine höhere Berufsausbildung. Auch bezüglich der sozio-professionellen Schicht heben sich die lokalen Parlamentsmitglieder von der übrigen Bevölkerung ab. Im vorliegenden Fall wird die Zugehörigkeit zu einer sozio-professionellen Schicht anhand von fünf *Skill Levels* gemessen, die die Komplexität der beruflichen Aufgaben wiedergeben.¹⁰ So weisen 21% der Befragten das höchste *Skill Level* auf, das alle Führungskräfte umfasst. Akademische Berufe machen die zweithöchste Kategorie aus, der 39.8% der Parlamentsmitglieder angehören. Auf dem dritthöchsten Level, das technische und ähnliche Berufe beinhaltet, finden sich noch 23.4% der Befragten. Nur 15.8% weisen ein *Skill Level* der untersten beiden Stufen auf, das sich auf kaufmännische Berufe, auf Dienstleistungs- und Verkaufsberufe sowie auf handwerkliche Berufe bezieht. Das typische Schweizer Stadtparlamentsmitglied wohnt zudem seit 28.3 Jahren in seiner Stadt.

Diese Resultate stimmen mit Ergebnissen anderer Studien überein, die sich mit den soziodemografischen Merkmalen der politischen Eliten auf lokaler Ebene auseinandergesetzt haben. So haben Steyvers und Reynaert (2006: 70) Folgendes festgestellt:

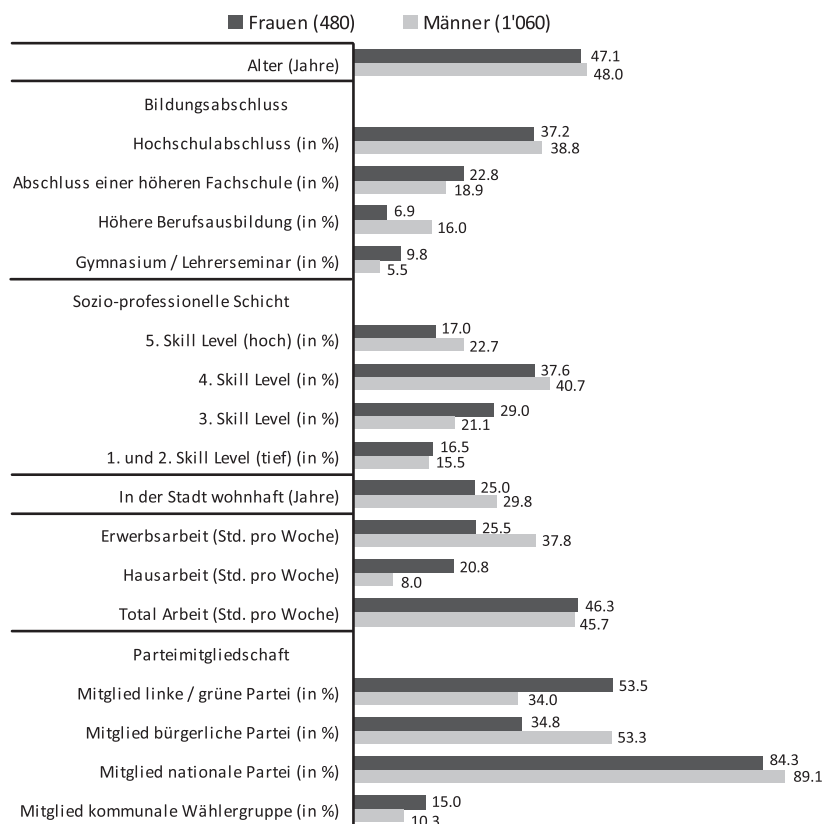
⁹ Quelle: Bundesamt für Statistik (2006: 17ff.).

¹⁰ Quelle: Bundesamt für Statistik (2009).

“mayors are disproportionately male, middle-aged, high educated, occupy a high status but with a politics compatible profession and are rooted in their community”. Diese Ergebnisse stützen sich auf eine umfassende Studie zu europäischen Bürgermeistern aus dem Jahre 2003. Bereits 1995 konnte zudem für die USA, Schweden und die Niederlande Ähnliches belegt werden: “at the local level political decision-makers are predominantly male, middle aged, high in professional status and well-educated” (Eldersveld et al. 1995: 31–55).

Ein Vergleich der soziodemografischen Profile von Schweizer Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentariern offenbart ebenfalls neue, allerdings nicht allzu überraschende Erkenntnisse (s. Abbildung 1). Altersmässig liegen die weiblichen und männlichen Parlamentsmitglieder sehr nahe beieinander, während sich bezüglich Bildungsabschluss leichte qualitative Unterschiede zeigen. So verfügen Frauen vergleichsweise häufiger über einen Abschluss einer höheren Fachschule und haben als letzte Bildungsinstitution doppelt so häufig das Gymnasium oder Lehrerseminar besucht. Ihre männlichen Ratskollegen können hingegen um ein Mehrfaches häufiger eine höhere Berufsausbildung vorweisen. Männliche und weibliche Parlamentsmitglieder haben also leicht unterschiedliche Bildungslaufbahnen absolviert. Bezüglich der sozio-professionellen Schicht sind die Abweichungen einheitlicher – die Stadtparlamentarier verfügen über ein durchschnittlich leicht höheres Skill Level als die Stadtparlamentarierinnen. Insbesondere auf dem höch-

Abbildung 1: Soziodemografisches Profil der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder



sten Niveau, der Ebene der Führungskräfte, sind deutlich weniger Frauen angesiedelt – ein Phänomen, das sich in der Schweiz nicht nur auf die lokalen Parlamentsmitglieder beschränkt. Die Parlamentarier sind zudem knapp fünf Jahre länger in ihrer Stadt wohnhaft als ihre Ratskolleginnen. Wie auch in der Gesamtbevölkerung verläuft die Aufteilung zwischen Erwerbs- und Hausarbeit immer noch klar entlang der Geschlechtergrenze. Interessanterweise erreichen aber beide Gruppen fast dasselbe Total an Arbeitsstunden pro Woche. Hinsichtlich der Parteimitgliedschaft sind ebenfalls deutliche Unterschiede erkennbar. Während eine klare Mehrheit der weiblichen Parlamentsmitglieder einer linken oder grünen Partei (SPS, Grüne, PdA/Sol.) angehört, haben die meisten männlichen Parlamentsmitglieder ihre ideologische Heimat in einer bürgerlichen Partei (FDP, CVP, LPS, SVP). Zudem gehören Männer öfters der lokalen Sektion einer nationalen Partei an, während Frauen häufiger von rein kommunalen Wählergruppen rekrutiert werden.

Erklärende Faktoren zum Frauenanteil in städtischen Legislativen

Als erster Analyseschritt soll nun der Einfluss von städtischen Faktoren auf den Frauenanteil in den Schweizer Stadtparlamenten untersucht werden. Diese Schwerpunktsetzung auf den deskriptiven Aspekt von politischer Repräsentation ist in Forschungsarbeiten der *Gender Studies* sehr häufig anzutreffen (vgl. Krook 2010: 234). Der Frauenanteil in den lokalen Parlamenten der Schweiz schwankt zwischen 16.7% in Opfikon im Kanton Zürich und 57.5% in Genf. Zu den möglichen Einflussfaktoren auf Stadtebene zählen strukturelle Faktoren (z.B. Stadtgrösse, Parlamentsgrösse, Sprachregion, dominierende Konfession, Dauer seit Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen, ausserfamiliäres Kinderbetreuungsangebot sowie räumliche Typologisierung), institutionelle Faktoren hinsichtlich der Ausgestaltung des Wahlsystems (z.B. Wahlkreisgrösse, Bestehen von Listenverbindungen sowie Möglichkeiten einer differenzierten Stimmabgabe wie Kumulieren oder Panaschieren), parlamentsinterne Faktoren (z.B. Parteistärken im Parlament, Organisation der Parlamentssitzen sowie monetäre Entschädigungen) und parteiinterne Faktoren (z.B. Frauensektionen innerhalb einer Partei oder interne Frauenquoten).¹¹

Bezüglich der Stadtgrösse zeigen verschiedene Studien einen positiven Effekt auf den Frauenanteil in der Legislative (z.B. Ballmer-Cao 2000; Norris 1996; Waylen 2007). Zum Einfluss der Parlamentsgrösse liefert der Ansatz des *Ticket-Balancing* (Saunders et al. 2005) eine mögliche Erklärung: wenn viele Mandate zu vergeben sind, wird man als Wählerin oder Wähler eher auf verschiedenartige Kandidierende setzen, während bei einer kleinen Sitzzahl eher die erfolgsversprechendsten Kandidierenden – die wohl dem skizzierten Bild des typischen Parlamentsmitglieds am nächsten kommen – gewählt werden. Die Parlamentsgrösse könnte sich also positiv auf die Wahlchancen von Frauen auswirken. Hinsichtlich der dominierenden Konfession zeigt sich in vergleichenden Studien eine positive Korrelation zwischen der protestantischen Prägung eines Gebiets und der politischen Teilhabe von Frauen (vgl. Krook 2010: 234). Dieser Zusammenhang soll nun auch in Schweizer Städten geprüft werden. Der Dauer seit der Einführung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts für Frauen wird ein ebenfalls positiver Einfluss auf die Frauenrepräsentation

¹¹ Aus der vorliegenden Untersuchung ausgeklammert bleiben Faktoren, die innerhalb des lokalen Kontexts der Schweiz keine bedeutende Varianz aufweisen, wie die Ausgestaltung des Wahlsystems. Andere wichtige Faktoren, wie die parteiinterne Organisation oder die Organisation von Parlamentssitzungen, mussten aufgrund fehlender Daten weggelassen werden.

zugeschrieben, weil diese einerseits auf die Sozialisierung der Frauen einwirkt und andererseits die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Frauen und Geschlechtergleichberechtigung reflektiert (vgl. Kenworthy/Malami 1999; Norris 2004). Gemäss Norris' Rekrutierungsmodell (1997) spielen zeitliche Ressourcen sowie das familiäre Umfeld der Aspirantinnen und Aspiranten eine wichtige Rolle im Prozess der politischen Rekrutierung. Es lässt sich daher vermuten, dass gut ausgebaute, ausserfamiliäre Kinderbetreuungsangebote in einer Stadt den Einstieg in ein lokalpolitisches Amt erleichtern.¹² Als weitere mögliche Einflussfaktoren gelangen räumliche Typologisierungen der Gemeinden zur Anwendung. Gemäss Kübler und Scheuss (2005) weist der städtische Raum in der Schweiz bezüglich der politischen Präferenzen seiner Einwohner keinesfalls eine homogene Struktur auf. So hat sich hinsichtlich der vorherrschenden Wertvorstellungen eine Dreiteilung des urbanen Raums in Kernstadt, suburbane und periurbane Zone herausgebildet, wobei die Stimmbürger der Kernstädte links votieren, diejenigen der suburbanen Zone rechtsnational und diejenigen der periurbanen Gebiete rechtsliberal (ebd. 2005). Die für die vorliegende Analyse erhobenen Städte lassen sich gemäss Typologie des Bundesamtes für Statistik in Zentrumsgemeinden, suburbane und einkommensstarke Gemeinden einteilen.¹³ Ob auch bezüglich der politischen Repräsentation von Frauen Unterschiede zwischen den einzelnen Gebietstypen bestehen, soll die folgende Untersuchung zeigen. Bezüglich der Parteistärken ist anzunehmen, dass mit einem hohen Sitzanteil linker und grüner Parteien auch der Frauenanteil steigt. So beweist Caul Kittilson (1999) in ihrer Untersuchung, dass linke Parteien generell mehr weibliche Mandatsträgerinnen aufweisen als Parteien im rechten politischen Spektrum.¹⁴ Gemäss Caul Kittilson (ebd.) haben parteiinterne Faktoren zudem einen bedeutenden Einfluss auf die Präsenz von Frauen in Parlamenten. So zeigen organisatorische Strukturen, wie das Bestehen von Frauensektionen oder internen Frauenquoten, einen klar positiven Effekt.

Die multiple Regressionsanalyse in Tabelle 1 zeigt allerdings nur bei zwei Faktoren einen signifikanten Effekt. So können die Sprachregion und die räumliche Gemeindetypologie einen gewissen Anteil der Varianz des Frauenanteils in Stadtparlamenten erklären. Städte in der französischsprachigen Schweiz weisen im Vergleich zur Referenzkategorie der italienischen Schweiz einen sehr hohen Anteil weiblicher Parlamentsmitglieder auf. In einkommensstarken Gemeinden – wie Binningen, Muri bei Bern, Pully oder Riehen – liegt der Sitzanteil von Parlamentarierinnen zudem signifikant höher als in der Referenzkategorie der suburbanen Gemeinden. Dieses Resultat wirkt überraschend, da ein hoher Frauenanteil eher in Kernstädten erwartet wurde – aufgrund der eher linksorientierten politischen Präferenzen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die übrigen untersuchten Faktoren – die Stadtgrösse, die Parlamentsgrösse, die dominierende Konfession, die Dauer seit Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen, das ausserfamiliäre

¹² Das Ausmass des ausserfamiliären Kinderbetreuungsangebots wird gemessen anhand der Anzahl Kinderkrippen und Kinderhorte nach Kantonen pro 1'000 Kinder unter sieben Jahren (Quelle: Bundesamt für Statistik, Betriebszählung und Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes 2008).

¹³ Gemäss der Einteilung des Bundesamtes für Statistik umfasst der benutzte Datensatz 40 so genannte "Zentren", 39 "suburbane Gemeinden", vier "einkommensstarke Gemeinden" sowie eine "touristische" Gemeinde. Die erwähnten periurbanen Gemeinden finden sich im Datensatz nicht wieder.

¹⁴ Miki Caul Kittilsons Erkenntnisse basieren auf der Analyse von 68 Parteien in zwölf westlichen Industriestaaten. Die untersuchten Länder umfassen Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Irland, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, das Vereinigte Königreich sowie die USA. Die Präsenz von weiblichen Parlamentsmitgliedern wurde zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben: in den Jahren 1975, 1985 und 1989. Im Jahr 2006 hat Caul Kittilson zudem eine aktualisierte Version ihrer Studie publiziert.

Tabelle 1: Multiple lineare Regressionsanalyse zum Frauenanteil in städtischen Legislativen (OLS Regression)

Unabhängige Variablen	Standardisierte Koeffizienten
Stadtgrösse (Einwohnerzahl, log.)	0.157
Parlamentsgrösse	0.017
Deutschsprachige Schweiz	0.582
Französischsprachige Schweiz	0.847*
Anteil der röm.-kath. Bevölkerung	-0.310
Dauer seit Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen	-0.263
Ausserfamiliäres Kinderbetreuungsangebot	0.105
Zentrumsgemeinde (Typologie BFS)	0.128
Einkommensstarke Gemeinde (Typologie BFS)	0.237*
Sitzanteil FDP	0.062
Sitzanteil CVP	0.063
Sitzanteil SPS	-0.040
Sitzanteil SVP	-0.176
Sitzanteil GPS	-0.038
N	84
R ²	0.248

* p < 0.05

Kinderbetreuungsangebot sowie die Parteistärken im Parlament – zeigen hingegen keinen Einfluss.

Die durchgeführte Analyse zeigt auf, dass der Gender Gap in den Schweizer Stadtparlamenten nur teilweise mit strukturellen Faktoren auf Stadtebene erklärt werden kann. Das Regressionsmodell verfügt mit 24.8% nur über eine begrenzte Erklärungskraft. Im Folgenden soll nun untersucht werden, ob es vielmehr individuelle Variablen sind, die einen wesentlichen Einfluss auf die politische Repräsentation von Frauen haben. Fokussiert wird dabei auf den Prozess der politischen Rekrutierung sowie auf die politischen Karrieremuster von Schweizer Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentariern.

Der *Gender Gap* in der politischen Rekrutierung

Politische Rekrutierung bezeichnet den Eintrittsprozess in ein politisches Amt, wobei die meisten Politikerinnen und Politiker von einem günstigen sozialen Umfeld, der Erziehung in einer politischen Familie sowie von hilfreichen sozialen Netzwerken profitieren können (Norris 1997; Prewitt 1970). Die theoretische Bedeutung dieses Konzepts zeigt sich in einer breiten Fülle an wissenschaftlicher Literatur. In aller Regel beziehen sich diese Arbeiten allerdings auf das politische Personal auf nationaler Ebene – zur politischen Rekrutierung auf lokaler Ebene präsentiert sich der Forschungsstand sehr mager (vgl. Norris 1997; Wiesendahl 2004). In der Schweiz ist diese Forschungslücke aufgrund der relativ intransparenten Rekrutierungsstrukturen noch ausgeprägter vorhanden.¹⁵ Nach Norris (1996: 202f.) sind die Schweizer Parteien bezüglich Rekrutierungsstrukturen dem Patronage-System zuzuordnen. Der politische Nominationsprozess findet somit lokal statt, ist relativ geschlossen

¹⁵ Es gibt allerdings zwei Schweizer Studien, die in diesem Zusammenhang erwähnt werden sollten: Hofmann-Conrad et al. (2004) untersuchen die politische Partizipation von Frauen in der Gemeindepolitik Graubündens, während Dubuis (2003) 18 politisch engagierte Frauen im Bezirk Martigny begleitet und studiert.

und intransparent. Des Weiteren variieren die geltenden Regeln und die relevanten Akteure nach Region und Partei. Geser (2002: 436) äussert sich dazu wie folgt: “Aufgrund jahrzehntelanger internationaler Gemeindeforschung hat sich gezeigt, dass die nahe liegende Frage, wer sich wie häufig, aus welchen Motiven und mit welchem Einfluss und Erfolg an der Politik beteiligt, auf lokaler Ebene besonders schwierig zu beantworten ist, weil sich (...) viele wesentliche Aktivitäten in undurchsichtigen informellen Netzwerken vollziehen”.

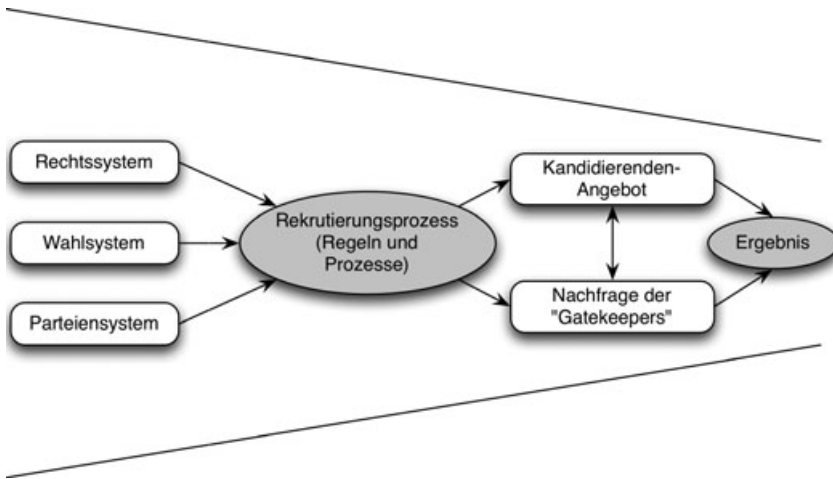
Neuere Analysen zur politischen Rekrutierung bedienen sich häufig des theoretischen Rahmens nach Pippa Norris (vgl. Patzelt 1999). Norris’ Rekrutierungsmodell (1997) basiert auf neoinstitutionalistischen Annahmen und propagiert einen Interaktionsprozess zwischen institutionellen Strukturen und den Einstellungen und Präferenzen der individuellen Akteure. Ihr Modell beinhaltet vier Analyseebenen, die in einen so genannten “Kausalitätstrichter” eingebettet sind: das politische System, der Rekrutierungsprozess an sich, das Kandidierenden-Angebot sowie die Nachfrage der *Gatekeepers* (s. Abbildung 2).

Das politische System, das sich bei Norris (1997) aus Rechts-, Wahl- und Parteiensystem zusammensetzt, formiert die Opportunitätsstruktur für politische Karrieren und strukturiert den Rekrutierungsprozess. Zu den entscheidenden Indikatoren zählen beispielsweise das Kammersystem, die Anzahl Mandate oder die Häufigkeit von Wahlen (ebd.: 11). Der eigentliche Rekrutierungsprozess spielt sich üblicherweise in den Parteien ab und ist daher stark von den jeweiligen parteiinternen Normen und Regeln sowie dem Organisationsgrad der Partei geprägt. Das Kandidierenden-Angebot umfasst die Aspirantinnen und Aspiranten und schliesst auch ihr politisches Kapitel und ihre Motivation mit ein. Unter dem politischen Kapital sind die persönlichen Ressourcen zu verstehen, zu denen neben den Finanzen auch das Umfeld, die Erfahrungen und persönlichen Qualifikationen zählen. Die so genannten *Gatekeepers* definieren die Kriterien der Auslese und bilden die Nachfrageseite des Rekrutierungsprozesses ab. Meistens handelt es sich dabei um wichtige Parteimitglieder oder externe Akteure von hoher politischer Relevanz. Zusammengefasst lässt sich sagen: Das politische System legt den allgemeinen Kontext fest, der Rekrutierungsprozess vollführt den Schritt von der Aspiration zur Nomination und das Zusammenwirken von Kandidierenden-Angebot und der Nachfrage der *Gatekeepers* bestimmt das Ergebnis (Norris 1997: 11–15).

Es stellt sich nun die Frage, ob der Prozess der politischen Rekrutierung einen signifikanten Einfluss auf die Vertretung von Frauen in den städtischen Parlamenten der Schweiz ausübt. Stellen sich bereits deutlich weniger Frauen als Kandidierende zur Verfügung oder sind es die *Gatekeepers*, die mit der Festlegung ihrer Auslese Kriterien den Frauenanteil unter den Nominierten senken? Die bereits bestehende empirische Evidenz zeigt auf, dass der Selektionsprozess – falls keine Intervention von aussen erfolgt – in aller Regel den Status Quo reproduziert, indem er bisherige und neue Kandidierende begünstigt, die dem Bild des typischen Parlamentsmitglieds am ehesten entsprechen (vgl. Norris 2004: 184). Wie bereits festgestellt, ist das typische Schweizer Stadtparlamentsmitglied ein Mann mittleren Alters, der über einen hohen Bildungsabschluss verfügt, einer hohen sozio-professionellen Schicht angehört und seit langem in seiner Stadt wohnhaft ist. Es ist daher anzunehmen, dass die Nominationschancen für Frauen selbstverstärkend schlechter sind als für männliche Kandidierende. Aspirantinnen auf ein politisches Amt müssen vermutlich über starke Ressourcen, über hohes politisches Kapital verfügen, um den Rekrutierungsprozess erfolgreich zu durchlaufen.

Mit den vorhandenen quantitativen Daten zu den Schweizer Stadtparlamentsmitgliedern ist es allerdings nicht möglich, die politischen Rekrutierungsstrukturen in den

Abbildung 2: Der Kausalitätstrichter des Rekrutierungsprozesses (Quelle: Norris 1997: 2, eigene Übersetzung)



Städten umfassend zu eruieren und nachzuzeichnen. Der Rekrutierungsprozess ist daher nur retrospektivisch aus der Sicht der bereits gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu erheben und zu analysieren. Die Datenbasis beinhaltet zudem nicht alle Dimensionen des Prozesses – gezwungenermassen erfolgt eine Beschränkung auf einzelne Aspekte der politischen Rekrutierung.¹⁶ So soll einerseits der Frage nachgegangen werden, ob Schweizer Stadtparlamentarierinnen eher auf die Unterstützung einer politischen Familie zurückgreifen konnten als ihre Ratskollegen. Das Aufwachsen und die Erziehung in einem politischen Umfeld stellen wichtige Ressourcen im Rekrutierungsprozess dar und können die politische Karriere von Kandidierenden nachhaltig prägen. Fox und Lawless (2005: 653) formulieren es wie folgt: “Early political exposure generates lasting effects that are independent and cannot be entirely compensated for by being politically active as an adult”. Auch Dubuis (2003) zeigt in ihrer Untersuchung von Walliser Politikerinnen, dass diese oftmals bereits aus einer politischen Familie stammen. Es wird daher angenommen, dass die gewählten weiblichen Parlamentsmitglieder über höheres politisches Kapital und über stärkere politische Familienbande verfügen als die männlichen Parlamentsmitglieder, was ihnen eine höhere Nominationschance seitens der *Gatekeepers* bescherte. Gemessen wird die Herkunft aus einer politischen Familie mittels der Frage, ob jemand aus der Familie in der Vergangenheit ein politisches Amt innehatte oder gegenwärtig über ein Mandat verfügt. Andererseits soll der Auslöser für die Kandidatur als ein weiterer wichtiger Aspekt der politischen Rekrutierung genauer betrachtet werden. So ist anzunehmen, dass die gewählten Frauen häufiger direkt von den *Gatekeepers* rekrutiert wurden, während die männlichen Parlamentsmitglieder sich eher selbst zur Kandidatur vorgeschlagen haben. Hinter dieser Hypothese steht die Annahme, dass die Männer, die ihre Kandidatur selber einbringen, über höhere Nominationschancen verfügen als ihre weiblichen Pendants. Gemäss der These der Selbstreproduktion des politischen Rekrutierungsprozesses treffen die *Gatekeepers* ihre Auswahl nach etablierten

¹⁶ Alle für den vorliegenden Artikel benutzten Fragen aus der Erhebung zu den Schweizer Stadtparlamentsmitgliedern finden sich im Anhang 2.

Kriterien und begünstigen dadurch systematisch die männlichen Aspiranten. Es ist somit wahrscheinlich, dass die weiblichen Nominierten häufiger von wichtigen Parteimitgliedern oder anderen relevanten Akteure für die Kandidatur vorgeschlagen wurden. Die entsprechende Frage aus dem Fragebogen bezieht sich auf den Auslöser für die Kandidatur und präsentiert die zwei Antwortmöglichkeiten 'ich habe mich selbst vorgeschlagen' und 'ich wurde von anderen gebeten zu kandidieren'.

Die statistischen Analysen bestätigen die postulierten Hypothesen nur teilweise. So haben sich 18.5% der gewählten Männer selbst zur Kandidatur vorgeschlagen, während nur 13.6% der Frauen ihre Kandidatur selber eingebracht haben. Dieser Unterschied ist signifikant und somit nicht zufällig zu Stande gekommen.¹⁷ Die gewählten Parlamentarierinnen sind also signifikant häufiger zur Kandidatur vorgeschlagen worden. Bezüglich der Herkunft aus einer politischen Familie lässt sich der vermutete Zusammenhang aber mit den vorliegenden Daten nicht zweifelsfrei nachweisen. 40% der Stadtparlamentarierinnen stammen aus einer politischen Familie, während 35.5% der Stadtparlamentarier weitere Mandatsträger in der Familie haben. Die Hypothese, dass Stadtparlamentarierinnen häufiger über politische Familienbande verfügen als ihre männlichen Ratskollegen, muss aber auf dem gewählten Signifikanzniveau von 5% knapp zurückgewiesen werden.¹⁸ Diese Untersuchung liefert einen ersten Anhaltspunkt, dass der bestehende *Gender Gap* in den Schweizer Stadtparlamenten neben den strukturellen Rahmenbedingungen auch dem politischen Rekrutierungsprozess geschuldet ist. Auf der lokalen Ebene sind Frauen für den Eintritt in ein politisches Amt offensichtlich stärker auf eine direkte Rekrutierung durch die so genannten *Gatekeepers* angewiesen. Frauen werden eher zu Kandidierenden, wenn sie direkt für die Kandidatur angefragt werden. Die Resultate bestätigen somit zumindest teilweise die These, dass der Rekrutierungsprozess auch in der Schweiz dazu neigt, den Status Quo zu reproduzieren und dadurch männliche Aspiranten systematisch bevorzugt.

Der Gender Gap in den politischen Karrieremustern

Differenzen zwischen männlichen und weiblichen Karriereplanungen

Politische Karrieren in der Schweiz nehmen ihren Anfang in aller Regel auf den unteren Staatsebenen. Gemäss Pilotti et al. (2010: 232) hatten im Jahr 2000 87.1% der nationalen Parlamentsmitglieder vorgängig entweder ein Mandat auf kommunaler oder auf kantonaler Ebene inne. 45% der Mitglieder der Bundesversammlung übten vorgängig sowohl ein Amt auf kommunaler wie auch auf kantonaler Ebene aus – absolvierten also einen *cursus honorum* (ebd.: 232). Um dem *Gender Gap* auch auf höheren Staatsebenen auf die Spur zu kommen, scheint eine Beschäftigung mit der lokalen Ebene und insbesondere die Suche nach Gründen für einen frühen Ausstieg von weiblichen Parlamentsmitgliedern daher äusserst angebracht. Welche hemmenden Faktoren sind ausschlaggebend, dass Stadtparlamentarie-

¹⁷ Im Folgenden werden alle bivariaten Zusammenhänge mit einem Signifikanzniveau von unter 5% als statistisch signifikant ausgewiesen. Alle Angaben zu den berechneten Chi-Quadrat-Tests finden sich in Anhang 1.

¹⁸ Wird die Hypothese zusätzlich in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen getestet, zeigt sich ein Zusammenhang in der Gruppe der jüngeren Parlamentsmitglieder (20 bis 42 Jahre). Hier verfügen die Parlamentarierinnen signifikant häufiger über politische Familienbande als die männlichen Parlamentsmitglieder. Die Analysen in den übrigen Bevölkerungsgruppen nach den Faktoren Bildung, Erwerbsstatus und Sprachregion weisen aber kein abweichendes Resultat auf.

rinnen ihre politische Karriere nicht weiterverfolgen? Verfügen weibliche Parlamentsmitglieder über eine weniger ambitionierte Karriereplanung als ihre männlichen Ratskollegen oder stellen sich ihnen andere Hindernisse in den Weg? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Die vorliegende Datenbasis zu den Schweizer Stadtparlamentsmitgliedern ermöglicht vielfältige Einblicke in die Unterschiede der weiblichen und männlichen Karrieremuster und -planungen. So wurden die Repräsentanten unter anderem nach den Beweggründen für ihre Kandidatur gefragt. Eine der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten bezog sich auf die Motivation, mit dem Amt als Stadtparlamentsmitglied eine politische Karriere beginnen zu wollen. Die Auswertung der erhobenen Daten zeigt nun aber, dass dieses spezifische Motivationsmuster bei männlichen und weiblichen Parlamentsmitgliedern gleich häufig vorhanden ist. Es besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang – der Beweggrund, eine politische Karriere zu beginnen, war für die Kandidatur bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern ähnlich ausschlaggebend.¹⁹ Eine weitere Frage aus der durchgeführten Erhebung bezog sich auf die persönliche Karriereplanung nach der jetzigen Amtszeit. Die Antwortmöglichkeiten umfassten dabei die erneute Kandidatur für das Stadtparlament, die Weiterführung der politischen Karriere auf einer höheren Staatsebene und den Austritt aus der aktiven Politik. Die statistische Analyse zum potentiellen Zusammenhang zwischen der Karriereplanung und dem Geschlecht zeigt auch bei dieser zweiten Frage keine statistisch signifikante Beziehung auf. Die in die Untersuchung eingeschlossenen Frauen und Männer möchten genau gleich häufig in ihrem Amt verbleiben oder die Karriereleiter weiter hinaufsteigen. Die Stadtparlamentarierinnen weisen also eine genauso ambitionierte politische Karriereplanung auf wie die männlichen Repräsentanten.²⁰

Diese Auswertungen demonstrieren, dass es eben nicht Unterschiede in den Karriereplanungen oder in der persönlichen Motivation sind, die den Anteil an weiblichen Repräsentanten auf höheren Staatsebenen schrumpfen lassen. Die Stadtparlamentarierinnen sind gleichermaßen gewillt, die politische Karriereleiter zu erklimmen und politische Ämter auf Kantons- oder Bundesebene anzustreben. Es müssen also externe Faktoren sein, die den politischen Aufstieg von weiblichen Parlamentsmitgliedern hemmen und zu einem verfrühten Karriereende führen. Diese Faktoren sind möglicherweise in den politischen Rekrutierungsprozessen auf den höheren Staatsebenen zu finden. Mit der vorliegenden Datenbasis können diese Prozesse allerdings nicht analysiert werden. Betrachtet wird hingegen die Gruppe der städtischen Volksvertreter, die die Politik nach Ablauf ihrer Amtszeit verlassen möchten. Es ist anzunehmen, dass die Gründe für einen Ausstieg aus der Politik zwischen weiblichen und männlichen Parlamentsmitgliedern differieren, und in diesen Unterschieden Hinweise auf allfällige Karrierehindernisse entdeckt werden können.

361 der erfassten städtischen Parlamentsmitglieder möchten nach der laufenden Amtszeit die Politik verlassen, was 24.4% der erhobenen Personen entspricht. Befragt zu den Gründen des geplanten Rücktritts anhand von sieben vorgegebenen Antwortmöglichkeiten²¹, zeigen sich bei drei *Items* geschlechtsspezifische Unterschiede. Männer geben signifikant

¹⁹ Es zeigt sich sogar, dass bei jüngeren Parlamentsmitgliedern (20 bis 42 Jahre) die Frauen signifikant häufiger eine politische Karriere anstreben. Die Analysen in den übrigen Bevölkerungsgruppen nach den Faktoren Bildung, Erwerbsstatus und Sprachregion weisen aber kein abweichendes Resultat auf.

²⁰ Bei Personen mit höherer Ausbildung (ab Sekundarstufe II) zeigen die Frauen sogar signifikant stärkere Ambitionen, die Karriereleiter hinaufzuklettern als die Männer. Die Analysen in den übrigen Bevölkerungsgruppen nach den Faktoren Alter, Erwerbsstatus und Sprachregion weisen aber kein abweichendes Resultat auf.

²¹ Beim Ankreuzen von möglichen Rücktrittsgründen wurde keine zahlenmässige Beschränkung vorgeschrieben. Die vollständige Frage findet sich im Anhang 2.

häufiger an, dass sie “zu alt” seien und “ihre Pflicht als Bürger getan” hätten. Die weiblichen Stadtparlamentsmitglieder hingegen wählten als Rücktrittsgrund deutlich öfter folgende Aussage: “Ich denke, dass die politische Arbeit im Verhältnis zu Familie und/oder Beruf zu zeitaufwendig ist”. Zeitliche Restriktionen stellen für 51.7% der austretenden Frauen einen relevanten Rücktrittsgrund dar, während nur 40.7% der austretenden Männer diese Aussage als zutreffend erachten. Es zeigen sich also klare geschlechtsspezifische Unterschiede. Während die Stadtparlamentarier aus freien Stücken zurücktreten wollen, weil sie sich zu alt fühlen oder der Meinung sind, ihre Bürgerpflicht erfüllt zu haben, erfolgt der geplante Rücktritt bei den Parlamentarierinnen signifikant häufiger aus Zeitmangel. Wie vermutet, sind es also oftmals externe Faktoren, die den politischen Aufstieg von Frauen behindern und zu einem geringeren Frauenanteil auf höheren staatlichen Ebenen führen. Offensichtlich verfügen Stadtpolitikerinnen signifikant seltener über die nötige personelle oder finanzielle Unterstützung, um neben ihrem Beruf und ihrer Familie eine politische Karriere voranzutreiben. So bestätigt sich ein früheres Studienergebnis von Hoecker (1995: 34): “Obwohl sich die Lebensformen von Frauen und Männern pluralisiert haben, stehen Frauen doch immer noch stärker unter Druck der Vereinbarkeit von politischer Partizipation mit Erwerbstätigkeit und Familien- bzw. Mutterpflichten als Männer”.²²

Erklärende Faktoren zur häufigeren Rücktrittsabsicht der Stadtparlamentarierinnen

Die Tatsache, dass weibliche Parlamentsmitglieder signifikant häufiger aus zeitlichen Gründen die Politik verlassen wollen, soll nun noch genauer untersucht werden. Die städtischen Parlamentarierinnen der Schweiz verfolgen zwar eine genauso ambitionierte Karriereplanung wie die männlichen Repräsentanten, hegen aber aufgrund der fehlenden Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik deutlich häufiger eine Rücktrittsabsicht. Um diesem Phänomen auf die Spur zu kommen, wird die Gruppe der betroffenen Frauen näher betrachtet und mit allen anderen städtischen Volksvertreterinnen verglichen. Plausible Variablen für die Erklärung dieser Überbelastung liegen dabei einerseits in den persönlichen Lebensumständen der betroffenen Frauen sowie andererseits in strukturellen Faktoren auf städtischer Ebene. So ist anzunehmen, dass sich ein ausgebautes ausserfamiliäres Kinderbetreuungsangebot²³ förderlich auf die politische Karriere auswirkt und einen Rücktritt aus zeitlichen Gründen unwahrscheinlicher macht. Auf individueller Ebene stellen eine zu hohe Beanspruchung durch Beruf, Hausarbeit sowie Pflege- und Erziehungsaufgaben, der Erwerbsstatus sowie die Verantwortung für eigene Kinder mögliche Karrierehindernisse dar. Zudem könnte sich die Tatsache, dass lokale Parlamentarierinnen häufiger Mitglieder kommunaler Wählergruppen sind, negativ auf die Länge ihrer Amtsdauer auswirken. Kommunale Wählergruppen verfügen im Vergleich zu Lokalsektionen nationaler Parteien oftmals über weniger Ressourcen. Durch die fehlende Einbindung in eine übergeordnete Parteiorganisation fällt die materielle und ideologische Unterstützung durch eine Kantonal-

²² Das Amt eines Stadtparlamentsmitglieds ist zudem durchaus zeitaufwendig. Die befragten Politikerinnen und Politiker gaben an, für Sitzungen des Parlaments, der Kommissionen und ihrer Fraktion wöchentlich durchschnittlich 12.7 Stunden aufzuwenden. Weitere parlamentarische Aktivitäten sowie die Vorbereitung der Sitzungen sind in dieser Zahl noch nicht eingerechnet. Der zeitliche Umfang sowie der Zeitpunkt dieser Sitzungen stellen überdies äusserst wichtige Rahmenbedingungen dar, die es hinsichtlich einer Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten zu beachten gilt.

²³ Das Ausmass des ausserfamiliären Kinderbetreuungsangebots wird gemessen anhand der Anzahl Kinderkrippen und Kinderhorte nach Kantonen pro 1'000 Kinder unter sieben Jahren (Quelle: Bundesamt für Statistik, Betriebszählung und Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes 2008).

Tabelle 2: Logistisches Mehrebenen-Regressionsmodell zu den Stadtparlamentarierinnen, die aus Zeitgründen zurücktreten wollen

Unabhängige Variablen	Odds Ratios (Standardfehler)	
	Modell 1	Modell 2
Beanspruchung durch Beruf, Hausarbeit sowie Pflege- und Erziehungsaufgaben (Std./Woche)	1.007 (0.009)	1.007 (0.009)
Gewählt als Kandidatin einer kommunalen Wählergruppe	2.978** (1.239)	3.013** (1.259)
Selbstständig	4.684* (3.653)	4.703* (3.688)
Angestellt	3.191 (2.195)	3.218 (2.225)
Kinder unter zwölf Jahren im Haushalt	1.542 (0.615)	1.577 (0.634)
Ausserfamiliäres Kinderbetreuungsangebot		1.071 (0.111)
Konstante	0.846* (0.368)	0.869* (0.366)
N	401	401
Städte	83	83
Wald χ^2	14.46*	14.56*

* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$

partei weg. Diese Unterstützung wird von den übrigen Lokalsektionen gemäss Ladner (1997: 189) als äusserst wichtig eingestuft. Daher ist anzunehmen, dass die Mitgliedschaft in rein kommunalen Wählergruppen aufgrund des geringeren Beistands eher zu einer Überbelastung der betroffenen Frauen führt.

Die durchgeführte logistische Mehrebenenregressionsanalyse zeigt einen höheren Einfluss von Faktoren auf individueller Ebene, insgesamt verfügen aber nur wenige Variablen über eine ausreichend hohe Erklärungskraft (s. Tabelle 2). So zeigt das Ausmass des ausserfamiliären Kinderbetreuungsangebots keinen signifikanten Einfluss auf einen geplanten Karriereabbruch wegen zeitlicher Restriktionen. Auf der individuellen Ebene weisen ebenfalls zahlreiche Variablen, denen eine gewisse Erklärungskraft zugeschrieben werden könnte, keinen Einfluss auf. Die Beanspruchung durch Beruf, Hausarbeit, Pflege- und Erziehungsaufgaben sowie die Verantwortung für eigene Kinder verfügen über keine kausale Beziehung zu einem geplanten Rücktritt aus Zeitgründen. Es finden sich aber zwei Faktoren auf individueller Ebene, die sich als durchaus relevant für die vorliegende Analyse erweisen. Der Erwerbsstatus sowie die Zugehörigkeit zu einer kommunalen Wählergruppe haben einen signifikanten Effekt auf die Karrieremuster der weiblichen Parlamentsmitglieder. So gehen die zeitlich zu stark belasteten Frauen signifikant häufiger einer selbstständigen Tätigkeit nach. Die berufliche Selbstständigkeit – im Vergleich zur Referenzkategorie der nicht erwerbstätigen Frauen – macht eine Rücktrittsabsicht aus Zeitgründen um 370.3% wahrscheinlicher. Als zweiter relevanter Faktor auf individueller Ebene zeigt sich die Zugehörigkeit zu einer lokalen Partei oder Wählergruppe, die nicht in der Bundesversammlung vertreten ist. Wurden die in die Analyse einbezogenen Frauen als Kandidatinnen einer rein lokalen Gruppierung gewählt, erhöht sich ihr Risiko, die Politik mangels zeitlicher Ressourcen zu verlassen, um 201.3%.

Die weiblichen Stadtparlamentsmitglieder, welche die politische Arbeit aufgeben wollen, da sie im Verhältnis zu Familie und/oder Beruf zu zeitaufwendig ist, gehen also häufiger einer selbstständigen Tätigkeit nach als ihre Ratskolleginnen und wurden überdurchschnittlich oft als Kandidatinnen einer kommunalen Gruppe gewählt, die nicht einer nationalen

Partei angehört. Insbesondere dieser letzte Faktor verdient mehr Aufmerksamkeit. Dass ein Rücktritt signifikant häufiger beabsichtigt wird, wenn die betroffenen Frauen Mitglieder von rein kommunalen Wählergruppen sind, scheint für die Diskussion der politischen Repräsentation von Frauen äusserst relevant. So zeigte sich in verschiedenen Studien, dass die politische Partei eine zentrale politische Ausbildungsstätte darstellt und die Mitgliedschaft in einer Partei ein perfektes Sprungbrett für ein politisches Mandat und die weitere politische Laufbahn bedeutet (vgl. Lazarus 2008; Moyser/Parry 1986; Prewitt 1970). In den Schweizer Stadtparlamenten sind insgesamt 87.6% aller Mitglieder als Kandidaten einer nationalen Partei ins Amt gewählt worden. 11.8% sind Mitglieder einer rein kommunalen Wählergruppe und nur 0.6% der Repräsentanten sind als unabhängige Kandidaten zur Wahl angetreten. Wird unterschieden zwischen männlichen und weiblichen Parlamentsmitgliedern, sieht die Situation etwas anders aus. Bei den Frauen sind 15% Mitglieder in einer lokalen Wählergruppe und nur 84.3% gehören einer nationalen Partei an, während die Männer zu 10.3% zu einer kommunalen Gruppierung und zu 89.1% zu einer nationalen Partei zählen. Der Rekrutierungsprozess in den lokalen Sektionen der nationalen Parteien scheint also noch etwas weniger empfänglich für eine vermehrte Nomination von Frauen als bisher angenommen. In den rein lokalen Wählergruppen werden vergleichsweise mehr Frauen rekrutiert. Diesen Frauen bleibt der Aufstieg auf der politischen Karriereleiter aber verwehrt – oder er wird ihnen zumindest durch die fehlende Parteimitgliedschaft deutlich erschwert. Zudem erhöht sich wie dargelegt die Wahrscheinlichkeit eines Rücktritts aus Zeitmangel, da die kommunalen Wählergruppen ihren Mitgliedern aufgrund geringerer personeller und finanzieller Ressourcen nicht die nötige Hilfestellung bieten können. Die Auswertung der erhobenen Daten zeigt, dass die aus Zeitgründen austretenden Frauen zu 26.2% Mitglieder einer kommunalen Wählergruppe sind, während es sich bei den aus Zeitmangel zurücktretenden Männern nur um 9.2% handelt.²⁴

Schlussfolgerungen

Die wissenschaftliche Forschung zur politischen Repräsentation von Frauen in der Schweiz hat die unterste Staatsebene bisher stets ausgeklammert. Im schweizerischen Föderalismus, wo politische Karrieren in aller Regel in der Art eines *cursus honorum* auf tieferen staatlichen Ebenen ihren Anfang nehmen, verspricht eine eingehende Beschäftigung mit der Lokalpolitik jedoch aufschlussreiche Erkenntnisse über die geringere politische Vertretung von Frauen. Mit der Befragung aller Schweizer Stadtparlamentsmitglieder, die im Jahr 2008 vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich durchgeführt wurde, stehen nun erstmals flächendeckende, quantitative Daten zur Verfügung, um die politische Teilhabe von Frauen umfassend zu untersuchen.

Die statistischen Analysen zum *Gender Gap* in den Schweizer Stadtparlamenten zeigen eine relativ geringe Erklärungskraft von strukturellen Faktoren auf Stadtebene. So wirken nur zwei städtische Variablen signifikant auf den Frauenanteil in den lokalen Legislativen: die Sprachregion und die räumliche Gemeindetypologie. Städte in der französischsprachigen Schweiz verfügen im Vergleich zur italienischen Schweiz über einen höheren Anteil weibli-

²⁴ Die männlichen und weiblichen Mitglieder von rein kommunalen Wählergruppen nannten als Beweggrund für ihre Kandidatur allerdings signifikant seltener die Absicht, eine politische Karriere zu beginnen. Möglicherweise war ein Aufstieg auf der politischen Karriereleiter also gar nicht vorgesehen. Dennoch erfolgt der geplante Rücktritt gemäss den betroffenen Frauen in erster Linie aus Zeitmangel – es fehlen offensichtlich die nötigen Ressourcen.

cher Parlamentsmitglieder. Einen ebenfalls positiven Zusammenhang mit der politischen Repräsentation von Frauen zeigt sich in einkommensstarken Gemeinden – im Vergleich zur Referenzkategorie der suburbanen Gemeinden. Werden Faktoren auf der individuellen Ebene betrachtet, kann dem Prozess der politischen Rekrutierung einen signifikanten Einfluss auf die Aufrechterhaltung des *Gender Gaps* zugeschrieben werden. Die untersuchten lokalen Parlamentarierinnen sind stärker auf eine direkte Rekrutierung durch die so genannten *Gatekeepers* angewiesen – werden also eher zu Kandidierenden, wenn sie direkt für die Kandidatur angefragt werden. Der vermutete Zusammenhang, dass Parlamentarierinnen zudem häufiger über politische Familienbande verfügen, kann mit den vorliegenden Daten allerdings nicht eindeutig nachgewiesen werden. Die Resultate bestätigen somit zumindest teilweise die These von Norris (2004: 184), dass der Rekrutierungsprozess auch in der Schweiz dazu neigt, den Status Quo zu reproduzieren, indem er bisherige und neue Kandidierende begünstigt, die dem Bild des typischen Parlamentsmitglieds am ehesten entsprechen. Das typische Stadtparlamentsmitglied ist gemäss der vorliegenden Datenbasis ein Mann mittleren Alters, der über einen hohen Bildungsabschluss verfügt, einer hohen sozio-professionellen Schicht angehört und seit langem in seiner Stadt wohnhaft ist. Die Nominationschancen für Frauen sind damit selbstverstärkend schlechter als für männliche Kandidierende. Männer werden zudem überdurchschnittlich oft von Lokalsektionen nationaler Parteien rekrutiert, während Frauen häufiger auf Listen rein kommunaler Gruppen gewählt werden.

Diese Resultate zur politischen Rekrutierung lassen nicht darauf schliessen, dass sich die deskriptive Repräsentation von Frauen in naher Zukunft substantiell verbessern wird. Der Status Quo wird stetig reproduziert und die Lokalsektionen der nationalen Parteien rekrutieren sogar verhältnismässig deutlich weniger Frauen als kommunale Gruppierungen.²⁵ Dies kann als Hinweis darauf verstanden werden, dass es nicht am mangelnden Angebot an weiblichen Kandidaten liegt, sondern an den parteiinternen *Gatekeepers*, die mit ihren Auslesekriterien und -mechanismen den Frauenanteil unter den Nominierten senken. Es sind also die nationalen Parteien gefragt, anhand geeigneter Massnahmen die Frauenvertretung in den eigenen Reihen zu fördern. Gemäss Caul Kittilson (1999; 2006) haben parteiinterne Organisationsstrukturen, wie der Aufbau von Frauensektionen oder das Etablieren von internen Frauenquoten, einen bedeutenden Effekt auf die deskriptive Repräsentation von Frauen.²⁶ Um die intransparenten Rekrutierungsprozesse in der Schweizer Lokalpolitik besser auszuleuchten und zu verstehen, wären zudem umfassende qualitative Studien wünschbar. Die hier vorgenommenen Analysen können nur punktuelle Einblicke in die Rekrutierungsmuster geben und zeichnen die Selektionsprozesse gezwungenermassen retrospektivisch nach.

Ein weiterer Schwerpunkt des vorliegenden Beitrags liegt auf den politischen Karrieremustern der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder, um daraus Hinweise auf den sinkenden Frauenanteil auf höheren staatlichen Ebenen zu erhalten. Die durchgeführten Auswertungen zeigen, dass es nicht Unterschiede in den Karriereplanungen oder der persönlichen Motivation sind, die den Anteil an weiblichen Repräsentanten auf höheren Staatsebenen schrumpfen lassen. Die befragten Frauen zeigen eine genauso ambitionierte Planung ihrer politischen Laufbahn wie ihre männlichen Ratskollegen. Unterschiede werden allerdings bezüglich der Gründe von ausstiegswilligen Parlamentsmitgliedern sichtbar. Während die

²⁵ Wobei zwischen den nationalen Parteien erhebliche Unterschiede im Frauenanteil bestehen (s. Abbildung 1).

²⁶ Frauenfreundliche Parteistrukturen sowie Frauenquoten auf Wahllisten scheinen zudem deutlich geeigneter als eine Quotenregelung im Parlament (Young 2000: 150). Bereits reservierte Parlamentssitze für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe können dazu führen, die Identität dieser Bevölkerungsgruppe festzuschreiben, ihre interne Heterogenität auszublenden sowie ihr Verhältnis zu anderen Parlamentsgruppen zu erschweren (ebd.: 122; 149).

Stadtparlamentarier aus freien Stücken zurücktreten wollen, weil sie sich zu alt fühlen oder der Meinung sind, ihre Bürgerpflicht erfüllt zu haben, erfolgt der Rücktritt bei den Parlamentarierinnen signifikant häufiger aus Zeitmangel. Diese Frauen geben an, dass sie neben ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen zu wenig Zeit für ihre politische Laufbahn finden. Faktoren, die einen solchen Rücktritt wahrscheinlicher machen, finden sich vor allem auf individueller Ebene. So gehen die betroffenen Frauen häufiger einer selbstständigen Tätigkeit nach und wurden überdurchschnittlich oft als Kandidatinnen einer kommunalen Gruppe gewählt. Dieser zweite Faktor verfügt über eine hohe Erklärungskraft und scheint für die Diskussion der politischen Repräsentation von Frauen sehr relevant. Die fehlende Parteimitgliedschaft hindert die betroffenen Parlamentarierinnen am Aufstieg auf der politischen Karriereleiter. Die Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Rücktritts aus mangelnden zeitlichen Ressourcen ist signifikant erhöht, da die lokalen Gruppierungen ihren Repräsentanten aufgrund der fehlenden Einbindung in eine übergeordnete Parteiorganisation nicht die nötige Unterstützung bieten können.

Für die zukünftige Forschung der politischen Rekrutierung und der politischen Karriere-muster – insbesondere aus einer Gender-Perspektive – sollte somit der Unterscheidung zwischen etablierten Parteien und weniger formalisierten Wählergruppen mehr Beachtung zukommen. Die vorliegenden Resultate zeigen, dass sich die Art der Parteizugehörigkeit bei lokalen Politikerinnen deutlich auf ihre Rekrutierung und auf den weiteren Verlauf ihrer Karriere auswirken. Wünschenswert wären auch hier qualitative Studien, die die unterschiedlichen Karrierewege in der Schweizer Politik über einen längeren Zeitraum hinweg nachzeichnen und analysieren. Des Weiteren bestätigt sich die eingangs geäußerte Vermutung, dass die Beschäftigung mit der untersten Staatsebene für die Diskussion der politischen Repräsentation äusserst lohnenswert ist. In der wissenschaftlichen Debatte zur politischen Repräsentation von Frauen auf allen schweizerischen Staatsebenen sollte die lokale Arena verstärkt berücksichtigt und insbesondere den lokalen Strukturen, Mechanismen und Auslese Kriterien des politischen Rekrutierungsprozesses mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Bibliographie

- Ballmer-Cao, T.-H. und R. Wenger (1989). *L'Elite Politique Féminine en Suisse. Die politische Frauen-élite in der Schweiz*. Zürich: Seismo.
- Ballmer-Cao, T.-H. (2000). *Sozialer Wandel und Geschlecht: Zur Gleichstellungsfrage in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Bundesamt für Statistik (2005). *Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2006). *Die Exekutiven und Legislativen der Schweizer Städte*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2009). *Nomenklaturen – Schweizer Berufsnomenklatur 2000 (SBN 2000)*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Caul Kittilson, M. (1999). Women's Representation in Parliament: The Role of Political Parties. *Party Politics* 5(1): 79–98.
- (2006). *Challenging Parties, Challenging Parliaments. Women and Elected Office in Western Europe*. Columbus: Ohio State University Press.
- Celis, K., S. Childs, J. Kantola und M.L. Krook (2008). Rethinking Women's Substantive Representation. *Representation* 44(2): 99–110.

- Childs, S. und M.L. Krook (2006). Should feminists give up on critical mass? A contingent 'yes'. *Politics and Gender* 2(4): 522–30.
- Dubuis, C. (mit Gottraux P. und G. Bender) (2003). *Les femmes et l'engagement politique local. Une enquête dans le district de Martigny*. Sion: Hochschule Wallis, Gesundheit und Soziale Arbeit (HEVs2).
- Eldersveld, S.J., L. Strömberg und W. Derksen (1995). *Local Elites in Western Democracies: A Comparative Analysis of Urban Political Leaders in the U.S., Sweden, and The Netherlands*. Boulder: Westview Press.
- Fox, R.L. und J.L. Lawless (2005). To Run or Not to Run for Office: Explaining Nascent Political Ambition. *American Journal of Political Science* 49(3): 642–59.
- Geser, H. (2002). Die Gemeinden in der Schweiz. In Klöti, U., P. Knoepfel, H. Kriesi, W. Linder und Y. Papadopoulos (Hrsg.). *Handbuch der Schweizer Politik. Manuel de la Politique Suisse*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung (421–68).
- Gruner, E. (1966). Quelques réflexions sur l'élite politique dans la Confédération helvétique depuis 1848. *Revue d'histoire économique et sociale* 44: 145–68.
- Hähni, S. (2006). *Die Nomination - eine Frauenfrage? Eine genderfokussierte Untersuchung der National- und Kantons- beziehungsweise Grossratsnominationsprozesse der Kantone Zürich und Graubünden anhand des Rekrutierungsmodells von Pippa Norris*. Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, Zürich.
- Herzog, D. (1975). *Politische Karriere: Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hoecker, B. (1995). *Politische Partizipation von Frauen: Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hofmann-Conrad, S., S. Bardill Arn, S. Redolfi und K. Belser (2004). *Politische Partizipation von Frauen in der Gemeindepolitik Graubündens*. Zürich, Chur: Rüegger.
- Kenworthy, L. und M. Malami (1999). Gender Inequality in Political Representation: A Worldwide Comparative Analysis. *Social Forces* 78(1): 235–68.
- Krook, M.L. (2010). Studying Political Representation: A Comparative-Gendered Approach. *Perspectives on Politics* 8(1): 233–40.
- Kübler, D. und U. Scheuss (2005). Metropolitanization and political change in Switzerland. In Hoffmann-Martinot, V. und J. Sellers (Hrsg.). *Metropolitanization and political change*. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften (211–30).
- Kymlicka, W. (1995). *Multicultural Citizenship*. Oxford: University Press.
- Ladner, A. (1997). Die Schweizer Lokalparteien – Eckpfeiler der politischen Stabilität. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 23(1): 165–193.
- Lazarus, J. (2008). Why Do Experienced Challengers Do Better than Amateurs? *Political Behaviour* 30: 185–89.
- Lovenduski, J. (2005). *Feminizing Politics*. Cambridge: Polity Press.
- Mansbridge, J. (1999). Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes". *The Journal of Politics* 61(3): 628–57.
- Mateo Diaz, M. (2005). *Representing Women? Female Legislators in West European Parliaments*. Colchester: ECPR Press.
- Moyser, G. und G. Parry (1986). Councillors, citizens and agendas: Aspects of local decision-making in Britain. In Mabileau, A., G. Moyser, G. Parry und P. Quantin (Hrsg.). *Local Politics and Participation in Britain and France*. Cambridge: University Press (160–62).
- Norris, P. (1996). Legislative Recruitment. In LeDuc, L., R.G. Niemi und P. Norris (Hrsg.). *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks: Sage (184–216).

- (1997). *Passages to Power: Legislative Recruitment in Advanced Democracies*. Cambridge: University Press.
- (2004). *Electoral Engineering: Voting Rules and Political Behavior*. Cambridge: University Press.
- Parini, L. und B. Roiron (2008). *Femmes et Hommes au Grand Conseil Genevois et au Conseil Municipal de la Ville de Genève 1961–2007*. Genf: Faculté des Sciences Économiques et Sociales, Études Genre.
- Patzelt, W.J. (1999). Recruitment and Retention in Western European Parliaments. *Legislative Studies Quarterly* 24(2): 239–79.
- Phillips, A. (1995). *The Politics of Presence*. Oxford: University Press.
- (1999). *Which Equalities Matter?* Cambridge: Polity Press.
- Piloti, A., A. Mach und O. Mazzoleni (2010). Les parlementaires suisses entre démocratisation et professionnalisation, 1910–2000. *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 16(2): 211–45.
- Pitkin, H. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley: University of California.
- Prewitt, K. (1970). *The Recruitment of Political Leaders: A Study of Citizen-Politicians*. Indianapolis: Bobbs-Merrill Company Inc.
- Putnam, D. (1976). *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Rusch, M. (2009). *Gleich und doch nicht gleich? Frauen und Männer zwischen legaler Gleichberechtigung und politischer Praxis: Eine genderfokussierte Untersuchung der Schweizer Stadtparlamente und deren Mitglieder*. Lizentiatsarbeit an der Universität Zürich, Zürich.
- Saunders, K.L., A.I. Abramovitz und J. Williamson (2005). A New Kind of Balancing Act: Electoral Certainty and Ticket-Splitting in the 1996 and 2000 Elections. *Political Research Quarterly* 58(1): 69–78.
- Schweizerischer Städteverband (Hrsg.) (2007). *Statistik der Schweizer Städte 2007. Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes*. 68. Ausgabe. Bern: Schweizerischer Städteverband.
- Schweizerischer Städteverband (Hrsg.) (2010). *Statistik der Schweizer Städte 2010. Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes*. 71. Ausgabe. Bern: Schweizerischer Städteverband.
- Stämpfli, R. (1994). *Von der Qual der Wahl zur Erfolgswahl: Literaturstudie und Massnahmenkatalog*. Basel: Büro für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Basel-Landschaft und beratende Kommission für Frauenfragen des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft.
- Steyvers, K. und H. Reynaert (2006). From the Few are Chosen the Few ...? On the Social Background of European Mayors. In Bäck, H., H. Heinelt und A. Magnier (Hrsg.). *The European Mayor: Political Leaders in the Changing Context of Local Democracy*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (43–73).
- Waylen, G. (2007). *Engendering Transitions: Women's Mobilization, Institutions, and Gender Outcomes*. Oxford: University Press.
- Wiesendahl, E. (2004). Elitenrekrutierung in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sich in den Parteien durch? In Gabriel, O.W., B. Neuss und G. Rüther (Hrsg.). *Konjunktur der Köpfe? Eliten in der modernen Wissensgesellschaft*. Düsseldorf: Droste (124–41).
- Young, I.M. (1997). Deferring Group Representation. In Shapiro, I. und W. Kymlicka (Hrsg.). *Ethnicity and Group Rights: Nomos XXXIX*. New York: University Press (349–76).
- (2000). *Inclusion and Democracy*. Oxford: University Press.

Anhang 1: Übersicht über die bivariaten statistischen Analysen

Variablen	Chi-Quadrat-Koeffizient (f)	Signifikanz	Korrelationskoeffizient	N
Frau (Frage 3, V279) Herkunft aus politischer Familie (Frage 6, V282)	$\chi^2 (1) = 2.835$	p = 0.092	$\phi = 0.043$	1531
Frau (Frage 3, V279) Auslöser der Kandidatur (Frage 21, V067)	$\chi^2 (1) = 5.615$	p = 0.018	$\phi = 0.061$	1515
Frau (Frage 3, V279) Motivation für Kandidatur: politische Karriere (Frage 23, V265)	$\chi^2 (4) = 4.150$	p = 0.386	V = 0.052	1519
Frau (Frage 3, V279) Weitere Karriereplanung: Amt auf höherer Ebene (Frage 42, V270)	$\chi^2 (2) = 1.346$	p = 0.510	V = 0.030	1477
Frau (Frage 3, V279) Rücktrittsgrund: Alter (Frage 43, V276)	$\chi^2 (1) = 5.316$	p = 0.021	$\phi = -0.122$	359 (alle Zurücktretenden)
Frau (Frage 3, V279) Rücktrittsgrund: Bürgerpflicht erfüllt (Frage 43, V273)	$\chi^2 (1) = 6.848$	p = 0.009	$\phi = -0.138$	359 (alle Zurücktretenden)
Frau (Frage 3, V279) Rücktrittsgrund: Zeitliche Restriktionen (Frage 43, V274)	$\chi^2 (1) = 3.907$	p = 0.048	$\phi = 0.104$	359 (alle Zurücktretenden)

Anhang 2: Übersicht über die benutzten Fragen aus der Erhebung der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder

A. Angaben zu Ihrer Person

1 Parlamentsmitglied der Stadt:

2
278 **Alter:** Jahre

3 **Geschlecht:** 1 ☐ männlich 2 ☐ weiblich
279

4 **Wie viele Jahre leben Sie schon in Ihrer Gemeinde?**
280 Jahre

6 **Kommen Sie aus einer „politischen Familie“, d.h. hatten in den letzten beiden Generationen enge Verwandte politische Ämter inne?**
282 1 ☐ Ja 0 ☐ Nein

7 **Welches ist Ihre höchste Ausbildung, die Sie mit einem Diplom abgeschlossen haben?**

- | | |
|--|---|
| 281 1 <input type="checkbox"/> obligatorische Schulzeit | 7 <input type="checkbox"/> Maturitätsschule (Gymnasium / Seminar) |
| 2 <input type="checkbox"/> Werkjahr, Hauswirtschaftsschule | 8 <input type="checkbox"/> höhere Berufsausbildung (Meisterdiplom, eidg. Fachausweis oder gleichwertig) |
| 3 <input type="checkbox"/> Berufslehre bis 3 Jahre | 9 <input type="checkbox"/> höhere Fachschule (z.B. Krankenpflegeschule) |
| 4 <input type="checkbox"/> Berufslehre mehr als 3 Jahre | 10 <input type="checkbox"/> Fachhochschule, Technikum |
| 5 <input type="checkbox"/> Berufsmatura | 11 <input type="checkbox"/> Universität, Hochschule, ETH |
| 6 <input type="checkbox"/> Diplommittelschule, Handelsdiplom | |

8 **Welchen Beruf übten Sie aus, bevor Sie zum ersten Mal ins Parlament gewählt wurden?**

283

9 **Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?**

284 (nur angeben, falls anderer Beruf als bei Frage 8)

10 **Welchen Erwerbsstatus haben Sie momentan inne?**

285 1 ☐ angestellt 2 ☐ selbstständig 3 ☐ nicht erwerbstätig

13 **Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?**

301 Person(en) über 12 Jahren und Person(en) unter 12 Jahren.
302

B. Angaben zur Ihrer politischen Laufbahn

16 Seit wie vielen Jahren sind Sie insgesamt schon Mitglied des Parlaments?

64 Seit Jahren.

17 Sind Sie gegenwärtig Mitglied einer Partei?

235 ☐ Nein ☐ Ja Welcher?

236

20 Ich wurde gewählt als Kandidat...

- 65 ☐ ... einer Liste einer nationalen Partei (d.h. einer Partei, die momentan im Nationalrat vertreten ist).
☐ ... einer kommunalen Wählergruppe.
☐ ... als unabhängiger Kandidat.

21 Wie wurden Sie zum Kandidaten, als Sie das erste Mal nominiert wurden?

- 67 ☐ Ich habe mich selbst vorgeschlagen.
☐ Ich wurde von anderen (z.B. anderen Mitgliedern meiner Partei) gebeten, zu kandidieren.

23 Als Sie zum ersten Mal für das Parlament kandidierten, wie wichtig waren die folgenden Beweggründe?

	äusserst wichtig	sehr wichtig	bedingt wichtig	weniger wichtig	un- wichtig
257 allgemeines politisches Interesse	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
258 Möglichkeit, den Interessen der Gruppe zu dienen, die ich vertrate	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
259 Möglichkeit zu lernen, wie das politische System funktioniert	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
260 meiner Partei zu dienen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
261 Möglichkeit, die Verwaltung zu kontrollieren	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
262 die Aufwandsentschädigung	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
263 soziale Kontakte	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
264 Als Parlamentsmitglied wird mir mit Hochachtung begegnet.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
265 Möglichkeit, eine politische Karriere zu beginnen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
266 Möglichkeit, bestimmte Themen zu beeinflussen	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
267 Ich habe es als Bürgerpflicht betrachtet, mich kommunalpolitisch zu engagieren.	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
268 andere Gründe (bitte benennen)	4 <input type="checkbox"/>	3 <input type="checkbox"/>	2 <input type="checkbox"/>	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
269					

D. Angaben zu Ihrer Funktion als Parlamentsmitglied

38 Wieviel Zeit verbringen Sie mit den nachfolgenden Aktivitäten?

Tätigkeiten neben Ihrem Mandat	durchschnittliche Anzahl von Stunden pro Monat
287 Erwerbstätigkeit
288 unbezahlte Hausarbeit sowie Pflege- und Erziehungsaufgaben

42 Was planen Sie nach Ihrer jetzigen Amtszeit als Parlamentsmitglied?

Bitte wählen Sie eine der folgenden Alternativen aus:

- 270 ☐ Ich würde gerne als Parlamentsmitglied weiterarbeiten.
☐ Ich würde meine politische Karriere gerne fortsetzen – und zwar in einem höheren Amt auf kommunaler Ebene.
☐ Ich würde meine politische Karriere gerne fortsetzen – und zwar in einem höheren Amt auf Kantons- oder Bundesebene.
☐ Ich würde die Politik gerne verlassen.

43 Falls Sie die Politik verlassen möchten – warum?

	Ja	Nein
271 Ich will mich auf meinen Beruf konzentrieren.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
272 Ich möchte für einen Verein arbeiten.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
273 Ich habe meine Pflicht als Bürger getan.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
274 Ich denke, dass die politische Arbeit im Verhältnis zu Familie und/oder Beruf zu zeitaufwendig ist.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
275 Es mangelt an Einfluss (eigener Einfluss, Einfluss meiner Partei oder Einfluss der kommunalen Ebene).	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
276 Ich bin zu alt.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>
277 Ich werde aus meiner Gemeinde wegziehen.	1 <input type="checkbox"/>	0 <input type="checkbox"/>

The Gender Gap in Swiss City Councils

Differences between female and male city councillors regarding their political recruitment and their political career pattern

Scientific research on the political representation of women in Switzerland has thus far ignored the local state level. An analysis of the possible causes of the existing gender gap in local councils seems promising, though. Given that the careers of Swiss politicians generally start at lower state levels and the proportion of women declines at higher state levels, such an analysis provides insights into issues of political representation that exceed the local context. The present article draws on a comprehensive survey of Swiss city councillors conducted in 2008. The statistical analyses show that – besides structural explanatory factors that operate at the city level – the process of political recruitment has a significant effect on the political representation of women. Furthermore, external factors frequently account for an intended early resignation of female councillors, which could explain the lower proportion of women in cantonal councils and in the national parliament. One factor seems particularly relevant here: female councillors are more frequently elected as candidates of a local list and not as members of a national party. Due to the resultant lack in resources and support, this fact seems to lower the opportunities of advancement for the women concerned.

Larissa Plüss ist Assistentin und Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich am Lehrstuhl für Demokratieforschung und Public Governance. Sie verfasst ihre Dissertation zur Rolle der städtischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Schweiz und hat im Rahmen ihrer Doktorarbeit gemeinsam mit Prof. Dr. Daniel Kübler eine Erhebung aller Schweizer Stadtparlamentsmitglieder durchgeführt (Forschungsprojekt “Municipal Assemblies in European Local Governance”). *Korrespondenzadresse:* Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich, Affolternstrasse 56, 8050 Zürich, Schweiz. Telefon: +41 (0)44 634 40 21, Email: pluess@ipz.uzh.ch

Marisa Rusch war als Hilfsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich massgeblich an der Befragung der Schweizer Stadtparlamentsmitglieder beteiligt und hat ihre Lizentiatsarbeit basiert auf den erhobenen Daten zum Thema “Gleich und doch nicht gleich? Frauen und Männer zwischen legaler Gleichberechtigung und politischer Praxis: Eine genderfokussierte Untersuchung der Schweizer Stadtparlamente und deren Mitglieder” verfasst. Sie arbeitet als stellvertretende Leiterin beim Dienst für politische Rechte des Kantons St.Gallen. *Korrespondenzadresse:* Kanton St.Gallen, Departement des Innern, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen, Schweiz. Telefon: +41 (0)58 229 22 53, Email: mail@mrus.ch